

Monatsbericht

März 2017

69. Jahrgang
Nr. 3

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
17. März 2017, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte.....	12
Zahlungsbilanz	13
■ Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2016	17
<i>Zum Anstieg der deutschen TARGET2-Forderungen</i>	33
■ Zur Konjunkturbereinigung der Länder im Rahmen der Schuldenbremse	35
<i>Zu den Konjunkturreffekten bei makrobasierten Verfahren</i>	39
<i>Ergebnisse verschiedener Konjunkturbereinigungsansätze für die vergangenen Jahre</i>	41
<i>Zur Wirkung von abnehmenden Einnahmentrends und der Festlegung der Startwerte bei Steuertrendverfahren</i>	45
<i>Steuerniveauverfahren mit Tendenz zum Ausweis positiver Konjunktüreinflüsse</i>	49

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Deutsche Wirtschaft dürfte zu Jahresbeginn verstärkt wachsen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Dabei dürften die bisher ausgewiesenen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das dritte und vierte Quartal 2016 die konjunkturelle Tendenz eher unterzeichnet haben. Inzwischen wurde jedenfalls die Schätzung der Erwerbstätigenzahlen für das zweite Halbjahr 2016 erheblich nach oben angepasst. Ein wesentlicher Träger des Wirtschaftswachstums ist gegenwärtig die Industrie, die von einer lebhaften Nachfrage aus dem Inland und dem Ausland profitiert. Der ferienbedingte Produktionseinbruch im Dezember wurde im Januar wie erwartet ausgeglichen. Der schwache Auftragseingang zu Jahresbeginn ist vor dem Hintergrund des außergewöhnlich starken Orderzuflusses im Schlussquartal 2016 zu sehen. Dafür spricht die zuletzt merklich aufgehellte Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe. Dies schließt die Exporterwartungen ein. Die Bauproduktion schwächte sich dagegen vor dem Hintergrund der kalten Witterung im Januar zuletzt ab.

Industrie

Kräftige Gegenbewegung in der Industrie nach dem Einbruch im Vormonat

Die Erzeugung in der deutschen Industrie stieg im Januar 2017 gegenüber dem Vormonat mit saisonbereinigt 3¾% sehr stark und machte damit den Einbruch im Dezember mehr als wett. Nach der Produktionsdrosselung im Vormonat, die primär auf Werksferien zwischen Weihnachten und Silvester zurückzuführen gewesen sein dürfte, steigerten vor allem die Kfz-Hersteller ihre Ausbringung ganz erheblich. Auch im Vergleich zum letzten Vierteljahr 2016 legte die Industrieproduktion im Januar mit 2% kräftig zu. Die Produzenten von Investitionsgütern erhöhten ihren Ausstoß am stärksten (+ 3%). Ein recht kräftiger Zuwachs war auch

bei der Herstellung von Vorleistungsgütern zu verzeichnen (+ 1¼%). Die Produktion von Konsumgütern weitete sich dagegen deutlich weniger aus (+ ¾%).

Die industriellen Auftragseingänge sind im Januar mit saisonbereinigt 7¼% außerordentlich kräftig gefallen. Damit war auch gegenüber dem Stand des Vorquartals ein sehr starker Rückgang zu verzeichnen (- 5¼%). Besonders markant fiel der Umschwung bei der Auftragsvergabe im Inland aus. Hier ging das Volumen der neuen Orders insgesamt um 7% und in der Kfz-Branche sogar um 11¾% zurück. Herbe Einschnitte musste die deutsche Industrie aber auch bei den neuen Bestellungen aus dem Euro-Raum (- 2¾%) und Drittstaaten (- 4¾%) verkraften. Der Einbruch ist allerdings vor dem Hintergrund der sehr hohen Zuwachsrate im vierten Quartal 2016, der guten Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe, der hohen Kapazitätsauslastung und der zuletzt hohen Volatilität der Auftragseingänge zu sehen. Außerdem fiel der Rückgang ohne Berücksichtigung von Großaufträgen mit 3% zwar immer noch erheblich, aber nicht mehr ganz so deutlich aus. Insgesamt ist der starke Auftragsrückgang im Januar daher noch kein Anlass zur Sorge. Vielmehr dürfte die Industrieproduktion spürbar zum Zuwachs des BIP im ersten Quartal des laufenden Jahres beitragen.

Starker Einbruch beim Auftragseingang noch kein Anlass zur Sorge

Die Umsätze in der Industrie stiegen ähnlich wie die Produktion im Januar im Vormonatsvergleich sehr stark (saisonbereinigt um 3¾%). Auch gegenüber dem Stand des Schlussquartals 2016 war mit 2½% ein kräftiger Anstieg zu verzeichnen. Das stärkste Umsatzplus konnten dabei die Hersteller der Investitionsgüter verbuchen (+ 3¾%), aber auch die Produzenten der Vorleistungs- (+ 1¼%) und Konsumgüter (+ 1¾%) steigerten ihre Umsätze kräftig. Regional betrachtet profitierten die deutschen Industrieunternehmen besonders von dem dynamischen Umsatzzuwachs in den Staaten des

Umsätze in der Industrie und Ausfuhren kräftig im Plus

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2016 2. Vj.	110,5	106,0	114,1	129,1
3. Vj.	111,3	104,0	117,1	122,4
4. Vj.	115,8	110,0	120,4	133,2
Nov.	112,4	106,3	117,3	132,6
Dez.	118,3	114,2	121,6	133,2
2017 Jan.	109,6	102,2	115,7	...
Produktion; 2010 = 100				
Zeit	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2016 2. Vj.	111,5	106,9	119,2	105,3
3. Vj.	111,6	106,9	119,5	105,9
4. Vj.	111,6	107,7	119,0	107,2
Nov.	112,8	108,4	120,7	108,9
Dez.	109,7	107,2	115,5	106,0
2017 Jan.	113,8	109,0	122,6	104,6
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2016 2. Vj.	299,17	233,56	65,61	68,88
3. Vj.	298,70	236,90	61,80	61,81
4. Vj.	305,64	245,55	60,09	59,91
Nov.	104,01	82,74	21,27	21,40
Dez.	101,12	82,80	18,32	17,68
2017 Jan.	103,80	85,32	18,48	17,85
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2016 2. Vj.	43 507	647	2 701	6,1
3. Vj.	43 635	665	2 678	6,1
4. Vj.	43 828	680	2 647	6,0
Dez.	43 897	685	2 632	6,0
2017 Jan.	43 956	692	2 607	5,9
Febr.	...	691	2 592	5,9
Preise				
Zeit	Einfuhr- preise	Erzeu- ger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Harmo- nisierte Ver- braucher- preise
	2010 = 100			2015 = 100
2016 2.Vj.	97,0	101,6	113,1	100,2
3.Vj.	97,8	102,1	113,7	100,5
4.Vj.	100,0	103,1	114,1	101,0
Dez.	101,4	103,5	.	101,4
2017 Jan.	102,2	104,2	.	101,5
Febr.	101,7

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Euro-Raums. Im Einklang damit stiegen auch die nominalen Wareneinfuhren im Januar gegenüber dem Vormonat kräftig (+ 2¾%). Mit 2% lag das Ergebnis recht stark über dem Stand des letzten Vierteljahres 2016. In realer Rechnung fiel das Plus mit 1% allerdings merklich schwächer aus. Die nominalen Wareneinfuhren expandierten im Januar mit 3% im Vormonatsvergleich und 4¼% im Vergleich zum Vorquartal sogar noch kräftiger. In realer Rechnung war das Wachstum jedoch nur annähernd halb so hoch (+ 2%), weil die Einfuhren sich – vor allem wegen der höheren Rohölnotierungen – beschleunigt verteuerten.

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe setzte im Januar ihre Abwärtsbewegung aus dem Vormonat fort und sank saisonbereinigt gegenüber dem Dezemberstand deutlich um 1¼%. Ausschlaggebend dafür war wohl die kalte Witterung im Januar. Die Bauproduktion im Januar lag damit kräftig unter dem Niveau des letzten Quartals des vergangenen Jahres (- 2½%). Der ganz erhebliche Rückgang im Bauhauptgewerbe (- 6%) konnte nur teilweise durch die positive Entwicklung im Ausbaugewerbe (+ 1¾%) kompensiert werden. Insgesamt bleiben die Aussichten in der Baubranche jedoch günstig. So sind die Auftragseingänge im Jahresschlussquartal 2016 erheblich gestiegen. Auch die Baugenehmigungen im Oktober und November – bis dahin liegen die statistischen Angaben vor – waren gegenüber dem Sommerquartal 2016 stark aufwärtsgerichtet. Schließlich ist das Geschäftsklima in der Baubranche weiter günstig, auch wenn sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen zuletzt etwas eingetrübt haben. Dementsprechend dürfte die Bauwirtschaft bei günstigeren Wetterverhältnissen wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren.

*Baukonjunktur
wetterbedingt
abgeschwächt*

Arbeitsmarkt

Massive Aufwärtskorrektur der Beschäftigung nach Datenverarbeitungsfehler bei der Bundesagentur für Arbeit

Die Lage am Arbeitsmarkt ist noch günstiger, als in den letzten Monaten berichtet. Mit der Behebung eines Datenverarbeitungsfehlers bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2016 massiv nach oben korrigiert. Auch die Gesamtbeschäftigung wurde in erheblichem Ausmaß berichtigt.

Beschäftigungsanstieg im zweiten Halbjahr 2016 hoch dynamisch

Nach den korrigierten Angaben expandierte die Zahl der Erwerbstätigen im Januar 2017 gegenüber dem Vorjahresmonat um 609 000 beziehungsweise 1,4%. Damit ist ein im Jahresverlauf 2016 zunehmend stärkerer Stellenaufbau verbunden. Dies steht in scharfem Kontrast zu dem bislang vermittelten Bild einer nachlassenden Dynamik; für Dezember 2016 wurde zuvor ein Vorjahreszuwachs von lediglich 0,5% gemeldet. Die berichtigten Schätzwerte für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung liegen nunmehr bis Dezember 2016 vor. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist der Zuwachs jetzt mit 735 000 Personen beziehungsweise 2,4% sehr kräftig. Nachgemeldet wurden insbesondere Stellen in einigen Dienstleistungsbereichen mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen. Darüber hinaus weist neben dem Baugewerbe nunmehr auch das Verarbeitende Gewerbe einen positiven Beschäftigungstrend auf. In den Herbstmonaten stieg die Zahl der Normalbeschäftigungsverhältnisse saisonbereinigt im Durchschnitt monatlich um 83 000 und damit sehr stark. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten scheint den ersten Meldungen zufolge ebenfalls nicht mehr gesunken zu sein. Die Frühindikatoren der Beschäftigung, insbesondere das ifo Beschäftigungsbarometer, das Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der BA-Stellenindex (BA-X) der Bundesagentur für Arbeit, sind zuletzt zwar kaum noch gestiegen. Sie befinden sich jedoch auf ausgesprochen hohen Niveaus. Demzufolge könnten auch in den nächsten Monaten in erheblichem Umfang zusätzliche Stellen aufgebaut werden.

Die Arbeitslosigkeit sank im Februar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt weiter spürbar. Sie war von der Datenrevision nicht betroffen. Bei der BA waren 2,59 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Die zugehörige Quote betrug wie im Januar 5,9%. Verglichen mit dem Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 149 000 und die Quote um 0,3 Prozentpunkte. Auch die gesamte Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mitzählt, hat sich zu Jahresbeginn leicht verringert. Zuvor war die Unterbeschäftigung nach BA-Konzept im Zuge der ausgeweiteten Maßnahmen zur Flüchtlingsintegration noch gestiegen. Hier ist inzwischen aber der Hochpunkt erreicht. In den nächsten Monaten könnte sich die registrierte Arbeitslosigkeit dem Arbeitsmarktbarometer des IAB zufolge weiter leicht verringern.

Registrierte Arbeitslosigkeit weiter gesunken

Preise

Die Rohölnotierungen lagen im Februar bei 56½ US- $\text{\$}$ pro Fass der Sorte Brent. Sie hielten das etwas höhere Niveau vom Januar und Dezember wohl auch deshalb, weil die OPEC die im Herbst angekündigten Produktionskürzungen umsetzte. Den Stand des Vorjahres überschritten die Notierungen um fast zwei Drittel, vor allem da die Preisrückgänge zur Jahreswende 2015/2016 nicht mehr in die Betrachtung der entsprechenden Rate einfließen. In der ersten Märzhälfte gaben die Rohölpreise allerdings deutlich nach. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei 52 US- $\text{\$}$. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs und 12 Monaten ½ US- $\text{\$}$.

Rohölnotierungen halten höheres Niveau

Die Einfuhr- und Erzeugerpreise bewegten sich auch zu Jahresbeginn aufwärts. Hierzu trugen steigende Energiepreise lediglich einen kleinen Teil bei. Vielmehr setzte sich der merkliche Preisanstieg bei anderen Gütern fort. Insgesamt überschritten die Preise ihren Vorjahresstand deutlich (Einfuhrpreise + 6,0% und Preise für gewerbliche Erzeugnisse + 2,4%).

Einfuhr- und Erzeugerpreise ohne Energie steigen weiter stark

Auch Verbraucherpreise legen weiter zu

Die Verbraucherpreise stiegen im Februar weiter leicht um saisonbereinigt 0,2% (Harmonisierter Verbraucherpreisindex: HVPI). Vor allem Gemüse verteuerte sich witterungsbedingt sehr kräftig. Die Preise für andere Waren und Dienstleistungen einschließlich Mieten stiegen dagegen insgesamt recht wenig. Dabei wirkten vorübergehende Vergünstigungen bei bestimmten Güter- und Dienstleistungsgruppen, wie Bekleidung und Pauschalreisen, deren Preise generell stark schwanken, dämpfend. Der Vorjahresabstand weitete sich insgesamt von +1,9% auf +2,2% aus (ebenso nach dem nationalen Verbraucherpreisindex). Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet, verblieb die entsprechende Rate etwas über +1%. In den kommenden Monaten dürfte die Gesamtrate unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen auch wegen der verglichen mit dem Vorjahr anderen Lage von Ostern und Pfingsten um +2% schwanken.

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV: Krankenkassen und Gesundheitsfonds zusammengefasst) schloss das Jahr 2016 nach ersten Angaben mit einem Überschuss von 1/2 Mrd € ab. Gegenüber 2015 bedeutet dies eine finanzielle Verbesserung um 4 Mrd €. Die Krankenkassen erzielten einen Überschuss von 1 1/2 Mrd € (nach einem Defizit von 1 Mrd € im Vorjahr). Angesichts eines merklich schwächer als unterstellten Wachstums der Leistungsausgaben ist die Erhöhung der Zusatzbeitragssätze im vergangenen Jahr im Durchschnitt somit zu hoch ausgefallen. Der Gesundheitsfonds verzeichnete dagegen ein Defizit von 1 Mrd €. Der geplante Haushaltsausgleich wurde verfehlt, da sich insbesondere die beitragspflichtigen Entgelte etwas schwächer entwickelten als vom GKV-Schätzerkreis erwartet.²⁾ Gegenüber 2015 wurde das Defizit damit um 1 1/2 Mrd € zurückgeführt, insbesondere weil der Bundeszuschuss

im Jahr 2016 wieder auf sein reguläres Niveau von 14 Mrd € angehoben wurde. Die Rücklagen des Gesundheitsfonds sind damit auf 9 Mrd € gesunken, während sich die Finanzreserven der Kassen auf insgesamt 16 Mrd € erhöht haben.³⁾

Im Einzelnen wuchsen aufseiten der Krankenkassen die Einnahmen, die im Wesentlichen aus Zuweisungen des Gesundheitsfonds bestehen, um 5 1/2%. Bereinigt um die Erhöhung der Zusatzbeitragssätze (um durchschnittlich 0,25 Prozentpunkte) lag das Einnahmenplus immer noch bei 4% und damit annähernd so hoch wie das Ausgabenwachstum (4 1/2%). Die Aufwendungen für Krankenhausbehandlungen stiegen um 3 1/2% und für Heil- und Hilfsmittel um 4 1/2%. Dabei wurden die im Krankenhausbereich beschlossenen Leistungsausweitungen erst im Schlussquartal spürbar, sodass sich hier im Jahresverlauf eine ausgeprägtere Dynamik gezeigt hat. Die ebenfalls gewichtigen Aufwendungen für ambulante Behandlungen (gut +4%) und für Arzneimittel (+4%) wuchsen ähnlich stark. Letztere wurden besonders von höheren Rabatterlösen für Arzneimittel sowie rückläufigen Aufwendungen zur Behandlung von Hepatitis C gedrückt. Alles in allem lag das Plus bei den Leistungsausgaben bei 4%. Der vergleichsweise starke Zuwachs der Verwaltungskosten um 5 1/2% hängt nicht zuletzt mit zinsbedingt deutlich gestiegenen Altersrückstellungen zusammen.

Der Gesundheitsfonds, der die Beiträge zunächst vereinnahmt und daraus zuvor festgelegte Zuweisungen an die Kassen leistet, ver-

*Krankenkassen:
Höhere Zusatzbeiträge und geringere Ausgabenwachse*

Rückkehr zu Überschuss im Jahr 2016

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal.

² Zudem waren die Zuweisungen des Gesundheitsfonds zum Innovationsfonds im Jahr 2016 vom GKV-Schätzerkreis zunächst nicht berücksichtigt worden.

³ Jede Kasse muss, ebenso wie der Gesundheitsfonds, mindestens über Rücklagen von einem Viertel einer durchschnittlichen Monatsausgabe verfügen (§ 261 Abs. 2 SGB V, § 271 Abs. 2 SGBV). In der Summe entspricht dies sowohl auf Kassenebene als auch beim Gesundheitsfonds derzeit 4 1/2 Mrd €. Die Mindestanforderungen werden im Aggregat mithin deutlich überschritten.

Gesundheitsfonds: Deutliches Beitragsplus und Rückkehr zum regulären Bundeszuschuss

zeichnete im Jahr 2016 einen Einnahmewachstum in Höhe von 6 1/2%. Dabei stiegen die Beitragseingänge um gut 5 1/2% (+ 4% bereinigt um den Zusatzbeitragsanstieg). Die Beiträge der erwerbstätigen Kassenmitglieder nahmen angesichts der sehr günstigen Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der Zuwächse bei den Pro-Kopf-Entgelten noch etwas deutlicher zu. Nach der kräftigen Rentenanpassung zur Jahresmitte 2016 blieb aber auch der Beitragszuwachs aus Renten kaum dahinter zurück. Dagegen sanken die Beitragseingänge für Arbeitslose aufgrund der anhaltend günstigen Lage am Arbeitsmarkt und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit. Die Wiederanhebung des Bundeszuschusses auf seinen regulären Betrag brachte Mehreinnahmen von 2 1/2 Mrd €. Die Gesamtausgaben, die im Wesentlichen den Zuweisungen an die Kassen entsprechen, wuchsen um gut 5 1/2%.

Im laufenden Jahr wieder Defizit beim Fonds und Gesamtsystem erwartet

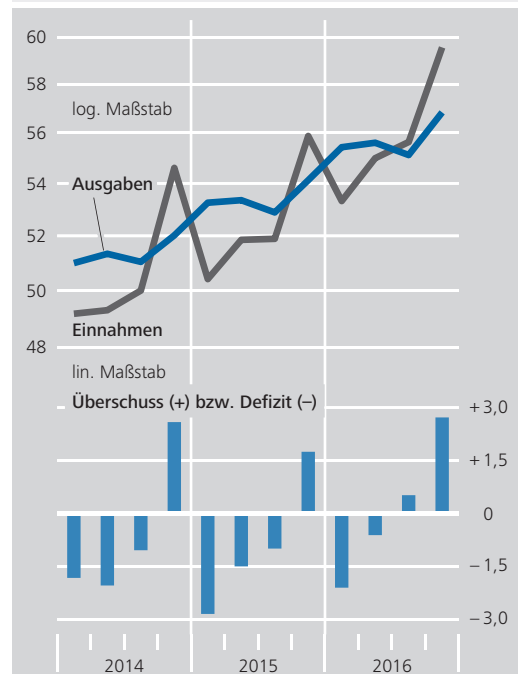
Für das laufende Jahr ist im GKV-System insgesamt mit einem Defizit zu rechnen. Beim Gesundheitsfonds erwartet der GKV-Schätzerkreis ein etwas höheres Minus als 2016. Zwar wurde hinsichtlich der vereinnahmten Beiträge und der risikoadjustierten Zuweisungen an die Kassen ein ausgeglichenes Ergebnis geschätzt. Allerdings muss der Fonds im laufenden Jahr eine darüber hinausgehende Zuführung in Höhe von 1 1/2 Mrd € leisten, die es den Kassen ermöglichen soll, im Durchschnitt auf eine Anhebung der Zusatzbeitragsätze weitestgehend zu verzichten. Ebenfalls aus den Fondsrücklagen sind rund 1/2 Mrd € an den Struktur- und den Innovationsfonds zu zahlen. Für die Beitragseinnahmen wird ein Anstieg um 4% erwartet, und der Bundeszuschuss steigt um 1/2 Mrd € auf sein neues Regelniveau von 14 1/2 Mrd €. Per saldo würde die Rücklage des Gesundheitsfonds auf etwa 7 Mrd € sinken. Die gesetzliche Mindestrücklage wäre damit aber noch nicht unterschritten.⁴⁾

Kassen planen mit ausgeglichenem Ergebnis

Für die Kassen wurde unter Berücksichtigung der zusätzlichen Zuführung aus dem Gesundheitsfonds⁵⁾ und bei marginal weiter steigenden Zusatzbeitragsätzen ein ausgeglichenes Finanzergebnis geschätzt. Da die als Ausgangsbasis

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung*)

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

einbezogenen Ausgaben für 2016 dabei um gut 1/2 Mrd € zu hoch angesetzt waren, besteht hier bereits ein gewisser Puffer. Das Ausgabenwachstum (+ 5%) könnte zudem – ebenso wie in den Vorjahren – zu hoch veranschlagt sein. In diesem Fall fiel das Ergebnis noch günstiger aus.

Die Rücklagen der Kassen würden dann weiter anwachsen. Bereits Ende 2016 übertrafen sie die Mindestanforderung um das Zweieinhalbfache (bzw. um 11 1/2 Mrd €), wobei sie sich recht heterogen über die einzelnen Kassen verteilen. Dabei sollen sie nicht einer Kapitaldeckung für künftige Belastungsanstiege dienen, sondern eine Absicherung gegen eher

Kassenrücklagen nutzen, um Beitragszahlende zu entlasten und Kassenwettbewerb zu fördern

⁴ Für den Fall, dass zum Ende eines Jahres die untere Grenze nicht eingehalten wird, ist vorgesehen, dass im darauffolgenden Jahr lediglich die um den notwendigen Auffüllungsbetrag korrigierten Einnahmen des Gesundheitsfonds an die Kassen weitergeleitet werden.

⁵ Die Zuführung von 1 1/2 Mrd € entspricht den Mehreinnahmen aus einer Erhöhung der Zusatzbeitragsätze um 0,1 Prozentpunkte.

Gesetzliche Krankenversicherung: Finanzierungsübersicht des Gesamtsystems

Mrd €

Einnahmen	2015 ¹⁾	2016 ²⁾	Ausgaben	2015 ¹⁾	2016 ²⁾
Gesundheitsfonds (GF)					
Beiträge	184,57	191,93	Zuweisungen an KK ³⁾	208,58	220,49
Zusatzbeiträge	10,22	13,89	Verwaltung	0,05	0,05
Bundeszuschüsse	11,38	13,86			
Sonstige Einnahmen	0,00	0,00			
Defizit	2,46	0,86			
Insgesamt	208,63	220,54	Insgesamt	208,63	220,54
Krankenkassen (KK)					
Zuweisungen des GF	208,58	220,49	Leistungsausgaben	202,05	210,50
Sonstige Beiträge	0,99	1,01	Verwaltung	10,43	10,92
Bundeszuschüsse an LKV ³⁾	0,12	0,14	Sonstige Ausgaben	1,20	1,49
Sonstige Einnahmen ⁴⁾	2,87	2,67	Überschuss		1,38
Defizit	1,12		Insgesamt	213,68	224,30
Insgesamt	213,68	224,30			
GKV-System insgesamt					
Beiträge	195,77	206,82	Leistungsausgaben	202,05	210,50
Bundeszuschüsse	11,50	14,00	Verwaltung	10,48	10,98
Sonstige Einnahmen	2,87	2,67	Sonstige Ausgaben	1,20	1,49
Defizit	3,58		Überschuss		0,52
Insgesamt	213,73	223,49	Insgesamt	213,73	223,49

1 Endgültige Jahresergebnisse (KJ1). 2 Vorläufige Vierteljahresergebnisse (KV 45). 3 Landwirtschaftliche Krankenversicherung. 4 Einschl. Differenz zu den vom Gesundheitsfonds ausgewiesenen Zuweisungen sowie der Differenz aus Forderungen und Verbindlichkeiten. 5 Einschl. Zuweisungen an Innovations- und Strukturfonds.
 Deutsche Bundesbank

kurzfristige Schwankungen bilden. Konjunkturelle Schwankungen werden in diesem Rahmen eher auf der Ebene des Gesundheitsfonds aufgefangen. Im Kassenwettbewerb wird der Zusatzbeitragssatz bislang offenbar kaum als Aktionsparameter herangezogen. Vielmehr folgen insbesondere finanzstarke Kassen weitgehend dem vom Gesundheitsministerium als bedarfsdeckend ermittelten durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz. Dieser wurde angesichts zu hoher Ausgabenschätzungen zuletzt offenbar eher großzügig angesetzt und führte damit im Aggregat zu hohen Rücklagen. Auch wenn bei den Rücklagen gewisse Sicherheitsabstände zu den Mindestanforderungen sinnvoll sind und aus dem Aggregat der Kassenrücklagen nicht unmittelbar auf den Spielraum einer einzelnen Kasse geschlossen werden kann, erscheinen die Rücklagen inzwischen sehr umfangreich. Zwar liegen diese in der Gesamtschau noch unter der Höchstgrenze von einer Monatsausgabe; es wäre aber durchaus naheliegend, wenn die Kassen mit hohen Rücklagen ihre Zusatzbei-

tragssätze zur Entlastung ihrer Mitglieder senken. Andernfalls wäre zu erwarten, dass die hohen Rücklagen den Anreiz zur Kostenbegrenzung verringern und es zu weiteren strukturellen Ausgabensteigerungen kommt, die letztlich dauerhaft höhere Beitragssätze erforderlich machen.

Soziale Pflegeversicherung

Die soziale Pflegeversicherung schloss das Jahr 2016 im operativen Bereich ⁶⁾ mit einem Überschuss von 1 Mrd € ab, der damit ½ Mrd hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb. Die allgemeinen Rücklagen wuchsen damit auf 9 Mrd €. Daneben wurden planmäßig fast 1½ Mrd € dem Pflegevorsorgefonds zugeführt, der

Überschuss im Jahr 2016 etwas geringer als im Vorjahr bei weiterem Rücklagenaufbau im Pflegevorsorgefonds

⁶⁾ Bei der Beschreibung des operativen Bereichs wird der Pflegevorsorgefonds ausgeklammert. Seit dem Jahr 2015 werden an den Fonds Mittel aus einem zehntel Beitragssatzprozentpunkt weitergeleitet.

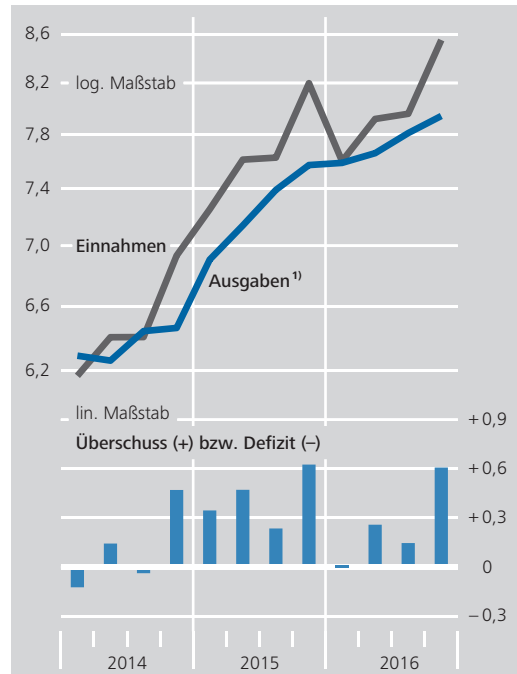
Ende des Jahres einen Bestand von 2 ½ Mrd € aufwies.

Bei stabiler Einnahmenentwicklung weiterhin starke Ausgabenanstiege

Im operativen Bereich erhöhten sich die Gesamteinnahmen um 4 ½%. Die Beiträge aus Beschäftigung wuchsen bei einer anhaltend günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt mit 5% kräftig, aber auch aus Renten wurden vor allem aufgrund der kräftigen Anpassung zur Jahresmitte 2016 fast 4 ½% mehr überwiesen. Demgegenüber fiel das Plus bei den Gesamtausgaben mit 7% deutlich kräftiger aus. Ursächlich hierfür ist in erster Linie mit 6 ½% ein kräftiger Zuwachs bei den quantitativ besonders gewichtigen Sachleistungen. Diese wurden im Zuge des ersten Pflegestärkungsgesetzes im Jahr 2015 merklich ausgeweitet, was sich aber erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung vollständig niederschlug, ähnlich wie bei früheren Leistungsausweitungen. Im Jahresverlauf 2016 schwächten sich die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich aber kontinuierlich ab. Bei den Geldleistungen hingegen war unterjährig eine gegenläufige Entwicklung festzustellen. Mit einem sehr kräftigen Anstieg der Pflegegeldzahlungen im letzten Quartal 2016 wurde im Gesamtjahr ein Ausgabenzuwachs von 5 ½% verzeichnet. Die Entwicklung am Jahresende war aber offenbar ein reiner Kasseneffekt. Aufgrund der vorschüssigen Zahlung des Pflegegeldes wurden noch im Dezember bereits die höheren Leistungssätze für die im Zuge des zweiten Pflegestärkungsgesetzes ab 2017 neu eingeführten Pflegegrade ausgezahlt. Schließlich sind auch die Verwaltungsausgaben mit 12% sehr kräftig gestiegen. Die angegliederten Pflegekassen erstatten ihren Krankenkassen einen Pauschalbetrag zur Abgeltung der Verwaltungskosten, der sich an den durchschnittlichen Leistungsaufwendungen und Beitragseinnahmen orientiert. Nach den mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz im Jahr 2015 kräftig gestiegenen Einnahmen und Ausgaben lagen die Pauschalen unterhalb der tatsächlich zu entrichtenden Beträge. Im Jahr 2016 fielen die Pauschalen nun entsprechend höher aus, da die Beträge für das Jahr 2015 nachgeholt wurden.

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Vorläufige Vierteljahresergebnisse (PV45). 1 Einschl. der Zuführungen an den Pflegevorsorgefonds.
 Deutsche Bundesbank

Zum 1. Januar 2017 wurde der Beitragssatz von 2,35% auf 2,55% (zzgl. jeweils 0,25 Prozentpunkte für Kinderlose) angehoben. Die damit erzielbaren Mehreinnahmen in Höhe von gut 2 ½ Mrd € werden allerdings nach den Erwartungen des Gesetzgebers nicht ausreichen, um die deutlich höheren Kosten der ebenfalls zu Jahresbeginn in Kraft getretenen umfangreichen Anpassung des Leistungskatalogs zu decken. Zunächst könnte die Pflegeversicherung aber im laufenden Jahr angesichts eines wohl graduelleren Anstiegs der Leistungsausgaben nochmals einen moderaten Überschuss verzeichnen. In den nächsten Jahren dürfte sich die Finanzlage allerdings sukzessive verschlechtern. Zunächst stehen zum Ausgleich von Defiziten die gebildeten umfangreichen operativen Rücklagen zur Verfügung. Perspektivisch sind aber insbesondere bedingt durch den demografischen Wandel weitere Beitragssatzerhöhungen angelegt. Ab dem Jahr 2035 soll diese Tendenz durch Abschmelzen der bis dahin

2017 nochmals Überschuss bei höheren Beitragssätzen und Mehrausgaben

aufgebauten Rücklage des Pflegevorsorgefonds abgeschwächt werden.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

*Nettoemissionen
 am deutschen
 Rentenmarkt*

Der Bruttoabsatz am deutschen Rentenmarkt lag im Januar 2017 mit 128,5 Mrd € wieder deutlich über dem Wert des Vormonats (58,0 Mrd €). Unter Berücksichtigung gestiegener Tilgungen (119,6 Mrd €) und der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten erhöhte sich der Umlauf inländischer Rentenpapiere netto um 22,5 Mrd €, nachdem er im Vormonat noch um 21,9 Mrd € zurückgegangen war. Der Umlauf ausländischer Titel am deutschen Markt erhöhte sich um 1,7 Mrd €, sodass der Umlauf von in- und ausländischen Schuldtiteln in Deutschland im Ergebnis um 24,2 Mrd € anstieg.

Die öffentliche Hand emittierte im Berichtsmonat Anleihen in Höhe von netto 5,9 Mrd €. Dabei weitete der Bund seine Kapitalmarktverschuldung im Ergebnis um 5,6 Mrd € aus. Er begab vor allem zweijährige Bundesschatzanweisungen (5,1 Mrd €) und 30-jährige Bundesanleihen (1,6 Mrd €), während er zehnjährige Bundesanleihen im Umfang von 2,1 Mrd € tilgte. Die Länder begaben Anleihen für per saldo 0,3 Mrd €.

*Gestiegene
 Kapitalmarkt-
 verschuldung
 der öffentlichen
 Hand*

Die inländischen Kreditinstitute erhöhten im Januar ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 12,0 Mrd €. Dies ist vor allem auf Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (6,7 Mrd €) und Hypothekendarlehen (3,0 Mrd €) zurückzuführen. Darüber hinaus wurden Öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 0,9 Mrd € und flexibel gestaltbare sonstige Bankschuldverschreibungen für per saldo 1,4 Mrd € begeben.

*Gestiegene
 Kapitalmarkt-
 verschuldung
 der Kredit-
 institute*

Auch heimische Unternehmen weiteten im Januar ihre Kapitalmarktverschuldung deutlich aus, und zwar um 4,6 Mrd €. Bei den Neuemissionen handelte es sich im Ergebnis überwiegend um kurz laufende Commercial Paper und Anleihen mit einer Laufzeit von über einem Jahr.

Auf der Erwerberseite trat im Januar insbesondere die Bundesbank in Erscheinung, welche im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems Schuldverschreibungen für netto 18,1 Mrd € in ihr Portfolio aufnahm. Während zudem inländische Nichtbanken per saldo Rentenwerte für 10,0 Mrd € erwarben, verkauften heimische Kreditinstitute im gleichen Zeitraum Schuldtitel für netto 7,4 Mrd €. Der Großteil der Verkäufe entfiel dabei auf inländische Titel öffentlicher Emittenten. Gebietsfremde Investoren erwarben hiesige Rentenwerten für per saldo 3,5 Mrd €.

*Erwerb von
 Schuldver-
 schreibungen*

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen			
Mrd €			
Position	2016		2017
	Jan.	Dez.	Jan.
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 1,9	- 21,9	22,5
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	7,5	- 10,6	12,0
Anleihen der öffentlichen Hand	- 12,3	- 12,4	5,9
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	10,9	- 8,6	1,7
Erwerb			
Inländer	- 14,4	0,6	20,7
Kreditinstitute ³⁾	- 39,4	- 9,5	- 7,4
Deutsche Bundesbank	11,1	13,6	18,1
Übrige Sektoren ⁴⁾	13,9	- 3,5	10,0
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	9,8	4,3	6,5
Ausländer ²⁾	- 44,4	- 31,1	3,5
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	- 58,8	- 30,5	24,2

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt haben im Januar 2017 inländische Gesellschaften über die Ausgabe neuer Aktien im Ergebnis kaum neue Mit-

*Nettoemissionen
 am deutschen
 Aktienmarkt*

tel aufgenommen. Der Absatz ausländischer Aktien in Deutschland betrug im gleichen Zeitraum 1,3 Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten inländische Nichtbanken und gebietsfremde Anleger, die per saldo für 0,8 Mrd € beziehungsweise 0,7 Mrd € Dividendenwerte erwarben. Heimische Kreditinstitute veräußerten hingegen Aktien für per saldo 0,2 Mrd €.

Investmentfonds

*Deutsche
Investmentfonds
verzeichnen
Mittelzuflüsse*

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Januar 2017 einen Mittelzufluss in Höhe von 18,6 Mrd €. Hiervon profitierten vor allem die institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (8,6 Mrd €). Unter den Anlageklassen wurde vor allem in Rentenfonds investiert (5,2 Mrd €). Auch Immobilienfonds und Gemischte Wertpapierfonds konnten Anteilscheine absetzen (2,8 Mrd € bzw. 2,7 Mrd €), während Aktienfonds Mittelabflüsse von per saldo 1,6 Mrd € hinnehmen mussten. Am deutschen Markt tätige ausländische Fondsgesellschaften platzierten im Januar Anteilscheine für 8,5 Mrd €. Als Erwerber von Investmentfondsanteilen traten im Berichtsmonat im Ergebnis insbesondere inländische Nichtbanken auf (17,8 Mrd €). Heimische Kreditinstitute erwarben per saldo Anteilscheine für lediglich 1,4 Mrd €, während ausländische Investoren sich von Fondsanteilen für netto 0,5 Mrd € trennten.

■ Zahlungsbilanz

*Leistungsbilanz-
überschuss
gesunken*

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Januar 2017 einen Überschuss von 12,8 Mrd €. Das Ergebnis lag um 11,9 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dazu hat im Wesentlichen die Verschlechterung des Saldos im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen, beigetragen. Hinzu kam ein Rückgang des Aktivsaldos im Warenhandel.

Der Überschuss im Warenhandel sank im Vormonatsvergleich um 2,0 Mrd € auf 15,2 Mrd € im Januar. Dabei nahmen die Warenimporte stärker zu als die Warenexporte.

*Aktivsaldo im
Warenhandel
zurückgegangen*

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen wurde im Januar ein Passivsaldo von 2,3 Mrd € verzeichnet, nach einem Überschuss von 7,6 Mrd € im Vormonat. Dahinter standen Saldenverschlechterungen in allen drei Teilbilanzen. Die größte Rolle für den Umschwung spielte der Rückgang der Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen um 4,6 Mrd € auf 5,8 Mrd €. Maßgeblich dafür war eine Normalisierung der sonstigen Einkünfte, nachdem im Dezember 2016 – wie zum Jahresende üblich – der Großteil der Agrarsubventionen im Rahmen des EU-Haushalts ausgezahlt worden war. Das Defizit bei den Sekundäreinkommen weitete sich um 2,8 Mrd € auf 6,8 Mrd € aus. Die Dienstleistungsbilanz wies, nach einem Aktivsaldo von 1,2 Mrd € im Dezember, einen Negativsaldo von 1,3 Mrd € auf. Dies hing damit zusammen, dass der Rückgang der Einnahmen, vor allem aus EDV-Dienstleistungen, sonstigen unternehmensbezogenen Diensten und Gebühren für die Nutzung geistigen Eigentums, im Ergebnis stärker war als bei den Ausgaben, die sich insbesondere in den genannten Bereichen vermindert hatten. Zudem stiegen die Nettoausgaben im Reiseverkehr.

*Saldo bei den
„unsichtbaren“
Leistungstrans-
aktionen ver-
schlechtert*

Das Geschehen an den internationalen Finanzmärkten wurde im Januar vor allem von einem sich abzeichnenden harten Brexit, dem Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten sowie der zunehmenden Erwartung steigender US-Zinsen geprägt. Vor diesem Hintergrund kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 7,6 Mrd € (nach 22,4 Mrd € im Dezember). Ausschlaggebend dafür war der Kauf ausländischer Wertpapiere durch hiesige Anleger (11,4 Mrd €, nach Verkäufen von 5,3 Mrd € im Monat zuvor). Dabei fragten sie insbesondere Investmentzertifikate (8,5 Mrd €) nach. Daneben erwarben sie Anleihen (1,4 Mrd €) und Aktien (1,2 Mrd €) im Ausland.

*Kapitalexporte
im Wertpapier-
verkehr ...*

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2016		2017
	Jan. ¹⁾	Dez. ¹⁾	Jan. ¹⁾
I. Leistungsbilanz	+ 14,6	+ 24,8	+ 12,8
1. Warenhandel ¹⁾	+ 13,9	+ 17,2	+ 15,2
Ausfuhr (fob)	86,4	94,7	97,3
Einfuhr (fob)	72,5	77,5	82,1
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 13,2	+ 18,7	+ 14,8
Ausfuhr (fob)	88,5	97,4	98,9
Einfuhr (cif)	75,3	78,7	84,0
2. Dienstleistungen ³⁾	- 1,5	+ 1,2	- 1,3
Einnahmen	18,5	27,3	20,1
Ausgaben	20,0	26,0	21,4
3. Primäreinkommen	+ 4,5	+ 10,3	+ 5,8
Einnahmen	15,6	20,4	14,8
Ausgaben	11,1	10,1	9,0
4. Sekundäreinkommen	- 2,3	- 4,0	- 6,8
II. Vermögensänderungsbilanz	- 0,0	+ 0,3	- 0,1
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	- 2,0	+ 25,1	+ 19,1
1. Direktinvestition	- 4,8	+ 10,3	+ 13,3
Inländische Anlagen im Ausland	- 8,0	+ 2,6	+ 15,7
Ausländische Anlagen im Inland	- 3,2	- 7,7	+ 2,4
2. Wertpapieranlagen	+ 14,9	+ 22,4	+ 7,6
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 11,2	- 5,3	+ 11,4
Aktien ⁴⁾	- 1,9	- 0,7	+ 1,2
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 2,2	+ 4,1	+ 8,5
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 7,8	- 6,0	+ 1,4
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 3,2	- 2,7	+ 0,3
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 3,6	- 27,7	+ 3,7
Aktien ⁴⁾	- 3,2	+ 3,0	+ 0,7
Investmentfondsanteile	- 0,6	+ 0,4	- 0,5
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	- 1,7	- 23,9	+ 9,0
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 1,9	- 7,2	- 5,4
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 0,5	+ 3,3	- 0,4
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	- 12,3	- 10,9	- 1,3
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	- 30,9	+ 42,8	- 53,5
darunter: kurzfristig	- 32,1	+ 39,7	- 55,9
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	+ 0,6	- 19,5	+ 1,1
Staat	+ 6,6	+ 7,7	- 5,1
Bundesbank	+ 11,4	- 42,0	+ 56,2
5. Währungsreserven ¹²⁾	- 0,2	- 0,0	- 0,1
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	- 16,6	- 0,0	+ 6,4

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine. 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Auch ausländische Wertpapierinvestoren weiteten ihr Engagement in Deutschland wieder aus (3,7 Mrd €), nachdem sie dieses noch im Monat zuvor stark zurückgeführt hatten (27,7 Mrd €). In ihren Fokus rückten dabei – in erster Linie private – Anleihen (9,0 Mrd €), während sie sich von Geldmarktpapieren (5,4 Mrd €) trennten.

Auch im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Januar Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 13,3 Mrd €. Ausschlaggebend war das Neuengagement hiesiger Firmen jenseits der Landesgrenzen (15,7 Mrd €). Einerseits vergaben sie für 9,3 Mrd € konzerninterne Kredite. Dabei kam den finanziellen Krediten von inländischen Muttergesellschaften an ihre Töchter im Ausland wie auch den grenzüberschreitenden Krediten unter Schwestergesellschaften eine größere Bedeutung zu. Zudem stockten sie ihr Beteiligungskapital im Ausland auf (6,4 Mrd €). Ausländische Firmen führten ihren verbundenen Unternehmen in Deutschland ebenfalls Kapital zu (2,4 Mrd €). Dabei vergaben insbesondere Niederlassungen im Ausland Kredite an ihre Muttergesellschaften im Inland, während über Handelskredite Gelder ins Ausland abflossen.

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, waren im Januar vergleichsweise niedrige Netto-Kapitalimporte (1,3 Mrd €) zu verzeichnen. Dabei entfielen auf die Nichtbanken per saldo Kapitalzuflüsse im Umfang von 4,0 Mrd €, da bei öffentlichen Stellen mehr Gelder aus dem Ausland aufkamen (5,1 Mrd €), als bei Unternehmen und Privatpersonen im gleichen Zeitraum abflossen (1,1 Mrd €). Die grenzüberschreitenden Geschäfte des Bankensystems waren hingegen von Netto-Kapitalexporten geprägt (2,7 Mrd €). Diese waren auf die Mittelabflüsse bei der Bundesbank zurückzuführen (56,2 Mrd €). Dahinter stand vor allem ein Anstieg der Forderungsposition im Rahmen des Großbetragszahlungsverkehrssystems TARGET2

... wie auch bei den Direktinvestitionen

Hingegen Mittelzuflüsse im übrigen Kapitalverkehr

(41,4 Mrd €). Weitere Kapitalexporte ergaben sich, weil ausländische Zentralbanken ihre Einlagen bei der Bundesbank reduzierten (13,5 Mrd €). Im Gegensatz dazu führten die Transaktionen der Kreditinstitute per saldo zu Mittelzuflüssen (53,5 Mrd €). Dafür waren in erster Linie steigende Einlagen ausländischer Geschäftspartner verantwortlich. Sowohl der Anstieg des TARGET2-Saldos als auch die Zunahme der Einlagen bei deutschen Banken dürften im

Zusammenhang mit den Wertpapierkäufen des Eurosystems stehen, da diese erfahrungsgemäß häufig mit ausländischen Geschäftspartnern getätigt werden, die über die Bundesbank an TARGET2 angeschlossen sind.

Die Währungsreserven der Bundesbank fielen im Januar – zu Transaktionswerten gerechnet – gegenüber dem Vormonat leicht (0,1 Mrd €).

*Währungs-
reserven*

Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2016

Der Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Volkswirtschaft ist gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2016 leicht auf 8¼% zurückgegangen. Der jahresdurchschnittliche Rückgang verdeckt eine stärkere Verringerung im Jahresverlauf: Von einem Saldo von 8¾% des BIP im ersten Jahresviertel ging der Überschuss in saison- und kalenderbereinigter Betrachtung auf 7½% im Jahresschlussquartal zurück. Sofern es bei den relativen Preisen keine Trendumkehr geben wird, spricht deshalb vieles dafür, dass der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im laufenden Jahr im Jahresdurchschnitt merklich zurückgehen wird. Auch in absoluter Betrachtung setzte sich die in den beiden Jahren zuvor verzeichnete kräftige Ausweitung nicht fort: Mit 261 Mrd € blieb der Saldo praktisch auf dem Stand des Vorjahres. Mit Blick auf die Teilbilanzen ist festzustellen, dass im Warenverkehr der Überschuss weiter zunahm; allerdings beruhte dies im vierten Jahr in Folge auf gesunkenen Importpreisen. Dieser Preiseffekt verdeckt in wertmäßiger Betrachtung die mengenmäßige Verringerung des Überschusses im Warenhandel. In der Dienstleistungsbilanz erhöhte sich hingegen der Fehlbetrag weiter, und der Überschuss bei den Vermögenseinkommen ging trotz des weiter gestiegenen Netto-Auslandsvermögens zurück.

Dass der Leistungsbilanzüberschuss 2016 nicht weiter gestiegen ist, lag auch daran, dass die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, die in den beiden Jahren zuvor stark zugenommen hatte, relativ zum BIP ein wenig eingeschränkt wurde. Dies glich den Rückgang der Investitionsquote weitgehend aus. Die Europäische Kommission, die Deutschland wegen des hohen Überschusses in der Leistungsbilanz ein Ungleichgewicht attestiert, empfiehlt Maßnahmen, um den hohen Überschuss zu senken. Zwar ist der Leistungsbilanzsaldo das Ergebnis zahlreicher, überwiegend privatwirtschaftlicher Entscheidungen sowohl im Inland als auch im Ausland, und deshalb mit Mitteln der Makropolitik direkt kaum sinnvoll steuerbar. Ungeachtet dessen ist zu überprüfen, ob und mit welchen Anpassungen der Rahmenbedingungen die private Investitionstätigkeit sinnvoll belebt werden kann und wie klar identifizierte Nachholbedarfe bei staatlichen Investitionen effizient gedeckt werden können.

Der Kapitalverkehr Deutschlands mit dem Ausland stand auch im vergangenen Jahr unter dem Einfluss des Niedrigzinsumfelds und der umfangreichen Wertpapierankäufe des Eurosystems zu geldpolitischen Zwecken. Mit 231½ Mrd € lagen die Netto-Kapitalexporte auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Jahr 2015. Im Wertpapierverkehr kam es zu einer Gewichtsverschiebung in der Nachfrage heimischer Investoren hin zu Papieren, die außerhalb des Euro-Währungsraumes emittiert wurden. In umgekehrter Richtung trennten sich ausländische Halter im großen Stil von inländischen Schuldverschreibungen, die überwiegend die Bundesbank im Rahmen des erweiterten Wertpapierankaufprogramms übernahm. Die Wertpapierankäufe des Eurosystems standen auch hinter der erneuten deutlichen Ausweitung des TARGET2-Saldos und damit der Auslandsposition der Bundesbank.

Die eher längerfristig ausgerichteten Direktinvestitionen wiesen ebenfalls Netto-Kapitalexporte auf. Ausschlaggebend war, dass hiesige Unternehmen ihre Auslandspräsenz per saldo weiter ausbauten. Dagegen ergaben sich im übrigen Kapitalverkehr Netto-Kapitalimporte, die überwiegend bei Unternehmen und Privatpersonen sowie Monetären Finanzinstituten aufkamen.

Leistungverkehr

Grundtendenzen im Leistungverkehr

Leistungsbilanz-überschuss in Relation zum BIP leicht vermindert

Der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz blieb im Jahr 2016 mit 261 Mrd € praktisch auf dem Stand des Vorjahres. Damit setzte sich die Ausweitung des Aktivsaldos aus den beiden Vorjahren nicht fort. Gemessen am nominalen BIP ging der Überschuss sogar um ¼ Prozentpunkt auf 8¼% zurück. Er überstieg aber immer noch deutlich die Schwelle von 6% des BIP, welche für die Europäische Kommission im Rahmen des Verfahrens zur Überwachung

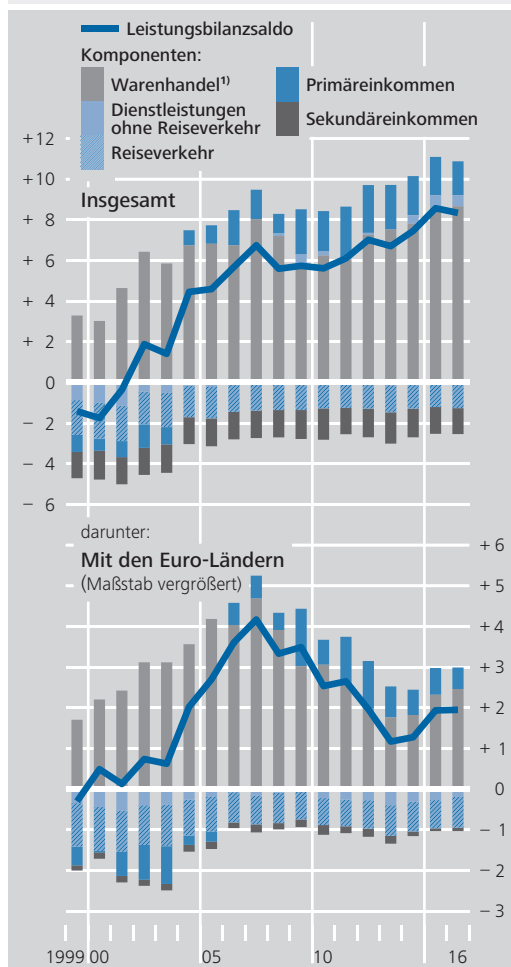
und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte relevant ist. Dementsprechend attestierte die Europäische Kommission Deutschland in ihrem Bericht im Rahmen des Europäischen Semesters zu Beginn dieses Jahres weiterhin wirtschaftliche Ungleichgewichte.¹⁾

Hinter dem in absoluten Größen weitgehend unveränderten Überschuss in der Leistungsbilanz standen gegenläufige Bewegungen in einzelnen Teilbereichen. Einerseits erhöhte sich der Aktivsaldo im Warenverkehr weiter. Wie bereits in den drei Jahren zuvor machte sich hier bemerkbar, dass sich insbesondere Rohöl verbilligte, was den Gesamtwert der eingeführten Güter erheblich dämpfte. Andererseits stieg das Defizit in der Dienstleistungsbilanz an, und der Aktivsaldo aus den Erträgen bei grenzüberschreitenden Vermögensanlagen verringerte sich erheblich. Im Dienstleistungsbereich wurden insbesondere die Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsleistungen merklich angehoben. Zudem stockten die Inländer ihre Budgets für Auslandsreisen deutlich auf. Im Bereich der Primäreinkommen ging der Überschuss bei den Vermögenseinkommen trotz des weiter kräftig gestiegenen Netto-Auslandsvermögens erheblich zurück; hier dürfte sich das allgemein niedrigere Renditeniveau niedergeschlagen haben. Der Fehlbetrag in der traditionell defizitären Bilanz der Sekundäreinkommen blieb weitgehend unverändert.

Ausweitung des Aktivsaldos im Warenhandel durch Gegenbewegungen im Bereich der unsichtbaren Leistungstransaktionen ausgeglichen

Der deutsche Leistungverkehr mit dem Ausland

in % des BIP



¹ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik, einschl. Ergänzungen zum Außenhandel, die einseitig auch die Fracht- und Versicherungskosten als Absetzungsposten enthalten.

Die globalen Rahmenbedingungen wirkten per saldo auch im Jahr 2016 expansiv. Zu nennen ist in erster Linie der weiter gesunkene Rohölpreis. Im Jahresdurchschnitt 2016 kostete ein Fass der Sorte Brent mit knapp 46 US-\$ ein Siebtel weniger als im Jahr zuvor. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2014 hat sich der Preis mehr als halbiert. Für die Energieeinfuhren mussten 2016 lediglich knapp 70 Mrd € aufgewendet werden; das war ein Fünftel oder annä-

Globale Rahmenbedingungen wirkten weiter expansiv, aber nicht mehr so stark wie 2015

¹ Vgl.: Europäische Kommission, Europäisches Semester – Winterpaket: Fortschrittsanalyse der Mitgliedstaaten mit Blick auf wirtschaftliche und soziale Prioritäten, Pressemitteilung, 22. Februar 2017, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-308_de.htm

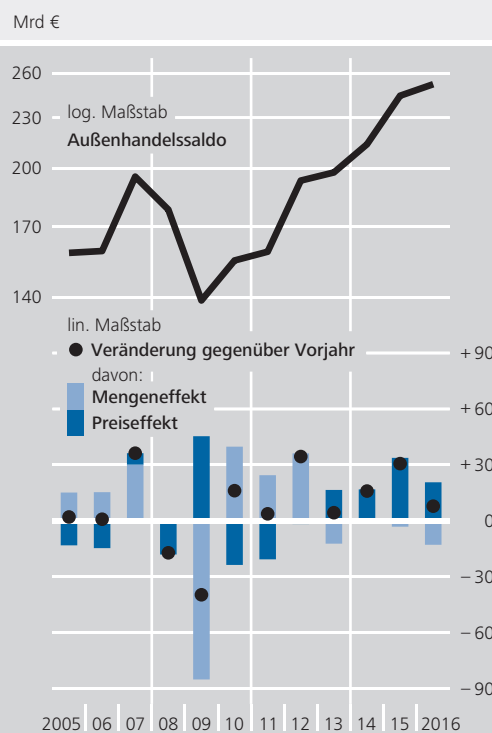
hernd 20 Mrd € weniger als im Jahr zuvor. Vom Wechselkurs gingen hingegen anders als im Jahr zuvor keine zusätzlichen expansiven Impulse aus, auch wenn die starke Abwertung aus dem Jahr 2015 noch nachgewirkt haben dürfte. Im Jahresdurchschnitt 2016 blieb der Euro gegenüber dem US-Dollar weitgehend unverändert, nachdem er 2015 noch ein Sechstel an Wert verloren hatte. Der nominale effektive Wechselkurs des Euro stieg sogar an. Hier machte sich vor allem die kräftige Aufwertung gegenüber dem britischen Pfund bemerkbar. Dementsprechend verschlechterte sich auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands leicht. Gegenüber anderen Ländern des Euro-Raums war dies Ausdruck der unterschiedlichen zyklischen Positionen und eines damit verbundenen leicht höheren binnenwirtschaftlichen Preisdrucks in Deutschland.

Warenhandel
 mit geringerer
 Dynamik

Der globale Handel büßte 2016 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) allerdings weiter an Schwung ein. Dies hatte in Verbindung mit der deutlich abnehmenden expansiven Wirkung der Euro-Abwertung des Vorjahres zur Folge, dass das Expansionstempo der Warenlieferungen an das Ausland erheblich nachließ. Der Anstieg der Importe verlangsamte sich trotz der robusten Inlandsnachfrage ebenfalls. Dabei spielte eine Rolle, dass sich gerade die beiden Nachfragegrößen, die den größten direkten und indirekten Importgehalt aufweisen, nämlich die Warenexporte und die Ausrüstungsinvestitionen, besonders verhalten entwickelten. Trotzdem überstieg in realer Rechnung die Ausweitung der Wareneinfuhren den Zuwachs bei den Warenausfuhren. Der stärkere Rückgang der Preise importierter Güter hatte jedoch zur Folge, dass sich in nominaler Betrachtung die Relation umkehrte. Im Ergebnis erhöhte sich der Aktivsaldo im Warenhandel um gut 10 Mrd € auf 272 Mrd €. Von der Mengenkomponekte ergab sich rein rechnerisch hingegen eine Verringerung in gleicher Größenordnung.

In regionaler Perspektive gab es weder gegenüber den anderen Ländern des Euro-Raums

Mengen- und Preiswirkungen auf den deutschen Außenhandelssaldo*)



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Zerlegung mithilfe des Shapley-Siegel-Index.
 Deutsche Bundesbank

noch gegenüber Drittstaaten größere Veränderungen im Hinblick auf die Höhe des Leistungsbilanzüberschusses. In Relation zum nominalen BIP betrug der Aktivsaldo gegenüber dem Euro-Raum weiterhin nahezu 2%, gegenüber Drittstaaten lag er im Berichtsjahr bei knapp 6½%. Im Außenhandel verzeichnete Deutschland mit beiden Regionen eine Ausweitung des Überschusses, wobei jeweils die Preiseffekte aufgrund niedrigerer Einfuhrpreise die dominierende Rolle spielten.

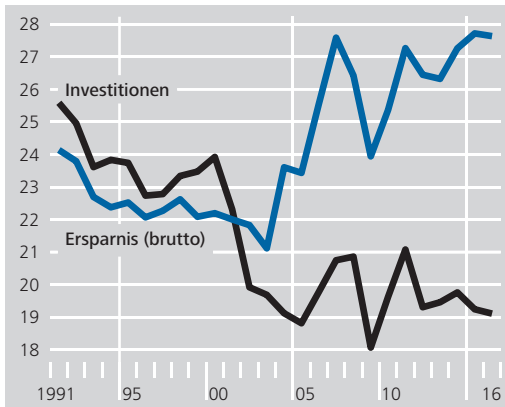
Überschussposition sowohl gegenüber Dritt-ländern als auch gegenüber Euro-Raum nur wenig verändert

Im Verlauf des Jahres 2016 gab der Leistungsbilanzüberschuss deutlich nach. Nach einem Saldo von 8¾% des BIP in den ersten beiden Jahresvierteln ging der Überschuss in saison- und kalenderbereinigter Betrachtung sukzessive zurück, und zwar über 8% im Sommer auf 7½% im Jahresschlussquartal. Dies lag im Wesentlichen daran, dass sich das reale Austauschverhältnis mit dem Ausland, das sich in den Jahren zuvor stark verbessert hatte, im Verlauf des Jahres 2016 verschlechterte. Diese

Im Jahresverlauf 2016 deutlich nachgebender Überschuss

Ersparnis und Investitionen in der Gesamtwirtschaft

in % des BIP



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

Entwicklung setzte sich Anfang 2017 fort. Sofern es bei den relativen Preisen keine Trendumkehr geben wird, spricht deshalb einiges dafür, dass der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands seinen Zenit überschritten hat und im laufenden Jahr merklich zurückgehen wird.

Leistungsbilanzsaldo, Sparen und Investieren

Leistungsbilanzüberschuss im Spiegel von Investitionen und Sparen

Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands kann auch aus dem Blickwinkel der Investitions- und Sparentscheidungen der inländischen Wirtschaftssubjekte analysiert werden. Denn der gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo, der weitgehend dem Leistungsbilanzsaldo entspricht, ergibt sich im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus der Differenz von Ersparnis und Investitionen.²⁾ Gemäß dieser Betrachtungsweise ist der Leistungsbilanzüberschuss 2016 nicht weiter gestiegen, weil die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, die in den beiden Jahren zuvor stark zugenommen hatte, relativ zum BIP ein wenig eingeschränkt wurde. Dies glich den Rückgang der Investitionsquote weitgehend aus.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war in den zurückliegenden Jahren durch eine trotz des robusten Aufschwungs verhaltene

inländische Investitionstätigkeit bei gleichzeitig starker Ausweitung des Sparens gekennzeichnet. Hinter diesen gesamtwirtschaftlichen Trends standen insbesondere veränderte Relationen von Investitionen und Sparen bei den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und beim Staat. Die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften wiesen – mit Ausnahme des Jahres 2008 – seit dem Jahr 2002 einen Finanzierungsüberschuss auf, der zuletzt 3 1/2% des BIP betrug. Hierdurch wurde wohl nicht zuletzt der zur Jahrtausendwende diagnostizierten deutlichen Unterkapitalisierung deutscher Unternehmen entgegengetreten. Der Staatshaushalt wurde bei weitgehend konstanter Investitionsquote konsolidiert, und ein spürbares Defizit schwang in einen moderaten Überschuss um. Die privaten Haushalte hingegen wiesen seit Beginn dieses Jahrzehnts recht stabile Investitions- und Sparquoten auf.

Verhaltene Investitionstätigkeit, vor allem aber hohe Ersparnis

Angesichts des hohen Leistungsbilanzüberschusses empfiehlt die Europäische Kommission sowohl höhere öffentliche Investitionen als auch weitere Maßnahmen zur Steigerung der privaten Investitionen beziehungsweise eine bessere Balance zwischen privater Ersparnis und privaten Investitionen.³⁾ Im Einzelnen plädiert die Europäische Kommission für eine Reform des Dienstleistungssektors, da insbesondere dort die Investitionstätigkeit auch im internationalen Maßstab schwach sei, und einen Abbau von Verzerrungen durch die Unternehmensbesteuerung, die sich ungünstig auf die Investitionen auswirken würden. Zudem konstatiert sie, dass es bei der Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur einen Rückstand gebe, der einer dynamischeren privaten Investitionstätigkeit im Wege stehe.

Empfehlungen der Europäischen Kommission

Mit Blick auf die staatlichen Investitionen erkennt die Europäische Kommission einige

Staatliche Investitionen stärken

² Daneben können sich Vermögenstransfers und Nettozugänge an nichtproduzierten Vermögensgütern auf den Finanzierungssaldo auswirken.

³ Vgl.: Europäische Kommission, Länderbericht Deutschland 2017 mit eingehender Überprüfung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, Brüssel, 22. Februar 2017.

Fortschritte an, hält aber gleichwohl eine stärkere Dynamik für erforderlich. Zur Finanzierung sollte aus ihrer Sicht der Spielraum zu den Obergrenzen der nationalen und der EU-Budgetregeln genutzt werden. Eine gute staatliche Infrastrukturausstattung ist zweifelsohne wichtig für eine solide wirtschaftliche Entwicklung und die Standortqualität. Hier besteht wohl teilweise in der Tat ungeachtet der im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut bewerteten Qualität Nachholbedarf. Ausgabensteigerungen sind hier für die nächsten Jahre angelegt, und nicht zuletzt wurde die kommunale Ebene deutlich entlastet. Entscheidend ist dabei aber nicht eine möglichst zügige und umfangreiche Verausgabung von Mitteln, sondern insbesondere eine effiziente Bedarfsprüfung und Umsetzung im Einzelfall. Im Hinblick auf die grundsätzliche fiskalische Ausrichtung sind in Deutschland nicht zuletzt aufgrund der absehbaren demografisch bedingten Belastungen moderate strukturelle Überschüsse zu empfehlen.⁴⁾ Derzeit stellt sich darüber hinaus die Frage, ob eine noch stärker expansiv ausgerichtete Fiskalpolitik in der augenblicklichen Konjunkturlage angemessen wäre und ob nicht auch Kapazitätsbeschränkungen im Bausektor einer raschen und sehr kräftigen Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen Grenzen setzen.

ren über 11% im letzten Jahrzehnt auf durchschnittlich 13% in der laufenden Dekade. Dieser Anstieg ist nicht monokausal zu erklären; vielmehr trugen mehrere Faktoren dazu bei. So zeigte sich insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) eine starke Tendenz, die Eigenkapitalbasis zu stärken.⁵⁾ Gleichzeitig wurde das Fremdkapital zurückgeführt und die Schuldenquote verringert. Diese Maßnahmen erhöhten die bilanzielle Widerstandsfähigkeit der Unternehmen. Für KMU, die in der Regel keinen oder nur einen unzureichenden Zugang zum Kapitalmarkt hatten, dürfte hierbei das Motiv eine Rolle gespielt haben, die Abhängigkeit vom Bankensektor zu verringern. Zudem scheint es in Zeiten höherer Unsicherheit eine Präferenz für liquide Anlagen zu geben. Auch steuerliche Aspekte, etwa die Begünstigung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer, könnten einen Einfluss darauf gehabt haben, Gewinne verstärkt in der Unternehmenssphäre zu belassen. Dabei ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass einbehaltene Gewinne bei Kapitalgesellschaften, die auch im ausländischen Besitz sind, zu diesem Teil eher eine Ersparnis ausländischer Kapitalanleger darstellen. Schließlich mussten Unternehmen mit Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven und ehemaligen Betriebsangehörigen angesichts gesunkener Zinsen in den letzten Jahren die Rückstellungen hierfür anheben.⁶⁾ Auch wurden umfangreiche Rückstellungen im Energiesektor im Hinblick auf künftige Lasten im Zusammenhang mit der Atomenergie gebildet, was ebenfalls ersparnissteigernd wirkte.

Zusammenfassend gilt es deshalb festzustellen: Zwar ist der Leistungsbilanzsaldo das Ergebnis zahlreicher, überwiegend privatwirtschaftlicher Entscheidungen sowohl im Inland als auch im

*Höhere private
Investitions-
dynamik
angelegt*

Damit die Unternehmen die Produktionskapazitäten deutlich ausweiten, sind günstige Zinskonditionen für sich genommen nicht ausreichend. Relevant für Investitionsentscheidungen sind vielmehr Renditeerwartungen auf Basis der konjunkturellen Aussichten sowie der längerfristigen Absatzperspektiven. In der Grundtendenz ist eine Stärkung der deutschen Unternehmensinvestitionen in naher Zukunft angelegt, da die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten inzwischen gut ausgelastet sind und insbesondere die Industrie ihre Aktivität zuletzt erhöhte.

*Gründe für hohe
Ersparnis im
Unternehmens-
sektor*

Die Entwicklung der Ersparnisbildung bei den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften vollzog sich spiegelbildlich zum zeitlichen Verlauf der Investitionen. Nach durchschnittlich gut 9% des BIP in den 1990er Jahren erhöhte sich das Spa-

⁴ Vgl. z. B.: Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, November 2016, S. 65 f.

⁵ Vgl. z. B.: Deutsche Bundesbank, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2013, Monatsbericht, Dezember 2014, S. 37–48.

⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Mögliche Effekte der zinsbedingten Erhöhung der Pensionsrückstellungen auf die Ersparnisse der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, Monatsbericht, Dezember 2016, S. 60–63.

Außenhandel nach Regionen

in %

Ländergruppe/Land	Anteile		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2016	2014	2015	2016
Ausfuhr				
Euro-Raum	36,7	2,1	4,9	1,9
Übrige EU	22,0	10,1	10,1	2,6
darunter:				
Großbritannien	7,1	11,1	12,4	- 3,3
Mittel- und osteuropäische EU-Länder ¹⁾	11,3	11,3	9,8	5,5
Schweiz	4,2	- 1,5	6,2	2,6
Russland	1,8	- 18,4	- 25,9	- 0,3
USA	8,9	7,4	18,6	- 6,0
Japan	1,5	- 1,0	0,3	8,2
Neue Industrieländer Asiens ²⁾	3,2	7,4	8,8	1,2
China	6,3	11,1	- 4,1	6,8
Süd- und ostasiatische Schwellenländer ³⁾	2,2	- 0,1	4,5	1,6
OPEC	2,8	8,5	8,4	- 5,2
Alle Länder	100,0	3,3	6,2	1,1
Einfuhr				
Euro-Raum	37,7	2,1	1,7	0,9
Übrige EU	20,2	6,2	5,7	3,2
darunter:				
Großbritannien	3,7	- 2,3	- 0,3	- 7,2
Mittel- und osteuropäische EU-Länder ¹⁾	13,7	10,7	9,2	6,9
Schweiz	4,6	2,8	6,8	4,3
Russland	2,8	- 7,1	- 21,5	- 12,1
USA	6,1	1,3	22,4	- 4,0
Japan	2,3	- 2,5	6,2	8,8
Neue Industrieländer Asiens ²⁾	2,4	3,7	8,3	- 1,1
China	9,8	7,1	15,2	2,0
Süd- und ostasiatische Schwellenländer ³⁾	3,8	6,7	14,5	3,8
OPEC	0,7	- 24,9	- 32,0	- 18,1
Alle Länder	100,0	2,2	4,3	0,6

¹ Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.

² Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. ³ Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Vietnam.

Deutsche Bundesbank

Ausland und deshalb mit Mitteln der Makropolitik direkt kaum sinnvoll steuerbar. Aber insbesondere mit Blick auf die hohe Ersparnisbildung im Bereich der nichtfinanziellen Unternehmen ist zu überprüfen, ob und mit welchen Anpassungen der Rahmenbedingungen die private Investitionstätigkeit sinnvoll belebt werden kann.

Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf vor allem bei den Rahmenbedingungen für private Investitionen

Warenströme und Handelsbilanz

Der deutsche Außenhandel expandierte im Jahr 2016 nur moderat. Bei den Ausfuhren lag dies an der weiteren Tempoverlangsamung des Welthandels. Bei den Einfuhren machte sich bemerkbar, dass mit den Ausfuhren und den Ausrüstungen die beiden Nachfragekomponenten, welche den höchsten Importgehalt aufweisen, etwas schwächer anstiegen als im Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt 2016 belief sich das Plus bei den Warenausfuhren in realer Rechnung auf 2%, nach 5 ¼% im Jahr zuvor. Wegen der leicht zurückgegangenen Preise ergab sich nominal ein Anstieg von lediglich gut 1%. Die Wareneinfuhren nahmen dank der – trotz der verhaltenen gewerblichen Investitionen – insgesamt robusten Binnenkonjunktur mengenmäßig mit 3 ¾% deutlich stärker zu. Wegen des starken Preisrückgangs vor allem von Energie musste für die eingeführten Güter lediglich ½% mehr bezahlt werden als im Jahr zuvor. Im Ergebnis weitete sich der Außenhandelsüberschuss um 8 Mrd € auf 252 Mrd € aus.

Außenhandel moderat aufwärtsgerichtet

Die Lieferungen in die Länder der Europäischen Union (EU) entwickelten sich wie schon in den beiden Jahren zuvor dem Wert nach günstiger als die Ausfuhren in Staaten außerhalb der EU. Vor allem die Exporte in die mittel- und osteuropäischen EU-Länder außerhalb des Euro-Raums wiesen eine hohe Dynamik auf.⁷⁾ Hingegen ging der Wert der Warenexporte in das Vereinigte Königreich nach zwei Jahren mit sehr hohen

Lieferungen in die EU zugelegt

⁷ Zu diesem Länderkreis zählen Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Expansionsraten deutlich zurück. Dabei dürfte die starke Abwertung des britischen Pfund eine zentrale Rolle gespielt haben. Was den Euro-Raum betrifft, so erhöhte sich die Nachfrage nach deutschen Waren in besonderem Maße in Spanien dank des dort kräftigen Aufschwungs, aber auch in Italien und Portugal.

Nominale Ausfuhren in Drittstaaten leicht gesunken

Die wertmäßigen Ausfuhren in Staaten außerhalb der EU gingen im Jahr 2016 geringfügig zurück. Einem deutlichen Zuwachs der Lieferungen in den asiatischen Raum, vor allem nach China und Japan, stand eine starke Einschränkung der Warenlieferungen in die USA gegenüber, nach allerdings hohen Steigerungsraten in den Jahren zuvor. Auch der Absatz in die OPEC-Länder ging stark zurück. Hier dürften sich die wegen des Ölpreisrückgangs beschränkten Möglichkeiten des Petro-Dollar-Recyclings negativ ausgewirkt haben.

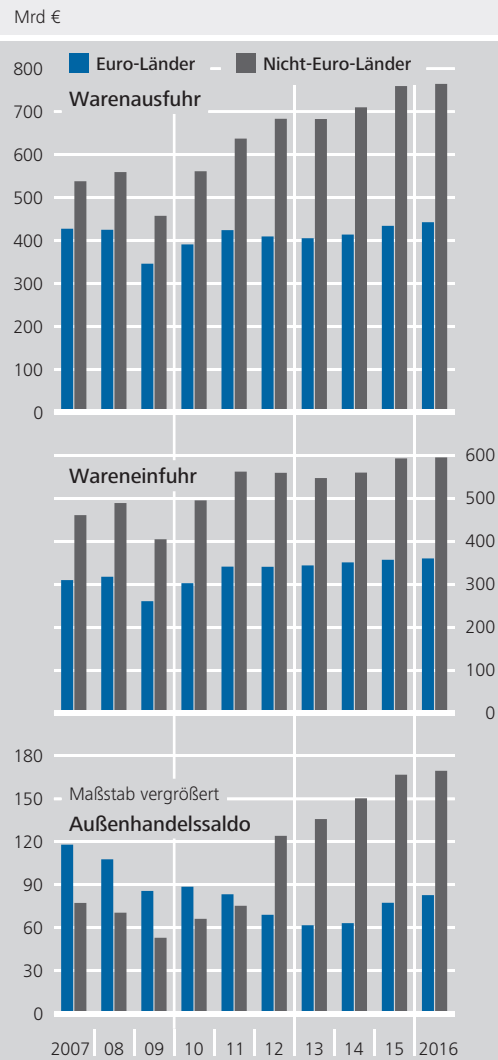
Vorleistungs- und Konsumgüter besonders gefragt

Besonders gefragt auf den internationalen Absatzmärkten waren deutsche Vorleistungs- und Konsumgütererzeugnisse. Demgegenüber nahmen die Erlöse aus dem Verkauf von Investitionsgütern angesichts der global weiterhin verhaltenen Investitionskonjunktur nur unterdurchschnittlich zu. Dies galt auch für den Verkauf von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, nach allerdings zwei sehr erfolgreichen Jahren mit hohen Zuwächsen beim Auslandsumsatz.

Regionale Tendenzen bei den Einfuhren ähnlich wie bei den Ausfuhren

Die regionale Entwicklung bei den Wareneinfuhren wies im Jahr 2016 eine große Ähnlichkeit zur Dynamik bei den Warenausfuhren auf. Hohe Zuwächse konnten die Exporteure aus den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern, die nicht zum Euro-Raum gehören, verbuchen. Auch die Partnerländer aus dem Euro-Raum profitierten dem Wert nach überproportional von der lebhaften Binnennachfrage. Von den großen Euro-Raum-Ländern steigerten Italien und Spanien ihre Warenausfuhren nach Deutschland erheblich. Dies galt auch für Österreich, aus dem rund ein Zehntel der Einfuhren Deutschlands aus dem Euro-Raum stammt. Der Wert der Einfuhren aus Großbritannien ging hingegen stark zurück. Was die Importe aus

Der deutsche Außenhandel innerhalb und außerhalb des Euro-Raums



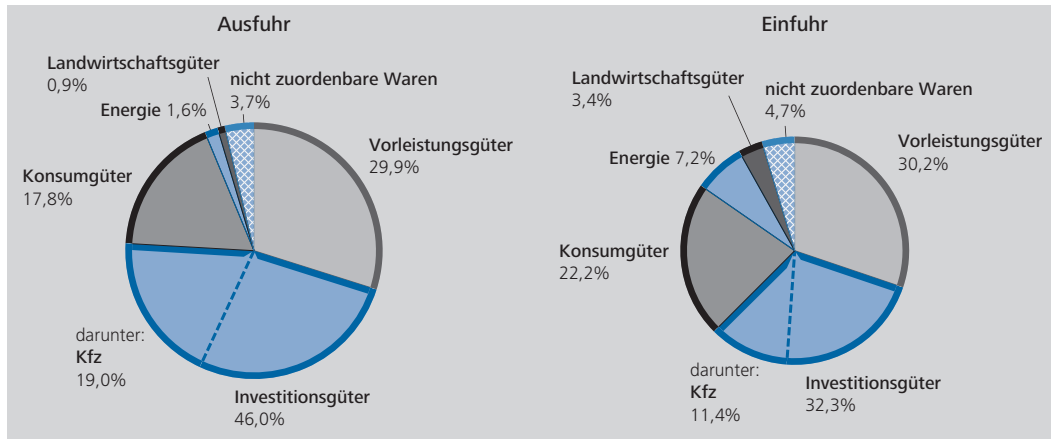
Quelle: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

den Nicht-EU-Staaten angeht, so zeichnen diese hinsichtlich ihrer Entwicklung ein heterogenes Bild. Deutlich gestiegen sind die Wareneinfuhren aus Japan, der Schweiz und China, während der Wert der Lieferungen aus den USA hinter dem aus dem Vorjahr zurückblieb, in dem es allerdings einen Zuwachs von über einem Fünftel gegeben hatte. Russland und die Mitgliedsländer der OPEC mussten wegen der gesunkenen Energiepreise erneut herbe Einbußen in ihren Exporterlösen in Deutschland hinnehmen.

Von der lebhaften Konsumkonjunktur in Deutschland profitierten die ausländischen Anbieter von Konsumgütern und von Kraftwagen

Besonders Konsumgüter und Kfz gefragt

Außenhandel nach ausgewählten Warengruppen im Jahr 2016



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt.
 Deutsche Bundesbank

in besonderem Maße. Preisbereinigt stiegen die Importe von Konsumgütern um 6% und von Kraftwagen sowie Kraftwagenteilen sogar um mehr als ein Zehntel. Aber auch Vorleistungsgüter aus dem Ausland waren sehr gefragt. Demgegenüber erhöhte sich die Einfuhr klassischer Investitionsgüter als Reflex der verhaltenen Investitionskonjunktur in Deutschland weniger stark. Ausgesprochen kräftig ging schließlich der Wert der eingeführten Energiewaren zurück, da nicht nur die Energiepreise stark nachgaben, sondern auch die Nachfrage nach importierten Energieprodukten verhalten war.

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen im Einzelnen

Kräftig erhöhte Dienstleistungsausgaben vergrößern Fehlbetrag in Dienstleistungsbilanz

Die Bilanz des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs wies für Deutschland ein Defizit aus, das 2016 entgegen der Entwicklung der beiden Vorjahre zunahm. Im Berichtszeitraum wurden für 22½ Mrd € mehr Dienstleistungen gebietsfremder Anbieter in Anspruch genommen als Ansässige aus dem Ausland eingenommen haben. Der diesbezügliche Fehlbetrag stieg damit um 4 Mrd € gegenüber 2015 an, wobei sich die Ausgaben für Dienstleistungsimporte erheblich stärker erhöhten als die Einnahmen aus Dienstleistungsexporten. Von

den gestiegenen Dienstleistungsausgaben aus Deutschland profitierten sowohl die Länder des Euro-Währungsgebiets als auch Drittstaaten in ähnlichem Maße. Da die höheren Einnahmen vor allem gegenüber dem Euro-Raum anfielen, verschlechterte sich das Ergebnis der Dienstleistungsbilanz vorwiegend gegenüber den Drittstaaten.

Die Ausgabenexpansion im Euro-Raum dürfte zu einem großen Teil der Hinwendung der Deutschen zu Reisezielen in dieser Region zuzuschreiben sein. Die Bilanz des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs als Teil der Dienstleistungsbilanz weist 2016 ein Defizit von 39½ Mrd € aus, 3 Mrd € mehr als ein Jahr zuvor. Die Reiseverkehrausgaben nahmen gegenüber dem Jahr 2015 signifikant zu (+ 5%); gleichzeitig führten die Reisen aufgrund zunehmender politischer Unsicherheiten in einigen Zielländern in stärkerem Maße nach Italien und Spanien, aber auch nach Kroatien. Ziele in der Türkei, Ägypten und Tunesien waren weit weniger gefragt. Ausgewichen wurde aber auch auf Fernreisen in die USA, die sich nach dem wechselkursbedingten Einbruch im Vorjahr wieder erholten.

Reiseverkehrausgaben zugunsten des Euro-Raums erhöht

In den anderen Teilbereichen der Dienstleistungsbilanz kam es im Vergleich zum Jahr 2015 nur zu moderaten Verschiebungen. Die traditio-

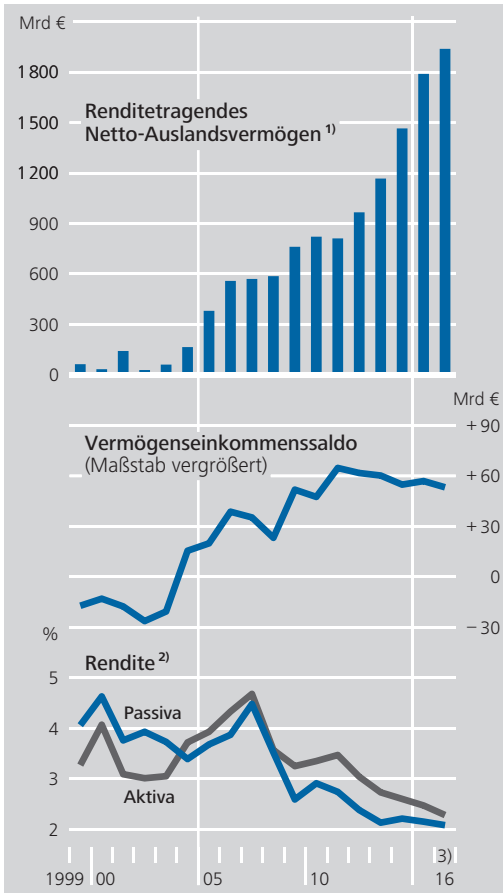
Gewerbliche und unternehmensbezogene Dienstleistungen nur mit moderaten Verschiebungen

nell sehr hohen Umsätze im Rahmen des internationalen Fracht- und Logistikgeschäftes deutscher Unternehmen haben sich im Berichtsjahr leicht ermäßigt, wobei der Rückgang bei den Einnahmen geringfügig höher war als bei den Ausgaben. Der negative Saldo der Transportleistungen stieg demzufolge etwas an. Die Entwicklung bei den wissensbasierten Dienstleistungen lässt im Jahr 2016 keinen eindeutigen Trend erkennen. Hier schreitet die internationale Arbeitsteilung schnell voran, und die Bruttoströme steigen von Jahr zu Jahr massiv an. EDV-Dienstleistungen deutscher Anbieter sind im Ausland stärker gefragt als umgekehrt deutsche Unternehmen im Ausland dafür aufwenden. Gleichwohl sind 2016 im Unterschied zu den Vorjahren die Ausgaben schneller gestiegen als die Einnahmen, sodass der Überschuss etwas kleiner ausfiel als im Jahr 2015. Im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsleistungen ging der Überschuss wegen erheblich gesteigener Auslandsnachfrage deutscher Akteure deutlich zurück. Auf der anderen Seite verbesserten die erhöhten Einnahmen aus der Nutzung geistigen Eigentums den Überschuss in dieser Teilbilanz. Spürbar reduzierte Fehlbeträge wiesen freiberufliche und Managementdienstleistungen – hierzu zählen auch die seit Langem defizitären kaufmännischen Dienstleistungen – sowie Provisionen, technische und sonstige Dienstleistungen auf.

Überschuss bei Vermögenseinkommen erheblich gesunken

Die Primäreinkommen Deutschlands aus dem Ausland übertrafen im abgelaufenen Jahr die entsprechenden Zahlungen an das Ausland um 52 Mrd €. Der Überschuss sank damit gegenüber dem Vorjahr um 5 Mrd €. Die wichtigste Einkommensquelle sind die Nettoerträge aus Vermögensanlagen, die sich im letzten Jahr um nahezu 4 Mrd € verminderten. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Aufbaus des Netto-Auslandsvermögens stehen einem positiven Akkumulationseffekt stärkere negative Renditeeffekte gegenüber. So wirkte zum einen der Renditeniveau-Effekt dem Anstieg der Vermögenseinkommen entgegen, da das internationale Zinsniveau bis ins letzte Jahr hinein abflachte. Zudem hat der stärkere Rückgang der Aktiva-

Wichtige Kenngrößen zum grenzüberschreitenden Vermögenseinkommenssaldo



1 Direktinvestitionen, Wertpapiere und übrigen Kapitalanlagen ohne Bargeld, Finanzderivate und Währungsreserven. **2** Renditen entsprechend der Relation der Vermögenseinkommen bzw. -ausgaben zum Jahresdurchschnittsbestand des Auslandsvermögensstatus. **3** Für den Auslandsvermögensstatus Endstand 3. Vj. 2016.

Deutsche Bundesbank

rendite gegenüber der Ertragsstärke der Passiva (Differenzialeffekt) weiter zuungunsten des Nettogläubigers Deutschland gewirkt.⁸⁾ Der verminderte Überschuss aus grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen ist im Wesentlichen auf geringere Erträge zurückzuführen. Dagegen fiel die Ausgabenseite nur wenig kürzer aus, hier führten vor allem von Gebietsfremden im Inland angelegte Wertpapiere zu geringeren Einkünften.

⁸ Vgl. für die Grundtendenz: Deutsche Bundesbank, Effekte auf den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommenssaldo: Vermögensakkumulation, Portfoliumschichtungen und Renditeveränderungen, Monatsbericht, März 2015, S. 86–90.

Fehlbetrag bei den Sekundäreinkommen kaum verändert

Die Bilanz der grenzüberschreitenden Sekundäreinkommen schloss 2016 wie im Jahr zuvor mit einem Defizit in Höhe von 40 Mrd € ab. Auch innerhalb der Einzelpositionen kam es zu keinen größeren Verschiebungen. So blieben die staatlichen Transfers an ausländische Stellen – dazu gehören unter anderem Beiträge an den EU-Haushalt – weitgehend unverändert. Die umgekehrten Übertragungen aus dem Ausland an den Staat gingen ein wenig zurück. Im Bereich der privaten Transfers sanken dagegen die Übertragungen an das Ausland geringfügig, und die Zuflüsse aus dem Ausland erhöhten sich etwas. Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Versicherungsbeiträge beziehungsweise Schadensregulierungen deutscher Rückversicherer. Darüber hinaus stiegen den ersten Schätzungen zufolge aber auch die persönlichen Übertragungen an das Ausland, welche vor allem Heimatüberweisungen enthalten.

■ Kapitalverkehr

Netto-Kapitalexporte durch Ankaufprogramm beeinflusst

Dem deutschen Leistungsbilanzüberschuss standen im Jahr 2016 Netto-Kapitalexporte in Höhe von 231½ Mrd € gegenüber.⁹⁾ Ein Großteil hiervon entfiel auf den Wertpapierverkehr, der auch im vergangenen Jahr erheblich unter dem Einfluss der umfangreichen Wertpapierankäufe des Eurosystems zu geldpolitischen Zwecken stand. Angesichts zeitweilig hoher politischer Unsicherheit und vor dem Hintergrund niedriger Renditen bauten deutsche Investoren ihre Bestände an festverzinslichen Wertpapieren gebietsfremder Emittenten zwar immer noch erheblich aus, aber weniger stark als in den Jahren zuvor. Ausländische Investoren trennten sich hingegen von hiesigen Wertpapieren, und zwar in erster Linie von Bundesanleihen, die im Ergebnis größtenteils die Bundesbank übernommen hat. Auch im Bereich der Direktinvestitionen kam es zu Netto-Kapitalexporten. Ausschlaggebend war hier das weiterhin starke internationale Engagement deutscher Unternehmen. Dagegen verzeichnete Deutschland im übrigen Kapitalverkehr Netto-

Kapitalimporte. Diese waren durch Mittelzuflüsse aufseiten der Monetären Finanzinstitute sowie der Unternehmen und Privatpersonen getrieben. Die Bundesbank verbuchte durch die Wertpapierankäufe des Eurosystems im Berichtsjahr erneut einen starken Anstieg ihrer TARGET2-Forderungen.

Wertpapierverkehr

Im Wertpapierverkehr kam es 2016 zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 208 Mrd €, nach 197 Mrd € im Jahr zuvor. Entscheidend für den Saldo waren in etwa zu gleichen Teilen die Nachfrage deutscher Anleger nach ausländischen Wertpapieren sowie Verkäufe deutscher Portfoliowerte durch das Ausland.

Leichter Anstieg der Kapitalexporte im Wertpapierverkehr

Heimische Investoren erwarben im vergangenen Jahr per saldo für 96½ Mrd € ausländische Wertpapiere (2015: 122 Mrd €). Am stärksten nachgefragt waren einmal mehr zinstragende Papiere. Mit 49 Mrd € lag der Nettoerwerb langfristiger Schuldverschreibungen jedoch unter dem Wert der Vorjahre. Dabei spielte sicherlich eine Rolle, dass politische Ereignisse, wie der Brexit-Entscheidung im Vereinigten Königreich, die Präsidentschaftswahl in den USA oder das Verfassungsreferendum in Italien, die Marktteilnehmer vor allem in der zweiten Jahreshälfte zeitweilig verunsicherten. Während hiesige Anleger sich per saldo von Anleihen aus dem übrigen Euro-Währungsgebiet trennten, bauten sie ihre Bestände an langfristigen Schuldverschreibungen, die außerhalb des Währungsraumes emittiert wurden, aus. Für diese Umschichtung dürfte das erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) eine wesentliche Rolle gespielt haben. In dessen Rahmen erwarb das Eurosystem im Jahr 2016 für insgesamt 899 Mrd € Anleihen, die im Euro-Raum emittiert wurden, was mit einem starken Rückgang der Renditen einherging, während

Gesunkene Nettonachfrage nach ausländischen Schuldverschreibungen

⁹⁾ Zugleich wurde ein Restposten in Höhe von – 31 Mrd € verzeichnet, nach – 24½ Mrd € im Jahr 2015.

die Renditen von nicht auf Euro lautenden Papieren im Jahresverlauf zum Teil spürbar an- zogen. Die Umschichtung zu Anleihen aus Staa- ten außerhalb des Währungsraumes ging zwar einher mit einer Gewichtsverschiebung in der Nachfrage hin zu Fremdwährungsanleihen, jedoch fiel die Nettonachfrage nach in Euro denominierten Anleihen weiterhin recht hoch aus (26½ Mrd €). Einen Großteil dieser Anlei- hen erwarben deutsche Investoren aus den Ver- einigten Staaten, wo die Emissionen von in Euro denominierten Unternehmensanleihen auf- grund der niedrigen Euro-Zinsen in den letzten Jahren zugenommen haben.

Den Netto- Kapitalimporten bei aus- ländischen Geldmarkt- papieren ...

Wie im Jahr zuvor trennten sich deutsche Inves- toren per saldo von Geldmarktpapieren (6 Mrd €). Dies galt vor allem für „Kurzläufer“, welche außerhalb des Euro-Währungsgebiets emittiert worden waren.

... standen Netto-Kapital- exporte bei ausländischen Aktien gegen- über

Vor dem Hintergrund einer insgesamt freund- lichen Kursentwicklung an den internationalen Aktienbörsen kauften heimische Anleger 2016 ausländische Aktien, und zwar für 17½ Mrd €; dies war jedoch betragsmäßig weniger als im Jahr davor. Ein Großteil der Dividendenwerte wurde außerhalb des Euro-Währungsgebiets erworben, wobei Papiere aus den USA wie üblich einen wesentlichen Teil ausmachten. Deutsche Investoren erhöhten zudem ihr Enga- gement in ausländischen Investmentfonds. Ähnlich wie im Vorjahr erwarben sie auslän- dische Fondsanteile für 36½ Mrd €. Ein Groß- teil der Fondsgesellschaften, die im Inland An- teile vertreiben, ist im übrigen Euro-Währungs- gebiet ansässig, weshalb hier auch der regio- nale Schwerpunkt der deutschen Käufe von Investmentzertifikaten lag.

Ausländische Investoren trennten sich per saldo von Bundesanleihen

In umgekehrter Richtung veräußerten auslän- dische Investoren im Jahr 2016 per saldo deut- sche Wertpapiere im Wert von 111½ Mrd €, nachdem sie sich bereits im Jahr zuvor von hiesigen Titeln getrennt hatten (2015: 75 Mrd €). Ausschlaggebend waren die hohen Ver- käufe und Tilgungen deutscher Staatsanleihen im Wert von 113 Mrd €. Vor dem Hintergrund

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

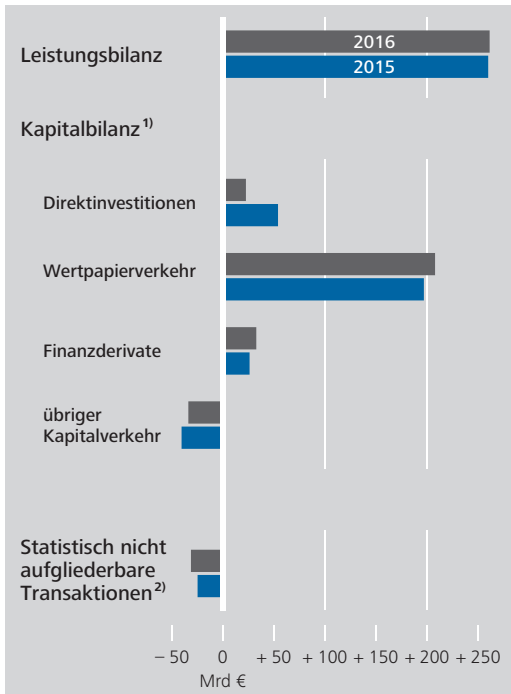
Position	2014 ¹⁾	2015 ¹⁾	2016 ¹⁾
I. Leistungsbilanz	+ 218,0	+ 260,0	+ 261,4
1. Warenhandel ¹⁾	+ 228,4	+ 261,2	+ 271,7
Ausfuhr (fob)	1 115,8	1 179,2	1 195,0
Einfuhr (fob)	887,4	918,0	923,4
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 213,6	+ 244,3	+ 252,2
Ausfuhr (fob)	1 123,7	1 193,6	1 206,9
Einfuhr (cif)	910,1	949,2	954,7
2. Dienstleistungen ³⁾	- 25,3	- 18,6	- 22,4
darunter:			
Reiseverkehr	- 37,7	- 36,6	- 39,5
3. Primäreinkommen	+ 56,2	+ 57,4	+ 52,1
darunter:			
Vermögens- einkommen	+ 54,8	+ 56,9	+ 53,2
4. Sekundäreinkommen	- 41,2	- 40,0	- 40,0
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 2,4	- 0,6	+ 1,1
III. Saldo der Kapitalbilanz ⁴⁾	+ 238,6	+ 234,6	+ 231,3
1. Direktinvestitionen	+ 72,0	+ 54,1	+ 22,6
2. Wertpapieranlagen	+ 133,5	+ 196,9	+ 207,9
3. Finanzderivate ⁵⁾	+ 31,9	+ 26,2	+ 32,8
4. Übriger Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 3,8	- 40,4	- 33,8
5. Währungsreserven ⁷⁾	- 2,6	- 2,2	+ 1,7
IV. Statistisch nicht aufglieder- bare Transaktionen ⁸⁾	+ 18,2	- 24,7	- 31,2

¹ Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ² Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). ³ Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ⁴ Zunahme an Netto-Auslandsvermögen: + / Abnahme an Netto-Auslandsvermögen: -. ⁵ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. ⁶ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ⁷ Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingte Änderungen. ⁸ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Wichtige Posten in der deutschen Zahlungsbilanz

Salden



1 Ohne transaktionsbedingte Veränderungen der Währungsreserven; Netto-Kapitalexport: +. 2 Statistischer Restposten.
 Deutsche Bundesbank

papiere nun vermehrt in das Eigentum der Bundesbank übergehen, während der Bestand in den Händen ausländischer Investoren schrumpft.

Der Bestand an langfristigen Anleihen hiesiger privater Emittenten in ausländischen Portfolios stieg im Jahr 2016 hingegen um 17 Mrd € an. Nachdem in Deutschland ansässige Kreditinstitute in den letzten Jahren per saldo Schuldtitel getilgt hatten, kam es im Berichtsjahr erstmals wieder zu Nettoemissionen von Bankschuldverschreibungen, sodass der Nachfrage auch ein größeres Angebot gegenüberstand.

Stattdessen Kauf von Anleihen privater Emittenten

Dagegen gaben ausländische Halter im Jahr 2016 heimische Geldmarktpapiere ab. Dabei standen den Tilgungen und Verkäufen von „Kurzläufern“ privater Emittenten (10 Mrd €) Käufe bei den öffentlichen Emissionen (2½ Mrd €) gegenüber.

Ausländische Anlagen in kurzfristige Anleihen, ...

Der Bestand an dividendentragenden deutschen Wertpapieren in ausländischen Portfolios veränderte sich im Berichtsjahr kaum (-1 Mrd €), nachdem die Kursentwicklung deutscher Aktien im internationalen Vergleich im Jahr 2016 durchschnittlich verlaufen war. Bei Investmentzertifikaten kam es zu Mittelabflüssen in Höhe von 7 Mrd €.

... Aktien und Investmentzertifikate

Die grenzüberschreitenden Transaktionen im Zusammenhang mit Finanzderivaten, die in der Zahlungsbilanz nur in einer (saldierte) Position ausgewiesen werden, führten im Berichtsjahr zu Netto-Kapitalexporten von 33 Mrd €. Davon entfielen drei Viertel auf Termingeschäfte, während der Rest größtenteils Optionen zuzuschreiben war. Der grenzüberschreitende Terminhandel mit Strom und Gas führte zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 3½ Mrd €. Als Kontrahenten von grenzüberschreitend gehandelten Finanzderivaten traten im Inland vor allem Kreditinstitute auf.

Netto-Kapitalexporte bei den Finanzderivaten

niedriger Renditen – zehnjährige Bundesanleihen verzeichneten in den Sommermonaten zeitweilig sogar negative Renditen – dürfte ein wesentlicher Grund im APP zu suchen sein. Im Rahmen dessen kaufte die Bundesbank auch inländische Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten, wovon sie den weit überwiegenden Teil von ausländischen Haltern erwarb.

Verschiebungen im deutschen Wertpapierverkehr durch das APP

Die Entscheidung des Eurosystems, im Rahmen des APP öffentliche Schuldverschreibungen zu kaufen, führte in den vergangenen Jahren zu erheblichen Veränderungen im deutschen Wertpapierverkehr. In den Jahren 2015 und 2016 gab das Ausland öffentliche Anleihen für 193 Mrd € ab. Seit der Einführung des Euro bis zum Jahresende 2014 hatten gebietsfremde Investoren hingegen per saldo inländische Schuldverschreibung der öffentlichen Hand für 699½ Mrd € erworben. Das APP beeinflusst insofern auch die Halterstruktur öffentlicher Papiere in erheblichem Maße. Im Ergebnis führt das Kaufprogramm dazu, dass Bundeswert-

Direktinvestitionen

Abnahme der weltweiten Direktinvestitionen

In einem globalen Umfeld moderaten Wirtschaftswachstums und vor dem Hintergrund teils divergierender Einflussfaktoren und gesamtwirtschaftlicher Perspektiven in den einzelnen Regionen der Welt nahmen die internationalen Direktinvestitionsströme im Jahr 2016 insgesamt gesehen ab, jedoch waren die Entwicklungen je nach Region unterschiedlich. Nach vorläufigen Schätzungen der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) fielen die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen 2016 nach einem starken Vorjahreswert, welcher fast auf dem Niveau vor der Finanzkrise lag, um 13%; sie betrug damit geschätzt 1,5 Billionen US-\$.¹⁰ Die Abnahme kam insbesondere durch ein schwächeres Engagement in den Schwellenländern zustande, denen 20% weniger an finanziellen Mitteln zufließen als im Jahr 2015. Dies mag mit einem niedrigeren Wirtschaftswachstum und zeitweilig fallenden Rohstoffpreisen zusammenhängen. Auch in den Industrieländern investierten Direktinvestoren 2016 weniger als im Jahr davor (-9%). Im Unterschied zum Gesamttrend zogen die USA und das Vereinigte Königreich allerdings verstärkt Direktinvestitionen an; dabei spielten vor allem auch großvolumige Fusionen und Übernahmen eine bedeutende Rolle. In den Transformationsländern¹¹ war das Engagement ausländischer Investoren 2016 dagegen stärker ausgeprägt (+38%).

Deutsche Direktinvestitionsbilanz schließt mit Netto-Kapitalexporten

Aus deutscher Sicht führten die Direktinvestitionen im Jahr 2016 zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 22½ Mrd €. Dahinter stand zum einen ein intensives Auslandsengagement heimischer Unternehmen, zum anderen flossen aber auch beträchtliche Direktinvestitionsmittel nach Deutschland.

Die Direktinvestitionen heimischer Unternehmen im Ausland fielen im vergangenen Jahr mit

¹⁰ Vgl.: UNCTAD, Global Investment Trends Monitor, Nr. 25, 1. Februar 2017.

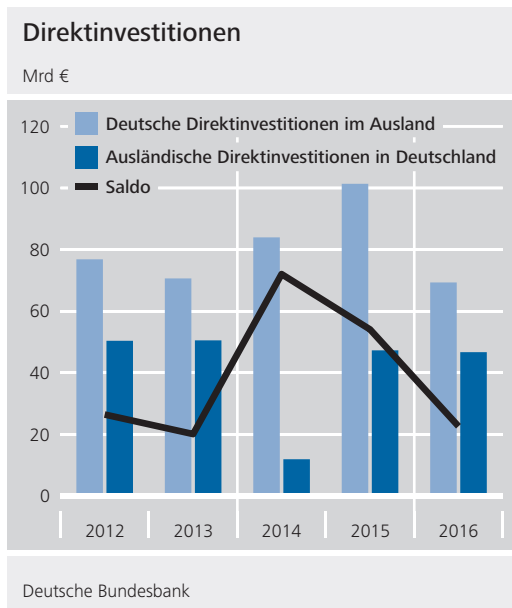
¹¹ Die UNCTAD definiert solche Länder hauptsächlich als Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Kapitalbilanz

Mrd €

Position	2014 ¹⁾	2015 ¹⁾	2016 ¹⁾
Saldo der Kapitalbilanz ¹⁾	+ 238,6	+ 234,6	+ 231,3
1. Direktinvestitionen	+ 72,0	+ 54,1	+ 22,6
Inländische Anlagen im Ausland ²⁾	+ 84,0	+ 101,4	+ 69,3
Ausländische Anlagen im Inland ²⁾	+ 11,9	+ 47,3	+ 46,7
2. Wertpapieranlagen	+ 133,5	+ 196,9	+ 207,9
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten ²⁾	+ 147,0	+ 122,0	+ 96,6
Aktien ³⁾	+ 8,9	+ 19,6	+ 17,3
Investmentfondsanteile ⁴⁾	+ 42,1	+ 34,6	+ 36,6
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 95,0	+ 73,5	+ 48,8
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 1,0	- 5,7	- 6,1
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten ²⁾	+ 13,5	- 74,9	- 111,3
Aktien ³⁾	+ 6,3	+ 9,7	- 1,0
Investmentfondsanteile	- 3,8	+ 7,3	- 6,9
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 14,1	- 101,2	- 95,7
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	- 3,2	+ 9,2	- 7,7
3. Finanzderivate ⁷⁾	+ 31,9	+ 26,2	+ 32,8
4. Übriger Kapitalverkehr ⁸⁾	+ 3,8	- 40,4	- 33,8
Monetäre Finanzinstitute ⁹⁾	+ 43,8	- 49,1	- 68,1
langfristig	+ 35,7	+ 16,7	+ 39,3
kurzfristig	+ 8,1	- 65,9	- 107,3
Unternehmen und Privatpersonen ¹⁰⁾	- 19,3	- 29,6	- 9,9
langfristig	+ 3,4	- 3,4	- 5,5
kurzfristig	- 22,7	- 26,1	- 4,5
Staat	+ 22,9	- 0,7	- 0,6
langfristig	+ 0,5	- 3,6	- 2,5
kurzfristig	+ 22,3	+ 2,9	+ 1,9
Bundesbank	- 43,6	+ 39,0	+ 44,8
5. Währungsreserven ¹¹⁾	- 2,6	- 2,2	+ 1,7

1 Zunahme an Netto-Auslandsvermögen: + / Abnahme an Netto-Auslandsvermögen: -. 2 Zunahme: +. 3 Einschl. Genussscheine. 4 Einschl. reinvestierter Erträge. 5 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 6 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 7 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 8 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 9 Ohne Bundesbank. 10 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 11 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingte Änderungen.
 Deutsche Bundesbank



Deutsche Direktinvestitionen im Ausland weiterhin auf hohem Niveau

69½ Mrd € zwar merklich schwächer aus als im Jahr davor (101½ Mrd €), lagen aber gemessen an den zuvor verzeichneten Werten weiterhin auf einem hohen Niveau. Unternehmen aus Deutschland stockten vor allem das Beteiligungskapital ihrer Auslandsniederlassungen auf (61½ Mrd €).¹²⁾ Dabei spielten auch im Ausland erwirtschaftete und dort reinvestierte (nicht ausgeschüttete) Gewinne eine Rolle. Über den konzerninternen Kreditverkehr stellten heimische Unternehmen Konzerngesellschaften grenzüberschreitend Mittel in Höhe von 7½ Mrd € zur Verfügung. Dies war über einen längeren Zeitraum gesehen eine schwache Expansion. Dabei räumten vor allem inländische Tochtergesellschaften ihren ausländischen Muttergesellschaften – nahezu ausschließlich kurzfristige – Finanzkredite ein.

DIHK-Umfrage zeigt strategische Ziele deutscher Direktinvestitionen auf

Mit den eher langfristig orientierten Direktinvestitionen im Ausland verfolgen deutsche Unternehmen verschiedene strategische Ziele. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) unter Mitgliedsunternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe war im Jahr 2016 eines der wichtigsten Motive für Auslandsinvestitionen der Aufbau von Vertrieb und Kundendienst (nämlich für 45% der befragten Unternehmen).¹³⁾ Darüber hinaus war auch das Engagement in ausländischen Produktionsstätten mit dem Ziel der

Markterschließung 2016 weiterhin eine wichtige Triebfeder (genannt von 31% der Unternehmen). Mehr Unternehmen als in den Vorjahren (24%) gaben zudem an, aus Kostengründen in die Produktion im Ausland zu investieren. Dieses Motiv gewinnt seit 2013 nach einem Jahrzehnt mit rückläufigem Trend wieder kontinuierlich an Bedeutung. Laut der Studie wurde der Bürokratieaufwand im Zielland von vielen Unternehmen als höchstes Risiko für die Wirtschaftlichkeit ihres Direktinvestitionsengagements eingeschätzt. Politische Risiken, Währungsrisiken oder auch fehlende Rechtssicherheit im Zielland könnten aus Sicht der Unternehmen zukünftige Auslandsinvestitionen dämpfen.

Vor dem Hintergrund dieser strategischen Motive engagieren sich deutsche Unternehmen weltweit in vielen Ländern und in allen Regionen. Besonders intensiv sind aber die Direktinvestitionsbeziehungen zu anderen Ländern in der EU. Diese sind zum einen wichtige Absatzmärkte für deutsche Produkte, zum anderen sind die Entwicklungs- und Fertigungsprozesse innerhalb Europas oft grenzüberschreitend eng verzahnt. Im Jahr 2016 flossen rund 60% der deutschen Direktinvestitionen in diesen Länderkreis. Mit Blick auf einzelne Länder war die Zunahme der deutschen Direktinvestitionen besonders kräftig in den Niederlanden und in Luxemburg, zwei wichtigen Holdingstandorten,¹⁴⁾ sowie in Großbritannien, Spanien und Polen. Auch außerhalb Europas erhöhten

Regionale Struktur: Europa und USA wichtigste Ziele inländischer Direktinvestitionen

¹² Laut Daten von Thomson One (Thomson Reuters) stiegen die grenzüberschreitenden Transaktionen hiesiger Unternehmen im Rahmen von Mergers & Acquisitions um 14 Mrd €, was dem niedrigsten Niveau seit vielen Jahren entspricht. Die Anzahl der Transaktionen fiel ebenfalls im Jahresvergleich auf 87. Dabei handelt es sich um abgeschlossene M&A, bei denen der Erwerber nach der Transaktion mindestens 10% der Anteile des Zielunternehmens besitzt. Somit spielen Neugründungen sowie die Aufstockung des Beteiligungskapitals bei bestehenden ausländischen Tochtergesellschaften eine wichtige Rolle für Deutschland.

¹³ Vgl.: DIHK-Umfrage – Auslandsinvestitionen in der Industrie, Atempause in China – Europa füllt die Lücke, Frühjahr 2016.

¹⁴ Mithilfe der Angaben aus der deutschen Zahlungsbilanz lässt sich nicht ermitteln, wo die Gelder von Holdinggesellschaften letztlich investiert werden.

hiesige Unternehmen ihre Direktinvestitionen. Besonders hoch war dabei das Engagement in den USA und in China. Gut die Hälfte aller grenzüberschreitenden Neuanlagen in Beteiligungskapital wurde von Investoren aus dem Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleister getätigt. Rund ein Viertel der Neuanlagen ging auf das grenzüberschreitende Engagement von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zurück, allen voran auf Anbieter aus der Automobilbranche. Knapp ein weiteres Viertel wurde grenzüberschreitend von Firmen investiert, die freiberufliche und technische Dienstleistungen erbringen.

Weiterhin starkes Engagement ausländischer Direktinvestoren in Deutschland

Gebietsfremde Investoren erhöhten ihre Direktinvestitionen in Deutschland 2016 in einem ähnlichen Umfang wie im Jahr 2015. Sie stellten hiesigen Unternehmen Mittel in Höhe von 46½ Mrd € zur Verfügung, im Vergleich zu 47½ Mrd € im Jahr 2015. Dabei stockten sie ihr Beteiligungskapital um 12 Mrd € auf, wobei auch reinvestierte Gewinne eine Rolle spielten. Das erhöhte Engagement in Deutschland erfolgte indes hauptsächlich über die konzerninterne Kreditgewährung in Höhe von 34½ Mrd €. Der größte Teil davon waren Finanzkredite, und zwar vor allem sogenannte Reverse flows, bei denen ein im Ausland ansässiges Tochterunternehmen einem Direktinvestor im Inland Kredit gewährt. Hintergrund sind häufig Kapitalmarktgeschäfte von Finanzierungsgesellschaften, die im Ausland Wertpapiere begeben und die Erlöse an ihre inländische Muttergesellschaft weiterreichen. Diese Reverse flows werden nach den Regeln der 6. Auflage des Zahlungsbilanzhandbuchs – anders als früher – als ausländische Direktinvestitionen in Deutschland gebucht.¹⁵⁾ Das Aufkommen war 2016 vermutlich wegen der günstigen Finanzierungsbedingungen von Unternehmen am internationalen Kapitalmarkt um einiges höher als in den Jahren zuvor.

Hohe Investitionen aus der EU und den USA

Die enge grenzüberschreitende Verflechtung der Konzerne innerhalb Europas kommt auch in der Regionalstruktur der ausländischen Direktinvestoren zum Ausdruck. Mehr als drei Viertel

der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland stammte 2016 aus den Ländern der EU. Besonders große Beträge flossen dabei aus den Niederlanden, Luxemburg, Großbritannien und Malta nach Deutschland. Bei den Beneluxstaaten spielten die Reverse flows im Bereich der Finanzkredite eine wichtige Rolle. Auch Investoren aus den USA und der Schweiz stockten ihr Engagement in Deutschland in größerem Umfang auf.¹⁶⁾

Übriger Kapitalverkehr

Der übrige Kapitalverkehr, welcher sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit sie nicht den Direktinvestitionen zuzurechnen sind) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, verzeichnete im Jahr 2016 Netto-Kapitalimporte in Höhe von 34 Mrd €.

Netto-Kapitalimporte im übrigen Kapitalverkehr ...

Den Nichtbanken flossen im vergangenen Jahr Auslandsgelder in Höhe von netto 10½ Mrd € zu. Dies war ausschließlich durch Transaktionen der Unternehmen und Privatpersonen getrieben (10 Mrd €). Ausschlaggebend war der Rückgang ihrer Guthaben bei ausländischen Banken. Hingegen glichen sich gegenläufige Transaktionen staatlicher Stellen über das Jahr per saldo annähernd aus. Öffentliche Institutionen erhöhten sowohl ihre Guthaben bei ausländischen Banken als auch ihre unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditgebern. Zusätzlich bauten sie Forderungen aus Finanzkrediten an das Ausland in geringem Umfang ab.

... getrieben sowohl durch Netto-Mittelzuflüsse bei Unternehmen und Privatpersonen ...

Im Bankensystem insgesamt beliefen sich die Mittelzuflüsse im vergangenen Jahr netto auf 23½ Mrd €. Ausschlaggebend waren die Netto-Kapitalimporte der Monetären Finanzinstitute

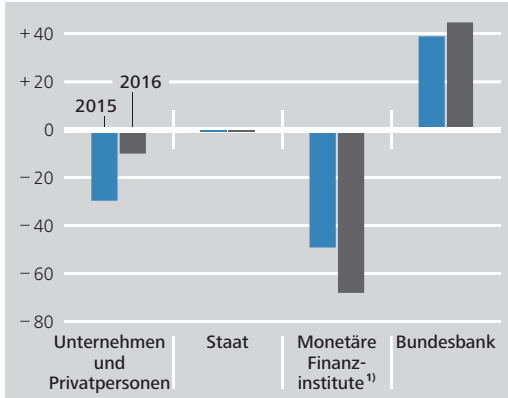
... als auch bei Banken

¹⁵ Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, Juni 2014, S. 59 ff.

¹⁶ Im Jahr 2016 spielten die ausländischen Direktinvestitionen von chinesischen Investoren in Deutschland betragsmäßig keine nennenswerte Rolle, obwohl einige Firmenübernahmen in der Presse stark diskutiert (und teilweise inzwischen auch durchgeführt) wurden.

Übriger Kapitalverkehr^{*)} nach Sektoren

Salden in Mrd €

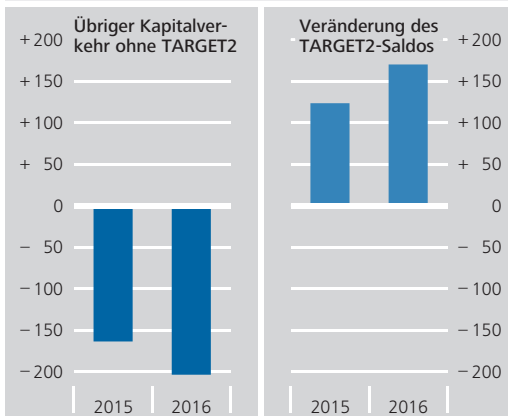


* Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen; Netto-Kapitalexport: +. ¹ Ohne Bundesbank.

Deutsche Bundesbank

TARGET2-Einfluss auf den übrigen Kapitalverkehr

Mrd €



Deutsche Bundesbank

(ohne Bundesbank) in Höhe von 68 Mrd €. Dabei weiteten ausländische Anleger – vor allem handelte es sich um Banken mit Sitz außerhalb des Euro-Raums – ihre Einlagen bei hiesigen Kreditinstituten stark aus (87 Mrd €). Dieser Anstieg könnte mit Verkäufen von Anleihen durch ausländische Banken an das Eurosystem im Rahmen des APP im Zusammenhang stehen (siehe auch Erläuterungen auf S. 33 f.). Zugleich zogen die hiesigen Monetären Finanzinstitute Einlagen von Banken im Ausland ab, stockten aber ihre Kreditvergabe an Nichtbanken auf. Die Auslandsposition der Bundesbank erhöhte sich 2016 transaktionsbedingt um 45 Mrd €. Dies war vor allem auf höhere Forderungen im

Rahmen des Großbetragszahlungsverkehrssystems TARGET2 zurückzuführen. Mit 170 Mrd € war 2016 der bisher höchste Anstieg innerhalb eines Jahres zu verzeichnen. Ausschlaggebend hierfür war, dass das Wertpapierankaufprogramm APP erstmals über volle 12 Monate lief und seit vergangenem April das erhöhte Kaufvolumen von 80 Mrd € monatlich zum Tragen kommt. Offenbar wird weiterhin ein nennenswerter Teil der Ankäufe – nicht nur der Bundesbank, sondern auch anderer nationaler Zentralbanken des Eurosystems sowie der EZB – grenzüberschreitend über Banken abgewickelt, die über die Bundesbank an TARGET2 teilnehmen. Dies führte im Ergebnis zu den steigenden Forderungen der Bundesbank an die EZB.¹⁷⁾ Den höheren Auslandsforderungen stand eine deutliche Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten der Bundesbank in Höhe von 125½ Mrd € gegenüber. Verursacht wurde sie in einem Umfeld stark negativer Renditen kurzlaufender Bundesanleihen hauptsächlich durch den Anstieg von Einlagen vorwiegend durch Notenbanken außerhalb des Eurosystems. Bei den grenzüberschreitenden Transaktionen mit Euro-Banknoten kam es hingegen zu Mittelabflüssen in Höhe von 14½ Mrd €.¹⁸⁾

Währungsreserven

Die transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven bilden in der Zahlungsbilanz eine eigene Position. Im Jahr 2016 nahmen sie um 1½ Mrd € zu. Der Anstieg war insbesondere durch eine Veränderung der Reserveposition beim IWF bedingt.

Die Bestände an Währungsreserven wurden zudem durch die gemäß internationalen Standards nicht in der Zahlungsbilanz zu erfassen-

Transaktionen bewirken leichten Anstieg

¹⁷ Zu den Auswirkungen des APP auf die TARGET2-Salden siehe: Deutsche Bundesbank, Zu den Auswirkungen der Wertpapierkäufe des Eurosystems auf die TARGET2-Salden, Monatsbericht, März 2016, S. 56 ff.

¹⁸ Zur Verbuchung der Transaktionen mit Banknoten in der Zahlungsbilanz siehe: Deutsche Bundesbank, Ausweis von Euro-Bargeld in der Zahlungsbilanz und im Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, März 2015, S. 96 ff.

Zum Anstieg der deutschen TARGET2-Forderungen

Die TARGET2-Forderungen der Bundesbank sind im Jahr 2016 um 170 Mrd € auf 754½ Mrd € gestiegen, nachdem sie sich im Jahr zuvor bereits um 123½ Mrd € erhöht hatten.¹⁾ Diese Veränderungen schlugen sich unmittelbar in der deutschen Zahlungsbilanz als Kapitalexporte nieder. Auch nach dem Jahreswechsel setzte sich der Anstieg weiter fort. Am 28. Februar 2017 lagen die deutschen TARGET2-Forderungen mit 814½ Mrd € deutlich über dem Niveau, welches im Zuge der Zuspitzung der europäischen Staatsschuldenkrise im Sommer 2012 erreicht worden war (siehe unten stehendes Schaubild).²⁾

Ausschlaggebend für die starke Zunahme der deutschen TARGET2-Salden in den letzten beiden Jahren ist die Umsetzung des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP). Hintergrund ist, dass ein wesentlicher Teil der Wertpapierankäufe durch das Eurosystem mit Kreditinstituten getätigt wird, die nicht im Euro-Raum ansässig sind. Dies betrifft vor allem Käufe von Kreditinstituten mit Sitz am Finanzplatz London, da internationale Institute häufig entweder unmittelbar oder mit-

telbar über ihre in Deutschland ansässigen Niederlassungen ein TARGET2-Konto bei der Bundesbank führen. Kaufen beispielsweise andere Zentralbanken des Eurosystems Wertpapiere von Anlegern außerhalb des Euro-Raums und erhält der Verkäufer eine Gutschrift auf einem TARGET2-Konto, das er bei der Bundesbank führt, ist dies für sich genommen mit einem Anstieg der deutschen TARGET2-Forderungen verbunden.³⁾ Sofern diese Gutschrift auf einem Konto erfolgt,

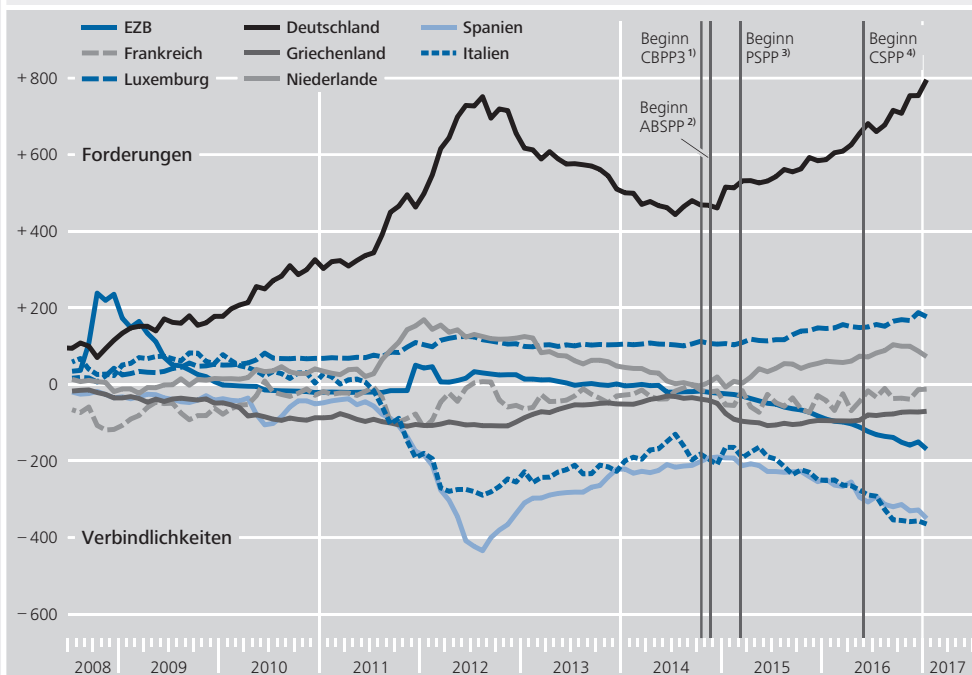
1 Auch die Summe der TARGET2-Forderungen bzw. TARGET2-Verbindlichkeiten im Eurosystem ist im Berichtsjahr gestiegen und zwar um 245½ Mrd € auf 1 058½ Mrd €.

2 Zugleich sind die Verbindlichkeiten der Bundesbank aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ebenfalls gestiegen. Am 28. Februar 2017 lagen sie bei 330 Mrd €.

3 Die Veränderungen der TARGET2-Forderungen im Eurosystem insgesamt hängen bei grenzüberschreitenden Transaktionen von der bestehenden TARGET2-Position der an der Transaktion beteiligten nationalen Zentralbanken ab. Dies wird im Einzelnen dargestellt in: Deutsche Bundesbank, Zu den Auswirkungen der Wertpapierkäufe des Eurosystems auf die TARGET2-Salden, Monatsbericht, März 2016, S. 56 ff.

Ausgewählte TARGET2-Salden im Eurosystem

Mrd €, Monatsendstände



Quelle: EZB. **1** Drittes Covered Bond Purchase Programme. **2** Asset-Backed Securities Purchase Programme. **3** Public Sector Purchase Programme. **4** Corporate Sector Purchase Programme.
 Deutsche Bundesbank

welches der Verkäufer bei einer Bank in Deutschland unterhält, erhöhen sich zugleich im übrigen Kapitalverkehr die Einlagen gebietsfremder Anleger bei hiesigen Kreditinstituten. Umgekehrt verringern Wertpapierankäufe der Bundesbank, die über Konten im Ausland abgerechnet werden, für sich betrachtet den deutschen TARGET2-Saldo. Allerdings ist dieser Effekt betragsmäßig geringer als der zuvor genannte. Eine quantitativ bedeutende Rolle beim Anstieg der TARGET2-Salden kommt der EZB zu, die im Rahmen des APP selbst Wertpapiere ankauft, deren zahlungsseitige Abwicklung aber über Konten bei den nationalen Zentralbanken erfolgt.⁴⁾ 2016 stieg der Passivsaldo der EZB im TARGET2-System um 68 Mrd €.

Bei den hier betrachteten Auswirkungen des APP auf die TARGET2-Salden handelt es sich lediglich um die direkten Effekte. Die grenzüberschreitende Umverteilung der geschaffenen Liquidität kann im Ergebnis zu weiteren Veränderungen der TARGET2-Salden führen. Bemerkenswert ist allerdings, dass diese Zweitrundeneffekte die oben beschriebenen Effekte des APP in einigen Ländern, darunter Deutschland, nicht aufheben.

TARGET2-Salden können dann mit einem Risiko verbunden sein, wenn ein Land die Währungsunion verlässt, welches TARGET2-Verbindlichkeiten gegenüber der EZB aufweist, und wenn diese Forderung der EZB wertberichtigt werden muss. Die TARGET2-Forderungen der Bundesbank wären allerdings auch unter diesen Umständen nicht die relevante Bezugsgröße. Es käme auf die TARGET2-Verbindlichkeiten des austretenden Landes an. Die Verluste, die daraus potenziell entstünden, dass ein Land seine Verbindlichkeiten gegenüber der EZB nicht vollständig erfüllt, würden nach den Kapitalanteilen auf die verbleibenden nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufgeteilt. Es würde also Zentralbanken mit TARGET2-Verbindlichkeiten genauso betreffen wie solche mit entsprechenden Forderungen gegenüber der EZB.

⁴ Die Rolle der EZB bei der Kontoführung in TARGET2 beschränkt sich im Wesentlichen auf weitere europaweit tätige Zahlungsverkehrssysteme der Privatwirtschaft (insbesondere EURO1 und CLS), bei denen sich die Ein- und Auszahlungen jeweils ausgleichen und die deswegen nicht zu TARGET2-Salden bei der EZB führen. Die EZB kann u. a. Konten für andere Zentralbanken, europäische und internationale Organisationen führen, nicht jedoch für Kreditinstitute (Beschluss des EZB-Rats EZB/ 2007/ 7).

Bilanzielle Anpassungen wirkten sich ebenfalls positiv aus

den bilanziellen Anpassungen beeinflusst. Aus der Neubewertung zu Marktpreisen ergab sich im Jahr 2016 ein zusätzlicher Anstieg um 14½ Mrd €. Ausschlaggebend hierfür war ein erhöhter Goldpreis, welcher zu einem steigenden

Wert des deutschen Goldbestandes führte. Alles in allem stieg der Bilanzwert der deutschen Währungsreserven im Jahr 2016 um 16½ Mrd €; zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2016 lag er damit bei 176 Mrd €.

Zur Konjunkturbereinigung der Länder im Rahmen der Schuldenbremse

Im Jahr 2009 wurde im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert, um solide Staatsfinanzen und die Einhaltung der europäischen Fiskalregeln in Deutschland abzusichern. Die Vorgaben sind durchaus ambitioniert und haben einen Beitrag zur positiven Haushaltsentwicklung der vergangenen Jahre geleistet. Für den Bund gelten die Regeln seit dem vergangenen Jahr vollumfänglich. Die Länder sind noch in einer Art Übergangsphase und dürfen ihre Haushalte ab dem Jahr 2020 grundsätzlich nicht mehr über neue Schulden finanzieren. In konjunkturellen Schwächephasen bleibt aber eine Nettokreditaufnahme erlaubt, wenn dieser in besseren Zeiten Überschüsse gegenüberstehen. Die automatischen Stabilisatoren sollen also weiterhin wirken können.

Die von den Ländern im Rahmen ihrer Schuldenregel konkretisierten Methoden zur Berücksichtigung der Konjunkturreinflüsse (die Konjunkturbereinigungsverfahren) weisen teils deutliche Unterschiede auf. Manche Länder haben ihre Bereinigungsverfahren – ebenso wie der Bund – an die von der Europäischen Kommission verwendete Methode angelehnt. Hier wird aus der ermittelten bundesweiten Wirtschaftslage auf konjunkturbedingte Steuererhöh- oder -mindererträge speziell dieser Länder geschlossen („makrobasierter“ Verfahren). Andere Länder werten Abweichungen von einem Steuereinnahmentrend oder einem durchschnittlichen Steuerniveau als konjunkturell („steuerglättende“ Verfahren). Die verschiedenen Verfahren sind komplex und haben jeweils spezifische Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Konjunkturreinflüsse. Auch werfen sie mitunter Probleme im Hinblick auf eine stetige Haushaltsplanung bei unerwarteten Entwicklungen oder die beabsichtigte Begrenzung des Schuldenaufbaus auf. Diese können aber durch geeignete Vorkehrungen entschärft werden.

Insgesamt gesehen sind Sicherheitsabstände zu den Budgetobergrenzen empfehlenswert, um unerwartete Belastungen in Abschwungphasen ohne prozyklisch wirkende Anpassungen bewältigen zu können. Zudem ist sicherzustellen, dass das Hauptziel der Schuldenbegrenzung nicht durch umfangreiche, formell als konjunkturbedingt gerechtfertigte Verschuldung untergraben wird. Um dies zu verhindern, bieten sich Konjunkturkontrollkonten an, die aufgelaufene Schulden aufzeichnen und bei größeren Ausmaßen automatische Korrekturen auslösen. Die Bereinigungsverfahren und Ergebnisse sollten transparent und nachvollziehbar dokumentiert werden. Um Gestaltungsmöglichkeiten zur kurzfristigen Schuldenausweitung zu erschweren, wäre eine rechtliche Verankerung mit Parlamentsvorbehalt hilfreich.

Die deutsche Schuldenbremse soll nicht zuletzt die Einhaltung der europäischen Fiskalregeln absichern. Unterschiedliche Konjunkturbereinigungsverfahren könnten dazu führen, dass die nationalen Vorgaben nicht immer ausreichen, um dies gesamtstaatlich zu gewährleisten. Hier wäre der Stabilitätsrat gefordert, Transparenz zu schaffen und bedarfsweise ein Gegensteuern zu initiieren. Dabei ist auch wichtig, dass mögliche Abweichungen zwischen Anforderungen der EU-Regeln und der nationalen Regeln an anderer Stelle, wie etwa beim Einrechnen von Extrahaushalten und Rücklageneinsatz, begrenzt und im Blick gehalten werden.

Umsetzung der Schuldenbremse bei Bund und Ländern

Schuldenbremse erlaubt „konjunkturelles Atmen“ der Budgets

In Deutschland wurde im Jahr 2009 eine Schuldenbremse im Grundgesetz (Art. 109 Abs. 3 GG) verankert. Damit soll der markante Anstieg der staatlichen Schuldenquote, der über mehrere Jahrzehnte zu beobachten war, beendet werden. Zugleich soll die Einhaltung der europäischen Haushaltsregeln abgesichert werden, die unter anderem einen strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalt vorsehen. So ist zum einen die Nettoneuverschuldung für den Bund seit dem Jahr 2016 grundsätzlich auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) begrenzt (derzeit etwa 10½ Mrd €). Zum anderen müssen die Länder ab dem Jahr 2020 ihre Budgets im Grundsatz ohne Nettokreditaufnahme ausgleichen. Dabei sollen die Haushalte aber jeweils „im Konjunkturzyklus atmen“ können. Das heißt, automatisch eintretende Defizite (wie etwa aus niedrigeren Steuereinnahmen) in konjunkturellen Schwächephasen sind erlaubt¹⁾, wenn in konjunkturell besseren Zeiten entsprechende Überschüsse erzielt werden. Diese Symmetrievorgabe soll sicherstellen, dass aus der Berücksichtigung der Konjunktur kein dauerhafter Schuldenanstieg resultiert.

Konjunkturbereinigungsverfahren erst in einigen Ländern konkretisiert

Konjunkturbedingte Schwankungen im Budget sind nicht unmittelbar zu erkennen, sondern müssen mit Konjunkturbereinigungsverfahren geschätzt werden. Für den Bundeshaushalt wird hierzu grundsätzlich der Ansatz verwendet, der im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des Fiskalvertrages von der Europäischen Kommission eingesetzt wird. Aktuell haben 12 Bundesländer eigene Regelungen für ein spätestens ab dem Jahr 2020 greifendes Neuverschuldungsverbot getroffen.²⁾ Dabei wurden konkrete Regelungen zur Konjunkturbereinigung aber bisher erst in acht Ländern beschlossen. Diese fallen recht unterschiedlich aus.³⁾

Überblick über die gewählten Konjunkturbereinigungsverfahren

Die vorliegenden Länderverfahren ermitteln zyklische Effekte in erster Linie bei den steuerlichen Einnahmen (vgl. S. 54 ff. für detailliertere Informationen zu den einzelnen Ansätzen).⁴⁾ Sie lassen sich grundsätzlich in zwei Gruppen unter-

Verfahren teils ohne unmittelbare Anknüpfung an gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1 Nicht erlaubt ist in diesem Rahmen, diskretionäre Ad-hoc-Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur als konjunkturbedingt zu klassifizieren und damit von der Schuldenbremse auszunehmen. Hierfür bestehender Verschuldungsbedarf könnte nur im Rahmen der Ausnahmeklausel bei besonderen Krisen gedeckt werden. Dies wäre mit dem Aufstellen eines Tilgungsplanes zu verbinden.

2 Das grundsätzliche Neuverschuldungsverbot wurde bisher in Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen sowie Schleswig-Holstein in der Landesverfassung verankert und in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen in der Landeshaushaltsordnung umgesetzt. Von diesen Ländern sieht derzeit nur Niedersachsen (noch) überhaupt keine Konjunkturbereinigung vor. In Nordrhein-Westfalen wird aktuell über eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Landeshaushaltsordnung beraten. Im Rahmen der Konsolidierungshilfen für fünf hoch verschuldete Länder nach Art. 143 d GG sind bis einschl. 2019 auch Berlin und das Saarland bereits einer Begrenzung ihrer strukturellen Defizite unterworfen.

3 Vgl. ausführlich zur Schuldenbremse: Deutsche Bundesbank, Die Schuldenbremse in Deutschland – Wesentliche Inhalte und deren Umsetzung, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 15 ff. Für allgemeine sowie auf das Bundesverfahren bezogene Einordnungen zur Konjunkturbereinigung vgl.: Deutsche Bundesbank, Anforderungen an die Konjunkturbereinigung im Rahmen der neuen Schuldenregel, Monatsbericht, Januar 2011, S. 59 ff.; Deutsche Bundesbank, Zur Gefahr fehlender Symmetrie bei der Konjunkturbereinigung im Rahmen von Fiskalregeln, Monatsbericht, August 2012, S. 70 ff.

4 Als konjunkturereagibel auf der Einnahmenseite können im Allgemeinen die Einnahmen aus Steuern, die Nettotransfers im Länderfinanzausgleich sowie die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich unterdurchschnittlicher Finanzkraft gelten. Bei den Ländern werden Ausgaben im Gegensatz zu Bund und Sozialversicherungen, wo sich arbeitslosigkeitsbedingte Aufwendungen niederschlagen, weitestgehend nicht berücksichtigt. Relevant können hier (teils mit einer gewissen Verzögerung) die Zuweisungen an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sein: Soweit diese an die laufenden Steuererträge des Landes gebunden sind, dämpft dies den verbleibenden Konjunktüreinfluss auf den Landeshaushalt. Diesbezügliche Abschläge (wie in den Verfahren von Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein) erscheinen dann sinnvoll. Gewisse Einflüsse bestehen auch bei den Personalausgaben. Letztlich hängen die Tarifabschlüsse und Besoldungsanpassungen mit der konjunkturabhängigen Tariflohnentwicklung in der Privatwirtschaft zusammen. Diesbezügliche Einflüsse, die eine Minderbelastung der Länderhaushalte in konjunkturell schlechten Zeiten implizieren, werden in den bisherigen Verfahren allerdings nicht berücksichtigt. Die Fokussierung allein auf zyklische Effekte bei den Steuern führt insoweit für sich genommen zu einer gewissen Überschätzung der konjunkturellen Budgeteinflüsse.

teilen. Bei der ersten wird, wie beim Bundes- und EU-Verfahren, die Konjunkturkomponente aus einer ermittelten gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke abgeleitet. Die Produktionslücke entspricht der Abweichung des BIP eines Jahres vom Produktionspotenzial. Sie zeigt mit einem positiven Wert (Überauslastung) eine gute, mit einem negativen Wert (Unterauslastung) eine schlechte oder mit einem Wert von null (Normalauslastung) eine neutrale Konjunkturlage an. Im Folgenden werden solche Verfahren als „makrobasiert“ bezeichnet. Die zweite Gruppe bereinigt hingegen direkt die steuerlichen Einnahmen um Aufkommenschwankungen, ohne auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung explizit Bezug zu nehmen. Abweichungen von den so bereinigten Werten werden dann als konjunkturbedingt klassifiziert. Im Folgenden werden diese Verfahren als „steuerglättend“ bezeichnet.

Hessen und Schleswig-Holstein folgen makrobasiertem Verfahren des Bundes ...

Für ein makrobasiertes Verfahren haben sich bislang Hessen und Schleswig-Holstein entschieden. Wie der Bund folgen sie für die Haushaltsaufstellung, die in der Regel im Frühjahr des vorangehenden Jahres erfolgt, dem EU-Verfahren⁵⁾. Dabei wird in einem ersten Schritt der konjunkturelle Einfluss auf die Haushalte der Ländergesamtheit aus der gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke gemäß der aktuellen Schätzung der Bundesregierung ermittelt.⁶⁾ In einem zweiten Schritt wird das Ergebnis auf das eigene Land heruntergebrochen, indem dessen Vorjahresanteil an den steuerlichen Einnahmen der Ländergesamtheit (Quotierungsschlüssel) zugrunde gelegt wird.⁷⁾

... und werten Abweichungen der Steuereinnahmen vom Haushaltsentwurf als konjunkturbedingt

Im weiteren Verlauf (bei der endgültigen Verabschiedung des Haushalts und bei der Überprüfung, inwieweit die Vorgaben bei Haushaltsabschluss eingehalten wurden) werden die beim Entwurf berechneten konjunkturereinigten Steuereinnahmen lediglich um die finanziellen Auswirkungen zwischenzeitlicher Steuerrechtsänderungen angepasst.⁸⁾ Alle anderen unerwarteten Steuereinnahmenänderungen werden als konjunkturbedingt erfasst. Im Ergebnis gehen damit nicht nur zyklische Faktoren

in die Konjunkturkomponente ein, sondern auch anderweitige Abweichungen der Steuereinnahmen vom Ansatz im Haushaltsentwurf (wie etwa aufgrund von merklichen Aufkommensüberraschungen bei den gewinnabhängigen Steuern). Auf diese Weise wird einerseits ein kurzfristiger Anpassungsbedarf bei fortgeschrittener Haushaltsaufstellung oder im Vollzug infolge abweichender Steuereinnahmentwicklungen vermieden. Andererseits werden auch neue Einschätzungen zu grundlegenden Entwicklungstendenzen zunächst vorübergehend der Konjunktur zugerechnet. Etwaige Anpassungen müssen dann aber bei der Haushaltsaufstellung für das nächste Jahr mit der dann fälligen Neuschätzung der konjunkturereinigten Steuereinnahmen erfolgen.⁹⁾

Die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen haben dagegen steuer-

5 Vgl.: G. Mourre, C. Astarita und S. Princen (2014), Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology, Economic Papers 536.

6 Hierzu wird die Produktionslücke mit der sog. Budgetsemielastizität für die Ländergesamtheit multipliziert. Die gesamtstaatliche Budgetsemielastizität wird zurzeit auf 0,55 geschätzt, d. h., bei einer Änderung der Produktionslücke um 1 Prozentpunkt ändert sich die Quote des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos im Verhältnis zum BIP um 0,55 Prozentpunkte (vgl.: Price et al. (2014), New Tax and Expenditure Elasticity Estimates for EU Budget Surveillance, OECD Economics Department Working Paper No. 1174). Die Konjunkturereinigungsverfahren des Bundes und für die Konsolidierungshilfsländer basieren auf Semielastizitäten von 0,20 für den Bund und 0,13 für die Ländergesamtheit. Auf die Gemeinden entfallen 0,06 und auf die Sozialversicherungen 0,15 (eigene Schätzungen).

7 Zur Umsetzung des Verfahrens vgl. auch: H. Gebhardt, R. Kambeck und F. Matz (2012), Konjunktur- und Strukturkomponenten der Länderhaushalte, Wirtschaftsdienst 92 (4), S. 256–260.

8 Dagegen wird für den Bund die Konjunkturkomponente zur Verabschiedung des Haushaltsplanes durch den Bundestag anhand der letzten Neuschätzung der Produktionslücke (zumeist auf Grundlage der Herbstprojektion) noch einmal neu ermittelt. Bei Haushaltsabschluss wird sie um die rechnerischen Effekte einer anders als für den Plan veranschlagten nominalen BIP-Entwicklung korrigiert. Vgl. beispielhaft: Deutsche Bundesbank, Wichtige Haushaltskennzahlen des Bundes im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, Monatsbericht, Februar 2017, S. 67.

9 Dieses Verfahren wird derzeit auch im Zusammenhang mit den Konsolidierungshilfen für die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bis einschl. 2019 angewendet. Details zum Konjunkturereinigungsverfahren finden sich in den Anlagen zu den diesbezüglichen Verwaltungsvereinbarungen.

Steuerglättende Verfahren mit unterschiedlichen Bezugsgrößen und Glättungsmethoden

glättende Verfahren gewählt.¹⁰⁾ Die einzelnen Verfahren unterscheiden sich bei der Abgrenzung der als zyklisch einbezogenen Einnahmenkategorien, insbesondere im Hinblick auf den kommunalen Finanzausgleich, sowie beim Umgang mit Steuerrechtsänderungen. Auch bei der konkreten Berechnung des (geglätteten) „Normalniveaus“ der steuerlichen Einnahmen bestehen Unterschiede. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz legten hierzu einen Startwert in der Vergangenheit einmalig fest, der laufend mit einer trendmäßigen Wachstumsrate fortgeschrieben wird („Steuertrendverfahren“). Dieses Trendwachstum wird im Wesentlichen aus den durchschnittlichen Änderungsraten der einbezogenen Einnahmen in der Vergangenheit berechnet. In Hamburg wird das Trendniveau unter der Annahme eines konstanten Wachstums ökonomisch ermittelt. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen wird demgegenüber die Normallage über das durchschnittliche Niveau der steuerlichen Einnahmen in mehreren Vorjahren bestimmt („Steurniveauverfahren“). Abgesehen von einem Aufschlag für die Inflation im Verfahren Mecklenburg-Vorpommerns werden strukturelle Anstiege im Zuge des Wirtschaftswachstums dabei ausgeblendet.

Zu ausgewählten Aspekten der Verfahren

Bedeutsame Unterschiede zwischen Verfahren

Die konkret gewählten Konjunkturbereinigungsverfahren unterscheiden sich zum Teil in ihrer Ausgestaltung und den Ergebnissen erheblich. Dies betrifft unter anderem den Umgang mit überraschenden Einnahmenentwicklungen, die sich nicht aus konjunkturellen Schwankungen im BIP ableiten lassen, die Auswirkungen einer erwarteten Änderung des grundlegenden Einnahmentrends sowie die Absicherung der Symmetrie konjunktureller Be- und Entlastungen. Darüber hinaus spielen Transparenz und Gestaltungsanfälligkeit sowie die Beziehung zu den europäischen Regeln eine wichtige Rolle. Im Folgenden werden ausgewählte Aspekte diskutiert.

Bestimmung relevanter Konjunktoreinflüsse

Makrobasierete Verfahren knüpfen an der bundesweiten prognostizierten wirtschaftlichen Entwicklung an. Insofern könnten sie etwaigen landesspezifischen Konjunktoreinflüssen nicht Rechnung tragen. Allerdings scheinen ausgeprägte länderspezifische konjunkturelle Sonderentwicklungen auch eher untypisch.¹¹⁾ Überdies dürften sie für die Haushaltsentwicklung der einzelnen Länder in den meisten Fällen ohnehin nur begrenzt relevant sein, weil der bundesstaatliche Finanzausgleich landesspezifische Sonderentwicklungen der Pro-Kopf-Steuerentnahmen – insbesondere bei den finanzschwachen Ländern mit Anspruch auf allgemeine Bundesergänzungszuweisungen – weitgehend abfedert.¹²⁾

Bei makrobasiereten Verfahren kann indes das Problem auftreten, dass der Konjunkturverlauf der für die Steuereinnahmen besonders wichtigen makroökonomischen Bezugsgrößen (Bruttolöhne und -gehälter, privater Konsum, Unternehmens- und Vermögenseinkommen) nicht immer mit dem des BIP übereinstimmt. So ist ein durch Exporte und Investitionen getriebener BIP-Zuwachs weniger steuerergiebig als ein auf Zuwächsen bei Löhnen und privatem Konsum basierender Aufschwung. Die gewählten makrobasiereten Bereinigungsverfahren berücksichtigen

Makrobasierete Verfahren: Ausblendung landesspezifischer Konjunktoreinflüsse hinnehmbar

BIP-Entwicklung erklärt Steuerschwankungen unvollständig

¹⁰ In den übrigen Ländern wurden entweder (noch) kein konjunkturbereinigtes Neuverschuldungsverbot gesetzlich verankert oder die Konjunkturbereinigung noch nicht näher geregelt.

¹¹ Für die Stadtstaaten bestehen hier allerdings offenbar Einschränkungen (vgl. B. Schirwitz, C. Seiler und K. Wohlrabe (2009), Regionale Konjunkturzyklen in Deutschland – Teil III: Konvergenz, ifo Schnelldienst 62, S. 25 f.). Dass sich die BIP-Entwicklung der Länder unterscheidet, dürfte zu meist eher strukturelle als konjunkturelle Gründe haben.

¹² Für eine empirische Untersuchung des Einflusses konjunktureller Schwankungen auf die Länderhaushalte vgl.: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010), Ermittlung der Konjunkturkomponenten für die Länderhaushalte zur Umsetzung der in der Föderalismuskommission II vereinbarten Verschuldungsbegrenzung, Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, S. 13 ff. Eine trendmäßige Veränderung der Steuerkraft eines Landes in Relation zum Bundesdurchschnitt schlägt sich bei den makrobasiereten Verfahren über den geänderten Anteil am bundesweiten Steueraufkommen um ein Jahr versetzt nieder.

Zu den Konjunkturreffekten bei makrobasierten Verfahren

Bei den makrobasierten Verfahren der Länder wird die Konjunkturkomponente zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsentwurfs (in der Regel im Frühjahr des jeweiligen Haushaltsvorjahres) geschätzt (Ex-ante-Konjunkturkomponente).¹⁾ Im weiteren Verlauf des Haushaltsprozesses (endgültige Verabschiedung des Haushaltsplans, Haushaltsabschluss) fließen alle weiteren Steuereinnahmenänderungen in Form einer Steuerabweichungskomponente in die Konjunkturkomponente ein, soweit sie nicht auf zwischenzeitliche Rechtsänderungen zurückzuführen sind. Die Steuerabweichungskomponente stellt letztlich den Steuerschätzfehler dar. Das unten stehende Schaubild zeigt fiktiv für die Jahre 1999 bis 2016, welche Konjunkturkomponenten zum Zeitpunkt des Haushaltsabschlusses ausgewiesen worden wären, wenn alle Länder das makrobasierete Verfahren genutzt hätten.

Bei den Ex-ante-Konjunkturkomponenten hätten in diesem Zeitraum per saldo negative

Werte überwogen.²⁾ Es wären somit aufgrund dieser Komponente überwiegend negative

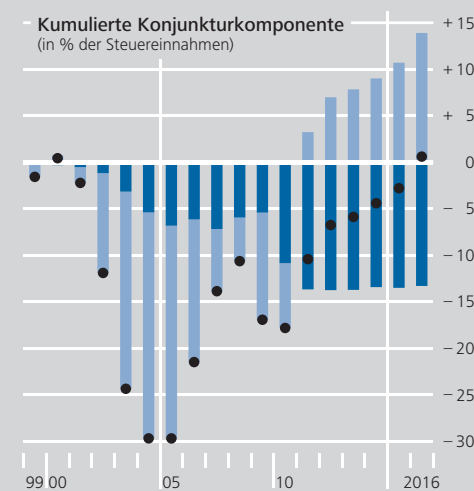
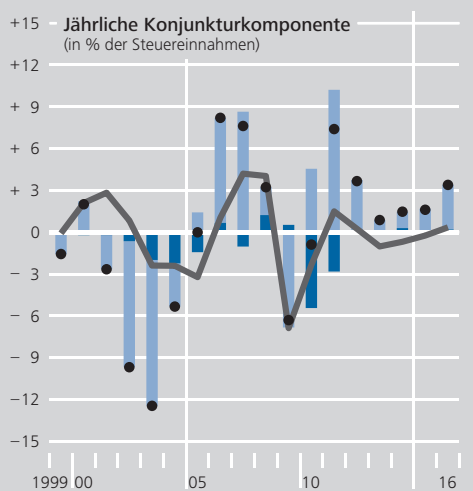
1 Die für die Ex-ante-Konjunkturkomponente zugrunde liegende Produktionslücke wird hier zur Vereinfachung nicht mit dem Potenzialverfahren des Bundes, sondern mit einem Hodrick-Prescott (HP)-Filter ermittelt. Der HP-Filter separiert den Trend einer Zeitreihe von der zyklischen Komponente (vgl.: R. Hodrick und C. Prescott (1997), Postwar U. S. Business Cycles: An Empirical Investigation, Journal of Money, Credit and Banking 29, S. 1–16). Kritisiert wird der HP-Filter aufgrund des Endpunktproblems sowie zweifelhafter Trendschätzungen bei Vorliegen von Strukturbrüchen. Das Endpunktproblem lässt sich allerdings durch die Berücksichtigung von Prognosen zumindest entschärfen, wobei hier die Echtzeitannahmen der Regierung zum mittelfristigen Wachstum verwendet wurden.

2 Der HP-Filter ist grundsätzlich symmetrisch konstruiert. Negative oder positive Trendabweichungen können aber bei einer „Echtzeitbetrachtung“ (der jeweils zum damaligen Zeitpunkt ermittelten Werte) überwiegen, wenn es zur Revision bzw. Neueinschätzung der zugrunde liegenden Daten oder Projektionen kommt (oder wenn unvollständige Zyklen betrachtet werden). Werden die Trendabweichungen von 1999 bis 2016 einheitlich mit heutigen Daten und Projektionen ermittelt, gleichen sich positive und negative Konjunkturreinflüsse über den hier dargestellten Zeitraum in etwa aus.

Zusammensetzung der Konjunkturkomponente bei Haushaltsabschluss im (vereinfachten) makrobasierten Verfahren für die Ländergesamtheit¹⁾

■ Steuerabweichungskomponente
 ■ Ex-ante-Konjunkturkomponente

● Konjunkturkomponente bei Haushaltsabschluss
 — Konjunkturkomponente aus heutiger Sicht



* Die Ex-ante-Konjunkturkomponente für das Haushaltsjahr t wird auf Basis der Jahresprojektion der Bundesregierung vom Frühjahr des jeweiligen Haushaltsvorjahres (t-1) bestimmt. Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke wird dabei mit einem HP-Filter (lambda = 100) hergeleitet und anschließend mit der Budgetsemielastizität für die Ländergesamtheit (0,13) multipliziert. Zur Berechnung der „Konjunkturkomponente aus heutiger Sicht“ wird die aktuelle BIP-Schätzung der Bundesregierung (Stand: 25. Januar 2017) verwendet. Die Steuerabweichungskomponente ergibt sich als Differenz zwischen den Ist-Steuereinnahmen (für das Jahr 2016 wurde als aktuellster Wert die Steuerprognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom November 2015 verwendet) und den im Frühjahr des jeweiligen Haushaltsvorjahres vom Arbeitskreis Steuerschätzungen geschätzten Steuereinnahmen. Die finanziellen Wirkungen zwischenzeitlich verabschiedeter Rechtsänderungen wurden dabei bereinigt. Die Konjunkturkomponente bei Haushaltsabschluss ergibt sich aus der Ex-ante-Konjunkturkomponente zzgl. der Steuerabweichungskomponente.

konjunkturelle Lagen für das kommende Haushaltsjahr erwartet und entsprechende konjunkturbedingte Defizite im Haushaltsentwurf zugelassen worden. Die potenzielle konjunkturbedingte Verschuldung (die kumulierten konjunkturbedingten Defizite und Überschüsse) hätte sich demnach von 1999 bis 2016 auf immerhin insgesamt rund 13% der Ist-Steuererinnahmen des Jahres 2016 belaufen, wobei die Tendenz seit 2011 leicht rückläufig gewesen wäre.

Das Schaubild auf Seite 39 zeigt zudem die erhebliche Bedeutung der ermittelten Steuerabweichungskomponente.³⁾ Dieser Schätzfehler wäre in der Regel sogar deutlich stärker ins Gewicht gefallen als die Ex-ante-Konjunkturkomponente und hätte sich in einzelnen Jahren auf bis zu 10% der Ist-Steuererinnahmen belaufen. So kam es nach der Jahrtausendwende bis etwa zur Mitte des letzten Jahrzehnts regelmäßig zu erheblichen unerwarteten Steuerausfällen nach der Haushaltsaufstellung, während in den Folgejahren – mit Aus-

nahme des Jahres 2009 – die Entwicklung der Steuereinnahmen unterschätzt wurde.⁴⁾ Per saldo hätten über den hier dargestellten Zeitraum letztlich die positiven Überraschungen überwogen, sodass ein gewisses Gegengewicht zu den Ex-ante-Konjunkturkomponenten zu verzeichnen gewesen wäre. Tendenziell hätten sich in konjunkturellen Aufschwungsphasen (gemessen an einer positiven Veränderung des Konjunktуреinflusses aus heutiger Sicht) eher positive und in Abschwungsphasen eher negative Überraschungen bei den Steuereinnahmen ergeben.

³ Die Schätzfehler können auf eine unerwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen sein. Sie können aber auch andere Ursachen haben, wie etwa falsch eingeschätzte Wirkungen von Steuerrechtsänderungen, Änderungen im Abführungsmuster der gewinnabhängigen Steuern u. ä.

⁴ Zur Verzerrung von Steuerschätzfehlern in Deutschland vgl. u. a.: T. Büttner und B. Kauder (2015), Political biases despite external expert participation? An empirical analysis of tax revenue forecasts in Germany, Public Choice Vol. 164, Nos. 3–4, S. 287–307.

sichtigen solche Kompositionseffekte nicht.¹³⁾ Hinzu kommt, dass sich die Zusammenhänge zwischen einzelnen Steuereinnahmen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mitunter als nicht stabil erweisen (die Steuerelastizität – die Aufkommensreaktion einer Steuer auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Bezugsgröße – schwankt oder verschiebt sich im Zeitverlauf). Dies gilt insbesondere für die gewinnabhängigen Steuern und wird von den makrobasierten Verfahren nicht berücksichtigt.¹⁴⁾ Diese werten bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs sämtliche Steuereinnahmentwicklungen, die nicht durch die BIP-Entwicklung und die gewählten Elastizitäten als konjunkturell erklärt werden, als strukturell. Im Haushaltsvollzug erfassen die konkret gewählten Verfahren dann aber alle gegenüber dem Haushaltsentwurf eingetretenen, nicht durch Rechtsänderungen erklärten Steuerabweichungen als konjunkturell (siehe S. 39).

Die steuerglättenden Verfahren interpretieren dagegen jegliche Abweichungen vom ermittelten Trend oder dem durchschnittlichen Niveau der steuerlichen Einnahmen als konjunkturell, ohne auf gesamtwirtschaftliche Entwicklungen Bezug zu nehmen. Dabei können zumindest die Trendverfahren – bei entsprechender Ausgestaltung – die Einflüsse von Kompositionseffekten und etwaiger sonstiger konjunktureller Ausschläge bei den gewinnabhängigen Steuern

Steuerglättende Verfahren bereinigen auch um nichtkonjunkturelle Effekte

¹³ Die Bundesbank verwendet daher einen disaggregierten Ansatz zur Konjunkturbereinigung, der die Konjunkturkomponenten einzelner Budgetkategorien aus den Trendabweichungen der wichtigen makroökonomischen Bezugsgrößen ableitet, vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63 ff.; sowie für die Bedeutung unterschiedlicher Zusammensetzungen konjunktureller BIP-Schwankungen z. B.: Deutsche Bundesbank, Die Krise im Spiegel der deutschen Staatsfinanzen, Monatsbericht, Oktober 2010, S. 76 ff.

¹⁴ Vgl. z. B.: Deutsche Bundesbank (2010), a. a. O.

Ergebnisse verschiedener Konjunkturbereinigungsansätze für die vergangenen Jahre

Die unterschiedlichen Konjunkturbereinigungsverfahren ermitteln verschiedene konjunkturbedingte Defizite und Überschüsse. Das Schaubild auf Seite 42 zeigt, welche (simulierten) Steueraufkommen-Normalniveaus und Konjunkturkomponenten sich für die Ländergesamtheit für den Zeitraum 1999 bis 2016 ergeben hätten, wenn die beispielhaft ausgewählten Konjunkturbereinigungsansätze genutzt worden wären. Es werden Berechnungen anhand der kassenmäßigen steuerlichen Einnahmen für ein Steuertrendverfahren (in Anlehnung an die Vorgaben von Rheinland-Pfalz), ein Steuerniveauverfahren (in Anlehnung an die Vorgaben von Mecklenburg-Vorpommern) und ein makrobasiertes Verfahren (das zur Vereinfachung die Konjunkturkomponente mit einem HP-Filter ermittelt) vorgenommen.¹⁾ Im Ergebnis wird deutlich, dass die unterschiedlichen Verfahren in einigen Jahren stark voneinander abweichende Konjunkturkomponenten und dementsprechend unterschiedliche Normalniveaus der Steuereinnahmen ausgewiesen hätten. Auch bei den Vorzeichen und Wendepunkten der Konjunkturkomponenten zeigen sich deutliche Unterschiede.

Insgesamt ergibt sich beim makrobasierten Verfahren in kumulierter Betrachtung ein geringes Übergewicht von konjunkturbedingten Defiziten, während die anderen Verfahren Überschüsse errechnet hätten. Insbesondere am aktuellen Rand weist das makrobasierte Verfahren höhere Normalniveaus der Steuereinnahmen aus und fällt insofern im Hinblick auf die damit implizierte fiskalische Grundausrichtung weniger restriktiv aus als die steuerglättenden Verfahren. Ungeachtet dessen würden in den letzten Jahren allerdings auch beim makrobasierten Verfahren konjunkturbedingte

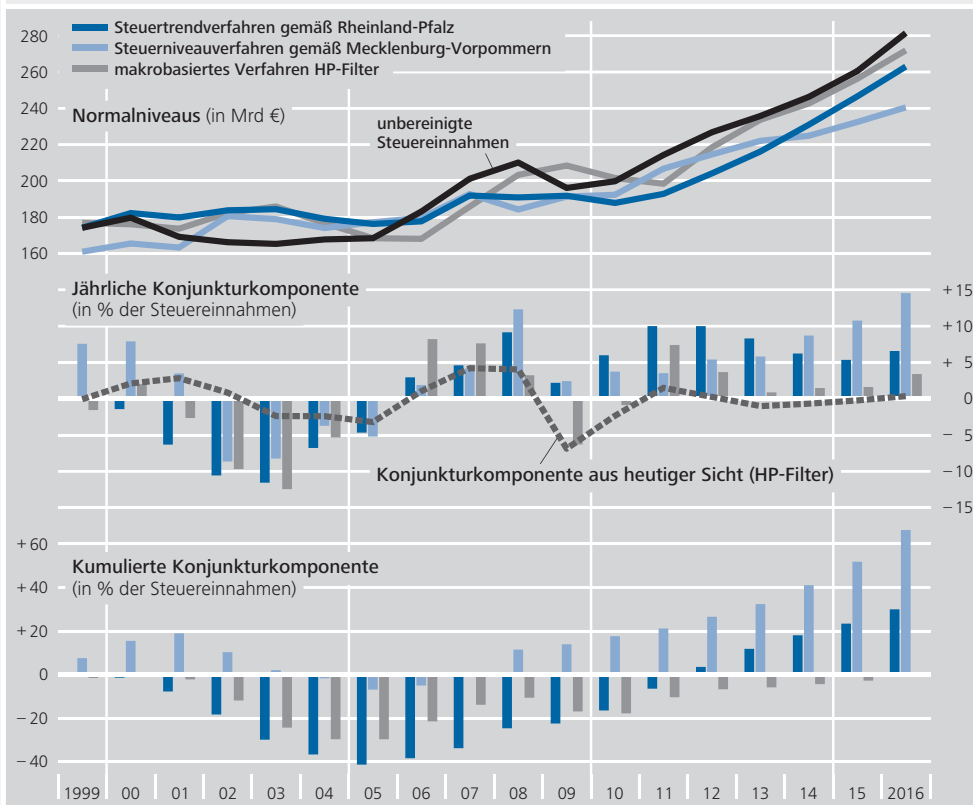
Überschüsse ermittelt.²⁾ Das makrobasierte Verfahren weist im beobachteten Zeitraum die höchste Volatilität der ermittelten Normalniveaus aus. Ein deutliches Übergewicht an konjunkturbedingten Überschüssen ergibt sich – wie zu erwarten – beim Steuerniveauverfahren (über den gesamten Zeitraum kumulierte positive Konjunkturkomponente von etwa 65% der Steuereinnahmen). Die mit dem Steuertrendverfahren ermittelten Konjunkturkomponenten weisen zumeist die absolut größten Ausschläge aus. Spiegelbildlich sind die Zuwachsraten der Normalniveaus am wenigsten volatil – und deren Anpassungen recht weitgehend durch Steuerrechtsänderungen getrieben.

Welche fiskalische Ausrichtung die einzelnen Verfahren konkret über den Konjunkturzyklus bewirkt hätten, lässt sich auch im Nachhinein insofern nur sehr eingeschränkt beurteilen, da die Regeln grundsätzlich nur Obergrenzen darstellen und insbesondere Sicherheitsabstände zu den Obergrenzen bei der Haushaltspolitik eine Rolle spielen könnten. Gerade bei den Steuerniveauverfahren ist vor dem Gewähren von Verschuldungsmöglichkeiten offenbar auch ein potenziell umfangreicher Rückgriff auf Rück-

¹ Es wird jeweils unterstellt, dass alle Länder das standardisierte Verfahren genutzt hätten. Konkret setzt sich das Einnahmenaggregat der Ländergesamtheit (ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten) zusammen aus Ländersteuern, dem Anteil der Länder an den Gemeinschaftssteuern, den Regionalisierungsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr, den Ausgleichszahlungen für die Kfz-Steuer und die Lkw-Maut sowie den allgemeinen (finanzkraftbezogenen) Bundesergänzungszuweisungen.

² Diese fallen allerdings spürbar geringer aus, wenn die Produktionslückenschätzungen der Bundesregierung basierend auf dem Produktionsfunktionsansatz der EU verwendet werden. Rechnerisch wird hierdurch bspw. ab 2011 im Vergleich zum HP-Filter eine um kumuliert etwa 8 Mrd € niedrigere Konjunkturkomponente ermittelt (etwa 3% der Steuereinnahmen in 2016).

Normalniveaus und Konjunkturkomponenten bei Haushaltsabschluss für die Ländergesamtheit³⁾



* Zur Abgrenzung der Steuereinnahmen wurden die kassenmäßigen Einnahmen der Ländergesamtheit (ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten) aus Steuern nach allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen berücksichtigt (für Konkretisierung siehe Fußnote 1). Zur Berechnung des Normalniveaus nach den Vorgaben von Rheinland-Pfalz (Startwert hier auf die Ist-Steuereinnahmen des Jahres 1999 gesetzt) und Mecklenburg-Vorpommern siehe Ausführungen auf S. 55 ff. Die Aufkommenswirkungen von Steuerrechtsänderungen wurden auf Basis steuerartspezifischer Anteile der Länder an den gesamtstaatlichen Aufkommenswirkungen der Steuerrechtsänderungen bestimmt. Beim makrobasierten Verfahren ergibt sich das Normalniveau aus den unbereinigten Steuereinnahmen abzüglich einer Konjunkturkomponente. Zur Herleitung der Konjunkturkomponente bei Haushaltsabschluss im makrobasierten Verfahren mit HP-Filter siehe Vorgehen auf S. 39. Zur Berechnung der „Konjunkturkomponente aus heutiger Sicht (HP-Filter)“ wird die aktuelle BIP-Schätzung der Bundesregierung (Stand: 25. Januar 2017) verwendet.

Deutsche Bundesbank

lagen vorgesehen, sodass auch eine prozyklische Politik resultieren könnte, wenn die diesbezügliche Manövriermasse diskretionär eingesetzt würde und sich Entnahmen dabei weniger am Konjunkturzyklus orientieren sollten.³⁾ Im Rahmen der Simulation zeigt sich für die Jahre 1999 bis 2016, dass sowohl makrobasierende als auch steuerglättende Verfahren insofern antizyklisch gewirkt hätten, als die Veränderungen der ermittelten Konjunkturkomponenten im Vorjahresvergleich tendenziell im Einklang mit der Veränderung der Konjunkturlage aus heutiger Sicht standen.⁴⁾ Dies hätte sich beim makrobasierten Verfahren – nicht zu-

letzt aufgrund der Schätzfehlerkomponente – am stärksten ausgeprägt dargestellt (vgl. hierzu Ausführungen auf S. 39).

³ Dabei besteht die Gefahr, dass in Echtzeit die Konjunkturlage verzerrt wahrgenommen wird.

⁴ Als antizyklisch wird hier angesehen, wenn ein Rückgang des Auslastungsgrades (konjunktureller Abschwung) mit einem Absinken der Konjunkturkomponente einhergeht.

(implizit) mit herausfiltern.¹⁵⁾ Sie lösen sich aber grundsätzlich von der Zielsetzung der Schuldenbremse, die Konjunkturreffekte im Budget (automatische Stabilisatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) zu identifizieren, da ohne weitere Vorkehrungen sämtliche – auch nicht-konjunkturelle – Schwankungen als konjunkturell klassifiziert werden. Dann werden beispielsweise eine größere Steuerrückerstattung infolge von Gerichtsurteilen oder – bei Einrechnen des kommunalen Finanzausgleichs – Spitzabrechnungen für zurückliegende Jahre als konjunkturelle Phänomene behandelt. Dies stellt eine sehr weite Interpretation dar.

Konjunkturelle Einflüsse und gesamtwirtschaftliche Stabilisierungswirkung des Budgets

Durch die Berücksichtigung der Konjunktur sollen konjunkturelle Einflüsse auf die Budgets aus der Begrenzung durch die Haushaltsregeln symmetrisch ausgenommen werden. Im Abschwung fallen die Steuereinnahmen schwächer aus, und daraus – gemäß dem Bereinigungsverfahren – resultierende konjunkturbedingte Defizite werden zugelassen. In Phasen konjunktureller Überauslastung müssen dann – nicht zuletzt zur Eindämmung der Schulden – Überschüsse im Umfang der entsprechend stärkeren Steuereinnahmen erreicht werden. Hierdurch wird eine stetigere Haushaltspolitik ermöglicht, da identifizierte automatische konjunkturelle Schwankungen nicht durch diskretionäre Maßnahmen (wie etwa eine Ausgaben-senkung) kompensiert werden müssen. So können die Staatsfinanzen im Rahmen der Regeln stabilisierend auf die Konjunkturentwicklung wirken.

Stabilisierungswirkungen bei allen Verfahren, aber ergänzende Vorsorge ratsam

Aus welchem Bereinigungsverfahren sich eine stärker antizyklische Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ergibt, ist nicht eindeutig zu beantworten. Dies hängt neben der konkreten Ausgestaltung der einzelnen Verfahren auch von den jeweiligen Ursachen der Steuerschwankungen, der Struktur der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt von etwaigen unerwarteten Entwicklungen ab. Eine simulierte rückwirkende Anwendung verschiedener Verfahren für die Jahre 1999 bis 2016 ergibt, dass in diesem Zeitraum beispiel-

haft untersuchte makrobasierte wie auch Steuertrend- und Steuerniveauverfahren tendenziell antizyklisch gewirkt hätten. So hätten sich aus heutiger Sicht die konjunkturbedingten Defizite, die (in Echtzeit) im Rahmen der Verfahren festgestellt wurden, zumeist gegenläufig zur Konjunkturlage verändert (vgl. Erläuterungen auf S. 41 f.). Dieser Zusammenhang stellte sich in diesem Zeitraum (nicht zuletzt in den konjunkturellen Abschwungphasen) beim makrobasierten Verfahren am stärksten ausgeprägt dar, was insbesondere auf die Berücksichtigung von Steuerüberraschungen im Vollzug zurückzuführen war. Gerade für ein reibungsarmes Verarbeiten von wiederholt beobachteten größeren Überraschungen bieten Sicherheitsabstände zu den Neuverschuldungsobergrenzen darüber hinaus wertvolle Spielräume für Anpassungen. Die diskretionäre Nutzung solcher oder anderer Spielräume, wie etwa Rücklagen, könnte aber bei allen Verfahren auch in einer prozyklischen diskretionären Politik resultieren, wenn sie sich nicht an konjunkturellen Gegebenheiten orientiert.

Absicherung der Symmetrie

Ein zentrales Ziel der Schuldenbremse ist es, einen weiteren dauerhaften Schuldenaufbau zu verhindern. Um dies sicherzustellen, müssen die aus den Konjunkturbereinigungsverfahren abgeleiteten konjunkturellen Budgeteinflüsse über die Zeit symmetrisch ausfallen. Es sollte also über eine lange Frist kein deutliches Übergewicht konjunktureller Einnamenschwächen ermittelt werden (können). Andernfalls wäre ein systematischer Schuldenanstieg durch überhöht ausgewiesene Konjunkturlasten möglich.

Symmetrie soll dauerhaften Schuldenanstieg verhindern

Bei den makrobasierten Verfahren kann es zu asymmetrischen Konjunkturkomponenten kommen, wenn die im Haushaltsentwurf verwen-

Symmetrierisiken sowohl bei makrobasierten als auch ...

¹⁵ Die steuerglättenden Verfahren unterscheiden sich allerdings erheblich hinsichtlich der hierfür besonders bedeutsamen ausreichend langen Stützzeiträume (Länge der Zeitreihe, aus der das Normalniveau berechnet und ggf. fortgeschrieben wird).

dete Schätzung für die Produktionslücke oder die für den Haushaltsplan und das Ergebnis als konjunkturell eingestuft Revisionen der Steuerprognosen tendenziell in eine Richtung verzerrt sind.¹⁶⁾ Hier wären Vorkehrungen zu treffen, um einem potenziellen „Aufschaukeln“ der Verschuldung entgegenzuwirken. So ist es zu begrüßen, dass Schleswig-Holstein und Hessen – anders als der Bund¹⁷⁾ – die bei Haushaltsabschluss ermittelten konjunkturbedingten Defizite und Überschüsse auf einem Konjunkturausgleichskonto dokumentieren. Dies erhöht die Transparenz hinsichtlich der Wahrung der verfassungsmäßig vorgegebenen Symmetrie. Eine Begrenzung der kumulierten Konjunkturkomponenten oder eine Verpflichtung zum Abbau von als konjunkturbedingt klassifizierter übermäßiger Verschuldung sind allerdings auch hier nicht konkret vorgegeben.

... bei Steuer-
trendverfahren

Bei den Steuertrendverfahren kann es insbesondere dann zu einem unbeabsichtigten Schuldenaufbau kommen, wenn sich die errechneten Normalniveaus nur langsam an einen sich abschwächenden Einnahmentrend anpassen. Durch den bevorstehenden demografischen Wandel dürfte sich das Trendwachstum tendenziell abschwächen, was bei einer Fortschreibung der Steueraufkommensentwicklung ausschließlich unter Verwendung früherer Jahre ein Überschätzungsrisiko beinhaltet.¹⁸⁾ Im umgekehrten Fall ergeben sich bei einer Beschleunigung des Wachstumstrends überwiegend positive Konjunkturkomponenten (die die Verschuldungsmöglichkeiten eingrenzen). Eine schnellere Anpassung an Trendveränderungen wäre möglich, wenn der Stützzeitraum zur Berechnung des Normalniveaus auch Prognosen umfassen würde. Die Kehrseite hiervon ist allerdings, dass das ermittelte Normalniveau im Zuge von Prognoserevisionen stärkeren Schwankungen unterliegen dürfte, was wiederum eine sprunghaftere Haushaltspolitik zur Folge hätte. Insgesamt ist bei den Steuertrendverfahren für eine wirkungsvolle Schuldenbegrenzung eine nicht zu langsame Anpassung an einen flacheren Trend wichtig. Bei Verfahren, die weit in der Vergangenheit liegende Einnahmenentwicklungen ein-

beziehen und keine Vorkehrung für tendenziell rückläufige Trendwachstumsraten vorsehen (wie bspw. in Baden-Württemberg), erscheint dies weniger gewährleistet. Grundsätzlich ist bei den mit einem Startwert versehenen Steuertrendverfahren darauf zu achten, dass die Startwerte nicht zu hoch festgelegt worden sind, um eine länger anhaltende Überschätzung des strukturellen Einnahmenniveaus zu vermeiden (siehe auch Ausführungen auf S. 46 f.).

Ähnlich wie bei den makrobasieren Verfahren ist daher auch bei Steuertrendverfahren eine Kontrolle und bedarfsweise Korrektur von persistenten Schulden erforderlich, die sich aus negativ verzerrten Konjunkturkomponenten ergeben. Um Symmetrierisiken zu begegnen, werden in Rheinland-Pfalz Zu- oder Abschläge gegenüber den regulären Fortschreibungsraten für das Normalniveau der steuerlichen Einnahmen gemacht, die von den bisher aufgelaufe-

*Symmetrie-
absicherung
auch bei Steuer-
trendverfahren
geboten*

16 Die Prognosefehler bei den Steuereinnahmen hängen dabei nicht zuletzt von den Makroschätzungen ab. Eine systematische Verzerrung wurde bei den offiziellen Steuerschätzungen vergangener Jahre nicht gefunden, vgl. u. a.: T. Büttner und B. Kauder (2015), Political biases despite external expert participation? An empirical analysis of tax revenue forecasts in Germany, *Public Choice* Vol. 164, Nos. 3–4, S. 287–307. Die Symmetrie der Produktionslücken im EU-Verfahren ist hingegen aufgrund teilweise fehlender Restriktionen im Schätzmodell nicht zwangsläufig gewährleistet. Empirische Untersuchungen zeigen außerdem, dass Echtzeitschätzungen der Produktionslücken mit dem EU-Verfahren zu einem negativen Bias tendieren, also überwiegend konjunkturelle Haushaltsbelastungen implizieren (vgl.: G. Kempkes (2014), Cyclical Adjustment in Fiscal Rules: Some Evidence on Real-Time Bias for EU-15 Countries, *FinanzArchiv/Public Finance Analysis* 70, Nr. 2, S. 278–315). Ein Hodrick-Prescott (HP)-Filter bietet eine einfache Alternative zur Schätzung der Produktionslücken und liefert für die jeweils zugrunde gelegte Zeitreihe symmetrische Trendabweichungen. Verzerrungen in Echtzeit treten hier im Wesentlichen nur durch entsprechend verzerrte Revisionen von Daten und Projektionen sowie bei verzerrten Fortschreibungen zur Abmilderung der sog. Endpunktproblematik auf (vgl.: M. Mohr (2001), Ein disaggregierter Ansatz zur Berechnung konjunkturbereinigter Budgetsalden für Deutschland: Methoden und Ergebnisse, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, Nr. 13/01, S. 18 ff.).

17 Auf dem Kontrollkonto des Bundes werden allein die Abweichungen der strukturellen Neuverschuldung von ihrer Obergrenze im Haushaltsvollzug aufgezeichnet. Die angeordneten Konjunkturkomponenten werden nicht protokolliert.

18 Auch die Mehreinnahmen durch die Einkommensteuerprogression dürfen nicht ohne Weiteres in die Zukunft fortgeschrieben werden. Um eine stetige Finanzpolitik abzusichern, erscheint eine Vorsorge für nachholende Korrekturen am Steuertarif naheliegend.

Zur Wirkung von abnehmenden Einnahmentrends und der Festlegung der Startwerte bei Steuertrendverfahren

Im Folgenden werden ausgewählte Eigenschaften von Steuertrendverfahren, das heißt von Verfahren, die das ermittelte Normalniveau der Steuereinnahmen des Vorjahres mit einer trendmäßigen Wachstumsrate fortschreiben, anhand von stilisierten Modellrechnungen veranschaulicht. In einem Basisszenario wird dabei zunächst ein stabiles jährliches Trendwachstum der Steuereinnahmen von 3% unterstellt.¹⁾ Es wird dann um dieses „echte Normalniveau“ beispielhaft ein symmetrischer Konjunkturzyklus über insgesamt zehn Perioden (fünf Perioden Auf- und fünf Perioden Abschwung) mit konjunkturellen Auf- und Abschwüngen von bis zu 5% der Steuereinnahmen modelliert, wobei hier mit einem Abschwung gestartet wird. Es wird unterstellt, dass sich die Steuereinnahmen synchron zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verhalten.

Wirkung eines sich verändernden Einnahmentrends

Das unten stehende Schaubild zeigt, dass Steuertrendverfahren aus der modellierten

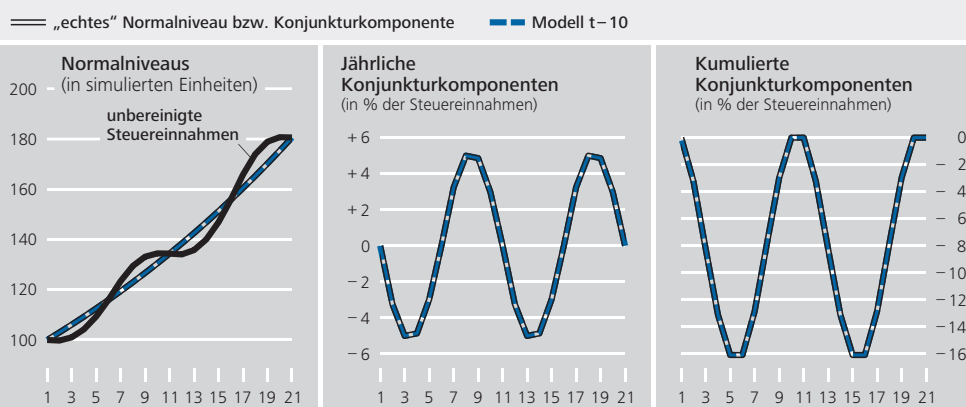
Konjunktur das „echte“ Normalniveau der Steuereinnahmen herausrechnen, wenn bei einem konstanten Trendwachstum der Stützzeitraum zur Berechnung des Normalniveaus der Länge des Konjunkturzyklus entspricht.²⁾ Umfasst der Berechnungszeitraum allerdings nicht einen vollen Konjunkturzyklus, ergibt sich – besonders bei kürzeren Stützzeiträumen – ein volatileres Normalniveau.³⁾ Die ermittelten konjunkturellen Defizite oder Überschüsse und deren Veränderung können sich vom „echten“ Konjunkturzyklus abkoppeln, und insofern kann auch die implizierte fiskalische Grundausrichtung pro- oder antizyklischer ausfallen.

1 Eine solche (nominale) Zuwachsrate entspricht in etwa den Annahmen des Tragfähigkeitsberichts der Bundesregierung für den Zeitraum 2020 bis 2030. Dort wird im Basisszenario von einem durchschnittlichen jährlichen realen BIP-Wachstum von etwa 1% und einem Preisanstieg von knapp 2% ausgegangen. Vgl.: Bundesministerium der Finanzen (2015), Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, S. 7 ff.

2 Dies gilt allerdings nur, wenn sich die zyklische Komponente – wie in den Simulationen angenommen – in einem konstanten Verhältnis zu den Steuereinnahmen entwickelt.

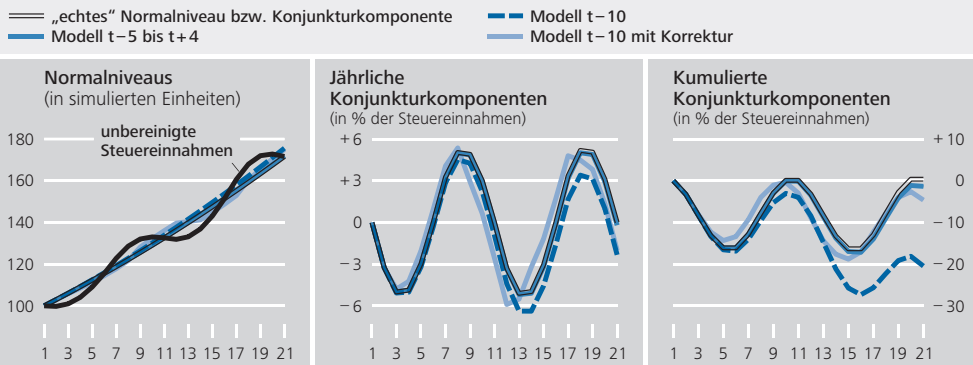
3 Ob dabei das „echte“ Normalniveau tendenziell über- oder unterschätzt wird, ist hier abhängig vom anfänglich gewählten Startwert im Zyklus (siehe hierzu Ausführungen im nächsten Abschnitt).

Stuertrendverfahren bei konstantem Trendwachstum der Steuereinnahmen¹⁾



* Entwicklung der Steuereinnahmen gemäß Basisszenario. Für die Berechnung des Normalniveaus im „Modell t-10“ wird der anfängliche Startwert auf die Höhe der Steuereinnahmen in Periode 1 festgelegt. Für die Folgejahre wird der Vorjahreswert jeweils mit dem geometrischen Mittel des Wachstums der Steuereinnahmen der vorangegangenen zehn Jahre fortgeschrieben.

Steuertrendverfahren bei abnehmendem Trendwachstum der Steuereinnahmen³⁾



* Im Vergleich zum Basisszenario sinkt die Trendwachstumsrate der Steuereinnahmen von anfänglich 3,0% (Periode 1) sukzessive auf 2,5% (Periode 21). Zur Berechnung des Normalniveaus im „Modell t-10“ siehe vorherige Abbildung. Im „Modell t-5 bis t+4“ werden bei der Herleitung des Normalniveaus neben Werten aus der Vergangenheit (t-5) auch Prognosewerte (t+4) einbezogen mit der Annahme, dass diese auch eintreten. Bei der Berechnung des Normalniveaus „Modell t-10 mit Korrektur“ wurde ein Korrekturmechanismus zur Gewährleistung der Symmetrie der Konjunkturkomponenten entsprechend den Regelungen von Rheinland-Pfalz modelliert.

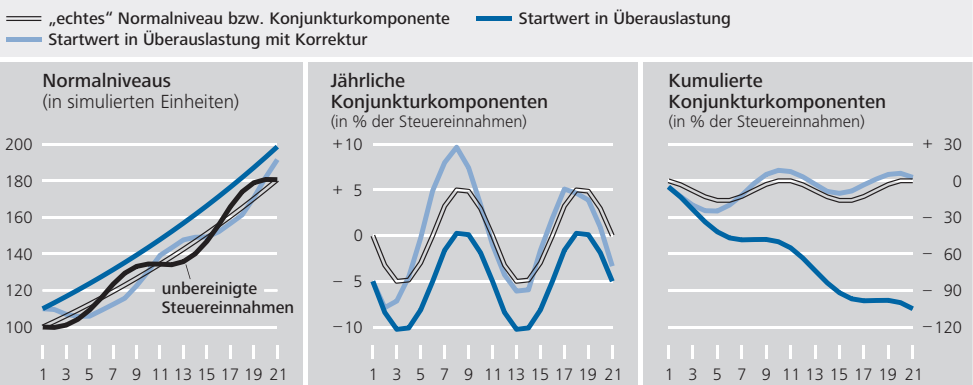
Deutsche Bundesbank

Es kann dann zu persistenteren Über- oder Unterschätzungen des Normalniveaus der Steuereinnahmen kommen, wenn sich das Trendwachstum für längere Zeit verlangsamt oder beschleunigt. Wenn geringere Trendzuwächse bei den Steuereinnahmen sich nur langsam in einer Anpassung des ermittelten Normalniveaus niederschlagen, werden niedrigere Steuerzuwächse im Übergang als konjunkturell interpretiert. Daraus abgeleitete konjunkturelle Defizite können zu einem spürbaren Anstieg der Verschuldung führen. Das oben stehende Schaubild illustriert, wie ein sukzessiver Rückgang in

der Trendwachstumsrate der Einnahmen in einem Anstieg der kumulierten negativen Konjunkturkomponenten und damit der Verschuldung mündet.⁴⁾ Dabei passt sich das ermittelte Normalniveau schneller an, wenn der Stützzeitraum auch Prognosewerte umfasst und damit ein absehbar nied-

4 Dabei wird über den hier dargestellten Zeitraum ein sukzessiv sinkendes Trendwachstum von anfänglich 3,0% auf 2,5% unterstellt. Dieser Rückgang entspricht in etwa den Annahmen des Tragfähigkeitsberichts der Bundesregierung, in dem ab 2030 bis 2060 ein demografiebedingt um etwa 0,5 Prozentpunkte niedrigeres durchschnittliches reales BIP-Wachstum erwartet wird.

Bedeutung des Startwertes bei Steuertrendverfahren³⁾



* Entwicklung der Steuereinnahmen gemäß Basisszenario. Bei der Berechnung der Normalniveaus wird der gewählte Startwert jeweils mit dem geometrischen Mittel der Steuereinnahmen der vorangegangenen zehn Jahre fortgeschrieben. Bei der Herleitung des Normalniveaus „Startwert in Überauslastung mit Korrektur“ wurde ein Korrekturmechanismus zur Gewährleistung der Symmetrie der Konjunkturkomponenten entsprechend den Regelungen von Rheinland-Pfalz modelliert.

Deutsche Bundesbank

rigerer Wachstumstrend frühzeitiger berücksichtigt wird. Hierdurch kann es dann allerdings potenziell zu einer stärkeren Volatilität der ermittelten Normalniveaus kommen, da revisionsanfälliger (potenziell fehlerhafte) Prognosewerte einbezogen werden. Das Auflaufen umfangreicher einseitig verzerrter Konjunkturkomponenten (etwa durch eine trendmäßige Wachstumsabschwächung) kann durch einen Korrekturmechanismus vermieden werden, der bei sich aufbauender Verschuldung Abschläge von den Normalniveaus bewirkt und derzeit nur in Rheinland-Pfalz vorgesehen ist.

Verzerrungen bei Festlegung des Startwertes

Basiert ein Steuertrendverfahren auf einem Startwert, kann dies zu einer Verzerrung der Normalniveauschätzung führen. Zur Verdeutlichung wurde im Schaubild auf Seite 46

unten der Startwert in einer – nicht erkannten – Phase konjunktureller Überauslastung festgelegt (vor dem abgebildeten Zeitraum).⁵⁾ Es zeigt sich, dass im Zeitverlauf eine stetig zunehmende konjunkturelle Verschuldung erlaubt wird. Die Startwertproblematik kann mit Blick auf sich kumulierende größere Konjunkturkomponenten abgemildert werden, wenn ein diesbezüglicher Korrekturmechanismus installiert wird (derzeit nur in Rheinland-Pfalz).

⁵⁾ Auch ein Startwert in Normauslastung kann zu einer tendenziellen Überschätzung des Normalniveaus führen, wenn sich die Konjunktur bei der Festlegung des Startwertes im Aufschwung befindet und der Stützzeitraum zur Berechnung der Fortschreibungsrate nicht den gesamten Konjunkturzyklus umfasst.

nen sowie den zuletzt veranschlagten Konjunkturkomponenten abhängen.¹⁹⁾ In Baden-Württemberg und Hamburg fehlt eine solche Absicherung.

*Bei Steuer-
niveauverfahren
Übergewicht
an positiven
Konjunktur-
komponenten
angelegt*

In den bereits konkretisierten Verfahren, die nicht an Trends, sondern an Durchschnitten der vergangenen Einnahmenniveaus ansetzen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen), scheint eine ergänzende formale Absicherung gegen den systematischen Aufbau konjunkturbedingter Verschuldung aus derzeitiger Sicht weniger dringlich: Unter der Annahme eines anhaltenden Wirtschaftswachstums und eines adäquaten Umgangs mit Steuerrechtsänderungen sind in diesen Verfahren – trotz der im bundesweiten Vergleich deutlich schwächeren Bevölkerungsentwicklung in diesen Ländern – überwiegend positive Konjunkturkomponenten (und damit nur selten Kreditaufnahmemöglichkeiten) angelegt.

Stetige Finanzpolitik bei verlässlicher Schuldenbegrenzung

Für eine stetige Haushaltspolitik bei strikten Neuverschuldungsgrenzen stellt es eine besondere Herausforderung dar, wenn bei Ausschöpfung der Obergrenze eine unerwartete, nicht der Konjunktur zugerechnete Einnamenschwäche auftritt. Bei makrobasierten Verfahren dürften unerwartete Ausschläge der Steuereinnahmen bei Aufstellung des nächsten Haushaltsentwurfs regelmäßig nur teilweise als konjunkturbedingt erfasst werden. So dürfte eine Abwärtsrevision des erwarteten BIP-Wachstums teilweise als strukturell interpretiert werden, und auch andere – in den Verfahren nicht auf die Konjunkturentwicklung zurückgeführte – Faktoren können zu unerwarteten Steuerentwicklungen führen. Die Haushaltspolitik müsste dann relativ kurzfristig und gegebenenfalls pro-

*Bei makro-
basierten
Verfahren
deutlichere
Schwankungen
der konjunktur-
bereinigten
Einnahmen, ...*

¹⁹⁾ Für eine detaillierte Verfahrensbeschreibung siehe S. 57.

zyklisch gegensteuern.²⁰⁾ Zwar werden in den derzeit konkretisierten makrobasierten Verfahren Abweichungen von den im Entwurf veranschlagten Steuereinnahmen (die nicht auf Rechtsänderungen zurückgeführt werden) während der weiteren Haushaltsberatungen und im Haushaltsvollzug als konjunkturell klassifiziert und führen somit nicht zu kurzfristigen Anpassungsnotwendigkeiten. Bei der Aufstellung des nächsten Haushalts gilt dies so aber nicht mehr. So zeigt sich etwa für die Jahre 2001 bis 2004, dass recht umfangreiche negative Steuerschätzfehler in den Folgejahren nicht durch eine ungünstige Konjunkturlage „entschuldigt“ wurden (vgl. dazu S. 39). In der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts wären mithin bei fehlenden Sicherheitsabständen in konjunkturellen Abschwungphasen erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen gegenüber den vormaligen mittelfristigen Finanzplanungen erforderlich gewesen.²¹⁾

... daher Sicherheitsabstände empfehlenswert

Bei den makrobasierten Verfahren erscheint es daher ratsam, in der Regel einen größeren Sicherheitsabstand zur Neuverschuldungsobergrenze einzuplanen, um abrupte Korrekturanforderungen bei unerwartet ungünstigen Entwicklungen zu vermeiden.²²⁾ Solche Sicherheitsabstände erlauben es auch, Schwankungen bei den gewinnabhängigen Steuern, trotz etwaiger Unterschätzung der konjunkturellen Effekte, auf die Haushalte durchschlagen zu lassen.²³⁾ Außerdem würden Sicherheitsabstände ein Gegengewicht bieten, wenn die Echtzeitschätzungen der Produktionslücken wie in der Vergangenheit verzerrt bleiben.

Steuertrendverfahren mit „glatteren“ Verläufen, aber Vorkehrungen nötig, um übermäßige Schulden zu vermeiden

Die steuerglättenden Verfahren, die einen Einnahmentrend anhand eines längeren Stützzeitraums aus der Vergangenheit und unter Berücksichtigung des grundsätzlich angelegten Trendwachstums bestimmen (Steuertrendverfahren: Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hamburg), stellen im Vergleich zu den makrobasierten Verfahren grundsätzlich glattere Verläufe der einplanbaren strukturellen Einnahmen sicher. Die für eine Verstetigung der Finanzpolitik notwendigen Sicherheitsabstände in den

Planungen können insoweit geringer ausfallen. Allerdings erfordert die Gewährleistung der Symmetrie bei diesen Verfahren einen Trendanpassungsmechanismus, der dem tendenziell entgegenwirken könnte.

Bei den steuerglättenden Verfahren, die auf die durchschnittlichen Aufkommensniveaus der Vorjahre abstellen (Steuerniveauverfahren: Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen), dürften aus heutiger Sicht künftig überwiegend positive Konjunktüreinflüsse ermittelt werden. Diese Verfahren erlauben letztlich einen konjunkturbedingten Schuldenanstieg nur in Ausnahmefällen, gewähren aber grundsätzlich Ausgabenspielräume, solange keine konjunkturbedingte Neuverschuldung erfolgt. So ist davon auszugehen, dass die Steuereinnahmen mittelfristig mehr oder weniger parallel zum wohl auch künftig wachsenden nominalen BIP steigen²⁴⁾ und damit über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegen. Die Unterschätzung der strukturellen Einnahmentwicklung wird durch die mit drei bis fünf Jahren relativ kurzen Stützzeiträume für das hier maßgebliche Normalniveau zwar begrenzt. Im Ergebnis ermöglichen die gewählten Steuerniveauverfahren aber wohl nur in einer äußerst ungünstigen Konjunkturlage eine Kreditaufnahme. Würde sich strikt am ermittelten Nor-

Steuerniveauverfahren verhindern unbeabsichtigte Verschuldung, können aber erratische Finanzpolitik begünstigen

20 Da die Steuergesetzgebungsautonomie einzelner Länder sehr begrenzt ist, müsste dies primär über die Ausgabenseite erfolgen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Einführung von Steuerzu- und -abschlägen der Länder, Monatsbericht, September 2014, S. 46 ff. Die tatsächliche kurzfristige Anpassungsmöglichkeit erscheint damit insgesamt weiterhin relativ eingeschränkt.

21 Im Jahr 2009 kam es ebenfalls zu umfangreichen überraschenden Mindereinnahmen, allerdings schloss sich ein zügiger konjunktureller Aufschwung an. Für die beschlossenen antizyklischen Maßnahmen wäre wohl ein Rückgriff auf die in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmeklausel möglich gewesen.

22 Vgl.: J. Kremer und D. Stegarescu (2009), Neue Schuldenregel: Sicherheitsabstand für eine stetige Finanzpolitik, Wirtschaftsdienst 89(9), S. 630–636.

23 Die Unterschätzung aufgrund von Modellierungsfehlern ist grundsätzlich von Prognosefehlern zu unterscheiden, wobei aber ein gewisser Zusammenhang besteht (vgl.: R. Morris et al. (2009), Explaining government revenue windfalls and shortfalls: an analysis for selected EU countries, ECB working paper Nr. 1114, S. 23–24).

24 Die Zuwächse dürften wohl auch nicht durch eine etwaige rückläufige Entwicklung der Landesbevölkerung kompensiert werden.

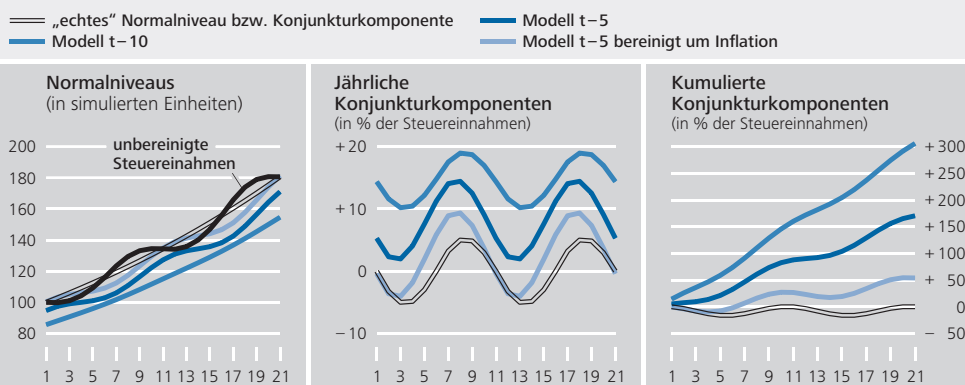
Steuerniveauverfahren mit Tendenz zum Ausweis positiver Konjunkturlinien

Im unten stehenden Schaubild wird das Glättungsverhalten von Steuerniveauverfahren vereinfacht dargestellt (Verfahren, die das Normalniveau als Durchschnitt der Steuerergebnisse aus Vorjahren ermitteln). Es zeigt sich, dass bei einem positiven Wachstumstrend die hiermit ermittelten Normalniveaus der Steuereinnahmen fast durchweg unter den modellierten „echten Normalniveaus“ liegen (zur Entwicklung der simulierten Steuereinnahmen siehe Ausführungen auf S. 45). Im Durchschnitt gleichen sich damit die ermittelten Konjunkturlinien nicht aus, sondern es werden überwiegend positive Konjunkturkomponenten ausgewiesen. Dabei wird (bei einem positivem Wachstumstrend) das „echte Normalniveau“ tendenziell umso stärker unterschritten, je mehr Datenpunkte aus der Vergangenheit bei der Berechnung des Normalwerts berücksichtigt werden. Kürzere Stützzeiträume für die Berechnung können allerdings andererseits dazu führen, dass bei ausgeprägten konjunkturellen Schwankungen volatilere Normalniveaus ermittelt werden. Abgemildert wird die Unterschätzung des Normalniveaus, wenn, wie im Verfahren

von Mecklenburg-Vorpommern, Inflationsinflüsse berücksichtigt werden und damit eine Unterschätzung nur noch aufgrund eines realen Trendzuwachses erfolgt.

Sofern bei den Steuerniveauverfahren keine entsprechenden Überschüsse angestrebt werden, sind Rücklagen erforderlich, um bei einer schwächeren Steueraufkommensentwicklung eine stetige Finanzpolitik zu gewährleisten. Reichen die Rücklagen nicht aus, ist dann ein zyklisches Atmen der Haushalte nicht mehr möglich.

Glättungsverhalten der Steuerniveauverfahren^{*)}



* Entwicklung der Steuereinnahmen gemäß Basisszenario (siehe S. 45). Das Normalniveau der Steuereinnahmen „Modell t-5“ und „Modell t-10“ entspricht dem Durchschnitt der Einnahmen vorangegangener Perioden (von t-1 bis t-5 sowie von t-1 bis t-10). Bei der Normalwertberechnung „Modell t-5 bereinigt um Inflation“ wurden die Einnahmenniveaus der vorangegangenen fünf Jahre vor der Mittelwertberechnung jeweils um eine Inflationskomponente von 2% erhöht.
 Deutsche Bundesbank

malniveau orientiert, würde das Budget systematisch mit einem Übergewicht in der Überschussposition „atmen“. ²⁵⁾ In der Praxis sollten aber wohl zur Abfederung von Aufkommensschwankungen vorrangig auch aus konjunkturellen Überschüssen gebildete Rücklagen eingesetzt werden. Insgesamt ermöglichen solche Rücklagen bei der Haushaltsplanung und -bewirtschaftung zwar in der Tat größere Flexibilität. Die konjunkturellen Gegebenheiten beeinflussen damit jedoch nicht mehr automatisch den zulässigen Finanzierungssaldo. Eine prozyklische Ausrichtung der Haushalte würde dann ausgelöst, wenn der Rücklagenbestand nicht ausreicht, um konjunkturbedingte Schwankungen auszugleichen und eine Nettokreditaufnahme nicht möglich ist, weil das Verfahren keinen entsprechenden negativen Konjunkturinfluss anzeigt. Diese Gefahr besteht besonders, wenn die Rücklagen, die zur Abfederung von Aufkommensschwächen vorgesehen sind, nicht ausreichend bemessen oder für die Umsetzung anderweitiger Ausgabenwünsche eingesetzt wurden. ²⁶⁾

Beziehung zu den EU-Regeln

Die einzelnen Länder haben sehr unterschiedliche Ansätze zur Umsetzung der Schuldenbremse gewählt. Damit ergeben sich für die Haushaltskoordinierung und -überwachung sowohl mit Blick auf die nationalen als auch die europäischen Fiskalregeln besondere Herausforderungen. So zielen die europäischen Vorgaben auf strukturelle gesamtstaatliche Defizite ab, die auf Basis des Konjunkturbereinigungsverfahrens der EU ermittelt werden. Insofern hätte die einheitliche Anwendung dieses Ansatzes (wie beim Bund) in allen Ländern den Vorteil, dass drohende Konflikte mit den europäischen Vorgaben besser zu identifizieren wären. Die länderspezifischen Vorgaben können insbesondere dann deutlich lockerer ausfallen als die EU-Regeln, wenn hier größere, nicht im Zusammenhang mit konjunkturellen BIP-Schwankungen stehende Einnahmenschwankungen als konjunkturrell gewertet werden. ²⁷⁾

Besondere Herausforderung für gesamtstaatliche Haushaltsüberwachung durch Verfahrensvielfalt

Transparenz und Gestaltungsfestigkeit

Sowohl die makrobasieren als auch die steuerglättenden Verfahren sind durchaus komplex. Dabei drohen sie dann auf Kosten der Schuldenbegrenzung gestaltungsanfällig zu werden, wenn die Schätzergebnisse erheblich von diskretionär gewählten Ausgestaltungen abhängen und daher leicht veränderbar sind. Dies kann die Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Stabilität des Bereinigungsverfahrens und der jeweiligen Schätzungen beeinträchtigen. ²⁸⁾ Insbesondere bei Verfahren ohne Kontrollmechanismen besteht dann die Gefahr, dass regelmäßig Gestaltungsspielräume genutzt werden, um Defizite als konjunkturbedingt zu klassifizieren und damit kurzfristige Finanzierungsspielräume zu schaffen. Letzteres gilt weniger für die makrobasieren Verfahren in Hessen und Schleswig-Holstein, deren Ergebnisse im Wesentlichen von Schätzungen der Bundesregierung im Rahmen des EU-Verfahrens abhängen.

Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Gestaltungsfestigkeit ...

Robuste Schätzverfahren, die ohne Ad-hoc-Anpassungen etwa an der Methode oder den

²⁵ Eine Verschuldung ist mitunter sogar erst dann gestattet, wenn das niedrige Normalniveau noch einmal um 3%, wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen, unterschritten wird. Bei einer Ausrichtung der Haushaltspolitik an diesem Schwellenwert wird der Haushaltsspielraum noch weiter eingeschränkt.

²⁶ So ist im Verfahren von Mecklenburg-Vorpommern nur ein Teil der Rücklagen des neuen Sondervermögens alleine für konjunkturbedingte Einnahmenschwankungen vorgesehen. Für Details des Verfahrens vgl. Ausführungen auf S. 57.

²⁷ Ein Konflikt kann auch dann entstehen, wenn zur Einhaltung der nationalen Budgetgrenze auf in Vorjahren gebildete umfangreiche Rücklagen zurückgegriffen wird, da die EU-Regeln auf das davon unbeeinflusste Defizit abstellen. Vgl. für einen ähnlichen Fall im Zusammenhang mit der Ende 2015 eingerichteten Flüchtlingsrücklage des Bundes: Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Februar 2016, S. 68 f.

²⁸ Das EU-Verfahren ist diesbezüglich unbefriedigend; vgl. hierzu ausführlicher: Deutsche Bundesbank, Anforderungen an die Konjunkturbereinigung im Rahmen der neuen Schuldenregel, Monatsbericht, Januar 2011, S. 59 ff. Der EU-Produktionsfunktionsansatz wurde in der Vergangenheit häufiger angepasst (zuletzt im Herbst 2016) und weist insbesondere am aktuellen Rand hinsichtlich der abgeleiteten Konjunkturlage teils wenig plausible Ergebnisse auf; vgl. hierzu z. B. die Diskussion zur Behandlung von Flüchtlingen in der EU-Potenzialschätzung: Gemeinschaftsdiagnose, Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert, Frühjahr 2016, S. 49–60. Eine transparentere und leichter nachvollziehbare Alternative bietet der HP-Filter.

... durch stabile, rechtlich fest verankerte Verfahren gewährleisten

Parametern konsistente Ergebnisse liefern, sind daher vorteilhaft. Zudem sollten Korrekturmechanismen insbesondere zur Absicherung der Symmetrie regelgebunden ausgestaltet werden. Auch eine starke rechtliche Verankerung durch einen parlamentarischen Zustimmungsvorbehalt ist wünschenswert, um gezielte Verfahrensanpassungen zur Schaffung von Haushaltsspielräumen zumindest transparenter zu machen und damit zu erschweren.²⁹⁾

Haushaltsansätze auf Basis der offiziellen Steuerschätzung

Bei allen Verfahren ist außerdem darauf zu achten, dass das für die Konjunkturbereinigung relevante Einnahmenaggregat klar definiert ist und bei den steuerglättenden Verfahren die Behandlung der finanziellen Wirkung von Steuerrechtsänderungen offen dargelegt wird.³⁰⁾ Bei Verfahren, die Abweichungen von der Steuerschätzung im Rahmen von Haushaltsverabschiedung und -vollzug als konjunkturell klassifizieren, wäre hierfür – wie gegenwärtig bei der Überwachung der Konsolidierungshilfsländer – auf die offizielle regionalisierte Steuerschätzung abzustellen.³¹⁾ Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass sich durch zu günstige Ansätze im Entwurf systematisch negative Schätzkomponenten ergeben und sich somit konjunkturbedingte Defizite kumulieren können. Generell sollten Erläuterungen zu den Verfahren, ihren methodischen Änderungen und zu Dateninput sowie Ergebnisse der jeweiligen Schätzungen mit den Haushaltsunterlagen öffentlich bereitgestellt werden.³²⁾

■ Schlussfolgerungen

Verstetigung der Finanzpolitik

Im Hinblick auf die Zielsetzung der Schuldenbremse haben die skizzierten Verfahren verschiedene Stärken und Schwächen. Ein Grundproblem der Haushaltsplanung liegt darin, dass bei ungünstigen Entwicklungen die Ziele einer stetigen Finanzpolitik, einer automatischen Stabilisierung der Konjunktur und einer nachhaltigen Schuldenbegrenzung in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen können. Dies ist bei verschiedenen Methoden und Ausgestaltungen unterschiedlich stark ausgeprägt

und hängt jeweils auch von den konkreten gesamtwirtschaftlichen und steuerlichen Entwicklungen und den diesbezüglichen Prognosefehlern ab. Die jeweiligen potenziellen Probleme lassen sich aber durch eine geeignete Ausgestaltung und Haushaltsplanung bei makrobasierten wie auch steuerglättenden Ansätzen entschärfen.

Insbesondere bei makrobasierten Verfahren mit kurzfristig erforderlicher Anpassung an unerwartete nicht konjunkturbedingte Entwicklungen sind Sicherheitsabstände zu den Kreditgrenzen zu empfehlen. Diese wären grundsätzlich einzuplanen, in der Regel auch tatsächlich einzuhalten, und bei Nutzung der Puffer sollte der anschließende Konsolidierungspfad zu ihrem Wiederaufbau in den Mittelfristplanungen abgesichert werden. Zusätzlich sollten spezielle Regelungen getroffen werden, die einen unbeabsichtigten, persistenten Schuldenaufbau verhindern. Relevant wäre hierbei neben der Kontrolle der Ist-Abweichungen von der strukturellen Budgetgrenze (z. B. Kontrollkonto beim Bund) die Überwachung der Symmetrie der Konjunkturkomponenten (z. B. über Konjunk-

Sicherheitsabstände und zwei Kontrollkonten bei makrobasierten Verfahren empfehlenswert

29 Dabei ist eine Verankerung des Verfahrens in der Landesverfassung oder der Landeshaushaltsordnung, wie in Baden-Württemberg, Thüringen oder Sachsen, einer Rechtsverordnung oder internen Verwaltungsanordnung vorzuziehen. Für einen grundlegenden Verfahrenswechsel – wie zuletzt in Schleswig-Holstein – muss damit das Parlament einbezogen werden. Auch die technischen Details zur praktischen Umsetzung der Konjunkturbereinigung sollten der Zustimmungsbefähigung der Landtage unterliegen.

30 Aufkommenswirkungen von Rechtsänderungen sollten von konjunkturellen Einflüssen klar getrennt werden und den Haushaltsspielraum unmittelbar beeinflussen.

31 Länderspezifische Anpassungen wären dabei auf konkret zu belegende bedeutsame Faktoren zu begrenzen. Hierfür käme wohl am ehesten eine vom Länderdurchschnitt abweichende Bevölkerungsentwicklung infrage.

32 Durchaus Vorbildcharakter für eine übersichtliche und transparente Aufbereitung relevanter Informationen hat hier Rheinland-Pfalz, siehe Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2016 bis 2021. Aufgrund seiner Komplexität sind die Ergebnisse des Potenzialschätzverfahrens der Europäischen Kommission – trotz einer vergleichsweise guten Dokumentation in Papieren (a. a. O.) und im Internet (<https://circabc.europa.eu>) – nur schwer nachvollziehbar. Für die prinzipiell auf demselben Verfahren basierende Schätzung der Bundesregierung wäre wünschenswert, dass Unterschiede (sowohl methodisch als auch im Hinblick auf Dateninputs) zwischen EU- und Regierungsschätzung transparent und nachvollziehbar dargelegt werden.

turausgleichskonten in Hessen oder Schleswig-Holstein). Überschreiten die Konjunkturausgleichskonten einen Schuldenschwellenwert, könnte eine systematische mittelfristige Abbauregel greifen, die auch die jeweilige konjunkturelle Lage berücksichtigen kann. Sofern in der betrachteten Phase Sicherheitsabstände zwischen der Verschuldungsgrenze und dem konjunkturbereinigten Ist-Ergebnis eingehalten wurden, wäre eine Verrechnung mit auf dem Kontrollkonto aufgelaufenen Guthaben naheliegend.³³⁾ Solange die eingesetzten Verfahren keine extreme Schlagseite haben und regelmäßig Sicherheitsabstände ausgewiesen werden, dürfte die Abbauregel letztlich kaum ausgelöst werden.

Bei steuer-glättenden Verfahren Bereinigung um Rechtsänderungen ratsam und ...

Die steuerglättenden Verfahren knüpfen nicht unmittelbar an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an. Grundsätzlich ist aber zu konzedieren, dass eine Unterscheidung zwischen konjunkturellen und sonstigen Einnahmenschwankungen in der Praxis schwierig ist und eine unmittelbare Glättung der Steuereinnahmen durchaus eine praktikable Alternative bieten kann. Allerdings sollte die zu glättende Bezugsgröße zumindest um die (offiziell geschätzte) Aufkommenswirkung von Steuerrechtsänderungen bereinigt werden. Darüber hinaus stellen die Glättungsmechanismen für sich genommen nicht sicher, dass sich die Abweichungen der tatsächlichen Einnahmen vom veranschlagten Normalniveau im Zeitverlauf hinreichend schnell ausgleichen und damit ein systematischer Schuldenzuwachs verhindert wird. Daher sollten die Ist-Abweichungen (wie in Hamburg und Rheinland-Pfalz) erfasst und ein persistenter Schuldenaufbau durch geeignete Korrekturmechanismen (wie in Rheinland-Pfalz) vermieden werden. Falls die tatsächlichen Einnahmen die veranschlagten Normalerträge über längere Zeit spürbar überschreiten sollten, wäre damit auch eine Korrektur zur Möglichkeit der Ausweitung der Haushaltsspielräume angelegt.

... wirksame Anpassungsmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie erforderlich

Die niveaubezogenen Verfahren bieten durch das sehr vorsichtig ermittelte Normalniveau Schutz vor einem persistenten Aufbau von als

konjunkturbedingt klassifizierten Schulden. Typischerweise überschreiten die laufenden steuerlichen Einnahmen das hier ermittelte Normalniveau deutlich. Sofern nicht durchweg entsprechende Überschüsse angestrebt werden, müssen Rücklagen gebildet werden, um etwaige Steuerschwankungen ausgleichen zu können. Soweit diese Rücklagen nicht ausreichen, ist ein zyklisches Atmen der Haushalte über den Konjunkturzyklus kaum mehr möglich, weil eine Neuverschuldung hier faktisch nur in Ausnahmefällen möglich ist. Bei diesen Regeln ist es also besonders wichtig, entweder in einer Überschussposition atmen zu können oder die für eine längere Schwächephase erforderlichen umfangreichen Rücklagen im politischen Prozess vor einer anderweitigen Verwendung zu schützen – was sich erfahrungsgemäß als schwierig erweist.

Schutz vor Verausgabung zyklischer Entlastungen bei Niveauperfahren angezeigt

Der in der längeren Rückschau beobachtete Rückgang des trendmäßigen BIP-Wachstums hat letztlich auch die Steueraufkommensentwicklung gebremst. Die erwartete Abnahme der erwerbstätigen Bevölkerung legt es nahe, für die Zukunft mit begrenzten und eher rückläufigen Zuwachsraten bei den Steuereinnahmen zu rechnen. Die Verfahren, die auf vergangenen Zuwächsen basieren (Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz), könnten die Normalniveaus daher tendenziell überschätzen. Generell könnte diese Verzerrung abgemildert werden, wenn die für die kommenden Jahre prognostizierte Einnahmenentwicklung einbezogen wird, die unter anderem die zukünftige demografische Entwicklung berücksichtigt. Dies würde allerdings gleichzeitig auch die Revisionsanfälligkeit des Normalniveaus erhöhen, da Fehlprognosen nicht auszuschließen sind. Demgegenüber dürfte beim Anknüpfen an durchschnittlichen Aufkommensniveaus der Vergangenheit (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen) auch bei geringem BIP-Wachstum

Gegebenenfalls Prognosen zur Minderung von Verzerrungstendenzen berücksichtigen

³³ Bei einer Überschätzung konjunktureller Lasten fällt der strukturelle Saldo entsprechend günstiger aus. Insofern erscheint eine Verrechnung mit dem Kontrollkonto systemkonform.

immer noch eher eine Unterschätzung des Normalniveaus der Steuereinnahmen angelegt sein.

Konjunkturbereinigung sollte transparent und nachvollziehbar sein

Damit die Verfahren – unabhängig von der konkreten Ausgestaltung – langfristig konsistente und möglichst gestaltungsfreie Ergebnisse liefern, wären sie robust und rechtlich fest zu verankern. Das heißt insbesondere, dass sie weitgehend ohne Anpassungen der Methode oder von Parametern (etwa die zur Schaffung von kurzfristigen Haushaltsspielräumen missbraucht werden könnten) auskommen sollten. Sofern Adjustierungen Teil der Symmetriesicherung sind, sollten sie regelgebunden erfolgen, wie beispielsweise in Rheinland-Pfalz. Grundlegendere Verfahrensanpassungen wären – vorzugsweise in einem parlamentarischen Verfahren – zu begründen. Wichtig ist auch, dass Methoden, Datengrundlagen und Ergebnisse transparent sowie für die Öffentlichkeit prinzipiell nachvollziehbar sind.

Standardisierte Berichterstattung im Rahmen der Überwachung durch den Stabilitätsrat

Nicht zuletzt um bei den zahlreichen speziellen Verfahren den Überblick zu erleichtern, liegt eine harmonisierte Berichterstattung nahe. Diese sollte eine Aufstellung der bislang aufgelaufenen konjunkturbedingten Nettolasten sowie der aufgelaufenen Salden der Kontrollkonten für Abweichungen von der Kreditgrenze im Haushaltsvollzug umfassen. Die Berichterstattung könnte im Zusammenhang mit der für Bund und Länder vorgesehenen Überwachung der Einhaltung der Schuldenbremsenregeln durch den Stabilitätsrat erfolgen.³⁴ Dabei könnten die Ergebnisse mit denen verglichen werden, die sich bei einer einheitlichen Konjunkturbereinigung mit dem EU-Verfahren ergeben hätten. Zusätzlich könnten sie mit einem auf dem HP-Filter basierten Verfahren überprüft werden, da dieses für die Haushaltsüberwachung hinsichtlich Nachvollziehbarkeit und Reproduzierbarkeit Vorteile gegenüber dem weniger transparenten Verfahren der EU hat. Hohe Transparenz und Nachvollziehbarkeit können dem möglichen politischen Druck entgegenwirken, die jeweiligen Haushaltsspielräume über die Konjunkturbereinigungsverfahren

zulasten der intendierten Schuldenbegrenzung zu erweitern.

Die nationale Schuldenbremse soll nicht zuletzt die Einhaltung der Regeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrages absichern. Ein an die europäischen Vorgaben angelehntes Konjunkturbereinigungsverfahren wurde bislang nur in zwei Ländern umgesetzt. Nicht ausgeschlossen ist somit, dass die europäischen Regeln etwa durch eine insgesamt günstigere Schätzung des Konjunkturlastens (konjunkturelle Belastung geringer oder konjunkturelle Entlastung höher) in einzelnen Jahren strengere Anforderungen stellen als die Summe der Schuldenbremsen der einzelnen Gebietskörperschaften. Hier ist der Stabilitätsrat gefordert, etwaige Abweichungen rechtzeitig zu erkennen und gegebenenfalls nötige Korrekturen der Haushaltspolitik zwischen Bund und Ländern zu koordinieren. Unabhängig von Unterschieden aus den Konjunkturbereinigungsverfahren erscheint es in diesem Zusammenhang aber wichtig, mögliche sonstige Abweichungen zwischen den EU-Anforderungen und den nationalen Regeln transparent zu machen und gegebenenfalls zu begrenzen. Dabei sollten bestehende methodische Diskrepanzen etwa bei der Behandlung von (Dis-)Agio-Beträgen bei den Zinsausgaben, Schuldenerlassen oder beim potenziell umfangreichen Rückgriff auf Rücklagen berücksichtigt werden. Überdies erscheint es auch vor dem Hintergrund der im Grundgesetz angestrebten Absicherung der EU-Regeln durch die Schuldenbremse geboten, diese nicht auf die Kernhaushalte der Länder zu begrenzen, sondern auch die zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte einzubeziehen. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass im Rahmen der EU-Regeln auch größere Defizite von Sozialversicherungen oder Gemeinden eine Rolle spielen. Der Stabilitätsrat hätte darauf zu achten, dass dies bedarfsweise zu strengeren Anforderungen für Bund und Länder führt.

Einhalten der gesamtstaatlichen Defizitobergrenzen durch den Stabilitätsrat sicherzustellen

³⁴ Auch abgesehen von der Konjunkturbereinigung könnte die Berichterstattung über die Haushaltsentwicklung und -planung in diesem Zuge verbessert werden, vgl.: Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, November 2016, S. 73.

■ Anhang

Übersicht über aktuelle Konjunkturbereinigungsverfahren auf Länderebene

Die Länder, die bereits Regelungen zur Konjunkturbereinigung getroffen haben, haben teilweise recht unterschiedliche Verfahren gewählt. Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über wichtige Ausgestaltungsmerkmale. Die Informationen sind in aller Regel aus Gesetzen (zumeist aus der Landeshaushaltsordnung: LHO) und/oder Verordnungen (VO) entnommen. Da sich nicht immer alle Details auf dieser Basis klären ließen, wurden ergänzende Informationen aus den zuständigen Landesministerien berücksichtigt. In den Tabellen werden jeweils die folgenden Aspekte dargestellt.

Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente

Bei den makrobasierten Verfahren wird für den Haushaltsentwurf die Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit auf Basis einer aktuellen Schätzung der Produktionslücke ermittelt und daraus der Anteil des jeweiligen Landes mittels eines „Quotierungsschlüssels“ berechnet. Aktualisierungen betreffender Haushaltskomponenten bei Abschluss der Haushaltsberatungen (Haushaltsplan), Haushaltsnachträgen und der Ergebnisfeststellung gelten grundsätzlich als konjunkturbedingt.

Bei den steuerglättenden Verfahren ergibt sich die Konjunkturkomponente aus der Abweichung eines als konjunkturabhängig definierten Steuereinnahmenaggregats von seinem „Normalniveau“. Bei der Herleitung des Normalniveaus wird entweder das trendmäßige Wachstum der Steuereinnahmen explizit berücksichtigt (Steuertrendverfahren) oder die Normallage der Steuereinnahmen wird anhand des durchschnittlichen Niveaus in mehreren vorangegangenen Jahren festgelegt (Steuerniveauverfahren).

Konjunkturabhängiges Steuereinnahmenaggregat

In den oben genannten Verfahren muss definiert werden, welche Budgetkategorien als konjunktur-

abhängig berücksichtigt werden. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um die steuerlichen Einnahmen nach Länderfinanzausgleich und die (finanzkraftbezogenen) allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen. Abweichungen hiervon werden in der Übersicht ausgewiesen.

Bereinigung um finanzielle Wirkungen von Steuerrechtsänderungen

Eine gesonderte Berücksichtigung der finanziellen Wirkungen von Rechtsänderungen ist bei den makrobasierten Verfahren im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf nicht notwendig, da hier die Konjunkturkomponente direkt aus der Produktionslücke abgeleitet wird und diese Effekte somit automatisch als strukturell eingeordnet werden. Bei Steuerrechtsänderungen im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen und des Haushaltsvollzugs muss aber eine adäquate Zuordnung zur Strukturkomponente sichergestellt werden.

Bei den steuerglättenden Verfahren werden in der Mehrheit vor der Glättung die geschätzten Finanzwirkungen aus dem Steueraggregat herausgerechnet (um sie nicht als konjunkturuell zu klassifizieren) und anschließend dem geglätteten Steuereinnahmenniveau wieder zugesetzt.

Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie

Das Grundgesetz erlaubt das Ausklammern von Konjunkturreffekten, wenn dies symmetrisch erfolgt, um einen fälschlich als konjunkturbedingt exkulpierten anhaltenden Schuldenanstieg zu vermeiden. Da die Schätzmethode dies in der Praxis nicht ohne Weiteres gewährleisten, werden teilweise die kumulierten Konjunkturkomponenten auf Konjunkturausgleichskonten gesondert ausgewiesen. In einem Fall (Rheinland-Pfalz) ist außerdem ein formalisierter Korrekturprozess vorgesehen, um Fehlbewertungen zu begrenzen.

Makrobasierete Verfahren

Land/ Rechtsgrundlage	Verfahrensbeschreibung
Hessen §§ 5, 6 Gesetz zur Ausführung von Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen	<p>Berechnung der Konjunkturkomponente: Für den Haushaltsentwurf (Ex-ante-Konjunkturkomponente): Die Ermittlung der Ex-ante-Konjunkturkomponente orientiert sich grundsätzlich an dem Konjunkturbereinigungsverfahren des Bundes. Dabei wird zunächst die Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit berechnet. Hierzu wird die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke (aktuellste Schätzung der Bundesregierung) mit der Budgetsemielastizität für die Ländergesamtheit (0,13) multipliziert. Der Anteil Hessens an der Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit wird entsprechend dem hessischen Vorjahresanteil an den Steuereinnahmen der Länder bestimmt (§ 5 Abs. 3 Gesetz zur Ausführung von Artikel 141). Für den Haushaltsplan und das Haushaltsergebnis: Die Ex-ante-Konjunkturkomponente für den Haushaltsentwurf wird um eine Steuerabweichungskomponente ergänzt. Die Steuerabweichungskomponente berechnet sich als Differenz zwischen den bei Abschluss der Haushaltsberatungen erwarteten beziehungsweise tatsächlichen Steuereinnahmen am Ende des Haushaltsjahres und denjenigen bei Haushaltsaufstellung (Basissteuereinnahmen). Die Auswirkungen zwischenzeitlicher Steuerrechtsänderungen sind hierbei zu berücksichtigen (§ 5 Abs. 2 bis 5 Gesetz zur Ausführung von Artikel 141). Bei der Ermittlung der Basissteuereinnahmen sowie der Ist-Steuereinnahmen sind die Auswirkungen durch den kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen (§ 5 Abs. 4 Gesetz zur Ausführung von Artikel 141).</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie: Die mit dem Haushaltsabschluss festgestellte Konjunkturkomponente wird auf einem Konjunkturausgleichskonto erfasst (§ 6 Gesetz zur Ausführung von Artikel 141).</p> <p>Ergebnisse für 2015 und 2016: 2015: Ex-ante-Konjunkturkomponente: –0,1 Mrd € (–0,5% der Basissteuereinnahmen), Konjunkturkomponente im Ergebnis: + 0,4 Mrd € (2,7% der Ist-Steuereinnahmen). 2016: Ex-ante-Konjunkturkomponente: –0,1 Mrd € (–0,5% der Basissteuereinnahmen), Konjunkturkomponente im Ergebnis: + 1,2 Mrd € (7,0% der Ist-Steuereinnahmen).</p>
Schleswig-Holstein Gesetz zur Ausführung von Artikel 61 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	<p>Berechnung der Konjunkturkomponente: Für den Haushaltsentwurf (Ex-ante-Konjunkturkomponente): Die Ermittlung der Ex-ante-Konjunkturkomponente orientiert sich grundsätzlich an dem Konjunkturbereinigungsverfahren des Bundes. Dabei wird zunächst die Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit berechnet. Hierzu wird die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke (Frühjahrsschätzung der Bundesregierung) mit der Budgetsemielastizität für die Ländergesamtheit (0,13) multipliziert. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit wird entsprechend dem schleswig-holsteinischen Vorjahresanteil an den Steuereinnahmen der Länder bestimmt (§ 6 Gesetz zur Ausführung von Artikel 61). Für den Haushaltsplan und das Haushaltsergebnis: Die Ex-ante-Konjunkturkomponente für den Haushaltsentwurf wird um eine Steuerabweichungskomponente ergänzt. Die Steuerabweichungskomponente berechnet sich als Differenz zwischen den bei Abschluss der Haushaltsberatungen erwarteten beziehungsweise tatsächlichen Steuereinnahmen am Ende des Haushaltsjahres und denjenigen bei Haushaltsaufstellung (Basissteuereinnahmen). Die Auswirkungen zwischenzeitlicher Steuerrechtsänderungen sind hierbei zu berücksichtigen (§ 6 Gesetz zur Ausführung von Artikel 61). Bei der Ermittlung der Basissteuereinnahmen sowie der Ist-Steuereinnahmen sind die Auswirkungen durch den kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen (§ 6 Abs. 2 Gesetz zur Ausführung von Artikel 6).</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie: Die mit dem Haushaltsabschluss festgestellte Konjunkturkomponente wird auf einem Konjunkturausgleichskonto erfasst (§ 6a Gesetz zur Ausführung von Artikel 61). Die Einnahmen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich werden in periodengerechter Abgrenzung angerechnet.</p> <p>Ergebnisse für 2015 und 2016: 2015: Verfahren noch nicht angewendet. 2016: Ex-ante-Konjunkturkomponente: –0,03 Mrd € (–0,5% der Basissteuereinnahmen), Konjunkturkomponente im Ergebnis: Noch nicht beziffert.</p>
Nachrichtlich: Verfahren des Bundes § 5 Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes (Artikel 115-Gesetz), VO über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes (Artikel 115-Verordnung)	<p>Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente: Für den Haushaltsentwurf und Haushaltsplan: Die Konjunkturkomponente ergibt sich als Produkt aus der auf Basis des EU-Verfahrens von der Bundesregierung geschätzten gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke und der Budgetsemielastizität (0,205). Sie wird in der Regel zwei Mal für einen Haushalt berechnet: In der Regel wird für den Haushaltsentwurf dabei die Produktionslückenschätzung vom Frühjahr und für den Haushaltsplan die Schätzung vom Herbst des dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahres verwendet (§ 5 Abs. 2 Artikel 115-Gesetz, § 2 Artikel 115-Verordnung). Für das Haushaltsergebnis: Die Konjunkturkomponente wird aktualisiert, indem die zum Zeitpunkt der Haushaltsverabschiedung ermittelte Produktionslücke um die BIP-Effekte aus der Differenz zwischen der zum Zeitpunkt des Haushaltsabschlusses (endgültig zum 1. September des Folgejahres) festgestellten Änderungsrate des (nominalen) BIP im Vorjahresvergleich und der zum Zeitpunkt der Haushaltsverabschiedung erwarteten (nominalen) BIP-Veränderung angepasst wird (§ 3 Artikel 115-Verordnung).</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie: Nein.</p> <p>Ergebnisse für 2015 und 2016: ¹⁾ 2015: Konjunkturkomponente im Haushaltsplan: – 5,0 Mrd € (–1,8% der Normalsteuereinnahmen bzw. –0,2% des BIP), Konjunkturkomponente im Haushaltsergebnis: – 1,7 Mrd € (–0,6% der Normalsteuereinnahmen bzw. –0,1% des BIP). 2016: Konjunkturkomponente im Haushaltsplan: + 0,3 Mrd € (+ 0,1% der Normalsteuereinnahmen bzw. + 0,0% des BIP), Konjunkturkomponente im vorläufigen Haushaltsergebnis: – 0,4 Mrd € (–0,1% der Normalsteuereinnahmen bzw. –0,0% des BIP).</p>

¹ Bei der Berechnung der Normalsteuereinnahmen des Bundes wurden zur Vergleichbarkeit mit den Länderergebnissen auch die ausgabenseitigen Konjunkturreffekte der Einnahmenseite zugeschlagen.

Steuerglättende Verfahren

Land/ Rechtsgrundlage	Verfahrensbeschreibung
Baden-Württemberg § 18 Absatz 3 LHO, VO zur zulässigen Kreditaufnahme nach § 18 LHO	<p>Steuertrendverfahren</p> <p>Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente: Das Normalniveau (in den gesetzlichen Regelungen bezeichnet als „Normallage“) wird für das Jahr 2011 auf die Höhe der Ist-Netto-Steuerereinnahmen festgelegt. Für die Folgejahre wird es jeweils mit dem geometrischen Mittel des Wachstums der Netto-Steuerereinnahmen der dem Haushaltsjahr vorangegangenen 30 Jahre fortgeschrieben. Soweit der zur Ermittlung der Wachstumsrate erforderliche Ist-Wert noch nicht vorliegt, werden hilfsweise die Werte der letzten Steuerschätzung zugrunde gelegt (§ 18 Abs. 3 LHO, § 2 Abs. 3 und 4 VO zu § 18 LHO). Besonderheit beim konjunkturabhängigen Steuerereinnahmenaggregat: Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich werden von dem zu glättenden Einnahmenaggregat abgesetzt (§ 2 Abs. 2 VO zu § 18 LHO).</p> <p>Bereinigung um finanzielle Wirkungen von Steuerrechtsänderungen: Grundsätzlich nein. Abweichungen gemäß Haushaltsgesetz (Steuerabtretungen des Bundes für Flüchtlingskosten in den Jahren 2015, 2016 und 2017) möglich.</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie: Nein.</p> <p>Ergebnisse bei Haushaltsabschluss für 2015 und 2016: 2015: Normalniveau: 23,0 Mrd €, Ist-Steuerereinnahmen: 24,2 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 1,2 Mrd € (5,2% des Normalniveaus). 2016: Noch keine Ergebnisse veröffentlicht.</p>
Hamburg §§ 27 Absatz 1 und 2, 79 Absatz 3 LHO, Artikel 40 § 5 Absatz 7 Gesetz zur Strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg (SNHG)	<p>Vorbemerkung: Die folgende Darstellung ist teilweise der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens der Freien und Hansestadt Hamburg (Drucksache 20/8400), S. 57–60, entnommen. Grundsätzlich ist demnach die Erarbeitung einer sachgerechten Methode Sache des Senats, und die Einzelheiten ergeben sich insofern nicht zwingend aus den vorliegenden Gesetzestexten, sondern können bei Vorliegen sachlicher Gründe auch anders gestaltet werden.</p> <p>Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente: Das Normalniveau (in den gesetzlichen Regelungen bezeichnet als „langjähriger Trend der Steuererträge“) wird als exponentieller Trend nach der mathematischen Methode der kleinsten Quadrate ermittelt (Drucksache 20/8400, S. 57). Die Berechnung beruht dabei auf Ist-Werten und umfasst jeweils die letzten 21 Jahre (§ 27 Abs. 2 LHO). Im Rahmen des doppischen Rechnungswesens wird auf Steuererträge (statt -einnahmen) abgestellt.</p> <p>Bereinigung um finanzielle Wirkungen von Steuerrechtsänderungen: Es wird um die finanzielle Wirkung von Steuerrechtsänderungen bereinigt, die nach dem 31. Dezember 2014 erstmals anzuwenden sind (Art. 40 § 5 Abs. 7 SNHG) und die jeweils bis zum 31. März des Vorjahres des Planjahres verabschiedet wurden (Drucksache 20/8400, S. 58). Die Finanzwirkungen später verabschiedeter Steuerrechtsänderungen werden damit im jeweiligen Planjahr als „konjunkturell“ klassifiziert. Eine Ausnahme bilden kurzfristige Änderungen der Umsatzsteuerverteilung, die auch nach dem 31. März zu berücksichtigen sind und entsprechende Anpassungen des Trendwertes für das jeweilige Haushaltsjahr nach sich ziehen (Bürgerschafts-Drucksache 21/2176).</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie und Besonderheiten: Das Verfahren ist zu überprüfen und die Bürgerschaft über das Ergebnis zu informieren, wenn die „Konjunkturposition“ (siehe Definition unten) das Normalniveau der Steuererträge um 50% über- oder unterschreitet (§§ 27 Abs. 1 und 2, 79 Abs. 3 LHO). Das Rechnungswesen der Freien und Hansestadt Hamburg ist nach den Grundsätzen der staatlichen Doppik gestaltet. Der Haushaltsplan besteht unter anderem aus dem Gesamtergebnisplan (vgl. § 27 LHO) und dem doppischen Gesamtfinanzplan (vgl. § 28 LHO), die Haushaltsrechnung unter anderem aus der Gesamtergebnisrechnung, der doppischen Gesamtfinanzrechnung und der Bilanz (vgl. § 77 Abs. 4 LHO). Der Gesamtergebnisplan ist grundsätzlich in Erträgen und Aufwendungen mindestens auszugleichen (vgl. § 27 Abs. 1 LHO). Die Konjunkturberreinigung bezieht sich auf diesen Ausgleich. Kreditaufnahme und -tilgung sind Einzahlungen beziehungsweise Auszahlungen, die im doppischen Gesamtfinanzplan veranschlagt werden. Eine Kreditaufnahme ist möglich, wenn im Gesamtergebnisplan aus konjunkturellen Gründen ein Defizit anfällt (§ 28 Abs. 2 S. Nr. 3 in Verbindung mit § 27 Abs. 3 Nr. 2 LHO). Die Abweichungen der Steuererträge vom Normalniveau werden im Haushaltsplan als Zuführung zu beziehungsweise Entnahme aus der Konjunkturposition veranschlagt und auf Basis des Haushaltsabschlusses im Ist gebucht. Die Konjunkturposition ist eine Unterposition des Eigenkapitals der Bilanz. Ist der Wert der Konjunkturposition positiv, handelt es sich um eine „Konjunkturrücklage“; ist er negativ, besteht eine „konjunkturell bedingte bilanzielle Vorbelastung“. Ein (geplantes oder tatsächliches) Defizit infolge einer negativen Konjunkturkomponente (Abweichung vom Wert des langjährigen Trends der Steuererträge) muss zunächst durch eine Entnahme aus der Konjunkturrücklage gedeckt werden. Besteht eine solche Rücklage nicht oder reicht sie nicht aus, darf eine konjunkturell bedingte bilanzielle Vorbelastung gebildet werden (Drucksache 20/8400, S. 59). Zur Finanzierung des Fehlbetrages im Gesamtergebnisplan, der dadurch entsteht, dass die Steuererträge unterhalb des Normalniveaus liegen, dürfen Kredite aufgenommen werden (§ 28 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 LHO). Die Kreditermächtigung darf nur insoweit in Anspruch genommen werden, als der Fehlbetrag auch in der Gesamtergebnisrechnung (also im Ist) besteht (§ 79 Abs. 6 LHO).</p> <p>Ergebnisse bei Haushaltsabschluss für 2015 und 2016: 2015: Normalniveau: 9,3 Mrd €, Ist-Steuererträge: 9,8 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 0,5 Mrd € (+ 5,2% des Normalniveaus). 2016: Normalniveau: 9,9 Mrd €, die Ist-Steuererträge (und damit die Höhe der Konjunkturkomponente) liegen noch nicht vor.</p>

noch: Steuerglättende Verfahren

Land/ Rechtsgrundlage	Verfahrensbeschreibung
<p>Rheinland-Pfalz Ausführungsgesetz (AG) zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz sowie Landesverordnung (LVO) über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 3 Absatz 2 Satz 1 AG zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz</p>	<p>Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente: Das Normalniveau (in den gesetzlichen Regelungen bezeichnet als „strukturelle Steuereinnahmen“) wird im Jahr 2011 auf die Höhe der über einen Stützzeitraum ermittelten strukturellen Steuereinnahmen (9,8 Mrd €) festgelegt. Für die Folgejahre wird es jeweils mit dem geometrischen Mittel des Wachstums der um Rechtsänderungen bereinigten Steuereinnahmen der dem Haushaltsjahr vorangegangenen acht Jahre fortgeschrieben (Regelfortschreibungsfaktor gemäß § 3 Abs. 1 und 2 LVO). Zur Gewährleistung der Symmetrie der Konjunkturkomponenten wird unter bestimmten Voraussetzungen (siehe unten) die Fortschreibungsrate um einen Korrekturbetrag angepasst (§ 6 Abs. 1 und 2 LVO).</p> <p>Bereinigung um finanzielle Wirkungen von Steuerrechtsänderungen: Die Effekte von Steuerrechtsänderungen werden bei der Ermittlung des Regelfortschreibungsfaktors bereinigt und bei der Fortschreibung gesondert addiert. Rechtsänderungen können bereits dann berücksichtigt werden, wenn ihr Eintritt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten und ihre finanziellen Auswirkungen mit hinreichender Genauigkeit zu prognostizieren sind. Sofern diese Voraussetzungen nicht vorliegen, sind Abschläge möglich (§ 3 AG, § 4 Abs. 3 und 4 LVO).</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie: Die Konjunkturkomponenten werden bei Abschluss des Haushalts auf einem Symmetriekonto erfasst. Der Regelfortschreibungsfaktor des Normalniveaus (F; Regelfortschreibungsrate: $F-1$) wird um einen Korrekturbetrag (ΔF) erhöht (gesenkt), wenn die jahresbezogene sowie die kumulierte Konjunkturabweichung des Vorjahres positiv (negativ) und die kumulierte Konjunkturabweichung (K) im Betrag größer als 1% der Steuereinnahmen des Vorjahres ($S(t-1)$) sind. Der Korrekturbetrag beläuft sich dann auf ein Achtel der Differenz der zwei zuletzt genannten Beträge, höchstens aber auf 80% der Regelfortschreibungsrate ($\Delta F = \min\{1/8 \cdot (K/S(t-1) - 0,01), 0,8 \cdot (F-1)\}$). Die Fortschreibungsrate des Normalniveaus wird immer um 80% erhöht (verringert), wenn die jahresbezogene Konjunkturkomponente des Vorjahres positiv (negativ) ist und im Betrag 5% der Steuereinnahmen des Vorjahres übersteigt und gleichzeitig die kumulierte Konjunkturabweichung des Vorjahres positiv (negativ) ist (§ 6 Abs. 1 und 2 LVO).</p> <p>Ergebnisse bei Haushaltsabschluss für 2015 und 2016: 2015: Normalniveau: 12,0 Mrd €, Ist-Steuereinnahmen: 12,0 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 0,03 Mrd € (+ 0,3% des Normalniveaus). 2016: Normalniveau: 12,4 Mrd €, Ist-Steuereinnahmen: 13,1 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 0,7 Mrd € (+ 5,4% des Normalniveaus).</p>
<p>Mecklenburg-Vorpommern § 18 Absatz 2 bis 5 LHO, §§ 1 ff. Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“</p>	<p>Steuerniveauverfahren</p> <p>Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente: Zunächst werden die Einnahmenniveaus der dem Haushaltsjahr vorangegangenen fünf Jahre jeweils um eine Inflationskomponente erhöht. Dabei wird die Veränderung des bundesweiten Verbraucherpreisindex bis zum Haushaltsjahr verwendet. Das Normalniveau (in den gesetzlichen Regelungen bezeichnet als „Normallage“) entspricht dem Durchschnitt der so an die Inflation angepassten Werte (§ 18 Abs. 2 LHO).</p> <p>Bereinigung um finanzielle Wirkungen von Steuerrechtsänderungen: Es wird um die finanziellen Effekte der Rechtsänderungen bereinigt, die seit dem Vorvorjahr (Jahr t-2 bei Haushaltsjahr t) wirksam geworden sind (§ 18 Abs. 2 LHO).</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie und Besonderheiten: Eine explizite Kontrolle ist nur hinsichtlich der Tilgung konjunkturbedingter Kreditaufnahmen vorgesehen. Mit dem vorsichtigen Ansatz für das Normalniveau (Effekte von Realwachstum und Einkommensteuerprogression bleiben unberücksichtigt) sind überwiegend konjunkturelle Überschüsse angelegt. Die Möglichkeit von „konjunkturbedingten Krediten“ ist zusätzlich begrenzt. Genauer ist eine Kreditaufnahme im Kernhaushalt künftig verboten, es sei denn, es liegt eine negative Abweichung vom Normalniveau um mehr als 3% vor. Die Abweichung gegenüber 97% des Normalniveaus (Fehlbetrag) ist dann soweit möglich durch Entnahme aus einem neu gegründeten Sondervermögen (Konjunkturausgleichsrücklage; ohne Kreditermächtigung) zu decken; Kreditermächtigungen für den Kernhaushalt sind lediglich in Höhe des verbleibenden Teils des Fehlbetrages möglich. Die Kredite aus diesen Ermächtigungen sollen grundsätzlich bei Erreichen einer „konjunkturellen Normallage“ (Band von 3% um das Normalniveau herum) wieder getilgt werden. Liegen die Einnahmen mehr als 3% oberhalb des Normalniveaus, ist mit dem übersteigenden Betrag (vorrangig) die Tilgung konjunkturbedingter Kredite und danach die Auffüllung der Konjunkturausgleichsrücklage bis zu ihrem Regelbestand von 500 Mio € vorgeschrieben (§ 18 Abs. 2 bis 5 LHO und Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“). Schwankungen innerhalb der konjunkturellen Normallage können durch Zuführungen an und Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage ausgeglichen werden, sofern dadurch der Mindestbestand der Rücklage von 200 Mio € nicht unterschritten wird. Nach Erreichen des Regelbestandes können auch konjunkturbedingte Mehreinnahmen verplant werden (§§ 3 und 4 Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“). Das Sondervermögen kann außerdem – solange das Mindestguthaben nicht unterschritten wird – zum Ausgleich von steuerrechtsbedingten Einnahmenschwüngen verwendet werden (§ 4 Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“).</p> <p>Ergebnisse bei Haushaltsabschluss für 2015 und 2016: 2015: Normalniveau: 4,8 Mrd €, Ist-Steuereinnahmen: 5,4 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 0,6 Mrd € (+ 11,8% des Normalniveaus). 2016: Normalniveau: 5,1 Mrd €, Ist-Steuereinnahmen: 5,5 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 0,5 Mrd € (+ 9,2% des Normalniveaus).</p>

noch: Steuerglättende Verfahren

Land/ Rechtsgrundlage	Verfahrensbeschreibung
Sachsen Artikel 95 Absatz 4 Landesverfassung (SächsVerf), § 18 LHO	<p>Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente: Das Normalniveau (in den gesetzlichen Regelungen bezeichnet als „Normallage“) entspricht dem Durchschnitt der steuerlichen Einnahmen der dem Haushaltsjahr vorangegangenen vier Jahre (Art. 95 Abs. 4 SächsVerf, § 18 Abs. 3 LHO).</p> <p>Bereinigung um finanzielle Wirkungen von Steuerrechtsänderungen: Es wird um Effekte von Steuerrechtsänderungen und von nicht näher konkretisierten anderen „wesentliche[n] strukturelle[n] Entwicklungen [...] auf Basis anerkannter und nachvollziehbarer Grundlagen“ bereinigt (§ 18 Abs. 3 LHO).</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie und Besonderheiten: Eine explizite Kontrolle ist nur hinsichtlich der Tilgung konjunkturbedingter Kreditaufnahmen vorgesehen. Der Ausweis der Konjunkturkomponenten ist nicht vorgesehen, solange darauf kein Kreditfinanzierungsbedarf begründet wird. Mit dem vorsichtigen Ansatz für das Normalniveau (Effekte von Nominalwachstum und Einkommensteuerprogression bleiben unberücksichtigt) sind überwiegend konjunkturelle Überschüsse angelegt. Konjunkturbedingte Mehreinnahmen können allerdings verplant werden, soweit (nicht näher konkretisierte) angemessene Rücklagen gebildet wurden. Die Aufnahme von „konjunkturbedingten Krediten“ ist nur erlaubt, wenn die Steuereinnahmen ihr Normalniveau um mehr als 3% unterschreiten. Dabei dürfen die Einnahmen durch diese Kredite im Regelfall nur auf höchstens 99% des Normalniveaus der Steuereinnahmen aufgestockt werden (Art. 95 Abs. 4 SächsVerf, § 18 Abs. 1 LHO). Soweit der Kreditspielraum oder die Tilgungsverpflichtung bei einer Neuberechnung aufgrund des Steuerergebnisses kleiner ausfällt als im jeweiligen Haushaltsplan zunächst vorgesehen, sind Abweichungen im nächsten Haushaltsplan auszugleichen. Die Tilgung konjunkturbedingter Kredite soll zeitnah, spätestens aber innerhalb von acht Jahren erfolgen (§ 18 Abs. 5 und 6 LHO).</p> <p>Ergebnisse bei Haushaltsabschluss für 2015 und 2016: 2015: Normalniveau: 11,4 Mrd € (vorläufig, aus Haushaltsgesetz), Ist-Steuereinnahmen: 12,8 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 1,4 Mrd € (+ 12,0% des Normalniveaus). 2016: Normalniveau: 11,7 Mrd € (vorläufig, aus Haushaltsgesetz), Ist-Steuereinnahmen: 13,5 Mrd €, Konjunkturkomponente bei Haushaltsabschluss: Noch nicht offiziell beziffert.</p>
Thüringen § 18 Absatz 2 und 3 ThürLHO	<p>Methode zur Berechnung der Konjunkturkomponente: Das Normalniveau entspricht dem Durchschnitt der Einnahmen der dem Jahr der Haushaltsaufstellung vorangegangenen drei Jahre (§ 18 Abs. 2 ThürLHO). Besonderheit beim konjunkturabhängigen Steuereinnahmenaggregat: Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen werden nicht berücksichtigt (§ 18 Abs. 2 ThürLHO).</p> <p>Bereinigung um finanzielle Wirkungen von Steuerrechtsänderungen: Nein.</p> <p>Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Symmetrie und Besonderheiten: Eine explizite Kontrolle ist nur hinsichtlich der Tilgung konjunkturbedingter Kreditaufnahmen vorgesehen. Der Ausweis der Konjunkturkomponenten ist nicht vorgesehen, solange darauf kein Kreditfinanzierungsbedarf begründet wird. Mit dem vorsichtigen Ansatz für das Normalniveau (Effekte von Nominalwachstum und Einkommensteuerprogression bleiben unberücksichtigt) sind überwiegend konjunkturelle Überschüsse angelegt. Die Tilgung konjunkturbedingter Kredite ist auf fünf Jahre begrenzt und hat in dem Haushaltsjahr zu beginnen, in dem der Haushaltsplan erstmals wieder ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden kann. In Jahren mit zulässiger Kreditaufnahme kann die Tilgung ausgesetzt werden (§18 Abs. 3 ThürLHO).</p> <p>Ergebnisse bei Haushaltsabschluss für 2015 und 2016: 2015: Normalniveau: 5,9 Mrd €, Ist-Steuereinnahmen: 6,4 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 0,5 Mrd € (+ 8,7% des Normalniveaus). 2016: Normalniveau: 5,9 Mrd €, Ist-Steuereinnahmen: 6,8 Mrd €, Konjunkturkomponente: + 0,9 Mrd € (+ 15,6% des Normalniveaus).</p>

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
			M3	gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2015 Mai	11,0	4,8	4,8	4,9	1,3	0,5	- 3,0	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,2	4,9	4,6	4,8	1,3	0,2	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	11,6	5,2	4,9	4,8	1,8	0,7	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,3	5,0	4,8	4,8	2,2	1,0	- 3,2	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,3	5,0	4,7	4,9	2,2	0,7	- 3,4	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,5	5,4	5,2	5,0	2,3	0,9	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	10,8	5,1	4,9	4,9	2,6	1,1	- 3,3	- 0,13	- 0,09	1,1
Dez.	10,5	5,2	4,7	4,9	2,2	0,6	- 3,1	- 0,20	- 0,13	1,2
2016 Jan.	10,5	5,5	5,1	5,0	2,8	1,1	- 3,4	- 0,24	- 0,15	1,1
Febr.	10,4	5,5	5,1	5,2	3,2	1,2	- 3,4	- 0,24	- 0,18	1,0
März	10,3	5,6	5,2	5,0	3,1	1,1	- 3,3	- 0,29	- 0,23	0,9
April	9,7	5,2	4,8	5,0	3,4	1,3	- 2,8	- 0,34	- 0,25	0,9
Mai	9,1	5,1	4,9	4,9	3,6	1,4	- 2,5	- 0,34	- 0,26	0,8
Juni	8,8	5,1	5,1	5,1	3,8	1,5	- 2,3	- 0,33	- 0,27	0,7
Juli	8,6	5,1	5,2	5,1	3,8	1,3	- 2,6	- 0,33	- 0,29	0,6
Aug.	8,6	5,0	5,0	5,1	3,8	1,6	- 2,5	- 0,34	- 0,30	0,5
Sept.	8,4	5,0	5,1	4,9	3,8	1,9	- 2,5	- 0,34	- 0,30	0,6
Okt.	8,0	4,6	4,5	4,8	4,1	2,2	- 2,1	- 0,35	- 0,31	0,7
Nov.	8,5	4,9	4,8	4,8	4,2	2,2	- 2,1	- 0,35	- 0,31	1,0
Dez.	8,8	4,8	5,0	4,9	4,5	2,4	- 2,1	- 0,35	- 0,32	1,0
2017 Jan.	8,4	4,7	4,9	...	4,3	2,4	- 2,0	- 0,35	- 0,33	1,1
Febr.	- 0,35	- 0,33	1,2

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43* 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100		
2015 Mai	+ 5 617	+ 26 483	+ 54 744	+ 5 252	+ 40 435	+ 4 794	+ 5 937	- 1 674	1,1150	91,6	87,8
Juni	+ 35 316	+ 34 541	+ 43 464	- 5 518	+ 32 875	- 5 602	+ 18 615	+ 3 093	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 39 320	+ 39 428	+ 31 405	+ 6 278	+ 75 561	+ 10 958	- 54 393	- 7 000	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 20 424	+ 19 392	+ 13 732	+ 9 996	+ 22 184	- 6 862	- 12 975	+ 1 390	1,1139	93,0	88,9
Sept.	+ 34 955	+ 30 024	+ 49 124	- 455	+ 22 322	- 4 851	+ 23 825	+ 8 282	1,1221	93,8	89,6
Okt.	+ 30 300	+ 33 219	+ 112 822	+ 38 618	+ 37 886	+ 12 468	+ 29 858	- 6 009	1,1235	93,6	89,6
Nov.	+ 30 977	+ 32 225	- 34 645	- 73 413	+ 17 916	+ 21 426	- 3 037	+ 2 462	1,0736	91,1	87,1
Dez.	+ 41 382	+ 31 353	+ 78 235	+ 55 333	+ 67 028	+ 21 758	- 74 010	+ 8 126	1,0877	92,5	88,3
2016 Jan.	+ 8 607	+ 13 713	- 15 112	- 19 623	+ 71 724	+ 15 117	- 81 176	- 1 155	1,0860	93,6	89,1
Febr.	+ 14 431	+ 27 486	- 17 151	+ 42 519	+ 22 529	+ 13 156	- 96 416	+ 1 061	1,1093	94,7	90,0
März	+ 36 478	+ 39 231	+ 36 866	+ 16 100	- 707	- 942	+ 21 351	+ 1 064	1,1100	94,1	89,5
April	+ 35 309	+ 35 279	+ 21 012	- 8 526	+ 123 736	- 21 344	- 71 237	- 1 618	1,1339	94,8	90,1
Mai	+ 15 523	+ 32 604	+ 11 444	+ 21 888	+ 5 245	- 12 989	- 5 810	+ 3 109	1,1311	95,1	90,5
Juni	+ 37 242	+ 39 174	+ 29 799	- 51 467	+ 27 570	- 10 273	+ 63 274	+ 695	1,1229	94,7	90,2
Juli	+ 36 053	+ 33 577	+ 24 385	+ 31 871	+ 58 822	+ 14 718	- 80 148	- 877	1,1069	94,9	90,4
Aug.	+ 23 718	+ 25 629	+ 51 851	+ 42 180	+ 70 365	+ 6 742	- 69 248	+ 1 812	1,1212	95,2	90,6
Sept.	+ 33 951	+ 33 918	+ 89 485	+ 51 183	+ 38 633	+ 4 563	- 11 697	+ 6 802	1,1212	95,4	90,6
Okt.	+ 32 691	+ 27 056	- 9 147	+ 71 028	- 2 953	+ 8 735	- 81 882	- 4 076	1,1026	95,5	90,8
Nov.	+ 40 808	+ 33 535	+ 20 282	+ 29 317	- 43 080	+ 2 253	+ 29 553	+ 2 239	1,0799	95,0	90,2
Dez.	+ 46 968	+ 32 828	+ 144 061	+ 52 392	+ 69 552	+ 6 118	+ 9 884	+ 6 116	1,0543	94,2	89,6
2017 Jan.	1,0614	94,4	p) 89,7
Febr.	1,0643	93,9	p) 89,2

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81*/ 82* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ^{1) 2)}										
2014	1,2	1,6	1,6	2,8	- 0,6	0,6	0,4	8,5	0,1	2,1
2015	2,0	1,5	1,7	1,4	0,3	1,3	- 0,2	26,3	0,8	2,7
2016	1,7	1,2	1,9	1,6	...	1,2	0,0	...	0,9	2,0
2015 3.Vj.	1,9	1,3	1,8	1,9	0,0	1,1	- 2,3	24,4	0,7	3,5
4.Vj.	2,0	1,6	2,1	0,8	0,9	1,3	0,9	28,4	1,2	2,7
2016 1.Vj.	1,7	1,2	1,5	1,5	1,8	1,4	- 0,8	3,9	1,0	2,4
2.Vj.	1,6	1,2	3,2	0,7	1,6	1,7	0,0	3,1	1,1	2,3
3.Vj.	1,8	1,3	1,5	1,3	1,9	0,8	2,1	6,9	1,0	0,5
4.Vj.	1,7	1,2	1,2	2,7	1,1	0,9	- 1,3	...	0,4	2,7
Industrieproduktion ^{1) 3)}										
2014	0,9	0,9	1,3	4,3	- 1,9	- 0,8	- 2,0	20,9	- 0,7	- 0,9
2015	2,1	- 0,1	0,8	0,1	- 1,2	1,8	1,0	36,9	1,1	3,6
2016	1,4	p)	1,0	1,8	2,4	0,2	2,6	0,7	1,7	4,9
2015 3.Vj.	2,5	0,1	1,6	- 1,1	- 0,2	1,4	1,5	38,5	2,1	3,8
4.Vj.	1,8	1,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	2,2	2,6	36,6	1,3	3,0
2016 1.Vj.	1,3	4,7	1,3	- 2,0	- 0,8	0,8	- 0,9	- 0,2	1,6	3,8
2.Vj.	1,0	3,5	0,6	- 1,2	3,0	0,4	5,3	0,7	0,0	4,4
3.Vj.	1,0	4,8	0,7	2,9	3,5	- 0,7	2,0	- 0,8	1,6	1,4
4.Vj.	2,2	p)	1,4	7,6	3,5	0,4	4,0	3,2	3,5	9,8
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2015	81,3	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2016	81,8	80,0	85,0	73,6	78,0	83,2	67,6	-	76,3	72,6
2015 4.Vj.	81,6	79,2	84,6	71,0	80,1	83,4	64,2	-	75,9	71,0
2016 1.Vj.	81,9	80,0	85,0	72,5	79,5	82,6	65,5	-	77,1	72,3
2.Vj.	81,5	79,3	84,6	73,8	78,0	82,8	67,8	-	76,5	73,0
3.Vj.	81,6	79,7	84,8	73,0	73,8	83,8	67,8	-	76,0	71,8
4.Vj.	82,3	80,9	85,7	75,0	80,6	83,6	69,3	-	75,7	73,1
2017 1.Vj.	82,5	80,7	85,9	74,4	81,0	84,4	68,6	-	76,5	74,5
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015	10,9	8,5	4,6	6,2	9,4	10,4	24,9	9,4	11,9	9,9
2016	10,0	8,0	4,1	6,8	8,8	10,0	23,5	7,9	...	9,6
2016 Sept.	9,9	7,6	4,0	7,2	8,7	10,0	23,1	7,5	11,8	9,6
Okt.	9,8	7,6	4,0	7,1	8,7	10,0	23,1	7,3	11,7	9,4
Nov.	9,7	7,6	3,9	6,7	8,7	9,9	23,1	7,0	11,9	9,4
Dez.	9,6	7,7	3,8	6,2	8,7	10,0	23,1	6,9	11,9	9,6
2017 Jan.	9,6	7,7	3,9	...	8,7	10,0	...	6,7	11,9	9,7
Febr.	6,6
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2014	6) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2015	7) 0,0	0,6	0,1	0,1	- 0,2	0,1	- 1,1	0,0	0,1	0,2
2016	0,2	1,8	0,4	0,8	0,4	0,3	0,0	- 0,2	- 0,1	0,1
2016 Sept.	0,4	1,8	0,5	1,7	0,5	0,5	- 0,1	- 0,3	0,1	0,5
Okt.	0,5	1,9	0,7	1,0	0,6	0,5	0,6	- 0,4	- 0,1	1,1
Nov.	0,6	1,7	0,7	1,4	0,6	0,7	- 0,2	- 0,2	0,1	1,2
Dez.	1,1	2,2	1,7	2,4	1,1	0,8	0,3	- 0,2	0,5	2,1
2017 Jan.	1,8	3,1	1,9	2,8	0,9	1,6	1,5	0,2	1,0	2,9
Febr.	2,0	3,3	2,2	3,4	1,4	1,4	1,4	0,3	1,6	3,2
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾										
2013	- 3,0	- 3,0	- 0,2	- 0,2	- 2,6	- 4,0	- 13,2	- 5,7	- 2,7	- 0,9
2014	- 2,6	- 3,1	0,3	0,7	- 3,2	- 4,0	- 3,6	- 3,7	- 3,0	- 1,6
2015	- 2,1	- 2,5	0,7	0,1	- 2,8	- 3,5	- 7,5	- 1,9	- 2,6	- 1,3
Staatliche Verschuldung ⁸⁾										
2013	91,3	105,4	77,5	10,2	56,5	92,3	177,4	119,5	129,0	39,0
2014	92,0	106,5	74,9	10,7	60,2	95,3	179,7	105,2	131,9	40,7
2015	90,4	105,8	71,2	10,1	63,6	96,2	177,4	78,6	132,3	36,3

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe,

Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt 1) 2)										
3,5	4,7	8,3	1,4	0,6	0,9	2,6	3,1	1,4	– 1,5	2014
1,8	3,5	7,4	2,0	1,0	1,6	3,8	2,3	3,2	1,7	2015
2,3	...	5,0	2,1	1,5	1,4	3,3	2,5	3,2	2,8	2016
1,8	1,6	7,1	2,0	1,4	1,6	3,9	2,0	3,5	2,1	2015 3.Vj.
2,1	3,2	6,9	1,4	1,1	1,5	4,6	2,8	3,3	2,7	4.Vj.
2,4	3,5	6,3	1,5	1,6	1,0	3,4	2,2	3,6	2,6	2016 1.Vj.
1,9	5,0	4,4	2,3	1,3	1,1	3,8	2,7	3,5	2,8	2.Vj.
1,7	4,6	4,5	2,4	1,3	1,6	3,0	2,5	3,2	2,9	3.Vj.
3,2	...	5,1	2,3	1,7	2,0	3,0	2,6	2,6	3,0	4.Vj.
Industrieproduktion 1) 3)										
0,3	4,5	– 5,7	– 2,9	1,0	1,8	8,6	1,7	1,3	– 0,7	2014
4,6	1,0	6,3	– 3,4	2,2	1,7	7,0	5,1	3,4	3,4	2015
2,8	– 1,1	– 3,6	2,0	2,0	1,0	3,4	p)	6,6	p)	2016
3,8	0,2	7,3	– 5,4	3,0	2,4	6,1	5,3	4,2	4,6	2015 3.Vj.
5,4	0,8	5,1	– 4,5	2,4	2,2	5,0	3,6	4,8	6,2	4.Vj.
5,5	1,5	– 5,1	– 2,7	1,8	0,9	2,3	5,8	3,0	10,1	2016 1.Vj.
– 0,3	– 0,7	– 4,5	2,7	1,7	0,8	6,2	5,7	1,3	8,7	2.Vj.
3,0	– 1,8	– 3,3	3,3	1,0	0,4	1,9	7,0	0,9	6,1	3.Vj.
3,1	– 3,6	– 1,6	5,4	p)	3,3	2,9	p)	8,0	p)	4.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie 4)										
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	78,4	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	80,4	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
75,9	76,9	79,1	81,7	84,3	80,2	84,5	83,5	78,6	59,8	2016
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	80,4	83,4	82,3	78,1	61,1	2015 4.Vj.
75,9	72,4	77,8	81,4	85,0	80,0	85,4	83,2	79,0	56,9	2016 1.Vj.
76,1	76,1	78,9	81,7	84,0	80,8	83,0	83,1	77,8	63,9	2.Vj.
75,5	77,6	79,8	81,5	83,2	79,6	84,3	83,7	78,4	58,7	3.Vj.
76,0	81,3	79,9	82,1	85,1	80,3	85,4	84,1	79,1	59,6	4.Vj.
76,5	82,6	79,3	81,4	85,1	79,8	87,1	84,5	78,8	58,1	2017 1.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote 5)										
10,7	6,0	5,8	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,1	6,5	5,4	6,9	5,7	12,6	11,5	9,0	22,1	15,0	2015
7,9	6,3	4,8	6,0	6,0	11,2	9,7	7,9	19,6	13,3	2016
7,6	6,3	4,7	5,7	6,1	10,9	9,4	7,7	19,1	13,4	2016 Sept.
7,4	6,2	4,7	5,6	5,9	10,6	9,2	7,6	18,9	13,7	Okt.
7,4	6,2	4,6	5,6	5,8	10,5	8,9	7,6	18,7	14,1	Nov.
7,6	6,3	4,5	5,4	5,7	10,2	8,8	7,5	18,4	14,1	Dez.
8,1	6,1	4,4	5,3	5,7	10,2	8,6	7,5	18,2	14,1	2017 Jan.
...	Febr.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex 1)										
– 0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	– 0,2	– 0,1	0,4	– 0,2	– 0,3	2014
0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	– 0,3	– 0,8	– 0,6	– 1,5	2015
0,7	0,0	0,9	0,1	1,0	0,6	– 0,5	– 0,2	– 0,3	– 1,2	2016
0,6	0,3	0,9	– 0,1	1,1	0,7	– 0,5	0,2	0,0	– 0,4	2016 Sept.
0,7	0,7	0,5	0,3	1,4	1,1	– 0,3	0,7	0,5	– 1,0	Okt.
1,1	0,6	0,8	0,4	1,5	0,5	– 0,2	0,7	0,5	– 0,8	Nov.
2,0	1,6	1,0	0,7	1,6	0,9	0,2	0,6	1,4	0,1	Dez.
2,5	2,5	1,4	1,6	2,1	1,3	0,9	1,5	2,9	0,7	2017 Jan.
3,2	2,7	1,2	1,7	2,4	1,6	1,3	2,5	3,0	1,4	Febr.
Staatlicher Finanzierungssaldo 8)										
– 2,6	1,0	– 2,6	– 2,4	– 1,4	– 4,8	– 2,7	– 15,0	– 7,0	– 4,9	2013
– 0,7	1,5	– 2,1	– 2,3	– 2,7	– 7,2	– 2,7	– 5,0	– 6,0	– 8,8	2014
– 0,2	1,6	– 1,4	– 1,9	– 1,0	– 4,4	– 2,7	– 2,7	– 5,1	– 1,1	2015
Staatliche Verschuldung 8)										
38,7	23,5	68,4	67,7	81,3	129,0	54,7	71,0	95,4	102,2	2013
40,5	22,7	67,0	67,9	84,4	130,6	53,6	80,9	100,4	107,1	2014
42,7	22,1	64,0	65,1	85,5	129,0	52,5	83,1	99,8	107,5	2015

werten des Statistischen Bundesamtes. 6 Ab 2014 einschl. Lettland. 7 Ab 2015 einschl. Litauen. 8 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mit-

gliedstaaten außer Deutschland: letzte Datenveröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2015 Juni	11,1	- 12,1	- 28,2	23,3	24,5	57,4	- 88,0	- 145,3	- 21,3	- 13,9	- 1,2	- 13,4	7,1
Juli	54,7	50,9	51,5	3,8	4,1	- 66,4	- 0,0	66,4	- 5,0	11,2	- 0,9	- 21,8	6,5
Aug.	18,6	- 20,1	6,2	38,7	47,6	- 23,1	10,5	33,5	- 11,5	- 3,3	- 1,4	- 9,1	2,3
Sept.	33,0	- 6,5	- 8,8	39,4	45,8	- 7,9	- 94,9	- 87,0	- 20,8	- 3,2	- 0,7	- 26,1	9,3
Okt.	22,9	0,8	- 15,3	22,1	18,6	9,7	22,7	13,0	- 39,8	- 25,7	- 1,1	- 17,3	4,3
Nov.	88,2	49,1	2,0	39,1	47,1	4,4	- 15,3	- 19,6	- 5,5	- 13,6	- 1,7	- 4,4	14,1
Dez.	- 109,6	- 70,8	- 2,0	- 38,9	- 33,7	- 10,4	- 197,4	- 186,9	- 8,5	4,1	- 0,6	- 27,0	15,0
2016 Jan.	156,2	45,9	6,0	110,3	95,2	- 45,0	129,0	174,0	- 26,8	- 8,1	- 0,4	- 18,1	- 0,3
Febr.	86,4	45,1	- 0,5	41,3	50,1	- 81,7	32,3	114,0	- 15,3	11,2	- 1,2	- 23,8	- 1,5
März	62,8	22,2	- 5,6	40,6	41,3	21,6	- 86,1	- 107,7	- 17,5	- 6,5	- 0,9	- 1,4	- 8,7
April	93,9	47,7	27,7	46,2	41,1	- 62,0	119,0	181,0	- 3,1	- 3,7	- 1,3	- 0,5	2,5
Mai	68,0	20,6	12,9	47,3	53,6	- 0,3	62,3	62,6	1,0	- 5,0	- 0,5	0,3	6,2
Juni	52,4	5,1	- 7,0	47,3	58,9	23,5	- 31,5	- 55,0	- 10,6	- 20,8	- 0,8	- 10,2	21,2
Juli	51,8	30,2	15,4	21,6	20,7	- 83,5	61,9	145,4	- 26,9	- 7,1	- 0,5	- 23,7	4,4
Aug.	15,1	16,7	27,0	- 1,7	6,9	- 39,9	7,5	47,4	- 0,3	- 4,9	- 0,6	- 0,3	5,5
Sept.	38,0	26,3	- 7,6	11,7	15,9	- 26,7	- 78,4	- 51,6	- 25,9	- 12,2	- 0,5	- 19,5	6,2
Okt.	82,3	37,8	6,3	44,5	42,1	- 45,6	153,4	199,0	- 7,4	- 5,7	- 0,6	- 8,0	7,1
Nov.	104,5	56,3	16,2	48,2	60,1	5,5	- 19,9	- 25,4	- 3,1	- 8,2	- 0,7	- 1,0	6,8
Dez.	- 60,4	- 49,8	- 6,1	- 10,6	- 3,7	38,9	- 154,9	- 193,8	- 12,3	- 1,7	- 1,1	- 13,7	4,2
2017 Jan.	129,2	48,1	35,7	81,1	63,2	- 4,6	234,9	239,5	- 21,9	- 11,1	0,0	- 5,0	- 5,8

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2015 Juni	- 0,9	- 2,7	- 5,7	1,7	5,1	16,2	- 25,0	- 41,1	0,4	- 3,8	- 1,4	1,8	3,7
Juli	31,5	22,9	21,3	8,6	6,4	- 27,6	- 8,7	19,0	12,5	16,5	- 1,5	- 0,6	- 1,9
Aug.	12,9	7,2	- 1,5	5,7	9,0	- 20,7	- 0,9	19,9	- 6,5	0,5	- 1,5	- 4,5	- 1,0
Sept.	11,5	4,1	- 2,6	7,3	8,7	15,9	- 2,0	- 17,9	- 11,7	- 2,5	- 1,4	- 7,4	- 0,4
Okt.	3,4	- 3,8	- 9,4	7,1	3,5	- 8,5	- 13,1	- 4,6	- 10,7	- 9,0	- 1,3	0,7	- 1,1
Nov.	27,3	21,3	7,8	6,0	10,6	- 13,0	- 35,7	- 22,7	- 12,8	- 3,6	- 1,2	- 3,9	- 4,1
Dez.	- 19,9	- 11,6	- 5,8	- 8,2	- 2,8	5,2	- 52,1	- 57,3	- 24,0	- 3,9	- 0,9	- 22,1	2,9
2016 Jan.	19,7	5,7	- 3,0	14,0	10,4	- 21,1	24,7	45,8	- 1,2	- 1,5	- 1,3	2,8	- 1,2
Febr.	15,6	10,9	- 4,2	4,7	4,8	- 29,2	7,3	36,5	- 11,8	- 1,8	- 1,3	- 7,7	- 1,0
März	12,3	4,4	0,6	7,8	8,2	7,3	- 22,6	- 29,8	0,9	- 0,0	- 1,1	2,4	- 0,4
April	22,8	12,3	0,7	10,6	5,9	- 40,1	13,5	53,7	- 2,3	- 3,3	- 1,1	1,7	0,4
Mai	22,0	16,2	4,9	5,8	9,1	1,7	- 0,5	4,8	0,8	- 1,0	- 1,0	5,0	- 0,0
Juni	2,5	1,7	0,5	0,8	6,5	- 2,9	23,9	26,8	- 5,7	- 1,5	- 0,7	- 7,3	3,8
Juli	25,7	13,2	1,4	12,5	9,5	- 18,5	7,0	25,5	- 10,5	- 0,8	- 0,9	- 5,1	- 3,7
Aug.	9,0	8,8	1,4	0,2	2,0	- 16,5	2,5	19,0	- 0,1	- 1,8	- 0,8	4,0	- 1,6
Sept.	20,9	13,0	3,3	7,9	9,1	- 37,2	- 11,1	26,1	- 10,8	- 1,1	- 0,7	- 6,2	- 2,8
Okt.	18,3	11,7	2,5	6,6	3,4	- 3,5	42,2	45,7	3,6	2,2	- 0,8	6,0	- 3,8
Nov.	25,8	18,3	4,3	7,5	12,2	- 22,0	- 25,7	- 3,7	6,9	- 0,6	- 0,5	9,7	- 1,7
Dez.	- 12,6	- 8,0	0,4	- 4,6	5,9	20,0	- 9,0	- 29,0	- 4,7	- 2,0	- 0,4	- 2,9	0,6
2017 Jan.	21,5	14,9	2,2	6,6	6,5	- 26,3	30,1	56,4	5,9	- 3,2	- 0,7	16,0	- 6,2

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
14,0	66,4	-	9,4	39,3	63,5	10,7	52,8	- 24,2	0,0	- 18,7	- 15,4	8,2	2015 Juni
- 43,2	- 28,6	-	65,1	45,0	43,1	14,2	28,9	2,5	- 0,6	- 11,1	22,7	- 12,2	Juli
- 14,8	2,2	-	19,7	11,8	13,2	- 1,9	15,1	- 4,9	3,6	4,5	11,1	- 4,6	Aug.
28,6	30,5	-	- 13,3	7,0	23,2	- 2,8	26,0	- 7,7	- 8,5	- 0,9	- 15,6	- 0,8	Sept.
32,9	- 64,0	-	103,4	67,9	82,9	2,2	80,7	- 10,2	- 4,8	- 7,1	21,9	1,4	Okt.
- 17,0	60,8	-	54,3	55,7	58,5	5,7	52,8	- 0,7	- 2,2	3,3	15,9	0,6	Nov.
- 71,4	- 44,4	-	4,3	54,1	44,2	14,4	29,7	9,0	0,9	- 28,3	- 22,6	- 10,8	Dez.
87,7	- 19,7	-	70,0	38,2	36,3	- 11,1	47,4	- 8,4	10,4	21,8	11,0	8,1	2016 Jan.
- 14,1	0,3	-	33,7	15,2	21,7	1,2	20,5	- 11,7	5,2	44,5	- 1,3	6,9	Febr.
31,8	31,6	-	38,5	55,9	42,6	3,7	39,0	11,0	2,3	- 6,2	- 11,9	1,4	März
- 35,9	- 29,4	-	100,4	75,3	92,7	4,6	88,2	- 17,2	- 0,3	- 4,5	17,1	2,4	April
20,1	12,9	-	33,7	35,1	47,5	2,3	45,3	- 20,2	7,8	- 9,5	- 0,1	- 2,0	Mai
60,5	6,6	-	19,5	31,3	34,6	8,4	26,2	- 1,9	- 1,4	2,5	- 9,4	6,3	Juni
- 29,0	- 74,8	-	99,0	73,6	67,1	10,1	57,0	6,1	0,5	- 22,7	17,4	5,5	Juli
- 54,7	41,3	-	- 11,1	- 9,0	- 5,1	- 3,5	- 1,6	- 4,5	0,7	2,4	0,5	- 2,6	Aug.
2,7	32,6	-	1,9	18,4	23,7	2,2	21,5	1,5	- 6,7	- 4,8	- 1,7	- 6,5	Sept.
- 3,0	15,9	-	31,2	16,3	52,2	2,8	49,3	- 29,7	- 6,2	- 16,9	18,0	0,8	Okt.
5,1	18,9	-	89,1	84,2	95,7	1,7	94,0	- 9,7	- 1,8	- 1,8	7,4	1,0	Nov.
- 48,3	- 17,2	-	56,3	73,8	91,8	16,2	75,6	- 24,4	6,4	4,0	- 6,1	- 4,2	Dez.
62,8	50,9	-	32,8	7,5	- 5,5	- 11,9	6,4	2,9	10,1	- 17,5	15,3	- 1,0	2017 Jan.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit	
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)					
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	- 1,6	0,1	- 0,3	- 1,6	0,1	- 0,3	2015 Juni
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	0,0	- 0,6	1,2	0,0	- 0,6	Juli
- 0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	0,1	- 1,2	2,0	0,1	- 1,2	Aug.
1,8	16,8	2,8	- 0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	7,8	Sept.
- 0,6	- 25,3	3,0	- 0,3	31,4	30,7	- 3,8	1,3	- 0,5	- 0,0	- 0,5	0,0	3,7	Okt.	
- 1,2	- 15,2	2,0	1,8	43,4	34,3	6,8	0,9	- 0,5	- 0,1	- 0,5	- 0,1	2,1	Nov.	
10,3	15,2	2,6	2,3	- 16,2	- 21,3	6,3	3,0	- 3,6	- 0,4	- 3,6	- 0,4	- 0,2	0,2	Dez.
- 0,8	- 24,2	- 0,7	- 1,9	24,7	27,8	- 5,5	0,9	0,3	0,3	0,3	0,3	0,9	0,9	2016 Jan.
7,1	- 24,1	0,6	0,4	15,3	13,3	- 1,9	1,6	1,4	- 0,1	1,4	- 0,1	1,0	1,0	Febr.
21,0	3,1	2,1	0,6	- 5,5	- 12,5	10,9	- 0,8	- 0,9	- 0,2	- 0,9	- 0,2	- 2,0	2,0	März
- 17,4	- 20,6	1,2	1,0	23,1	24,1	- 1,1	- 0,7	0,5	- 0,5	0,5	- 0,5	0,7	0,7	April
18,7	- 19,6	2,9	- 0,5	19,9	21,5	0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,7	0,7	Mai
13,0	- 7,9	4,2	1,5	0,2	2,0	- 0,7	0,4	- 1,0	0,0	0,4	- 1,0	0,4	0,4	Juni
- 31,8	- 25,0	3,7	2,1	24,5	12,3	- 4,0	- 0,1	0,9	- 0,2	0,9	- 0,2	7,6	7,6	Juli
8,8	- 22,3	2,3	- 0,8	6,2	11,3	- 1,6	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	3,4	3,4	Aug.
8,6	- 21,2	4,7	- 0,6	7,2	3,0	- 5,5	- 0,6	- 0,3	0,0	- 0,3	0,0	0,5	0,5	Sept.
- 8,8	18,7	3,2	- 0,5	1,4	12,0	- 10,2	0,2	0,3	- 0,1	0,3	- 0,1	0,8	0,8	Okt.
6,9	- 47,7	1,9	0,3	37,8	36,2	3,3	0,1	- 0,2	0,0	- 0,2	0,0	1,7	1,7	Nov.
- 13,6	30,4	3,3	2,4	- 4,8	- 4,9	- 1,5	2,7	- 0,9	- 0,0	- 0,9	- 0,0	0,1	0,1	Dez.
- 12,6	- 27,0	1,1	- 2,7	28,9	16,9	8,9	0,7	2,6	- 0,1	2,6	- 0,1	0,1	0,1	2017 Jan.

9) Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10) Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11) Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
	insgesamt		zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2014 Dez.	25 873,2	16 227,8	12 671,7	10 633,1	1 271,8	766,8	3 556,1	1 132,4	2 423,6	4 972,7	4 672,7
2015 Jan.	26 852,0	16 310,7	12 666,6	10 616,3	1 274,4	775,9	3 644,0	1 158,9	2 485,1	5 407,4	5 133,9
Feb.	26 795,6	16 338,0	12 698,5	10 638,0	1 276,5	784,0	3 639,5	1 144,2	2 495,3	5 402,4	5 055,2
März	27 171,9	16 428,1	12 748,2	10 680,8	1 275,9	791,5	3 679,9	1 148,8	2 531,1	5 476,4	5 267,4
April	26 839,9	16 452,1	12 746,4	10 664,2	1 274,8	807,4	3 705,7	1 152,9	2 552,8	5 415,3	4 972,5
Mai	26 685,3	16 472,1	12 762,9	10 681,9	1 276,3	804,8	3 709,2	1 138,4	2 570,8	5 410,4	4 802,8
Juni	26 127,5	16 435,2	12 728,4	10 683,9	1 254,0	790,5	3 706,8	1 136,8	2 570,1	5 269,8	4 422,5
Juli	26 346,9	16 514,6	12 785,5	10 682,8	1 301,0	801,7	3 729,1	1 135,4	2 593,7	5 290,7	4 541,7
Aug.	26 196,6	16 494,0	12 735,6	10 646,0	1 302,7	786,9	3 758,4	1 126,5	2 631,9	5 242,1	4 460,5
Sept.	26 145,1	16 526,0	12 714,3	10 639,8	1 303,0	771,4	3 811,8	1 121,0	2 690,7	5 158,7	4 460,3
Okt.	26 337,3	16 576,0	12 732,6	10 661,8	1 288,0	782,8	3 843,4	1 125,0	2 718,5	5 245,2	4 516,0
Nov.	26 653,4	16 691,7	12 803,5	10 716,5	1 295,5	791,5	3 888,3	1 117,1	2 771,2	5 308,1	4 653,6
Dez.	25 850,7	16 541,4	12 703,0	10 627,4	1 296,3	779,3	3 838,4	1 110,2	2 728,2	5 022,3	4 287,0
2016 Jan.	26 414,5	16 689,5	12 731,2	10 656,8	1 306,9	767,5	3 958,2	1 127,1	2 831,2	5 137,4	4 587,7
Feb.	26 749,2	16 774,6	12 771,5	10 700,6	1 313,1	757,8	4 003,1	1 118,6	2 884,5	5 215,9	4 758,6
März	26 406,8	16 825,5	12 776,3	10 709,9	1 312,0	754,4	4 049,1	1 117,9	2 931,3	5 018,9	4 562,5
April	26 557,6	16 909,0	12 815,8	10 721,4	1 325,7	768,7	4 093,2	1 127,9	2 965,3	5 162,1	4 486,5
Mai	26 807,0	16 993,9	12 842,5	10 733,4	1 341,3	767,8	4 151,4	1 121,7	3 029,6	5 258,2	4 554,9
Juni	27 072,9	17 041,3	12 829,2	10 732,4	1 344,2	752,7	4 212,1	1 110,6	3 101,4	5 261,1	4 770,5
Juli	27 140,9	17 094,4	12 853,4	10 737,6	1 360,4	755,3	4 241,0	1 111,6	3 129,5	5 314,7	4 731,8
Aug.	27 043,3	17 106,3	12 867,3	10 723,2	1 365,8	778,2	4 239,0	1 102,9	3 136,1	5 309,2	4 627,9
Sept.	26 977,1	17 148,0	12 893,1	10 756,7	1 359,9	776,5	4 254,9	1 098,8	3 156,1	5 244,7	4 584,4
Okt.	27 042,2	17 207,6	12 928,1	10 787,5	1 363,7	776,9	4 279,5	1 101,2	3 178,4	5 400,3	4 434,3
Nov.	27 156,9	17 301,2	12 989,1	10 833,0	1 384,0	772,1	4 312,2	1 089,1	3 223,1	5 430,8	4 424,9
Dez.	26 676,9	17 243,1	12 934,2	10 775,7	1 375,3	783,2	4 308,9	1 079,6	3 229,4	5 213,3	4 220,5
2017 Jan.	26 797,1	17 328,3	12 963,1	10 775,2	1 400,4	787,5	4 365,2	1 097,5	3 267,6	5 383,8	4 085,0
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2014 Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4
Feb.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7
Okt.	6 041,6	3 832,0	2 994,6	2 578,6	150,5	265,6	837,4	368,4	469,0	1 257,1	952,5
Nov.	6 104,5	3 864,8	3 019,5	2 594,8	153,5	271,2	845,3	363,9	481,3	1 236,6	1 003,2
Dez.	5 924,8	3 839,8	3 003,6	2 586,5	155,7	261,3	836,3	358,3	477,9	1 166,4	918,6
2016 Jan.	6 057,5	3 858,0	3 004,8	2 592,8	154,8	257,3	853,1	362,0	491,2	1 191,2	1 008,3
Feb.	6 155,1	3 874,6	3 014,0	2 607,0	151,1	255,9	860,6	362,0	498,6	1 209,7	1 070,8
März	6 060,3	3 885,2	3 015,6	2 607,8	151,8	256,0	869,6	361,6	508,0	1 163,7	1 011,4
April	6 049,9	3 908,1	3 026,3	2 617,8	152,2	256,3	881,8	366,1	515,7	1 181,7	960,2
Mai	6 090,9	3 934,4	3 043,0	2 629,7	153,3	260,0	891,4	362,8	528,6	1 187,1	969,4
Juni	6 220,9	3 939,5	3 042,5	2 629,1	152,9	260,5	897,0	357,3	539,7	1 221,3	1 060,1
Juli	6 245,3	3 968,2	3 054,3	2 639,3	155,3	259,7	913,9	360,3	553,6	1 228,3	1 048,8
Aug.	6 218,7	3 977,6	3 062,7	2 646,2	155,3	261,2	914,8	358,5	556,4	1 226,9	1 014,2
Sept.	6 201,9	4 001,6	3 075,1	2 655,3	157,6	262,1	926,5	357,2	569,3	1 215,0	985,4
Okt.	6 207,5	4 018,7	3 087,3	2 664,9	161,9	260,5	931,4	360,3	571,1	1 259,9	928,9
Nov.	6 185,7	4 046,1	3 107,1	2 680,4	165,0	261,7	939,0	355,5	583,5	1 242,8	896,8
Dez.	6 131,2	4 037,0	3 099,2	2 671,7	164,0	263,6	937,8	345,2	592,6	1 234,8	859,4
2017 Jan.	6 129,8	4 054,1	3 112,0	2 682,7	165,1	264,3	942,1	345,2	596,8	1 258,3	817,4

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
980,6	11 155,3	10 549,3	10 627,7	4 728,8	1 089,3	399,5	2 217,4	2 105,6	87,0	2014 Dez.	
979,1	11 230,5	10 515,7	10 620,1	4 827,3	1 069,8	379,6	2 145,1	2 109,9	88,4	2015 Jan.	
983,2	11 214,1	10 523,6	10 622,9	4 847,7	1 035,5	379,6	2 162,7	2 110,3	87,2	Febr.	
990,9	11 281,3	10 557,8	10 669,6	4 899,7	1 037,0	375,2	2 153,5	2 118,2	85,9	März	
999,8	11 276,2	10 603,7	10 704,4	4 972,1	1 028,0	369,2	2 131,8	2 119,4	83,9	April	
1 006,4	11 372,9	10 646,8	10 744,7	5 049,9	999,5	364,6	2 124,5	2 123,9	82,3	Mai	
1 017,1	11 392,8	10 648,0	10 749,1	5 096,4	976,4	361,0	2 110,1	2 124,1	81,2	Juni	
1 031,3	11 393,9	10 683,7	10 798,9	5 135,0	983,0	358,9	2 119,8	2 121,8	80,4	Juli	
1 029,4	11 377,8	10 680,3	10 790,2	5 137,0	981,5	353,8	2 114,8	2 124,1	79,1	Aug.	
1 026,5	11 412,6	10 696,5	10 798,3	5 162,5	977,4	350,6	2 110,9	2 118,6	78,3	Sept.	
1 028,8	11 500,5	10 741,4	10 850,4	5 244,5	972,9	349,1	2 092,0	2 114,5	77,3	Okt.	
1 034,5	11 526,0	10 776,1	10 871,8	5 288,4	970,8	343,9	2 081,4	2 111,6	75,7	Nov.	
1 048,9	11 488,5	10 815,7	10 924,5	5 325,7	981,5	343,8	2 083,3	2 114,9	75,2	Dez.	
1 037,7	11 613,5	10 854,2	10 955,0	5 365,0	973,3	344,1	2 074,6	2 123,8	74,3	2016 Jan.	
1 038,9	11 622,8	10 873,7	10 977,8	5 385,0	967,8	340,6	2 085,3	2 126,0	73,1	Febr.	
1 042,5	11 688,2	10 918,6	11 009,0	5 418,7	973,3	339,8	2 076,3	2 128,7	72,3	März	
1 047,1	11 717,4	10 980,0	11 074,7	5 504,2	963,0	337,5	2 071,0	2 128,5	70,5	April	
1 049,3	11 768,7	11 007,8	11 094,3	5 545,0	945,2	331,9	2 066,3	2 135,9	70,0	Mai	
1 057,7	11 830,9	11 003,1	11 091,0	5 565,0	944,9	330,2	2 046,5	2 135,1	69,3	Juni	
1 067,8	11 851,3	11 055,5	11 135,4	5 614,9	952,1	325,6	2 039,3	2 134,8	68,8	Juli	
1 064,3	11 785,2	11 039,5	11 122,6	5 611,2	952,5	320,7	2 034,0	2 136,0	68,1	Aug.	
1 066,5	11 790,7	11 034,2	11 132,4	5 636,9	960,1	315,0	2 021,8	2 131,1	67,4	Sept.	
1 069,3	11 799,2	11 049,7	11 136,5	5 680,6	936,1	307,1	2 019,8	2 125,7	67,2	Okt.	
1 071,1	11 882,7	11 108,2	11 212,7	5 780,5	926,3	303,4	2 014,2	2 121,9	66,6	Nov.	
1 087,3	11 890,7	11 172,7	11 282,5	5 869,9	910,5	294,0	2 014,1	2 128,5	65,6	Dez.	
1 075,4	11 944,3	11 151,1	11 266,0	5 866,7	912,5	286,6	1 996,5	2 138,4	65,3	2017 Jan.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
229,7	3 207,5	3 142,6	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,6	531,0	76,4	2014 Dez.	
228,9	3 233,6	3 156,6	3 045,0	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.	
229,7	3 249,6	3 172,0	3 062,0	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.	
232,0	3 253,1	3 175,8	3 062,6	1 569,0	187,1	31,4	671,6	528,7	74,8	März	
233,8	3 265,4	3 191,1	3 080,3	1 598,9	187,3	31,7	661,3	528,5	72,7	April	
234,9	3 289,4	3 214,1	3 094,6	1 620,0	183,7	31,9	659,5	528,5	71,1	Mai	
238,3	3 287,5	3 208,9	3 090,0	1 626,3	178,9	32,2	654,6	528,3	69,7	Juni	
241,6	3 312,5	3 236,6	3 120,9	1 643,3	179,8	32,4	669,3	527,9	68,2	Juli	
241,2	3 321,2	3 246,0	3 123,4	1 651,0	175,8	32,2	669,5	528,2	66,7	Aug.	
240,3	3 330,8	3 253,8	3 131,7	1 667,0	172,0	31,7	666,7	529,0	65,3	Sept.	
240,1	3 349,1	3 271,6	3 154,0	1 698,6	170,8	32,9	657,5	530,3	64,0	Okt.	
241,9	3 386,8	3 309,9	3 182,3	1 732,8	168,6	33,2	653,8	531,1	62,8	Nov.	
244,2	3 379,0	3 293,1	3 168,8	1 711,8	176,9	34,4	649,6	534,1	61,9	Dez.	
242,2	3 398,2	3 312,7	3 191,1	1 739,2	172,6	35,6	647,9	535,1	60,7	2016 Jan.	
242,7	3 412,8	3 319,7	3 197,4	1 747,9	172,1	35,8	645,5	536,7	59,4	Febr.	
243,3	3 428,4	3 315,7	3 188,8	1 735,7	176,5	37,5	644,9	535,9	58,3	März	
244,2	3 429,1	3 334,3	3 208,5	1 759,1	178,5	38,3	640,3	535,1	57,2	April	
243,7	3 469,8	3 356,2	3 222,9	1 779,2	175,2	37,3	640,6	534,4	56,2	Mai	
245,2	3 481,5	3 352,9	3 218,7	1 779,1	173,1	38,3	638,8	533,9	55,4	Juni	
247,4	3 464,1	3 368,1	3 233,1	1 793,5	174,7	38,2	638,3	533,8	54,6	Juli	
246,5	3 480,0	3 376,0	3 238,3	1 803,0	173,4	38,2	636,2	533,8	53,8	Aug.	
245,9	3 494,5	3 380,7	3 247,0	1 807,9	179,4	38,3	635,0	533,3	53,1	Sept.	
245,4	3 489,6	3 386,4	3 254,0	1 821,1	172,1	37,8	637,3	533,5	52,3	Okt.	
245,7	3 536,5	3 424,0	3 288,1	1 857,7	171,0	37,4	636,6	533,7	51,7	Nov.	
248,1	3 517,1	3 419,8	3 284,1	1 851,0	171,5	38,4	635,6	536,3	51,3	Dez.	
245,4	3 526,2	3 439,3	3 306,3	1 873,8	174,0	38,7	632,1	537,1	50,6	2017 Jan.	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	Begebene Schuld- darunter: auf Euro	
	öffentliche Haushalte														
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	insgesamt	darunter: auf Euro	
zusammen	tätlich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen							
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2014 Dez.	216,7	310,9	138,0	100,5	11,5	39,5	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 479,0	1 820,8		
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	314,8	304,7	438,3	2 509,3	1 800,5		
Febr.	272,1	319,1	142,1	99,8	11,6	40,0	20,2	5,3	352,4	342,3	447,3	2 506,4	1 786,1		
März	294,7	316,9	139,7	100,2	12,7	39,2	19,9	5,3	354,1	347,9	437,3	2 496,3	1 764,6		
April	251,4	320,4	144,8	97,9	12,8	39,5	20,3	5,1	336,7	329,0	458,8	2 464,9	1 745,0		
Mai	295,5	332,7	157,0	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	331,0	324,4	449,8	2 446,1	1 720,6		
Juni	309,5	334,2	157,2	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	312,2	308,7	434,4	2 433,8	1 706,0		
Juli	266,4	328,6	149,2	100,3	13,3	38,8	22,3	4,9	301,3	298,1	457,1	2 405,5	1 682,1		
Aug.	251,6	335,9	155,2	100,4	13,3	38,8	23,4	4,8	305,4	300,3	455,7	2 374,3	1 672,4		
Sept.	280,6	333,7	153,5	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	304,5	296,9	449,9	2 344,0	1 660,4		
Okt.	315,5	334,6	157,4	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	297,6	288,1	471,8	2 337,6	1 640,5		
Nov.	298,5	355,7	168,0	108,4	13,0	39,7	21,9	4,7	301,4	296,2	487,7	2 367,2	1 646,3		
Dez.	227,4	336,6	154,4	104,6	13,7	39,7	19,5	4,7	272,8	270,9	465,2	2 318,6	1 633,5		
2016 Jan.	315,1	343,4	160,9	102,3	14,3	39,7	21,0	5,2	294,5	292,9	475,6	2 301,1	1 614,7		
Febr.	301,0	344,0	162,6	98,1	14,4	39,9	24,0	5,1	339,1	335,1	474,3	2 287,6	1 597,2		
März	333,3	345,9	159,5	102,0	15,1	40,8	23,6	5,0	332,3	329,1	462,9	2 265,2	1 589,5		
April	297,6	345,2	161,9	97,2	15,4	42,2	23,5	4,9	327,9	323,1	480,3	2 269,1	1 585,2		
Mai	317,7	356,6	167,0	102,1	15,5	43,1	24,0	4,9	318,7	312,8	480,4	2 277,3	1 574,2		
Juni	378,3	361,6	171,3	102,4	15,9	43,7	23,5	4,8	321,3	318,0	471,1	2 275,0	1 568,0		
Juli	349,2	366,7	174,1	101,6	18,2	43,8	24,2	4,8	298,6	297,4	488,1	2 251,7	1 543,0		
Aug.	294,6	368,1	175,7	100,8	18,7	44,3	23,8	4,9	301,0	299,9	488,7	2 246,6	1 533,7		
Sept.	297,4	361,0	170,5	99,5	19,4	44,4	22,3	5,0	286,5	285,7	486,9	2 220,0	1 515,8		
Okt.	295,3	367,4	182,2	94,1	19,8	44,7	21,3	5,3	266,4	265,7	504,9	2 221,2	1 504,3		
Nov.	300,4	369,6	178,6	98,9	21,2	44,2	21,6	5,2	264,9	264,2	512,3	2 238,9	1 507,1		
Dez.	253,1	355,1	169,8	93,9	21,5	43,3	21,4	5,1	268,9	268,2	506,3	2 228,3	1 503,6		
2017 Jan.	316,3	362,0	170,7	99,5	21,3	43,4	21,7	5,5	250,2	249,5	521,5	2 215,3	1 496,3		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2014 Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7		
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7		
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6		
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6		
April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9		
Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4		
Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8		
Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2		
Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9		
Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6		
Okt.	13,4	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2		
Nov.	12,3	192,2	55,6	90,2	9,5	33,2	3,1	0,6	6,1	4,5	3,8	562,5	270,9		
Dez.	22,6	187,6	54,3	86,0	10,2	33,4	3,1	0,5	2,5	2,0	3,4	533,4	254,9		
2016 Jan.	21,8	185,2	54,5	83,2	10,5	33,4	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	534,8	257,0		
Febr.	28,9	186,5	59,1	79,7	10,5	33,7	3,1	0,5	4,2	3,7	3,6	527,9	250,2		
März	49,3	190,2	57,4	84,1	10,8	34,3	3,1	0,5	3,2	2,0	3,4	518,7	250,5		
April	31,9	188,7	58,2	80,3	10,9	35,6	3,2	0,5	3,7	2,4	3,0	521,8	249,1		
Mai	50,6	196,3	60,4	84,9	11,1	36,2	3,3	0,5	3,5	2,4	2,5	530,9	244,9		
Juni	63,6	199,2	62,2	85,0	11,5	36,6	3,3	0,5	2,5	2,3	2,6	523,0	241,2		
Juli	31,9	199,1	59,9	85,2	13,3	36,8	3,3	0,5	3,4	3,2	2,4	524,2	241,2		
Aug.	40,6	201,0	61,7	84,6	13,6	37,2	3,4	0,5	3,2	3,2	2,3	524,4	241,5		
Sept.	49,3	198,3	59,7	83,5	14,0	37,2	3,4	0,5	2,9	2,9	2,4	516,7	240,8		
Okt.	40,5	195,1	58,8	80,4	14,9	37,2	3,4	0,5	3,2	3,2	2,3	526,0	242,2		
Nov.	47,4	201,0	59,5	84,2	16,1	37,3	3,3	0,6	3,0	3,0	2,3	542,1	251,4		
Dez.	33,8	199,1	61,6	80,5	16,6	36,6	3,3	0,6	2,2	2,2	2,3	541,3	250,6		
2017 Jan.	21,2	198,8	55,1	86,6	16,4	36,9	3,2	0,6	4,8	4,8	2,2	553,2	261,4		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumschlages

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlagefazilität	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)		
Eurosystem 2)												
2014 Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
März	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
April	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5
Mai	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2
Juni	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8
Juli	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Aug.	612,2	66,1	459,3	0,1	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4
Sept.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5
Oktober	607,8	62,9	461,7	0,1	907,6	230,5	0,0	1 063,4	115,6	73,9	556,5	1 850,4
Nov.	627,3	58,1	460,8	0,2	1 000,1	262,0	0,0	1 069,3	147,4	97,7	570,0	1 901,3
Dez.	640,3	53,9	456,3	0,2	1 105,3	309,0	0,0	1 076,6	123,9	122,8	623,8	2 009,4
2016 Jan.	666,1	47,6	471,6	0,1	1 227,1	323,1	0,0	1 087,1	175,5	169,4	657,5	2 067,7
Febr.	685,0	43,5	483,7	0,0	1 339,7	355,1	0,0	1 096,2	137,8	214,0	748,8	2 200,2
März	687,8	37,4	503,5	0,1	1 447,0	387,3	0,0	1 094,7	168,3	248,0	777,4	2 259,4
April	687,4	34,0	511,8	0,2	1 570,2	439,4	0,0	1 103,1	159,7	277,6	823,9	2 366,3
Mai	674,7	34,6	548,9	0,2	1 670,8	434,4	0,0	1 119,1	143,1	313,6	919,0	2 472,6
Juni												
Juli												
Aug.												
Sept.												
Oktober												
Nov.												
Dez.												
2017 Jan.												
Febr.												
Deutsche Bundesbank												
2014 Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
März	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5
April	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9
Mai	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4
Juni	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7
Juli	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Aug.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9
Sept.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8
Oktober	143,7	1,9	46,3	0,0	193,9	59,8	0,0	250,4	26,1	- 113,3	162,9	473,1
Nov.	152,2	3,1	45,0	0,0	214,1	67,6	0,0	252,1	37,3	- 105,1	162,4	482,1
Dez.	156,4	3,3	45,3	0,0	237,2	87,3	0,0	254,7	41,1	- 127,2	186,5	528,4
2016 Jan.	163,3	2,7	44,7	0,0	263,4	89,8	0,0	257,4	47,2	- 117,0	196,6	543,9
Febr.	168,3	1,9	44,0	0,0	288,2	90,8	0,0	258,7	36,2	- 112,6	229,3	578,9
März	168,7	1,5	50,6	0,0	311,9	105,2	0,0	258,6	50,5	- 125,2	243,6	607,4
April	167,7	0,9	54,0	0,0	339,2	129,7	0,0	260,3	43,7	- 141,9	270,0	660,0
Mai	163,8	0,9	62,0	0,0	361,5	132,7	0,0	264,2	35,4	- 146,1	302,0	698,9
Juni												
Juli												
Aug.												
Sept.												
Oktober												
Nov.												
Dez.												
2017 Jan.												
Febr.												

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

füllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	2014 Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1	April
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7	Mai
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6	Juni
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	Juli
- 6,9	- 4,1	- 2,8	- 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9	Aug.
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1	Sept.
- 3,8	- 8,7	- 5,2	- 0,1	+ 95,8	+ 33,9	± 0,0	- 9,4	+ 33,1	+ 20,7	- 0,6	+ 23,9	2016 Jan.
+ 19,5	- 4,8	- 0,9	+ 0,1	+ 92,5	+ 31,5	± 0,0	+ 5,9	+ 31,8	+ 23,8	+ 13,5	+ 50,9	Febr.
+ 13,0	- 4,2	- 4,5	± 0,0	+ 105,2	+ 47,0	± 0,0	+ 7,3	- 23,5	+ 25,1	+ 53,8	+ 108,1	März
+ 25,8	- 6,3	+ 15,3	- 0,1	+ 121,8	+ 14,1	± 0,0	+ 10,5	+ 51,6	+ 46,6	+ 33,7	+ 58,3	April
+ 18,9	- 4,1	+ 12,1	- 0,1	+ 112,6	+ 32,0	± 0,0	+ 9,1	- 37,7	+ 44,6	+ 91,3	+ 132,5	Mai
+ 2,8	- 6,1	+ 19,8	+ 0,1	+ 107,3	+ 32,2	± 0,0	- 1,5	+ 30,5	+ 34,0	+ 28,6	+ 59,2	Juni
- 0,4	- 3,4	+ 8,3	+ 0,1	+ 123,2	+ 52,1	± 0,0	+ 8,4	- 8,6	+ 29,6	+ 46,5	+ 106,9	Juli
- 12,7	+ 0,6	+ 37,1	± 0,0	+ 100,6	- 5,0	± 0,0	+ 16,0	- 16,6	+ 36,0	+ 95,1	+ 106,3	Aug.
												Sept.
												2017 Jan.
												Febr.
Deutsche Bundesbank												
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	2014 Okt.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	Febr.
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	März
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4	April
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5	Mai
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2	Juni
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	Juli
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0	Aug.
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0	Sept.
- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 0,0	+ 19,9	+ 9,8	± 0,0	- 2,1	+ 8,1	+ 10,7	- 11,5	- 3,8	2016 Jan.
+ 8,4	+ 1,1	- 1,3	+ 0,0	+ 20,3	+ 7,8	± 0,0	+ 1,7	+ 11,3	+ 8,2	- 0,4	+ 9,0	Febr.
+ 4,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 23,1	+ 19,7	± 0,0	+ 2,6	+ 3,8	- 22,1	+ 24,1	+ 46,3	März
+ 6,9	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 26,2	+ 2,6	± 0,0	+ 2,8	+ 6,1	+ 10,2	+ 10,1	+ 15,4	April
+ 5,1	- 0,8	- 0,7	- 0,0	+ 24,8	+ 1,0	± 0,0	+ 1,3	- 11,0	+ 4,4	+ 32,7	+ 35,0	Mai
+ 0,4	- 0,5	+ 6,6	+ 0,0	+ 23,7	+ 14,4	± 0,0	- 0,1	+ 14,3	- 12,6	+ 14,2	+ 28,5	Juni
- 0,9	- 0,5	+ 3,3	+ 0,0	+ 27,3	+ 24,4	± 0,0	+ 1,7	- 6,8	- 16,7	+ 26,5	+ 52,6	Juli
- 4,0	- 0,1	+ 8,1	- 0,0	+ 22,3	+ 3,0	± 0,0	+ 3,9	- 8,3	- 4,3	+ 31,9	+ 38,8	Aug.
												Sept.
												2017 Jan.
												Febr.

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2016 Juli	1. 3 232,6	413,1	309,0	77,6	231,3	33,2	18,3	18,3	–
	8. 3 237,9	413,1	307,8	77,6	230,1	34,7	18,4	18,4	–
	15. 3 249,2	413,1	305,9	77,6	228,3	33,9	17,9	17,9	–
	22. 3 265,8	413,1	308,6	77,6	231,0	30,6	17,3	17,3	–
	29. 3 284,3	413,1	307,6	77,4	230,1	33,2	17,5	17,5	–
Aug.	5. 3 286,1	413,1	308,4	77,2	231,2	32,9	16,6	16,6	–
	12. 3 296,6	413,1	307,3	77,2	230,1	33,6	17,1	17,1	–
	19. 3 313,3	413,1	308,9	77,2	231,6	32,2	17,2	17,2	–
	26. 3 330,5	413,1	310,1	77,2	232,8	32,6	17,2	17,2	–
Sept.	2. 3 341,8	413,1	311,3	77,3	234,0	30,5	17,3	17,3	–
	9. 3 358,7	413,1	311,6	77,3	234,3	30,4	17,2	17,2	–
	16. 3 372,4	413,1	312,3	77,3	235,0	29,9	17,0	17,0	–
	23. 3 391,4	413,1	314,5	77,3	237,3	29,6	17,8	17,8	–
	30. 3 438,1	412,6	315,2	77,8	237,4	33,9	19,6	19,6	–
Okt.	7. 3 451,4	412,6	313,7	77,8	235,8	32,5	19,0	19,0	–
	14. 3 469,3	412,6	313,0	77,8	235,2	33,3	18,2	18,2	–
	21. 3 494,9	412,6	313,1	77,8	235,3	35,3	18,5	18,5	–
	28. 3 507,4	412,6	311,5	78,3	233,1	36,1	17,9	17,9	–
Nov.	4. 3 518,5	412,6	312,9	78,2	234,7	36,1	17,6	17,6	–
	11. 3 534,3	412,6	314,3	78,2	236,1	32,4	17,1	17,1	–
	18. 3 553,4	412,6	314,6	78,2	236,4	32,5	18,3	18,3	–
	25. 3 566,2	412,6	314,1	77,4	236,6	32,3	18,2	18,2	–
2016 Dez.	2. 3 587,4	412,6	314,4	77,4	237,0	34,0	17,4	17,4	–
	9. 3 609,8	412,6	316,5	77,5	239,1	36,1	17,9	17,9	–
	16. 3 630,7	412,6	319,5	77,5	242,0	36,9	18,1	18,1	–
	23. 3 685,7	412,6	317,8	77,1	240,6	35,5	18,3	18,3	–
	30. 3 662,9	382,1	327,9	78,8	249,1	30,7	19,1	19,1	–
2017 Jan.	6. 3 672,6	382,1	326,6	78,7	247,8	31,9	18,5	18,5	–
	13. 3 697,3	382,1	326,9	78,7	248,2	34,7	17,5	17,5	–
	20. 3 719,6	382,1	325,7	78,7	247,0	31,4	19,0	19,0	–
	27. 3 740,8	382,1	323,6	78,7	245,0	35,8	18,8	18,8	–
Febr.	3. 3 749,5	382,1	323,4	78,7	244,8	34,7	19,8	19,8	–
	10. 3 770,9	382,1	323,2	78,4	244,7	36,4	18,9	18,9	–
	17. 3 787,9	382,1	324,7	77,8	246,9	34,7	19,0	19,0	–
	24. 3 808,2	382,1	324,4	77,8	246,6	35,6	19,1	19,1	–
März	3. 3 820,3	382,1	323,8	77,8	246,1	34,1	19,4	19,4	–
Deutsche Bundesbank									
2015 April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	–	–	–
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	–	–	–	–
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	–	–	–	–
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	–	–	–	–
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	–	–	–	–
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	–	–	–	–
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	–	–	–
Dez.	1 011,5	105,8	53,7	20,3	33,4	–	0,0	0,0	–
2016 Jan.	1 018,5	105,8	53,6	20,4	33,2	0,0	–	–	–
Febr.	1 043,7	105,8	55,0	22,0	33,0	0,0	–	–	–
März	1 077,6	117,8	53,4	21,5	32,0	0,0	–	–	–
April	1 112,7	117,8	54,1	21,5	32,7	0,0	0,0	0,0	–
Mai	1 159,5	117,8	54,9	21,5	33,4	0,0	–	–	–
Juni	1 214,0	129,0	55,7	21,5	34,1	0,7	–	–	–
Juli	1 209,4	129,0	56,0	21,5	34,5	0,2	–	–	–
Aug.	1 239,2	129,0	56,1	21,4	34,7	0,3	–	–	–
Sept.	1 305,3	128,8	55,0	21,3	33,7	2,3	0,4	0,4	–
Okt.	1 312,2	128,8	54,9	21,3	33,6	– 0,0	0,3	0,3	–
Nov.	1 376,5	128,8	55,0	21,1	33,9	0,0	0,4	0,4	–
Dez.	1 392,7	119,3	56,5	21,5	35,0	1,8	0,4	0,4	–
2017 Jan.	1 449,7	119,3	56,4	21,5	34,9	0,1	1,8	1,8	–
Febr.	1 484,8	119,3	56,2	21,2	35,0	0,1	1,5	1,5	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
540,0	53,1	486,8	–	–	0,2	–	96,5	1 573,4	1 225,6	347,8	26,5	222,5	2016 Juli	1.
531,2	44,1	486,8	–	–	0,3	–	95,3	1 589,0	1 243,7	345,3	26,5	221,9		8.
529,3	42,5	486,8	–	–	0,0	–	95,8	1 605,9	1 263,6	342,3	26,5	220,8		15.
530,6	43,6	486,8	–	–	0,2	–	94,4	1 623,7	1 281,4	342,3	26,5	221,1		22.
533,6	49,6	484,0	–	–	0,0	–	94,0	1 639,4	1 298,8	340,6	26,5	219,5		29.
527,1	43,0	484,0	–	–	0,1	–	93,1	1 650,0	1 312,3	337,6	26,5	218,4	Aug.	5.
525,6	41,6	484,0	–	–	–	–	92,2	1 663,2	1 325,6	337,6	26,5	217,9		12.
525,7	41,7	484,0	–	–	0,0	–	93,8	1 676,5	1 339,3	337,2	26,5	219,5		19.
526,8	42,8	484,0	–	–	0,0	–	95,7	1 689,0	1 351,8	337,2	26,5	219,5		26.
526,5	43,8	482,7	–	–	0,0	–	96,3	1 702,2	1 365,6	336,6	26,5	218,0	Sept.	2.
524,5	41,8	482,7	–	–	–	–	94,8	1 721,4	1 385,2	336,2	26,5	219,2		9.
524,4	41,6	482,7	–	–	0,0	–	93,9	1 734,8	1 402,2	332,7	26,5	220,5		16.
526,0	43,2	482,7	–	–	0,1	–	90,0	1 751,6	1 420,3	331,3	26,5	222,4		23.
552,6	38,7	513,8	–	–	0,0	–	83,4	1 764,1	1 434,8	329,3	26,4	230,4		30.
548,2	34,4	513,8	–	–	0,1	–	90,0	1 784,5	1 454,9	329,6	26,4	224,6	Okt.	7.
546,8	32,9	513,8	–	–	0,1	–	88,9	1 805,1	1 475,7	329,4	26,4	225,0		14.
547,3	33,4	513,8	–	–	0,0	–	91,7	1 822,0	1 492,7	329,3	26,4	228,0		21.
548,3	36,0	512,2	–	–	0,1	–	93,9	1 840,4	1 513,0	327,5	26,4	220,1		28.
545,1	32,7	512,2	–	–	0,2	–	91,8	1 856,6	1 531,4	325,1	26,4	219,3	Nov.	4.
543,7	31,4	512,2	–	–	0,1	–	91,4	1 875,6	1 551,1	324,5	26,4	220,6		11.
544,9	32,6	512,2	–	–	0,0	–	87,5	1 895,5	1 572,3	323,3	26,4	221,0		18.
546,1	33,7	512,2	–	–	0,2	–	83,8	1 913,9	1 590,1	323,8	26,4	218,7		25.
546,6	36,0	510,5	–	–	0,2	–	83,1	1 932,3	1 608,1	324,2	26,4	220,6	2016 Dez.	2.
546,5	35,8	510,5	–	–	0,2	–	81,7	1 950,6	1 626,5	324,1	26,4	221,4		9.
547,4	36,8	510,5	–	–	0,1	–	79,8	1 967,1	1 644,0	323,1	26,4	222,9		16.
589,8	32,9	556,6	–	–	0,4	–	71,7	1 982,3	1 659,5	322,9	26,4	231,3		23.
595,9	39,1	556,6	–	–	0,2	–	69,1	1 974,9	1 654,0	320,9	26,5	236,8		30.
590,8	34,0	556,6	–	–	0,2	–	70,9	1 987,0	1 666,1	320,9	26,5	238,5	2017 Jan.	6.
589,1	32,3	556,6	–	–	0,2	–	74,8	2 010,4	1 690,2	320,1	26,5	235,4		13.
589,0	32,3	556,6	–	–	0,1	–	78,1	2 030,4	1 710,9	319,5	26,5	237,5		20.
588,7	34,0	554,5	–	–	0,2	–	80,4	2 049,8	1 730,3	319,4	26,5	235,2		27.
586,3	31,6	554,5	–	–	0,2	–	79,7	2 064,0	1 748,6	315,4	26,4	233,1	Febr.	3.
584,7	29,6	554,5	–	–	0,6	–	81,4	2 083,9	1 768,7	315,2	26,4	234,0		10.
583,1	28,0	554,5	–	–	0,6	–	81,0	2 101,8	1 787,9	313,8	26,4	235,1		17.
584,7	30,8	553,8	–	–	0,1	–	81,1	2 119,6	1 807,1	312,5	26,4	235,2		24.
579,3	25,3	553,8	–	–	0,2	–	83,5	2 136,5	1 825,9	310,6	26,4	235,2	März	3.
Deutsche Bundesbank														
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	2015 April	
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai	
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni	
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli	
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.	
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.	
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.	
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.	
58,1	9,1	48,6	–	–	0,3	–	3,5	172,3	172,3	–	4,4	613,7	Dez.	
51,2	2,6	48,5	–	–	0,0	–	2,8	185,0	185,0	–	4,4	615,7	2016 Jan.	
44,9	1,9	43,0	–	–	0,0	–	2,3	197,6	197,6	–	4,4	633,6	Febr.	
49,7	3,7	46,0	–	–	0,0	–	3,4	210,4	210,4	–	4,4	638,4	März	
49,7	4,2	45,5	–	–	0,0	–	4,3	227,3	227,3	–	4,4	655,0	April	
48,8	3,8	45,0	–	–	0,0	–	4,3	244,8	244,8	–	4,4	684,4	Mai	
47,3	2,8	44,5	–	–	0,0	–	5,2	261,8	261,8	–	4,4	710,0	Juni	
46,4	2,3	44,1	–	–	0,0	–	5,5	279,9	279,9	–	4,4	688,0	Juli	
46,3	2,3	44,1	–	–	0,0	–	5,5	292,6	292,6	–	4,4	705,0	Aug.	
55,3	1,3	54,0	–	–	–	–	5,7	309,3	309,3	–	4,4	744,1	Sept.	
55,5	0,9	53,9	–	–	0,7	–	5,4	326,7	326,7	–	4,4	736,2	Okt.	
55,2	1,0	53,9	–	–	0,3	–	4,8	345,4	345,4	–	4,4	782,3	Nov.	
65,5	1,8	63,5	–	–	0,1	–	3,0	357,7	357,7	–	4,4	784,1	Dez.	
64,0	0,6	63,4	–	–	0,0	–	4,1	375,7	375,7	–	4,4	823,9	2017 Jan.	
63,9	0,7	63,2	–	–	0,0	–	4,5	392,6	392,6	–	4,4	842,4	Febr.	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
70,9	3,0	5,2	5,2	–	58,5	206,3	–	420,9	100,8	2016 Juli 1.
79,2	3,4	5,5	5,5	–	58,5	206,0	–	420,9	100,8	8.
72,8	3,5	6,2	6,2	–	58,5	205,8	–	420,9	100,8	15.
79,0	3,0	6,4	6,4	–	58,5	205,0	–	420,9	100,8	22.
83,0	3,1	7,4	7,4	–	58,5	203,3	–	420,9	100,8	29.
83,8	3,2	7,9	7,9	–	58,5	204,8	–	420,9	100,8	Aug. 5.
76,1	3,1	7,8	7,8	–	58,5	202,7	–	420,9	100,8	12.
77,4	3,1	8,1	8,1	–	58,5	203,4	–	420,9	100,8	19.
81,2	3,1	8,6	8,6	–	58,5	203,4	–	420,9	100,8	26.
85,6	3,2	8,6	8,6	–	58,5	204,5	–	420,9	100,8	Sept. 2.
72,6	3,1	8,2	8,2	–	58,5	204,0	–	420,9	100,8	9.
84,0	3,0	8,7	8,7	–	58,5	205,8	–	420,9	100,8	16.
93,4	2,9	8,8	8,8	–	58,5	209,2	–	420,9	100,8	23.
122,8	2,8	8,8	8,8	–	58,1	207,3	–	418,5	100,8	30.
101,7	4,2	8,8	8,8	–	58,1	207,1	–	418,5	100,8	Oktober 7.
97,7	5,6	9,3	9,3	–	58,1	207,6	–	418,5	100,8	14.
106,1	4,6	9,6	9,6	–	58,1	216,2	–	418,5	100,8	21.
108,2	5,5	9,7	9,7	–	58,1	215,1	–	418,5	100,8	28.
103,8	4,0	12,5	12,5	–	58,1	216,3	–	418,5	100,8	Nov. 4.
101,5	3,8	10,6	10,6	–	58,1	217,4	–	418,5	100,8	11.
109,9	4,4	10,0	10,0	–	58,1	216,4	–	418,5	100,8	18.
117,4	2,8	10,5	10,5	–	58,1	215,2	–	418,5	100,8	25.
113,2	3,8	10,9	10,9	–	58,1	214,7	–	418,5	100,8	2016 Dez. 2.
112,0	6,2	12,2	12,2	–	58,1	215,4	–	418,5	99,5	9.
127,3	7,1	12,2	12,2	–	58,1	215,6	–	418,5	99,5	16.
145,7	7,0	10,4	10,4	–	58,1	219,0	–	418,5	99,5	23.
205,7	3,6	9,3	9,3	–	59,3	221,4	–	394,4	99,5	30.
167,4	5,7	10,7	10,7	–	59,3	221,3	–	394,4	99,8	2017 Jan. 6.
138,8	7,7	13,4	13,4	–	59,3	221,7	–	394,4	99,8	13.
133,8	7,3	9,7	9,7	–	59,3	226,4	–	394,4	99,8	20.
133,0	9,2	10,5	10,5	–	59,3	227,0	–	394,4	99,8	27.
151,5	9,2	9,4	9,4	–	59,3	228,7	–	394,4	100,1	Febr. 3.
144,8	8,5	11,9	11,9	–	59,3	229,6	–	394,4	100,0	10.
147,7	8,6	12,2	12,2	–	59,3	229,6	–	394,4	100,0	17.
159,9	9,5	11,0	11,0	–	59,3	228,2	–	394,4	100,6	24.
168,4	7,7	10,6	10,6	–	59,3	231,8	0,0	394,4	100,6	März 3.
Deutsche Bundesbank										
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	2015 April
7,2	0,0	2,2	2,2	–	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai
9,2	0,0	1,3	1,3	–	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni
12,1	0,0	0,9	0,9	–	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli
10,0	0,0	0,5	0,5	–	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug.
16,2	0,0	0,5	0,5	–	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept.
12,4	0,0	0,8	0,8	–	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Oktober
13,9	0,0	0,4	0,4	–	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov.
27,2	0,0	0,6	0,6	–	15,3	24,4	297,8	105,7	5,0	Dez.
16,0	0,0	0,1	0,1	–	15,3	25,0	297,1	105,7	5,0	2016 Jan.
28,0	0,0	0,2	0,2	–	15,3	22,0	297,7	105,7	5,0	Febr.
30,5	0,0	0,3	0,3	–	14,9	22,8	299,8	116,2	5,0	März
30,7	0,0	0,8	0,8	–	14,9	22,9	300,9	116,2	5,0	April
27,2	0,0	1,4	1,4	–	14,9	23,1	303,9	116,2	5,0	Mai
47,0	0,0	1,0	1,0	–	15,2	23,4	308,0	128,5	5,0	Juni
43,8	0,0	1,4	1,4	–	15,2	23,6	311,7	128,5	5,0	Juli
48,9	0,0	1,7	1,7	–	15,2	23,7	314,1	128,5	5,0	Aug.
70,3	0,0	1,1	1,1	–	15,1	24,0	318,8	128,0	5,0	Sept.
66,5	0,0	1,0	1,0	–	15,1	24,3	322,0	128,0	5,0	Oktober
74,7	0,0	1,0	1,0	–	15,1	24,4	323,9	128,0	5,0	Nov.
117,0	0,0	1,2	1,2	–	15,4	24,7	327,3	119,7	5,0	Dez.
100,5	0,0	0,6	0,6	–	15,4	25,2	328,3	119,7	5,0	2017 Jan.
121,3	0,0	0,9	0,9	–	15,4	24,5	330,1	119,7	5,6	Febr.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumschlag ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³⁾ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴⁾ Quelle: EZB.

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen ¹⁾

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme ¹⁾	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen ¹⁾	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung					
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2016 Aug.	1 749	7 951,8	273,2	2 429,6	1 923,8	502,0	4 031,3	360,2	2 900,7	0,5	763,4	120,0	1 097,7
Sept.	1 734	7 907,1	279,9	2 414,9	1 903,3	507,9	4 025,2	360,3	2 903,4	0,5	754,7	119,4	1 067,8
Okt.	1 720	7 911,9	293,3	2 449,5	1 940,5	505,5	4 039,1	370,5	2 912,3	0,5	749,9	118,8	1 011,2
Nov.	1 711	7 954,9	326,6	2 471,8	1 966,7	502,3	4 058,3	369,9	2 929,3	0,5	751,9	118,5	979,7
Dez.	1 711	7 836,3	323,4	2 420,8	1 920,3	499,2	4 030,5	337,7	2 937,4	0,7	749,4	119,9	941,7
2017 Jan.	1 701	7 933,7	385,4	2 476,4	1 978,8	495,7	4 050,6	359,6	2 939,6	0,6	744,5	119,4	901,9
Kreditbanken ⁶⁾													
2016 Dez.	263	3 170,2	213,1	1 034,6	950,9	83,2	1 186,9	180,3	767,9	0,5	235,7	57,7	677,9
2017 Jan.	262	3 232,8	251,2	1 069,8	986,0	83,1	1 202,8	195,7	769,0	0,4	234,1	57,2	651,9
Großbanken ⁷⁾													
2016 Dez.	4	1 819,7	78,7	559,8	525,7	34,0	489,9	97,4	279,8	0,2	111,0	51,7	639,7
2017 Jan.	4	1 858,5	103,6	585,8	549,9	35,9	503,2	111,1	280,1	0,1	109,5	51,4	614,4
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2016 Dez.	156	962,8	58,8	247,9	202,6	44,8	619,6	60,2	445,7	0,2	112,9	5,0	31,5
2017 Jan.	154	970,0	70,3	245,4	201,9	43,0	619,6	60,4	445,7	0,2	112,2	4,8	29,9
Zweigstellen ausländischer Banken													
2016 Dez.	103	387,6	75,6	226,9	222,5	4,4	77,4	22,6	42,5	0,1	11,8	1,0	6,8
2017 Jan.	104	404,4	77,3	238,5	234,2	4,3	80,0	24,2	43,1	0,1	12,4	1,0	7,5
Landesbanken													
2016 Dez.	9	879,1	20,1	246,8	181,2	65,3	492,8	44,3	363,5	0,1	83,7	10,4	109,0
2017 Jan.	9	917,9	39,3	268,5	202,4	65,8	494,2	47,7	361,3	0,1	84,1	10,6	105,2
Sparkassen													
2016 Dez.	408	1 172,9	30,8	188,0	68,2	119,7	923,3	47,2	721,5	0,0	154,3	14,5	16,3
2017 Jan.	399	1 167,6	28,7	183,8	64,5	119,1	925,1	48,6	722,1	0,0	154,1	14,4	15,7
Kreditgenossenschaften													
2016 Dez.	976	850,3	16,7	169,0	59,9	108,8	630,3	31,0	496,3	0,0	102,9	16,0	18,3
2017 Jan.	976	847,2	14,8	166,0	58,2	107,4	632,3	31,3	497,3	0,0	103,5	16,0	18,2
Realkreditinstitute													
2016 Dez.	15	277,5	2,0	46,4	32,1	14,3	219,6	3,1	178,3	-	38,3	0,2	9,3
2017 Jan.	15	273,9	1,0	45,1	30,9	14,2	218,4	2,9	178,2	-	37,3	0,2	9,1
Bausparkassen													
2016 Dez.	20	218,8	0,9	59,3	42,7	16,5	153,8	1,2	129,2	.	23,4	0,3	4,5
2017 Jan.	20	220,0	1,8	59,1	42,4	16,7	154,4	1,3	129,3	.	23,8	0,3	4,3
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
ab Juli 2016 einschließlich DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ Bank)													
2016 Dez.	20	1 267,5	39,9	676,7	585,4	91,3	423,7	30,6	280,7	0,0	111,1	20,8	106,5
2017 Jan.	20	1 274,3	48,7	684,1	594,4	89,3	423,4	32,2	282,4	0,0	107,6	20,7	97,5
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁸⁾													
2016 Dez.	138	1 088,8	115,0	402,0	359,3	42,2	471,8	66,4	290,5	0,4	112,1	4,5	95,5
2017 Jan.	138	1 109,9	124,8	415,2	373,5	41,2	474,7	68,4	289,9	0,3	113,2	4,5	90,7
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁹⁾													
2016 Dez.	35	701,2	39,4	175,1	136,8	37,8	394,5	43,8	248,1	0,3	100,2	3,5	88,7
2017 Jan.	34	705,6	47,5	176,7	139,2	36,9	394,7	44,3	246,8	0,3	100,8	3,5	83,2

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 717,1	535,9	1 181,1	3 530,4	1 875,8	302,4	694,7	65,0	596,8	541,7	60,7	1 116,8	484,9	1 102,6	2016 Aug.	
1 708,3	498,1	1 210,1	3 517,0	1 872,6	294,3	694,2	52,7	595,4	541,1	60,4	1 119,9	487,8	1 074,1	2016 Sept.	
1 717,7	535,7	1 182,0	3 561,0	1 914,2	294,8	697,2	70,9	594,8	541,3	60,0	1 126,4	487,8	1 019,0	2016 Okt.	
1 745,0	562,6	1 182,4	3 595,2	1 937,6	305,7	697,8	74,0	594,3	541,3	59,7	1 138,1	488,0	988,7	2016 Nov.	
1 729,0	504,0	1 225,0	3 532,9	1 898,4	280,5	698,3	41,9	596,5	544,0	59,1	1 131,9	489,7	952,8	2016 Dez.	
1 798,7	589,5	1 209,1	3 593,0	1 938,1	305,2	695,2	73,0	596,4	544,6	58,1	1 140,0	487,9	914,0	2017 Jan.	
Kreditbanken 6)															
830,2	359,4	470,7	1 358,6	821,9	164,1	245,3	33,6	102,2	94,3	24,9	167,9	166,3	647,2	2016 Dez.	
877,0	421,6	455,3	1 403,8	849,5	184,1	243,0	56,7	102,3	94,0	24,7	170,4	166,6	615,1	2017 Jan.	
Großbanken 7)															
417,1	159,8	257,3	579,7	328,8	95,3	86,5	33,6	63,2	61,8	6,0	134,3	97,2	591,4	2016 Dez.	
452,7	197,4	255,2	612,4	344,5	113,0	86,2	55,9	62,9	61,5	6,0	136,2	97,1	560,0	2017 Jan.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
190,6	63,5	127,1	629,6	394,2	47,8	131,3	–	38,6	32,2	17,7	33,2	61,1	48,3	2016 Dez.	
193,2	63,4	129,8	634,6	400,9	47,4	129,8	0,9	39,0	32,3	17,5	33,9	61,2	47,2	2017 Jan.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
222,4	136,1	86,3	149,3	98,9	21,0	27,6	–	0,5	0,2	1,3	0,4	8,0	7,6	2016 Dez.	
231,1	160,8	70,3	156,8	104,1	23,8	27,1	–	0,5	0,2	1,2	0,3	8,3	7,9	2017 Jan.	
Landesbanken															
238,8	39,2	199,6	278,6	114,9	52,7	97,2	7,7	13,3	10,4	0,5	201,0	55,0	105,7	2016 Dez.	
260,1	61,7	198,4	294,6	124,5	58,9	97,5	13,3	13,2	10,3	0,5	207,3	52,9	102,9	2017 Jan.	
Sparkassen															
130,4	8,3	122,1	884,4	536,0	15,0	15,2	–	293,4	264,7	24,9	13,8	101,2	43,1	2016 Dez.	
132,3	8,8	123,5	877,9	530,3	14,8	15,3	–	293,3	265,3	24,2	13,7	101,2	42,6	2017 Jan.	
Kreditgenossenschaften															
104,5	1,7	102,8	637,4	395,4	31,9	15,8	–	187,1	174,2	7,2	7,6	69,0	31,7	2016 Dez.	
105,3	1,9	103,4	633,4	392,7	30,9	15,6	–	187,2	174,6	7,0	7,6	68,9	32,1	2017 Jan.	
Realkreditinstitute															
51,3	4,4	46,9	113,0	7,6	8,2	97,1	–	0,1	0,1	–	92,5	10,0	10,6	2016 Dez.	
50,9	4,7	46,3	111,8	7,7	8,0	96,0	–	0,1	0,1	–	90,3	10,0	10,8	2017 Jan.	
Bausparkassen															
24,0	3,7	20,3	169,3	1,0	1,1	166,7	–	0,3	0,3	0,1	2,0	10,2	13,4	2016 Dez.	
24,6	4,1	20,5	169,9	1,0	1,2	167,2	–	0,3	0,3	0,1	2,2	10,2	13,2	2017 Jan.	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
ab Juli 2016 einschließlich DZ Bank															
349,8	87,3	262,5	91,6	21,6	7,5	60,9	0,6	–	–	–	647,0	78,0	101,0	2016 Dez.	
348,6	86,8	261,8	101,8	32,4	7,2	60,6	3,0	–	–	–	648,5	78,1	97,3	2017 Jan.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
392,5	209,7	182,7	523,8	359,1	54,2	80,7	10,5	21,3	20,7	8,6	21,7	51,8	99,0	2016 Dez.	
408,5	234,3	174,1	534,3	365,6	59,8	79,2	8,6	21,2	20,7	8,5	21,8	51,8	93,4	2017 Jan.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
170,1	73,7	96,4	374,6	260,2	33,2	53,1	10,5	20,8	20,5	7,3	21,3	43,8	91,5	2016 Dez.	
177,4	73,6	103,8	377,6	261,5	36,0	52,2	8,6	20,7	20,4	7,3	21,5	43,6	85,6	2017 Jan.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausleihforderungen ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2015 Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,8
Nov.	3 249,0	2 775,5	264,2	212,9	212,3	0,6	51,3	50,9	0,4	2 984,8	2 451,1
Dez.	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016 Jan.	3 238,7	2 771,4	259,0	208,1	207,7	0,4	50,9	50,5	0,3	2 979,7	2 452,5
Febr.	3 248,0	2 781,8	266,3	214,3	213,6	0,7	52,0	51,2	0,8	2 981,7	2 456,1
März	3 247,2	2 786,3	271,4	218,7	217,9	0,8	52,6	52,2	0,4	2 975,9	2 454,1
April	3 260,6	2 798,7	273,9	217,9	217,2	0,8	56,0	55,5	0,5	2 986,6	2 466,5
Mai	3 264,8	2 805,6	276,1	221,2	220,4	0,8	55,0	54,4	0,6	2 988,7	2 472,7
Juni	3 252,1	2 797,5	268,8	217,8	216,8	1,1	51,0	50,3	0,7	2 983,3	2 472,8
Juli	3 264,5	2 806,6	268,8	213,8	212,9	1,0	55,0	54,2	0,7	2 995,6	2 483,9
Aug.	3 265,9	2 811,2	262,2	208,1	207,5	0,6	54,1	53,4	0,7	3 003,8	2 497,1
Sept.	3 274,2	2 820,2	268,7	214,2	213,7	0,5	54,5	53,4	1,1	3 005,4	2 502,7
Okt.	3 281,0	2 828,8	269,7	212,6	212,0	0,6	57,1	56,1	1,0	3 011,3	2 512,3
Nov.	3 293,1	2 840,2	268,0	216,3	215,8	0,5	51,7	51,0	0,8	3 025,0	2 525,5
Dez.	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017 Jan.	3 277,7	2 831,5	252,1	208,6	208,0	0,6	43,5	43,3	0,2	3 025,6	2 535,3
Veränderungen *)											
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8
2015 Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,1	+ 5,7
Nov.	+ 16,7	+ 10,3	- 0,9	+ 3,4	+ 3,5	- 0,1	+ 4,3	- 3,9	- 0,4	+ 17,6	+ 14,1
Dez.	- 15,1	- 11,0	- 8,6	- 5,1	- 4,7	- 0,4	- 3,5	- 3,3	- 0,2	- 6,5	+ 0,3
2016 Jan.	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1
Febr.	+ 9,6	+ 10,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,6
März	- 0,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 6,0	- 2,2
April	+ 13,3	+ 12,4	+ 2,6	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 10,7	+ 12,3
Mai	+ 5,7	+ 8,3	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,0	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 3,5	+ 7,7
Juni	- 11,9	- 7,3	- 6,5	- 2,5	- 2,8	+ 0,3	- 4,0	- 4,1	+ 0,1	- 5,4	+ 0,2
Juli	+ 13,3	+ 10,2	+ 0,1	- 3,9	- 3,8	- 0,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 0,1	+ 13,3	+ 12,0
Aug.	+ 1,5	+ 4,6	- 6,7	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 0,9	- 0,8	- 0,1	+ 8,2	+ 13,2
Sept.	+ 8,2	+ 9,0	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,4	+ 1,6	+ 5,5
Okt.	+ 7,0	+ 8,6	+ 1,1	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,7	- 0,1	+ 5,8	+ 9,4
Nov.	+ 12,1	+ 11,4	- 1,7	+ 3,7	+ 3,8	- 0,1	- 5,4	- 5,2	- 0,2	+ 13,7	+ 13,0
Dez.	- 19,0	- 16,2	- 19,0	- 10,1	- 9,9	- 0,2	- 8,9	- 8,2	- 0,7	+ 0,0	+ 3,8
2017 Jan.	+ 3,3	+ 7,3	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 5,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)															
Zeit	insgesamt		darunter:			Kredite an Unternehmen und Selbständige									
	insgesamt	Hypothekarkredite	Kredite für den Wohnungsbau		Kredite an Unternehmen und Selbständige				Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau								
Kredite insgesamt Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)															
2014	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8	
2015 Dez.	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5	
2016 März	2 458,5	1 227,2	1 235,2	987,0	248,2	1 328,6	342,5	133,3	101,9	62,2	126,6	50,1	62,6	131,6	
Juni	2 473,6	1 235,1	1 248,0	996,2	251,8	1 332,0	345,8	131,5	101,7	62,7	125,4	50,9	59,0	133,7	
Sept.	2 497,2	1 248,2	1 264,5	1 007,6	256,9	1 341,1	350,5	130,3	103,0	63,2	126,9	51,2	57,4	136,4	
Dez.	2 512,0	1 259,7	1 276,6	1 016,5	260,1	1 347,5	354,1	125,1	104,7	62,2	128,2	50,6	57,0	139,7	
Kurzfristige Kredite															
2014	212,1	-	7,6	-	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2	
2015 Dez.	207,6	-	8,5	-	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1	
2016 März	218,0	-	7,7	-	7,7	185,1	4,1	39,4	4,9	13,0	43,6	4,0	5,3	24,6	
Juni	216,8	-	7,9	-	7,9	184,7	4,3	37,0	4,7	13,1	42,1	4,2	5,1	27,2	
Sept.	213,8	-	7,6	-	7,6	181,6	4,1	34,3	4,6	13,0	42,6	4,1	4,7	28,5	
Dez.	205,5	-	6,9	-	6,9	174,3	3,7	29,7	4,4	11,8	43,2	3,6	4,4	29,3	
Mittelfristige Kredite															
2014	251,7	-	35,8	-	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2	
2015 Dez.	256,0	-	35,2	-	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1	
2016 März	257,3	-	34,8	-	34,8	181,8	13,2	23,9	5,1	10,4	16,2	4,5	11,5	41,2	
Juni	258,7	-	34,7	-	34,7	182,1	13,2	23,7	5,1	10,5	16,6	4,5	11,1	40,4	
Sept.	261,0	-	34,8	-	34,8	183,4	13,4	24,3	5,7	10,5	16,5	4,6	11,0	41,1	
Dez.	264,1	-	34,5	-	34,5	186,4	13,5	23,6	5,5	10,5	17,2	4,5	11,2	41,8	
Langfristige Kredite															
2014	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3	
2015 Dez.	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3	
2016 März	1 983,2	1 227,2	1 192,7	987,0	205,7	961,7	325,3	70,1	91,9	38,8	66,8	41,7	45,8	65,8	
Juni	1 998,2	1 235,1	1 205,5	996,2	209,3	965,3	328,3	70,7	91,9	39,1	66,8	42,1	42,8	66,0	
Sept.	2 022,5	1 248,2	1 222,1	1 007,6	214,5	976,1	332,9	71,7	92,7	39,7	67,8	42,4	41,6	66,9	
Dez.	2 042,4	1 259,7	1 235,1	1 016,5	218,6	986,8	336,9	71,8	94,8	39,9	67,7	42,5	41,4	68,6	
Kredite insgesamt Veränderungen im Vierteljahr *)															
2015 4.Vj.	+ 13,7	+ 9,0	+ 11,4	+ 9,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,1	- 0,4	+ 0,7	- 1,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 1,2	
2016 1.Vj.	+ 18,5	+ 3,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 0,2	+ 14,1	+ 2,9	+ 5,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,1	- 2,8	+ 1,0	
2.Vj.	+ 17,4	+ 7,0	+ 12,9	+ 8,9	+ 4,0	+ 5,7	+ 3,4	- 1,1	- 0,1	+ 0,5	- 1,0	+ 0,6	- 3,7	+ 3,3	
3.Vj.	+ 24,5	+ 12,4	+ 16,0	+ 10,9	+ 5,1	+ 10,2	+ 4,2	- 1,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	- 1,6	+ 2,7	
4.Vj.	+ 14,4	+ 9,1	+ 12,4	+ 8,4	+ 4,0	+ 6,0	+ 3,8	- 5,2	+ 1,4	- 1,0	+ 1,3	- 0,6	- 0,3	+ 3,2	
Kurzfristige Kredite															
2015 4.Vj.	- 7,1	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 0,1	- 1,3	- 1,1	- 0,5	+ 0,3	- 2,2	
2016 1.Vj.	+ 10,6	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 11,4	- 0,0	+ 5,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	
2.Vj.	- 0,4	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	+ 0,1	- 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 2,6	
3.Vj.	- 2,9	-	- 0,3	-	- 0,3	- 2,9	- 0,2	- 2,8	- 0,1	- 0,1	+ 0,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,3	
4.Vj.	- 7,6	-	- 0,7	-	- 0,7	- 6,6	- 0,5	- 4,6	- 0,2	- 1,2	+ 0,7	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	
Mittelfristige Kredite															
2015 4.Vj.	+ 3,8	-	- 0,3	-	- 0,3	+ 3,4	- 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6	
2016 1.Vj.	+ 1,4	-	- 0,4	-	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	
2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,3	
3.Vj.	+ 3,2	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,6	
4.Vj.	+ 2,4	-	- 0,3	-	- 0,3	+ 2,3	+ 0,0	- 0,6	- 0,3	- 0,0	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	+ 0,7	
Langfristige Kredite															
2015 4.Vj.	+ 17,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 9,0	+ 2,7	+ 8,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	- 0,7	+ 1,8	
2016 1.Vj.	+ 6,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 2,6	+ 0,6	
2.Vj.	+ 15,1	+ 7,0	+ 12,9	+ 8,9	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 3,1	+ 0,4	
3.Vj.	+ 24,2	+ 12,4	+ 16,2	+ 10,9	+ 5,3	+ 10,7	+ 4,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,3	- 1,2	+ 0,8	
4.Vj.	+ 19,6	+ 9,1	+ 13,3	+ 8,4	+ 4,9	+ 10,4	+ 4,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 1,6	

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränd-

erungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		nach Gläubigergruppen										
		inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck					
		insgesamt	zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	insgesamt	zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6
2016	2 094,5	1 222,0	1 186,9	206,0	828,6	152,3	35,1	262,1	248,6	25,0	182,0	41,5
2016 Aug.	2 045,3	1 173,3	1 138,1	201,5	790,3	146,4	35,2	260,2	246,7	24,7	180,7	41,4
Sept.	2 046,0	1 175,5	1 140,3	198,3	795,2	146,8	35,2	260,4	246,8	24,8	180,8	41,1
Okt.	2 055,5	1 185,7	1 150,8	202,8	800,4	147,6	34,9	260,7	247,0	24,9	181,0	41,0
Nov.	2 078,9	1 210,5	1 175,6	203,9	821,4	150,3	34,9	259,9	246,7	24,8	180,7	41,2
Dez.	2 094,5	1 222,0	1 186,9	206,0	828,6	152,3	35,1	262,1	248,6	25,0	182,0	41,5
2017 Jan.	2 095,7	1 224,5	1 189,6	211,3	828,3	150,0	34,9	261,5	248,0	24,9	181,8	41,3
Veränderungen *)												
2015	+ 73,7	+ 105,0	+ 101,1	+ 15,6	+ 75,4	+ 10,1	+ 3,9	- 9,9	- 8,1	- 3,0	- 4,5	- 0,7
2016	+ 97,1	+ 108,4	+ 105,3	+ 17,5	+ 78,7	+ 9,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3
2016 Aug.	+ 0,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,2	- 1,1	+ 0,3	+ 0,7	- 1,2	- 1,2	- 1,0	- 0,0	- 0,2
Sept.	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,2	- 3,2	+ 4,9	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2
Okt.	+ 9,5	+ 10,2	+ 10,5	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,8	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1
Nov.	+ 23,4	+ 24,8	+ 24,8	+ 1,7	+ 20,9	+ 2,2	+ 0,0	- 0,8	- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,2
Dez.	+ 15,6	+ 11,5	+ 11,2	+ 2,0	+ 7,2	+ 2,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,4
2017 Jan.	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 5,3	- 0,3	- 2,3	- 0,2	- 0,6	- 0,6	- 0,1	- 0,3	- 0,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1. Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spar-einlagen und Spar-briefe 2)				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5
2016	199,8	7,9	3,6	2,0	2,2	0,1	13,5	42,3	13,4	11,2	16,6	1,1	13,2
2016 Aug.	206,1	7,9	3,6	1,6	2,6	0,1	13,8	51,9	14,4	19,2	17,4	0,9	13,1
Sept.	202,6	8,1	3,7	1,8	2,5	0,1	13,8	53,0	14,8	19,8	17,5	0,9	13,0
Okt.	199,1	7,6	3,6	1,4	2,5	0,1	13,8	49,9	14,4	17,1	17,4	1,0	13,0
Nov.	207,0	8,2	4,5	1,3	2,3	0,1	13,8	46,8	13,2	14,9	17,5	1,1	13,0
Dez.	199,8	7,9	3,6	2,0	2,2	0,1	13,5	42,3	13,4	11,2	16,6	1,1	13,2
2017 Jan.	202,2	6,9	3,5	1,1	2,2	0,1	13,5	48,7	13,3	17,7	16,6	1,1	12,8
Veränderungen *)													
2015	+ 10,1	- 1,9	+ 0,5	+ 0,4	- 2,9	+ 0,0	- 0,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6
2016	+ 3,1	- 1,2	+ 0,5	- 1,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,5	- 1,8	+ 0,1	- 1,8	- 0,3	+ 0,1	- 0,3
2016 Aug.	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	-	+ 0,0	- 1,9	- 0,7	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Sept.	- 3,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1
Okt.	- 3,5	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,0	-	- 0,0	- 3,1	- 0,4	- 2,7	- 0,1	+ 0,1	- 0,0
Nov.	+ 7,8	+ 0,6	+ 0,9	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	-	- 3,3	- 1,2	- 2,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0
Dez.	- 7,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,7	- 0,2	- 0,0	- 0,3	- 4,5	+ 0,1	- 3,3	- 1,3	- 0,0	+ 0,2
2017 Jan.	+ 2,4	- 1,0	- 0,1	- 1,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 6,4	- 0,1	+ 6,6	- 0,0	- 0,1	- 0,4

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾													
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014	
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	–	2015	
13,5	54,5	207,5	13,3	194,3	577,7	569,3	8,4	32,7	0,1	2,9	–	2016	
13,5	54,2	206,0	13,7	192,4	577,0	568,0	9,0	34,7	0,1	3,1	–	2016 Aug.	
13,6	54,0	206,3	13,7	192,6	575,9	567,0	8,9	34,2	0,1	3,0	–	Sept.	
13,7	54,5	206,1	13,6	192,5	575,4	566,7	8,8	33,7	0,1	2,9	–	Okt.	
13,2	54,5	205,4	13,3	192,1	575,4	566,8	8,5	33,2	0,1	2,9	–	Nov.	
13,5	54,5	207,5	13,3	194,3	577,7	569,3	8,4	32,7	0,1	2,9	–	Dez.	
13,5	54,3	207,2	12,9	194,3	577,8	569,4	8,4	31,9	0,9	2,8	–	2017 Jan.	
Veränderungen ¹⁾													
– 1,8	– 12,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	– 11,5	– 11,1	– 0,5	– 9,8	+ 0,0	– 1,2	–	2015	
+ 0,6	– 1,0	+ 3,4	+ 0,7	+ 2,7	– 7,9	– 7,3	– 0,5	– 5,8	+ 0,1	– 0,9	–	2016	
– 0,0	– 1,2	+ 0,0	– 0,1	+ 0,1	– 0,8	– 0,8	+ 0,0	– 0,5	+ 0,0	– 0,1	–	2016 Aug.	
+ 0,1	– 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	– 1,1	– 1,1	– 0,1	– 0,4	+ 0,0	– 0,0	–	Sept.	
+ 0,1	+ 0,5	– 0,2	– 0,1	– 0,1	– 0,5	– 0,3	– 0,1	– 0,5	+ 0,0	– 0,1	–	Okt.	
– 0,5	– 0,1	– 0,7	– 0,3	– 0,5	– 0,1	+ 0,2	– 0,2	– 0,5	+ 0,0	– 0,0	–	Nov.	
+ 0,3	+ 0,1	+ 2,1	– 0,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5	– 0,1	– 0,5	+ 0,0	– 0,0	–	Dez.	
+ 0,0	– 0,3	– 0,3	– 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	– 0,1	– 0,8	+ 0,7	– 0,1	–	2017 Jan.	

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	–	2014
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	–	2015
56,0	31,5	8,7	10,1	5,7	0,4	93,6	9,4	57,6	25,1	1,5	–	2016
54,2	30,3	8,7	9,6	5,6	0,4	92,0	14,1	54,0	22,4	1,5	–	2016 Aug.
51,3	27,5	8,5	9,8	5,6	0,4	90,2	13,6	52,4	22,6	1,6	–	Sept.
49,3	25,8	8,2	9,8	5,5	0,4	92,3	15,1	52,1	23,5	1,6	–	Okt.
53,1	29,0	8,7	9,9	5,6	0,4	98,9	15,0	57,7	24,8	1,5	–	Nov.
56,0	31,5	8,7	10,1	5,7	0,4	93,6	9,4	57,6	25,1	1,5	–	Dez.
49,4	25,4	8,4	10,0	5,7	0,4	97,2	13,0	57,5	25,2	1,5	–	2017 Jan.
Veränderungen ¹⁾												
+ 4,1	+ 3,8	– 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	–	2015
+ 3,7	+ 2,4	– 0,8	+ 1,6	+ 0,5	– 0,0	+ 2,4	– 2,6	– 2,8	+ 7,7	+ 0,2	–	2016
+ 5,9	+ 4,9	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 1,7	– 1,9	– 0,2	+ 0,5	+ 0,0	–	2016 Aug.
– 2,9	– 2,7	– 0,2	+ 0,0	– 0,0	– 0,0	– 2,0	– 0,5	– 1,7	+ 0,2	– 0,0	–	Sept.
– 2,0	– 1,7	– 0,2	+ 0,0	– 0,0	–	+ 2,1	+ 1,5	– 0,3	+ 0,9	+ 0,0	–	Okt.
+ 3,9	+ 3,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	–	+ 6,6	– 0,1	+ 5,6	+ 1,3	– 0,2	–	Nov.
+ 2,9	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	– 0,0	– 5,3	– 5,6	– 0,0	+ 0,3	+ 0,0	–	Dez.
– 6,6	– 6,2	– 0,4	– 0,0	– 0,0	–	+ 3,6	+ 3,6	– 0,1	+ 0,1	+ 0,0	–	2017 Jan.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
	ins-gesamt	zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit drei-monatiger Kündigungsfrist			zu-sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7
2016	596,5	588,5	537,1	361,6	51,5	37,7	8,0	6,9	3,3	59,1	50,4	35,8	8,7
2016 Sept.	595,4	587,2	534,1	363,6	53,1	39,2	8,3	7,1	0,1	60,4	51,8	37,0	8,5
Okt.	594,8	586,6	534,3	362,7	52,3	38,5	8,2	7,0	0,2	60,0	51,3	36,5	8,6
Nov.	594,3	586,2	534,4	361,4	51,8	38,0	8,1	6,9	0,2	59,7	50,9	36,1	8,8
Dez.	596,5	588,5	537,1	361,6	51,5	37,7	8,0	6,9	1,6	59,1	50,4	35,8	8,7
2017 Jan.	596,4	588,5	537,7	354,6	50,7	37,2	8,0	6,9	0,2	58,1	49,5	35,2	8,6
Veränderungen *)													
2015	- 11,6	- 11,3	+ 4,3	- 20,6	- 15,6	- 16,3	- 0,3	+ 0,0	.	- 15,1	- 10,1	- 6,6	- 5,1
2016	- 8,8	- 7,9	+ 2,5	- 18,4	- 10,4	- 10,3	- 0,9	- 0,5	.	- 5,0	- 5,0	- 4,7	- 0,0
2016 Sept.	- 1,3	- 1,2	- 0,5	- 1,9	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,1	.	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,0
Okt.	- 0,7	- 0,6	+ 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,1	- 0,1	.	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1
Nov.	- 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 1,3	- 0,5	- 0,5	- 0,1	- 0,0	.	- 0,3	- 0,4	- 0,4	+ 0,2
Dez.	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,6	+ 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 0,6	- 0,5	- 0,3	- 0,1
2017 Jan.	- 0,1	- 0,1	+ 0,7	- 7,0	- 0,7	- 0,5	- 0,1	- 0,0	.	- 1,0	- 0,9	- 0,6	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. **2** Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere									Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)	Nachrangig begebene			
	ins-gesamt	darunter:												
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungs-anleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit			über 2 Jahre					
						zu-sammen	darunter ohne Nominalbetrags-garantie 5)	zu-sammen					darunter ohne Nominalbetrags-garantie 5)	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016	1 098,1	177,0	28,1	407,1	90,9	111,3	4,1	37,4	5,8	949,4	0,6	0,2	33,8	0,5
2016 Sept.	1 086,5	169,5	32,5	398,2	100,1	125,2	5,0	35,5	5,9	925,7	0,3	0,2	33,4	0,5
Okt.	1 093,1	171,2	29,7	404,1	97,2	121,0	5,0	36,6	6,0	935,5	0,2	0,2	33,3	0,5
Nov.	1 104,5	178,2	28,0	407,8	91,3	113,7	5,0	37,7	6,3	953,2	0,4	0,2	33,5	0,5
Dez.	1 098,1	177,0	28,1	407,1	90,9	111,3	4,1	37,4	5,8	949,4	0,6	0,2	33,8	0,5
2017 Jan.	1 106,2	173,5	27,0	404,4	87,6	107,1	4,3	37,2	6,0	961,9	0,6	0,2	33,8	0,5
Veränderungen *)														
2015	- 38,5	- 97,2	+ 3,9	+ 30,1	+ 19,5	+ 26,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,7	- 66,8	- 0,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7
2016	+ 22,1	- 12,0	- 2,1	+ 23,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 8,8	+ 0,1	+ 11,7	+ 0,3	- 0,1	+ 1,9	- 0,0
2016 Sept.	+ 3,3	- 3,7	+ 2,8	+ 4,9	+ 5,7	+ 9,5	+ 0,8	+ 1,8	- 0,3	- 8,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 6,6	+ 1,3	- 2,8	+ 5,9	- 2,9	- 4,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 9,8	- 0,2	- 0,0	- 0,1	-
Nov.	+ 11,4	+ 7,0	- 1,7	+ 3,7	- 5,8	- 7,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,3	+ 17,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	-
Dez.	- 6,4	- 1,3	+ 0,1	- 0,7	- 0,5	- 2,3	- 0,9	- 0,2	- 0,5	- 3,9	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	-
2017 Jan.	+ 8,1	- 3,5	- 1,1	- 2,6	- 3,3	- 4,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 12,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. **2** Emissionswert bei Auflegung. **3** Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. **4** Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. **5** Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. **6** Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2015	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	98,5
2016	20	218,8	43,6	0,0	16,6	13,8	98,6	18,1	23,4	2,5	21,4	163,8	5,5	2,0	10,2	89,2
2016 Nov.	20	217,8	43,1	0,0	16,8	14,0	97,5	18,2	23,4	2,5	21,6	161,4	5,6	2,0	10,2	7,3
2016 Dez.	20	218,8	43,6	0,0	16,6	13,8	98,6	18,1	23,4	2,5	21,4	163,8	5,5	2,0	10,2	8,4
2017 Jan.	20	220,0	44,2	0,0	16,7	13,7	98,7	18,3	23,8	2,6	22,0	164,2	5,6	2,2	10,2	6,3
Private Bausparkassen																
2016 Nov.	12	151,2	27,4	-	8,2	10,5	75,6	15,5	10,2	1,7	19,0	105,8	5,3	2,0	6,6	4,7
2016 Dez.	12	151,9	27,8	-	7,9	10,3	76,5	15,4	10,3	1,7	18,9	107,3	5,3	2,0	6,6	5,3
2017 Jan.	12	152,6	28,6	-	7,8	10,2	76,5	15,6	10,4	1,7	19,5	107,5	5,3	2,2	6,6	4,0
Öffentliche Bausparkassen																
2016 Nov.	8	66,6	15,7	0,0	8,6	3,5	21,9	2,7	13,2	0,8	2,6	55,6	0,3	-	3,6	2,5
2016 Dez.	8	67,0	15,8	0,0	8,7	3,5	22,0	2,7	13,1	0,8	2,5	56,5	0,3	-	3,6	3,1
2017 Jan.	8	67,4	15,6	0,0	8,9	3,4	22,1	2,7	13,4	0,8	2,5	56,8	0,3	-	3,6	2,4

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspereinlagen	Rückzahlungen von Bauspereinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen			neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal			
						Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten								
Alle Bausparkassen																
2015	28,1	2,5	8,2	51,5	31,2	44,4	19,9	4,2	5,3	3,6	19,2	15,6	8,1	9,5	8,3	0,4
2016	27,5	2,2	7,6	46,8	27,4	40,9	17,2	4,4	4,9	3,7	18,8	16,3	8,0	8,0	7,2	0,2
2016 Nov.	2,3	0,0	0,6	4,0	2,0	3,2	1,3	0,4	0,4	0,3	1,5	16,3	8,1	0,6		0,0
2016 Dez.	2,3	1,9	0,6	3,8	1,9	3,4	1,3	0,3	0,3	0,2	1,8	16,3	8,0	0,7	1,7	0,0
2017 Jan.	2,5	0,0	0,6	3,8	2,3	3,2	1,4	0,4	0,4	0,3	1,4	16,5	8,2	0,6		0,0
Private Bausparkassen																
2016 Nov.	1,5	0,0	0,3	3,0	1,4	2,5	1,0	0,3	0,3	0,3	1,2	11,8	5,0	0,4		0,0
2016 Dez.	1,5	1,3	0,3	2,8	1,3	2,6	0,9	0,2	0,2	0,2	1,4	11,8	5,0	0,5	1,3	0,0
2017 Jan.	1,6	0,0	0,3	2,9	1,7	2,5	1,1	0,3	0,3	0,3	1,1	11,9	5,1	0,5		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2016 Nov.	0,8	0,0	0,3	1,0	0,6	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,5	3,1	0,2		0,0
2016 Dez.	0,9	0,6	0,3	1,0	0,6	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1	0,4	4,5	3,1	0,2	0,4	0,0
2017 Jan.	0,9	0,0	0,3	0,9	0,6	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,1	0,1		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **2** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **3** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **4** Einschl. Ausgleichsforderungen. **5** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **6** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **7** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. **8** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **9** Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **10** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **11** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **12** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. **13** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	Zeit		
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)			ausländische Nichtbanken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015		
1 136,5	800,9	424,9	376,0	335,6	15,4	11,8	3,6	320,2	100,6	51,2	585,1	481,0	2016		
1 083,8	714,8	344,5	370,3	369,0	23,6	19,5	4,1	345,4	121,3	49,4	689,3	559,2	2016 März		
1 108,9	719,0	348,0	371,0	389,9	21,5	17,4	4,1	368,5	117,7	49,4	657,2	541,5	April		
1 130,1	746,9	358,9	388,0	383,2	20,7	17,2	3,6	362,5	111,0	49,7	639,4	523,0	Mai		
1 154,9	762,2	386,5	375,6	392,8	21,3	17,8	3,5	371,5	104,9	49,8	726,9	596,8	Juni		
1 163,1	772,6	388,8	383,8	390,5	21,3	17,5	3,8	369,2	108,5	49,8	738,9	593,8	Juli		
1 128,2	760,8	382,8	378,1	367,4	21,6	17,7	3,8	345,8	114,7	49,8	667,0	548,8	Aug.		
1 117,2	763,1	380,6	382,5	354,1	21,5	17,7	3,8	332,6	113,7	49,7	636,1	513,9	Sept.		
1 186,7	833,2	422,0	411,2	353,4	21,6	17,8	3,8	331,9	108,9	49,6	597,0	491,1	Okt.		
1 165,0	791,8	410,5	381,3	373,2	19,1	15,5	3,6	354,1	104,2	50,3	609,4	495,3	Nov.		
1 136,5	800,9	424,9	376,0	335,6	15,4	11,8	3,6	320,2	100,6	51,2	585,1	481,0	Dez.		
Veränderungen *)															
- 30,8	- 53,8	- 57,0	+ 3,2	+ 23,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 22,5	- 2,1	+ 4,7	- 124,1	- 65,8	2015		
+ 66,8	+ 76,8	+ 65,6	+ 11,2	- 10,1	- 5,7	- 4,4	- 1,2	- 4,4	- 29,6	+ 1,2	- 18,1	- 17,3	2016		
+ 24,6	+ 3,7	+ 3,5	+ 0,2	+ 20,9	- 2,1	- 2,1	- 0,0	+ 23,0	- 4,0	- 0,0	- 32,0	- 18,0	2016 April		
+ 15,1	+ 22,0	+ 10,9	+ 11,1	- 6,9	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 6,2	- 8,3	+ 0,3	- 17,9	- 23,8	Mai		
+ 24,0	+ 14,3	+ 27,6	- 13,2	+ 9,6	+ 0,6	+ 0,7	- 0,1	+ 9,1	- 6,5	+ 0,0	+ 87,5	+ 74,4	Juni		
+ 9,0	+ 11,2	+ 2,2	+ 8,9	- 2,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,4	- 2,2	+ 3,8	+ 0,0	+ 12,0	- 2,1	Juli		
- 34,3	- 11,2	- 6,0	- 5,2	- 23,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 23,4	+ 6,4	+ 0,1	- 71,9	- 44,4	Aug.		
- 10,3	+ 3,0	- 2,1	+ 5,1	- 13,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 13,2	- 0,9	- 0,2	- 30,9	- 33,9	Sept.		
+ 65,3	+ 66,1	+ 41,4	+ 24,7	- 0,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 5,5	- 0,0	- 39,1	- 25,5	Okt.		
- 31,1	- 50,5	- 11,5	- 39,0	+ 19,4	- 2,5	- 2,4	- 0,2	+ 21,9	- 6,8	+ 0,7	+ 12,3	- 2,6	Nov.		
- 30,5	+ 7,1	+ 14,4	- 7,3	- 37,6	- 3,7	- 3,7	+ 0,0	- 34,0	- 4,0	+ 0,8	- 24,3	- 15,8	Dez.		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015		
247,0	134,3	71,8	62,5	112,7	12,2	6,7	5,5	100,5	13,6	23,8	36,0	-	2016		
275,0	160,5	100,5	59,9	114,5	13,4	10,5	2,9	101,1	13,3	24,2	39,6	-	2016 März		
274,5	161,1	102,8	58,3	113,4	13,8	10,9	2,9	99,6	13,5	24,2	37,5	-	April		
275,9	164,2	103,6	60,6	111,8	12,7	9,9	2,8	99,1	13,3	24,3	36,8	-	Mai		
284,5	163,7	101,1	62,6	120,8	12,1	9,3	2,7	108,7	12,3	24,0	36,1	-	Juni		
282,4	162,9	98,9	64,1	119,4	11,5	8,7	2,7	108,0	12,5	24,4	36,0	-	Juli		
281,4	167,7	99,9	67,8	113,7	11,0	6,3	4,8	102,7	12,4	24,4	34,5	-	Aug.		
248,4	136,3	72,9	63,3	112,2	11,2	6,4	4,7	101,0	12,5	23,8	36,2	-	Sept.		
243,7	140,6	76,3	64,3	103,1	10,8	6,3	4,5	92,3	12,7	23,9	36,3	-	Okt.		
250,1	139,7	77,1	62,6	110,4	10,2	5,2	4,9	100,3	12,6	23,8	36,6	-	Nov.		
247,0	134,3	71,8	62,5	112,7	12,2	6,7	5,5	100,5	13,6	23,8	36,0	-	Dez.		
Veränderungen *)															
- 12,3	- 11,2	- 1,5	- 9,7	- 1,1	- 7,2	- 4,0	- 3,2	+ 6,1	- 4,0	+ 0,4	- 7,9	-	2015		
- 46,2	- 33,5	- 27,8	- 5,7	- 12,7	- 0,9	- 3,8	+ 2,9	- 11,9	- 0,8	- 2,5	- 7,3	-	2016		
- 0,5	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,2	- 0,1	- 2,1	-	2016 April		
- 0,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,4	- 2,3	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	-	Mai		
+ 8,8	- 0,4	- 2,5	+ 2,1	+ 9,2	- 0,6	- 0,6	- 0,1	+ 9,8	- 1,0	- 0,3	- 0,7	-	Juni		
- 2,0	- 0,7	- 2,2	+ 1,5	- 1,2	- 0,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	-	Juli		
- 0,8	+ 4,9	+ 1,0	+ 3,8	- 5,7	- 0,4	- 2,4	+ 2,0	- 5,2	- 0,1	- 0,0	- 1,3	-	Aug.		
- 32,7	- 31,3	- 27,0	- 4,3	- 1,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 1,6	+ 0,2	- 0,6	+ 1,6	-	Sept.		
+ 5,8	+ 3,7	+ 3,4	+ 0,3	- 9,4	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 9,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	-	Okt.		
+ 4,4	- 2,1	+ 0,8	- 2,9	+ 6,6	- 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 7,2	- 0,1	- 0,1	- 0,4	-	Nov.		
- 3,7	- 5,8	- 5,3	- 0,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,0	- 0,8	-	Dez.		

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016 Dez.	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017 Jan. p)	12 080,0	120,8	120,4
Febr.
März p)

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016 Dez.	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017 Jan. p)	3 412 496	28,2	34 125	33 960
Febr.
März p)	3 428 973	...	34 290	34 125

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 153	556	2 170
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	9 437	601	2 324
2012 3)	5 388	4 696	2 477	9 626	4 886	248	1 247
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 123	239	1 263
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016 Dez.	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017 Jan.	6 400	5 562	2 953	10 950	6 033	226	1 835
Febr.
März	6 426	5 522	3 131	11 020	6 026	210	1 790

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservierungspflichtiger MFIs
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016 Dez.	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017 Jan.	2 235 242	1 601	462 201	584 788	128 661
Febr.
März	2 237 807	2 953	477 831	587 448	122 929

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer

Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95	2016 1. Juli	–0,88
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2017 8. Febr.	29 599	29 599	0,00	–	–	7
15. Febr.	28 007	28 007	0,00	–	–	7
22. Febr.	30 830	30 830	0,00	–	–	7
1. März	25 253	25 253	0,00	–	–	7
8. März	23 880	23 880	0,00	–	–	7
15. März	26 514	26 514	0,00	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2016 1. Dez.	3 270	3 270	2) 0,00	–	–	84
21. Dez.	62 161	62 161	0,00	–	–	1 456
22. Dez.	2 671	2 671	2) ...	–	–	98
2017 26. Jan.	3 351	3 351	2) ...	–	–	91
23. Febr.	2 584	2 584	2) ...	–	–	98

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EURIBOR 2)						
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmontatsgeld	Neunmontatsgeld	Zwölfmontatsgeld
2016 Aug.	–0,34	–0,38	–0,37	–0,30	–0,19	–0,12	–0,05
Sept.	–0,34	–0,38	–0,37	–0,30	–0,20	–0,13	–0,06
Okt.	–0,35	–0,38	–0,37	–0,31	–0,21	–0,13	–0,07
Nov.	–0,35	–0,38	–0,37	–0,31	–0,21	–0,13	–0,07
Dez.	–0,35	–0,38	–0,37	–0,32	–0,22	–0,14	–0,08
2017 Jan.	–0,35	–0,38	–0,37	–0,33	–0,24	–0,15	–0,09
Febr.	–0,35	–0,38	–0,37	–0,33	–0,24	–0,17	–0,11

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2016 Jan.	0,45	76 746	1,64	221 432	0,22	79 489	2,00	17 335
Febr.	0,44	75 932	1,62	221 154	0,21	80 142	2,00	17 271
März	0,44	76 809	1,61	221 229	0,20	82 706	1,95	17 573
April	0,44	77 166	1,59	220 954	0,19	83 708	1,92	17 490
Mai	0,43	77 295	1,58	220 985	0,19	80 922	1,86	18 025
Juni	0,42	77 303	1,56	220 707	0,16	78 910	1,80	18 063
Juli	0,41	77 112	1,55	219 660	0,14	80 553	1,76	18 143
Aug.	0,41	75 607	1,53	219 332	0,14	79 332	1,72	18 124
Sept.	0,40	75 235	1,52	219 354	0,12	83 015	1,65	18 371
Okt.	0,40	75 245	1,51	218 836	0,13	80 349	1,60	18 507
Nov.	0,39	74 620	1,49	218 016	0,10	82 888	1,56	19 037
Dez.	0,38	74 227	1,48	220 035	0,10	81 192	1,54	19 097
2017 Jan.	0,37	73 435	1,46	219 585	0,10	82 672	1,53	19 293

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2016 Jan.	2,61	5 011	2,34	27 438	3,30	1 047 865	7,44	52 884	4,35	79 779	4,43	307 381
Febr.	2,60	5 022	2,36	27 364	3,27	1 049 663	7,45	53 249	4,31	80 351	4,41	307 866
März	2,63	5 014	2,34	27 371	3,24	1 052 498	7,49	54 287	4,29	80 695	4,38	307 355
April	2,56	4 928	2,31	27 215	3,21	1 057 019	7,33	52 229	4,27	81 376	4,35	308 474
Mai	2,57	4 959	2,29	27 187	3,19	1 059 863	7,36	52 678	4,24	81 793	4,33	309 250
Juni	2,57	4 863	2,28	27 272	3,16	1 064 491	7,39	53 521	4,22	82 252	4,31	309 025
Juli	2,50	4 836	2,25	27 233	3,13	1 069 851	7,26	51 406	4,20	82 844	4,29	310 390
Aug.	2,50	4 772	2,23	27 198	3,10	1 074 183	7,27	51 516	4,17	83 206	4,27	310 914
Sept.	2,49	4 645	2,22	27 195	3,07	1 079 270	7,29	52 985	4,15	83 297	4,24	310 507
Okt.	2,49	4 711	2,19	27 068	3,04	1 083 120	7,26	52 115	4,12	83 574	4,21	310 941
Nov.	2,42	4 538	2,13	27 004	3,02	1 087 318	7,17	51 035	4,09	83 826	4,19	311 454
Dez.	2,42	4 380	2,11	26 777	2,99	1 090 316	7,18	51 459	4,07	83 809	4,16	310 013
2017 Jan.	2,43	4 463	2,10	26 399	2,96	1 090 661	7,21	51 134	4,04	83 790	4,13	310 789

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2016 Jan.	2,68	130 505	2,26	129 655	2,72	595 850
Febr.	2,67	134 107	2,23	130 842	2,70	598 794
März	2,65	137 421	2,20	130 530	2,67	597 332
April	2,66	136 364	2,18	131 883	2,64	601 069
Mai	2,60	136 538	2,15	132 698	2,62	605 918
Juni	2,62	135 941	2,13	133 455	2,60	604 497
Juli	2,59	133 112	2,09	133 334	2,57	608 349
Aug.	2,60	129 449	2,08	134 293	2,55	613 121
Sept.	2,58	132 381	2,06	134 447	2,52	612 812
Okt.	2,53	132 273	2,04	134 868	2,50	615 105
Nov.	2,54	131 980	2,02	136 298	2,48	620 104
Dez.	2,57	125 998	2,01	136 477	2,45	623 831
2017 Jan.	2,52	130 773	2,00	136 909	2,42	628 283

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EUW gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen.

o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2016 Jan.	0,12	1 117 856	0,35	7 184	0,62	1 024	1,00	1 360	0,37	534 775	0,43	60 627
Febr.	0,12	1 123 332	0,34	6 226	0,71	914	1,03	1 493	0,36	536 409	0,40	59 334
März	0,11	1 120 146	0,34	6 804	0,82	1 137	0,93	1 721	0,34	535 575	0,39	58 239
April	0,10	1 140 220	0,35	5 852	0,69	994	0,94	1 130	0,32	534 792	0,38	57 125
Mai	0,10	1 142 947	0,34	5 430	0,69	747	0,89	901	0,31	534 122	0,37	56 154
Juni	0,08	1 149 604	0,27	6 027	0,73	759	0,83	935	0,30	533 649	0,36	55 415
Juli	0,08	1 168 427	0,27	5 846	0,57	856	0,80	903	0,28	533 501	0,35	54 560
Aug.	0,08	1 171 644	0,33	5 081	0,61	1 148	0,86	961	0,27	533 503	0,34	53 749
Sept.	0,08	1 173 762	0,32	5 240	0,50	671	0,77	885	0,26	532 980	0,33	53 031
Okt.	0,07	1 184 012	0,30	6 402	0,44	716	0,75	933	0,25	533 209	0,32	52 223
Nov.	0,07	1 208 967	0,30	5 075	0,58	523	0,77	907	0,24	533 406	0,32	51 649
Dez.	0,07	1 220 413	0,23	5 583	0,51	621	0,68	967	0,24	536 031	0,32	51 299
2017 Jan.	0,07	1 222 852	0,28	6 002	0,59	715	0,61	999	0,23	536 834	0,31	50 563

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2016 Jan.	0,03	370 533	0,10	9 780	0,32	1 283	0,42	489
Febr.	0,03	369 125	0,08	10 334	0,48	890	0,50	244
März	0,05	369 344	- 0,03	14 907	0,20	931	1,34	1 057
April	0,05	377 546	- 0,01	10 820	0,13	851	0,40	439
Mai	0,01	380 942	- 0,02	9 700	0,18	694	0,52	1 123
Juni	0,01	376 365	- 0,02	10 619	0,16	689	0,46	858
Juli	0,01	378 718	- 0,02	9 596	0,14	569	0,25	476
Aug.	0,01	388 519	- 0,06	9 727	0,19	451	0,39	286
Sept.	0,01	389 701	- 0,08	15 158	0,14	598	0,30	792
Okt.	0,00	399 216	- 0,03	10 736	0,14	577	0,36	521
Nov.	- 0,00	400 064	- 0,11	13 017	0,24	951	0,39	1 490
Dez.	- 0,00	401 493	- 0,12	15 159	0,22	1 205	0,36	538
2017 Jan.	- 0,00	400 475	- 0,05	11 356	0,22	754	0,40	314

Kredite an private Haushalte																
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)																
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen						
		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2016 Jan.	1,96	7 252	2,01	2 816	1,68	3 753	2,63	1 054	2,11	2 445	2,04	2 153	2,70	823	2,03	1 617
Febr.	2,05	6 669	2,10	2 300	1,87	3 388	2,64	904	2,08	2 377	2,15	2 032	2,76	690	2,05	1 528
März	2,02	7 255	1,87	2 578	1,77	3 549	2,70	996	2,09	2 710	1,96	2 167	2,81	756	2,03	1 796
April	2,03	6 381	1,89	2 492	1,81	3 375	2,68	981	2,09	2 025	2,02	2 079	2,87	757	2,01	1 420
Mai	2,00	5 898	1,92	1 926	1,77	2 921	2,71	876	2,03	2 101	2,01	1 859	2,97	647	1,97	1 372
Juni	2,02	6 820	1,93	2 359	1,84	3 200	2,58	1 134	1,98	2 486	2,09	1 953	2,67	898	1,89	1 769
Juli	1,89	6 818	1,73	2 543	1,69	3 394	2,66	936	1,89	2 488	1,88	2 323	2,82	724	1,85	1 614
Aug.	2,02	5 949	1,95	1 989	1,94	2 699	2,80	793	1,85	2 457	1,99	1 789	2,96	589	1,89	1 569
Sept.	1,89	6 462	1,76	2 153	1,76	3 266	2,69	807	1,81	2 389	1,88	2 013	2,89	610	1,78	1 638
Okt.	1,89	6 445	1,72	2 522	1,70	3 408	2,63	928	1,87	2 109	1,86	2 096	2,78	728	1,82	1 403
Nov.	1,92	6 305	1,89	2 070	1,79	3 051	2,71	837	1,81	2 417	2,00	1 920	2,78	647	1,76	1 572
Dez.	1,93	7 774	1,89	2 343	1,86	3 262	2,61	1 085	1,79	3 427	1,98	2 257	2,71	881	1,76	2 255
2017 Jan.	1,94	6 698	1,84	2 651	1,78	3 024	2,52	915	1,92	2 759	1,92	2 084	2,61	712	1,83	1 898

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2016 Jan.	6,44	6,37	7 338	7,52	1 426	5,59	309	4,99	2 938	7,41	4 091
Febr.	6,25	6,20	7 862	7,44	1 444	5,55	322	4,94	3 260	7,22	4 280
März	6,06	6,04	8 415	7,33	1 833	5,49	341	4,79	3 577	7,07	4 497
April	6,21	6,19	8 734	7,33	1 814	5,89	310	4,88	3 548	7,16	4 876
Mai	6,22	6,20	8 244	7,47	1 715	5,89	306	4,90	3 329	7,16	4 609
Juni	6,20	6,18	8 940	7,47	1 864	5,73	314	4,87	3 616	7,15	5 010
Juli	6,20	6,18	8 468	7,50	1 764	5,97	298	4,77	3 405	7,20	4 765
Aug.	6,09	6,06	8 301	7,36	1 643	5,89	328	4,70	3 402	7,09	4 571
Sept.	5,94	5,92	7 802	7,11	1 560	6,04	296	4,56	3 257	6,95	4 249
Okt.	5,95	5,93	7 579	7,10	1 482	6,04	300	4,52	3 127	6,99	4 152
Nov.	5,85	5,83	7 595	7,12	1 674	6,05	316	4,51	3 312	6,91	3 967
Dez.	5,69	5,67	6 552	7,06	1 399	6,09	320	4,40	3 026	6,83	3 206
2017 Jan.	6,06	6,04	8 603	7,16	1 886	6,15	330	4,59	3 242	6,97	5 031
darunter: besicherte Kredite 12)											
2016 Jan.	-	3,32	191	-	-	2,50	21	3,72	111	2,85	59
Febr.	-	3,51	220	-	-	2,85	33	3,84	135	3,08	52
März	-	3,29	260	-	-	2,58	25	3,71	158	2,65	77
April	-	3,49	206	-	-	2,75	13	3,80	145	2,77	48
Mai	-	3,56	202	-	-	2,69	18	3,95	135	2,79	49
Juni	-	3,62	213	-	-	2,95	17	3,96	141	2,94	55
Juli	-	3,53	193	-	-	2,85	18	3,82	135	2,86	40
Aug.	-	3,52	216	-	-	3,00	16	3,83	149	2,80	51
Sept.	-	3,56	201	-	-	2,86	17	3,87	134	2,97	50
Okt.	-	3,51	189	-	-	2,63	17	3,91	129	2,65	43
Nov.	-	3,55	198	-	-	2,48	15	3,93	140	2,66	43
Dez.	-	3,38	207	-	-	2,72	18	3,80	136	2,53	53
2017 Jan.	-	3,51	169	-	-	2,85	13	3,78	118	2,92	38

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2016 Jan.	2,00	1,97	18 507	2,05	5 833	2,22	2 413	1,87	2 054	1,84	6 800	2,05	7 240
Febr.	1,97	1,96	18 778	2,16	4 870	2,45	2 584	1,86	1 994	1,79	6 837	1,97	7 363
März	1,85	1,82	22 396	1,94	4 799	2,10	2 618	1,82	2 256	1,70	8 246	1,86	9 276
April	1,93	1,88	17 859	1,94	4 981	2,16	2 206	1,82	1 820	1,67	6 054	1,97	7 779
Mai	1,86	1,79	17 968	2,03	3 654	2,19	2 133	1,83	1 698	1,62	6 635	1,83	7 502
Juni	1,82	1,76	21 409	1,94	4 079	2,04	2 567	1,85	1 931	1,60	7 424	1,79	9 487
Juli	1,78	1,73	20 287	1,83	4 970	2,01	2 464	1,79	1 866	1,59	7 230	1,75	8 727
Aug.	1,74	1,68	19 903	1,86	4 075	2,18	2 185	1,76	1 745	1,49	7 197	1,69	8 776
Sept.	1,70	1,64	18 636	1,79	3 854	2,01	2 062	1,75	1 658	1,48	6 555	1,66	8 361
Okt.	1,68	1,62	17 913	1,72	4 542	1,99	2 093	1,62	1 584	1,45	6 317	1,66	7 919
Nov.	1,67	1,62	20 223	1,72	4 687	1,88	2 611	1,66	1 614	1,43	7 008	1,68	8 990
Dez.	1,72	1,66	21 400	1,80	4 757	1,98	2 347	1,67	1 800	1,49	8 054	1,73	9 199
2017 Jan.	1,82	1,77	19 804	1,84	5 711	2,08	2 283	1,66	1 780	1,59	7 454	1,86	8 287
darunter: besicherte Kredite 12)													
2016 Jan.	-	1,92	8 349	-	-	2,30	916	1,62	1 003	1,80	3 276	2,04	3 154
Febr.	-	1,89	7 875	-	-	2,47	987	1,62	875	1,73	3 048	1,95	2 965
März	-	1,74	9 786	-	-	2,01	1 002	1,63	1 075	1,63	3 807	1,81	3 902
April	-	1,89	7 980	-	-	2,17	848	1,53	843	1,62	2 827	2,14	3 462
Mai	-	1,71	7 343	-	-	2,08	783	1,53	752	1,54	2 804	1,81	3 004
Juni	-	1,67	9 111	-	-	1,96	956	1,55	849	1,53	3 475	1,75	3 831
Juli	-	1,65	8 675	-	-	1,86	927	1,51	833	1,53	3 387	1,75	3 528
Aug.	-	1,58	8 476	-	-	1,97	770	1,46	770	1,41	3 410	1,67	3 526
Sept.	-	1,55	7 930	-	-	1,98	728	1,46	708	1,39	3 109	1,61	3 385
Okt.	-	1,55	7 854	-	-	1,89	764	1,43	768	1,39	3 023	1,65	3 299
Nov.	-	1,51	9 115	-	-	1,54	1 225	1,48	763	1,36	3 407	1,65	3 720
Dez.	-	1,57	9 705	-	-	1,85	863	1,55	878	1,41	3 968	1,66	3 996
2017 Jan.	-	1,67	8 932	-	-	1,90	835	1,50	925	1,52	3 632	1,81	3 540

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2016 Jan.	8,83	40 469	8,78	33 630	15,36	4 043	3,82	65 219	3,84	65 010		
Febr.	8,82	41 049	8,81	34 005	15,36	4 071	3,79	67 167	3,80	66 930		
März	8,81	42 187	8,80	35 211	15,42	3 982	3,84	68 638	3,85	68 394		
April	8,70	40 129	8,67	33 142	15,24	4 067	3,83	66 708	3,85	66 461		
Mai	8,72	40 781	8,75	33 466	15,21	4 135	3,70	67 212	3,71	66 974		
Juni	8,75	41 709	8,77	34 494	15,23	4 093	3,74	67 687	3,75	67 430		
Juli	8,61	39 874	8,62	32 504	15,22	4 152	3,66	65 412	3,67	65 180		
Aug.	8,61	40 210	8,63	32 811	15,22	4 137	3,73	63 560	3,74	63 322		
Sept.	8,62	41 559	8,66	33 900	15,13	4 269	3,70	66 057	3,71	65 773		
Okt.	8,59	40 657	8,60	32 988	15,13	4 328	3,67	64 202	3,68	63 931		
Nov.	8,50	39 342	8,51	31 782	15,13	4 222	3,61	64 064	3,63	63 786		
Dez.	8,50	40 103	8,54	32 351	15,06	4 286	3,69	61 612	3,71	61 357		
2017 Jan.	8,55	39 784	8,54	32 190	15,12	4 309	3,61	64 182	3,63	63 925		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)					
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2016 Jan.	1,60	56 798	1,62	19 979	2,58	7 835	2,87	1 331	2,02	1 328	1,26	38 673	2,16	2 309	1,90	5 322
Febr.	1,54	52 765	1,61	15 300	2,71	7 805	2,78	1 310	1,93	1 160	1,20	34 426	1,42	2 142	1,67	5 922
März	1,64	62 713	1,70	19 300	2,67	8 680	2,73	1 524	1,88	1 394	1,35	41 099	1,76	2 294	1,68	7 722
April	1,55	57 589	1,60	19 803	2,60	8 290	2,74	1 645	1,82	1 410	1,23	38 162	1,56	1 933	1,68	6 149
Mai	1,47	53 170	1,55	15 321	2,59	7 987	2,73	1 363	1,85	1 338	1,11	34 259	1,55	1 651	1,64	6 572
Juni	1,52	66 550	1,68	19 903	2,61	8 992	2,79	1 600	1,76	1 526	1,23	43 829	1,57	2 249	1,55	8 354
Juli	1,46	62 584	1,55	21 116	2,44	8 339	2,67	1 484	1,72	1 554	1,16	41 120	1,88	2 329	1,53	7 758
Aug.	1,43	54 015	1,58	14 307	2,44	7 384	2,62	1 340	1,68	1 416	1,14	33 033	1,48	2 112	1,40	8 730
Sept.	1,51	62 170	1,66	19 929	2,54	8 312	2,63	1 431	1,70	1 312	1,24	41 393	1,67	1 986	1,54	7 736
Okt.	1,43	59 422	1,50	20 936	2,44	8 219	2,63	1 417	1,65	1 258	1,16	40 159	1,69	1 960	1,44	6 409
Nov.	1,45	58 860	1,52	15 959	2,48	8 095	2,64	1 497	1,69	1 361	1,16	36 792	1,32	2 628	1,49	8 487
Dez.	1,53	78 985	1,63	22 509	2,50	8 638	2,57	1 829	1,77	1 881	1,27	48 315	1,64	3 444	1,62	14 878
2017 Jan.	1,33	64 819	1,54	18 857	2,42	8 119	2,60	1 328	1,86	1 423	1,01	43 339	1,40	2 830	1,57	7 780
darunter: besicherte Kredite 12)																
2016 Jan.	1,65	9 419	.	.	2,01	674	2,55	125	1,89	463	1,33	6 286	3,51	656	1,93	1 215
Febr.	1,60	8 658	.	.	2,07	554	2,29	149	1,84	382	1,45	4 958	1,69	627	1,71	1 988
März	1,62	10 561	.	.	1,94	611	2,60	154	1,73	406	1,50	5 407	1,79	1 089	1,66	2 894
April	1,59	9 251	.	.	1,95	660	2,39	153	1,67	438	1,49	5 471	1,92	530	1,57	1 999
Mai	1,58	5 951	.	.	2,03	479	2,60	134	1,65	406	1,47	2 864	1,57	364	1,55	1 704
Juni	1,58	10 056	.	.	1,91	601	2,51	159	1,64	468	1,56	4 885	1,72	1 003	1,46	2 940
Juli	1,53	10 322	.	.	1,87	681	2,38	161	1,53	544	1,35	5 526	1,95	929	1,61	2 481
Aug.	1,54	7 519	.	.	2,01	523	2,54	119	1,51	410	1,40	3 645	1,71	452	1,57	2 370
Sept.	1,59	9 002	.	.	1,93	550	2,49	104	1,46	379	1,53	5 125	2,18	614	1,45	2 230
Okt.	1,49	8 746	.	.	1,85	652	2,40	149	1,48	401	1,40	5 352	1,90	560	1,44	1 632
Nov.	1,49	8 480	.	.	2,00	494	2,41	159	1,57	401	1,29	4 031	2,04	610	1,50	2 785
Dez.	1,55	16 083	.	.	1,91	662	2,46	176	1,57	569	1,39	8 076	1,96	1 310	1,62	5 290
2017 Jan.	1,57	8 742	.	.	1,80	692	2,24	141	1,81	505	1,41	4 626	2,05	518	1,60	2 260

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalde auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014	2 444,5	2 367,3	523,2	384,5	300,5	232,5	790,1	68,8	67,6	77,2
2015	2 536,5	2 454,1	488,7	421,6	309,2	246,9	841,7	77,0	69,0	82,4
2014 4.Vj.	2 444,5	2 367,3	523,2	384,5	300,5	232,5	790,1	68,8	67,6	77,2
2015 1.Vj.	2 539,4	2 461,4	517,4	414,0	305,1	242,1	843,7	70,6	68,4	78,1
2.Vj.	2 489,5	2 410,8	509,4	396,7	304,8	238,9	819,2	72,6	69,2	78,6
3.Vj.	2 507,3	2 427,5	498,0	412,5	308,0	241,6	823,8	74,7	68,9	79,8
4.Vj.	2 536,5	2 454,1	488,7	421,6	309,2	246,9	841,7	77,0	69,0	82,4
2016 1.Vj.	2 598,2	2 514,1	486,8	456,3	310,8	248,3	863,1	78,9	70,0	84,1
2.Vj.	2 637,2	2 552,5	478,6	480,8	312,6	248,5	882,7	78,7	70,6	84,7
3.Vj.	2 686,9	2 602,5	470,9	482,4	315,5	261,0	922,4	78,8	71,5	84,4
Versicherungen										
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014	1 892,0	1 842,7	371,6	327,4	271,4	215,9	542,3	63,9	50,2	49,3
2015	1 953,4	1 901,7	336,3	357,3	278,7	228,7	578,3	71,6	50,7	51,8
2014 4.Vj.	1 892,0	1 842,7	371,6	327,4	271,4	215,9	542,3	63,9	50,2	49,3
2015 1.Vj.	1 967,9	1 918,2	365,3	352,8	275,7	224,9	583,1	65,6	50,8	49,7
2.Vj.	1 925,8	1 875,9	357,5	337,9	275,3	221,6	564,6	67,5	51,5	49,9
3.Vj.	1 938,2	1 887,7	347,5	350,0	278,1	224,0	567,7	69,5	51,0	50,5
4.Vj.	1 953,4	1 901,7	336,3	357,3	278,7	228,7	578,3	71,6	50,7	51,8
2016 1.Vj.	2 007,2	1 954,1	336,2	386,6	280,0	230,0	596,3	73,4	51,6	53,1
2.Vj.	2 034,0	1 980,7	328,6	408,0	281,7	229,6	607,7	73,1	51,9	53,2
3.Vj.	2 074,6	2 022,2	318,9	410,1	284,5	242,0	640,8	73,2	52,7	52,3
Pensionseinrichtungen 4)										
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014	552,5	524,6	151,7	57,1	29,1	16,7	247,8	4,9	17,4	27,8
2015	583,0	552,4	152,4	64,3	30,4	18,2	263,3	5,4	18,3	30,6
2014 4.Vj.	552,5	524,6	151,7	57,1	29,1	16,7	247,8	4,9	17,4	27,8
2015 1.Vj.	571,5	543,2	152,1	61,2	29,4	17,3	260,6	5,0	17,6	28,3
2.Vj.	563,7	534,9	151,8	58,8	29,6	17,3	254,7	5,1	17,7	28,8
3.Vj.	569,2	539,9	150,6	62,5	29,9	17,7	256,0	5,3	17,9	29,3
4.Vj.	583,0	552,4	152,4	64,3	30,4	18,2	263,3	5,4	18,3	30,6
2016 1.Vj.	591,1	560,0	150,6	69,7	30,7	18,3	266,8	5,5	18,4	31,0
2.Vj.	603,2	571,7	150,0	72,8	30,9	18,8	275,0	5,5	18,6	31,5
3.Vj.	612,3	580,2	152,0	72,4	31,0	18,9	281,6	5,6	18,7	32,1

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2016 2.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and

pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsfälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 444,5	17,3	89,0	202,7	1 903,8	1 605,5	298,3	72,3	159,4
2015	2 536,5	18,3	96,6	226,0	1 995,9	1 683,2	312,8	71,9	127,8
2014 4.Vj.	2 444,5	17,3	89,0	202,7	1 903,8	1 605,5	298,3	72,3	159,4
2015 1.Vj.	2 539,4	19,0	90,4	223,1	1 942,6	1 635,6	307,0	73,0	191,4
2.Vj.	2 489,5	17,9	91,9	206,2	1 958,3	1 649,6	308,7	72,5	142,7
3.Vj.	2 507,3	17,5	94,3	208,4	1 976,5	1 665,6	311,0	72,2	138,4
4.Vj.	2 536,5	18,3	96,6	226,0	1 995,9	1 683,2	312,8	71,9	127,8
2016 1.Vj.	2 598,2	17,7	97,8	231,7	2 027,1	1 707,3	319,9	73,2	150,6
2.Vj.	2 637,2	17,6	97,9	201,1	2 041,1	1 722,3	318,8	73,3	206,2
3.Vj.	2 686,9	19,0	98,5	208,0	2 067,5	1 749,5	318,0	73,8	220,1
Versicherungen									
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 892,0	17,3	84,3	193,0	1 411,6	1 113,8	297,8	70,5	115,3
2015	1 953,4	18,3	91,6	215,1	1 472,9	1 160,6	312,3	70,2	85,4
2014 4.Vj.	1 892,0	17,3	84,3	193,0	1 411,6	1 113,8	297,8	70,5	115,3
2015 1.Vj.	1 967,9	19,0	85,6	212,5	1 443,0	1 136,4	306,6	71,2	136,6
2.Vj.	1 925,8	17,9	87,2	196,4	1 453,2	1 145,0	308,3	70,7	100,3
3.Vj.	1 938,2	17,5	89,5	198,5	1 464,5	1 154,0	310,5	70,5	97,6
4.Vj.	1 953,4	18,3	91,6	215,1	1 472,9	1 160,6	312,3	70,2	85,4
2016 1.Vj.	2 007,2	17,7	92,8	220,6	1 499,3	1 179,8	319,4	71,4	105,4
2.Vj.	2 034,0	17,6	92,9	191,3	1 506,7	1 188,4	318,3	71,5	154,0
3.Vj.	2 074,6	19,0	93,4	197,8	1 528,4	1 210,8	317,5	72,0	164,0
Pensionseinrichtungen 5)									
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	552,5	–	4,7	9,7	492,1	491,6	0,5	1,8	44,2
2015	583,0	–	4,9	11,0	523,0	522,6	0,5	1,7	42,4
2014 4.Vj.	552,5	–	4,7	9,7	492,1	491,6	0,5	1,8	44,2
2015 1.Vj.	571,5	–	4,7	10,5	499,7	499,2	0,5	1,8	54,8
2.Vj.	563,7	–	4,8	9,8	505,1	504,6	0,5	1,7	42,4
3.Vj.	569,2	–	4,8	9,9	512,0	511,6	0,5	1,7	40,7
4.Vj.	583,0	–	4,9	11,0	523,0	522,6	0,5	1,7	42,4
2016 1.Vj.	591,1	–	5,0	11,2	527,9	527,4	0,5	1,7	45,3
2.Vj.	603,2	–	5,0	9,8	534,4	533,9	0,5	1,8	52,3
3.Vj.	612,3	–	5,1	10,2	539,1	538,6	0,5	1,8	56,2

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2015 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2016 2.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	Inländer				
zu-sammen	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus-länder 8)		
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	– 26 762	96 476	.	– 123 238	244 560
2008	76 490	66 139	– 45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	– 49 813	58 254
2009	70 208	– 538	– 114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	– 19 945
2010	146 620	– 1 212	– 7 621	24 044	– 17 635	147 831	92 682	– 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	13 575	– 46 796	850	59 521	20 075	– 23 876	– 94 793	36 805	34 112	57 526
2012	51 813	– 21 419	– 98 820	– 8 701	86 103	73 231	– 3 767	– 42 017	– 3 573	41 823	55 580
2013	– 15 969	– 101 616	– 117 187	– 153	15 415	85 646	16 409	– 25 778	– 12 708	54 895	– 32 380
2014	64 027	– 31 962	– 47 404	– 1 330	16 776	95 988	53 068	– 12 124	– 11 951	77 143	10 961
2015	31 809	– 36 010	– 65 778	26 762	– 3 006	67 819	123 820	– 66 330	121 164	68 986	– 92 012
2016	69 798	27 069	19 177	17 905	– 10 012	42 728	173 193	– 58 012	187 500	43 705	– 103 395
2016 März	23 357	12 729	1 330	4 510	6 889	10 628	24 185	1 261	13 401	9 523	– 828
April	12 733	– 3 469	7 238	1 970	– 12 677	16 202	34 932	– 5 143	15 821	24 254	– 22 198
Mai	32 358	29 686	8 729	3 993	16 964	2 673	16 681	– 6 052	18 093	4 640	15 677
Juni	– 5 561	– 7 553	– 2 177	– 4 636	– 740	1 992	14 539	– 8 528	16 907	6 160	– 20 099
Juli	– 30 480	– 26 603	– 16 263	1 055	– 11 394	– 3 878	– 1 224	– 9 959	18 064	– 9 329	– 29 257
Aug.	19 190	18 041	7 011	– 942	11 972	1 149	11 826	– 10 241	13 001	9 066	7 364
Sept.	17 625	12 468	6 106	3 712	2 650	5 157	23 838	– 4 025	17 786	10 077	– 6 214
Okt.	– 8 977	– 6 357	– 640	– 3 347	– 10 344	– 2 619	10 962	– 7 635	17 287	1 310	– 19 939
Nov.	– 193	– 2 417	– 5 172	– 377	– 7 966	– 2 611	6 331	– 2 469	18 652	– 9 852	– 6 524
Dez.	– 30 541	– 21 892	– 10 590	1 125	– 12 426	– 8 649	557	– 9 459	13 554	– 3 538	– 31 098
2017 Jan.	24 179	22 501	12 008	4 586	5 908	1 678	20 659	– 7 443	18 146	9 956	3 519

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb			
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	ausländische Aktien 10)	Inländer	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)
zu-sammen 11)	zu-sammen 11)	zu-sammen 11)	zu-sammen 11)	zu-sammen 11)	zu-sammen 11)	zu-sammen 11)	zu-sammen 11)	
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	–	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	–	3 795	18 748
2007	– 5 009	10 053	– 15 062	– 62 308	– 6 702	–	55 606	57 299
2008	– 29 452	11 326	– 40 778	2 743	– 23 079	–	25 822	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	– 8 335	–	38 831	5 484
2010	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	–	29 066	1 361
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	670	–	40 134	14 971
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	10 259	–	4 146	656
2013	20 187	10 106	10 081	17 336	11 991	–	5 345	2 851
2014	39 903	18 778	21 125	34 148	17 203	–	16 945	5 755
2015	40 293	7 668	32 625	26 058	– 5 421	–	31 479	14 235
2016	33 504	4 409	29 095	32 324	– 5 143	–	37 467	1 180
2016 März	8 571	59	8 512	6 205	1 861	–	4 344	2 366
April	– 963	39	1 002	407	– 639	–	1 046	– 1 370
Mai	5 592	288	5 304	6 962	– 2 838	–	4 124	– 1 370
Juni	216	335	119	2 659	– 330	–	2 989	– 2 443
Juli	2 882	464	2 418	2 620	– 2 128	–	4 748	262
Aug.	4 804	1 063	3 741	3 191	– 2 256	–	935	1 613
Sept.	5 438	229	5 209	6 092	– 503	–	5 589	– 654
Okt.	1 984	204	1 780	– 1 464	– 221	–	1 243	3 448
Nov.	3 866	681	3 185	3 772	– 728	–	3 044	94
Dez.	3 021	861	2 160	– 12	– 1 291	–	1 303	3 033
2017 Jan.	1 312	39	1 273	563	– 244	–	807	749

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für 2011 bis 2016 sind durch Änderungen in der Zahlungs-bilanzstatistik teilweise korrigiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben				
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)												
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600			
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69			
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–			
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–			
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–			
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–			
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–			
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–			
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–			
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–			
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700	–			
2016 5)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	73 370	416 110	–			
2016 Juni	98 036	56 397	1 402	1 345	35 416	18 235	3 694	37 944	–			
Juli 5)	106 809	64 060	3 695	231	47 806	12 328	5 516	37 234	–			
Aug.	84 466	47 957	3 758	952	35 486	7 762	2 439	34 070	–			
Sept.	110 645	60 863	720	143	46 130	13 870	9 464	40 318	–			
Okt.	93 470	58 255	1 559	785	42 270	13 642	7 593	27 621	–			
Nov.	72 858	40 706	2 017	211	29 840	8 639	2 842	29 309	–			
Dez.	56 403	32 710	340	48	23 727	8 595	9 060	14 634	–			
2017 Jan.	123 462	82 622	4 569	2 909	62 057	13 088	6 115	34 725	–			
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 6)												
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400			
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69			
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–			
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–			
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–			
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–			
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–			
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–			
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–			
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–			
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742	–			
2016 5)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	47 818	154 144	–			
2016 Juni	34 458	16 553	1 291	711	6 590	7 962	2 098	15 808	–			
Juli 5)	34 008	14 977	2 759	231	9 154	2 833	3 897	15 134	–			
Aug.	24 960	11 808	2 630	502	4 541	4 134	931	12 221	–			
Sept.	35 483	16 330	708	118	7 420	8 084	7 291	11 862	–			
Okt.	32 702	14 677	1 559	785	4 690	7 644	6 327	11 698	–			
Nov.	23 848	11 083	2 004	211	5 122	3 746	1 368	11 397	–			
Dez.	19 429	7 699	137	48	3 777	3 737	6 592	5 138	–			
2017 Jan.	41 887	26 101	3 344	1 861	15 975	4 921	4 857	10 929	–			
Netto-Absatz 7)												
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	–	35 963
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	–	19 208
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	42 567	73 127	–	3 683	–	29 750
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	25 165	34 074	–	82 653	–	31 607
2009	76 441	–	75 554	858	–	80 646	25 579	–	21 345	48 508	–	21 037
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	63 368	28 296	–	48 822	–	10 904
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	44 290	32 904	–	44 852	–	5 989
2012	–	85 298	–	100 198	–	4 177	–	41 660	–	51 099	–	2 605
2013	–	140 017	–	125 932	–	17 364	–	37 778	–	4 027	–	3 057
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	23 856	–	862	–	2 626
2015	–	65 147	–	77 273	–	9 271	–	9 754	–	2 758	–	1 441
2016 5)	–	21 951	–	10 792	–	2 176	–	12 979	–	16 266	–	1 256
2016 Juni	–	3 182	–	4 261	–	2 543	–	3 575	–	1 322	–	–
Juli 5)	–	22 944	–	15 024	–	858	–	1 014	–	14 406	–	59
Aug.	–	19 464	–	5 831	–	3 209	–	34	–	4 897	–	–
Sept.	–	13 990	–	4 456	–	421	–	1 385	–	4 802	–	–
Okt.	–	4 225	–	425	–	286	–	1 680	–	105	–	15
Nov.	–	4 577	–	6 635	–	1 095	–	1 855	–	3 251	–	214
Dez.	–	26 763	–	10 987	–	1 766	–	428	–	5 419	–	–
2017 Jan.	–	5 954	–	13 059	–	2 874	–	788	–	6 724	–	51

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der

Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 6 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 7 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2016 2)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358	5 100
2016 Juli 2)	3 061 069	1 171 875	130 372	68 083	632 445	340 975	266 411	1 622 783	5 330
Aug.	3 080 533	1 177 707	133 581	68 049	637 342	338 734	266 068	1 636 758	5 330
Sept.	3 094 523	1 182 162	133 160	66 664	642 143	340 195	269 875	1 642 486	5 330
Okt.	3 090 298	1 182 587	133 446	64 984	642 249	341 909	273 900	1 633 811	5 314
Nov.	3 094 875	1 175 952	134 541	63 129	638 998	339 284	274 075	1 644 848	5 100
Dez.	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358	5 100
2017 Jan.	3 074 066	1 178 024	135 649	63 489	640 303	338 583	277 637	1 618 405	5 049

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Januar 2017

bis unter 2	991 732	449 394	38 048	22 768	271 412	117 166	54 755	487 583	1 748
2 bis unter 4	676 423	287 527	40 434	17 147	153 762	76 184	46 046	342 852	146
4 bis unter 6	436 642	179 925	24 687	9 417	94 607	51 214	37 092	219 627	266
6 bis unter 8	312 754	97 289	18 190	5 657	51 513	21 930	22 647	192 818	1 340
8 bis unter 10	233 144	75 770	10 184	5 074	35 468	25 044	15 459	141 915	552
10 bis unter 15	132 839	30 927	3 494	2 522	12 628	12 283	16 441	85 471	30
15 bis unter 20	55 470	16 979	157	785	11 874	4 162	8 135	30 356	-
20 und darüber	235 062	40 215	453	121	9 041	30 600	77 064	117 783	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalgesellschaften	Einbringung von Fororderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	268	-	1 443	-	3 060	-	1 703	1 058 532
2006	163 764	-	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	1 256	-	3 761	1 279 638
2007	164 560	-	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 636	1 481 930
2008	168 701	-	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	1 306	830 622
2009	175 691	-	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	974	927 256
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	-	486	-	993	-	3 569	1 091 220
2011	177 167	-	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	3 532	924 214
2012	178 617	-	1 449	3 046	129	570	-	-	478	-	594	-	2 411	1 150 188
2013	171 741	-	6 879	2 971	718	476	-	-	1 432	-	619	-	8 992	1 432 658
2014	177 097	-	5 356	5 332	1 265	1 714	-	-	465	-	1 044	-	1 446	1 478 063
2015	177 416	-	319	4 634	397	599	-	-	1 394	-	1 385	-	2 535	1 614 442
2016	176 355	-	1 062	3 272	319	337	-	-	953	-	2 165	-	1 865	1 676 397
2016 Juli	176 196	-	502	425	148	5	-	-	83	-	49	-	40	1 527 172
Aug.	176 572	-	376	1 061	35	19	-	-	495	-	121	-	124	1 566 154
Sept.	176 583	-	11	49	2	0	-	-	22	-	59	-	76	1 574 835
Okt.	176 733	-	150	196	0	45	-	-	36	-	11	-	44	1 586 968
Nov.	176 793	-	60	120	2	-	-	-	-	-	5	-	56	1 571 446
Dez.	176 355	-	439	747	8	-	-	-	0	-	1 164	-	29	1 676 397
2017 Jan.	176 328	-	28	38	-	8	-	-	34	-	21	-	18	1 716 525

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.								Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1	142,50	112,72	526,55	11 481,06
2016 Sept.	–	0,1	–	0,2	–	0,1	0,1	144,47	115,53	490,14	10 511,02
Okt.	0,0	–	0,1	–	0,1	0,0	0,2	142,59	113,12	494,25	10 665,01
Nov.	0,2	0,1	0,0	0,2	0,4	1,0	2,0	142,37	112,33	490,37	10 640,30
Dez.	0,2	0,1	0,1	0,3	0,4	1,0	2,0	142,50	112,72	526,55	11 481,06
2017 Jan.	0,2	0,1	0,1	0,3	0,4	1,0	2,0	141,33	110,45	530,99	11 535,31
Febr.	0,2	0,1	0,1	0,3	0,4	1,0	1,9	143,32	112,08	543,02	11 834,41

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb									
	Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)										Inländer					Ausländer 5)				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			Spezialfonds	ausländische Fonds 4)	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)									
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Immo-bilien-fonds			zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile							
2005	85 268	41 718	6 400	–	124	7 001	–	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016				
2006	47 264	19 535	–	14 257	490	–	9 362	–	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258			
2007	55 778	13 436	–	7 872	–	4 839	–	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	–	229	4 240	51 538	38 102	4 469		
2008	2 598	–	7 911	–	14 409	–	12 171	–	11 149	799	6 498	10 509	–	16 625	–	9 252	27 940	19 761	–	8 717
2009	49 929	43 747	10 966	–	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	–	14 995	–	8 178	53 127	14 361	11 796			
2010	106 190	84 906	13 381	–	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598					
2011	46 512	45 221	–	1 340	–	379	–	2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	–	7 576	–	694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 236	89 942	2 084	–	1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	–	3 062	–	1 562	117 738	22 855	–	3 438		
2013	123 736	91 337	9 184	–	574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	100	116 257	32 300	6 709					
2014	139 768	97 711	3 998	–	473	862	1 000	93 713	42 057	143 560	819	–	1 745	142 741	43 802	–	3 790			
2015	180 762	146 136	30 420	–	318	22 345	3 636	115 716	34 626	173 417	7 362	–	494	166 055	34 131	–	7 345			
2016	155 955	119 369	21 301	–	342	11 131	7 384	98 068	36 586	162 883	2 877	–	3 172	160 006	39 757	–	6 928			
2016 Juli	9 381	7 899	1 862	–	195	1 706	280	6 038	1 482	10 823	–	1 208	–	186	9 615	1 296	–	1 441		
Aug.	8 603	5 151	1 038	–	125	843	109	4 113	3 452	9 128	–	922	–	1 679	10 050	5 131	–	524		
Sept.	12 091	8 123	900	–	39	28	631	7 224	3 967	12 300	–	648	–	132	11 652	3 835	–	209		
Okt.	18 113	11 557	1 765	–	103	1 049	528	9 791	6 556	17 997	–	213	–	518	18 210	7 074	–	116		
Nov.	11 131	11 845	2 820	–	67	2 053	346	9 025	–	714	12 125	–	616	–	780	12 741	–	994		
Dez.	20 446	16 366	1 388	–	37	1 016	253	14 977	4 081	20 017	–	614	–	756	20 631	4 837	–	429		
2017 Jan.	18 625	10 107	1 518	–	65	583	1 001	8 589	8 518	19 145	–	1 384	–	502	17 761	8 016	–	519		

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die

Ergebnisse für 2011 bis 2016 sind durch Änderungen in der Zahlungsbilanzstatistik teilweise korrigiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015			2016		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	4,45	- 7,75	37,62	3,60	28,00	16,99	- 1,30	8,59	16,96
Schuldverschreibungen insgesamt	0,65	- 1,26	- 0,93	0,56	0,51	- 0,52	0,87	- 3,32	0,17
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,56	1,62	- 0,77	0,93	- 1,42	0,78	0,98	- 0,70	- 0,02
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,91	- 2,88	- 0,15	- 0,37	1,93	- 1,29	- 0,10	- 2,62	0,19
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 1,27	- 1,88	0,73	0,24	0,94	- 0,38	0,51	- 2,54	- 0,04
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66	- 0,12	0,01
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,14	- 1,26	1,93	- 0,27	0,87	0,58	0,31	- 1,80	- 0,53
Staat	0,07	- 0,57	- 0,41	- 0,08	0,39	- 0,44	- 0,46	- 0,62	0,47
Schuldverschreibungen des Auslands	1,91	0,62	- 1,66	0,32	- 0,42	- 0,14	0,37	- 0,78	0,21
Kredite insgesamt	9,29	14,41	30,53	5,87	1,37	0,20	6,50	- 5,34	4,69
kurzfristige Kredite	27,76	36,06	25,14	1,64	1,13	1,97	3,21	- 0,60	- 3,17
langfristige Kredite	- 18,47	- 21,66	5,39	4,23	0,25	- 1,77	3,29	- 4,74	7,87
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	2,20	10,40	12,09	- 1,12	0,52	- 5,20	0,78	- 4,39	1,65
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	0,31	2,43	0,06	4,34	- 0,56	3,28	- 8,38	3,24
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 1,81	10,65	9,68	- 1,17	- 3,81	- 4,64	- 2,50	3,99	- 1,60
Staat	0,10	0,06	- 0,02	- 0,01	- 0,01	- 0,01	0,00	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	7,09	4,01	18,44	6,99	0,85	5,41	5,72	- 0,95	3,05
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	39,87	9,93	47,49	8,00	14,77	20,99	10,03	3,04	15,47
Anteilsrechte insgesamt	32,22	20,31	31,15	5,18	10,89	19,49	9,58	3,79	11,38
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	8,70	- 1,62	- 10,41	1,41	1,98	2,88	- 6,00	- 0,77	6,72
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	1,07	2,12	2,86	- 6,17	- 0,94	6,83
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,95	3,78	- 2,37	0,34	- 0,14	0,02	0,17	- 0,17	- 0,11
Börsennotierte Aktien des Auslands	3,37	- 4,85	12,38	- 0,15	- 4,46	3,00	0,66	- 0,60	1,37
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	20,16	26,77	29,18	3,92	13,37	13,61	14,92	5,16	3,29
Anteile an Investmentfonds	7,65	- 10,38	16,35	2,82	3,87	1,50	0,45	- 0,75	4,08
Geldmarktfonds	- 0,15	0,23	0,21	0,17	- 0,06	0,35	- 0,30	- 0,10	- 0,03
Sonstige Investmentfonds	7,80	- 10,61	16,13	2,65	3,93	1,15	0,75	- 0,65	4,11
Versicherungstechnische Rückstellungen	3,02	1,05	2,97	0,86	0,88	0,64	2,40	2,61	2,68
Finanzderivate	6,49	- 1,26	0,54	- 2,41	0,87	- 1,47	- 1,96	0,94	- 4,58
Sonstige Forderungen	173,71	- 95,11	52,19	48,50	11,47	21,77	9,03	3,04	- 17,33
Insgesamt	237,47	- 80,01	170,41	64,98	57,86	58,60	25,57	9,56	18,07
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	12,78	1,26	7,78	4,91	0,46	- 1,17	10,40	4,60	2,88
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,12	- 11,63	1,96	- 0,04	1,01	- 0,27	2,04	0,18	- 0,57
langfristige Schuldverschreibungen	13,90	12,89	5,82	4,95	- 0,55	- 0,89	8,36	4,43	3,45
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,10	4,27	1,76	2,73	- 0,72	- 1,19	4,97	1,27	1,51
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66	- 0,12	0,01
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,85	4,12	2,07	1,85	- 0,44	- 0,60	3,59	1,96	1,48
Staat	- 0,05	0,00	0,02	- 0,00	0,01	0,01	0,00	0,00	0,01
Private Haushalte	1,50	0,20	0,46	0,29	0,03	- 0,07	0,73	- 0,57	0,01
Schuldverschreibungen des Auslands	7,67	- 3,01	6,02	2,19	1,18	0,03	5,43	3,33	1,37
Kredite insgesamt	26,84	- 13,42	42,52	16,70	- 1,39	- 1,26	34,89	5,38	22,11
kurzfristige Kredite	24,45	1,81	24,57	14,91	- 2,82	4,01	18,51	- 3,38	4,29
langfristige Kredite	2,40	- 15,23	17,94	1,79	1,43	- 5,27	16,38	8,77	17,82
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	- 4,95	4,59	17,91	6,29	0,00	- 10,19	23,36	- 10,13	14,93
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	- 0,31	2,43	0,06	4,34	- 0,56	3,28	- 8,38	3,24
finanzielle Kapitalgesellschaften	12,46	16,45	22,70	7,26	- 1,53	1,39	13,89	- 2,37	14,37
Staat	- 21,31	- 11,55	- 7,23	- 1,03	- 2,81	- 11,02	6,20	0,62	- 2,68
Kredite aus dem Ausland	31,74	- 18,01	24,60	10,41	- 1,39	8,93	11,53	15,51	7,18
Anteilsrechte insgesamt	12,04	27,88	15,04	5,40	5,89	3,69	3,25	2,13	2,42
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 4,47	- 0,34	7,36	- 3,65	0,73	11,39	- 2,68	3,28	4,34
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	1,07	2,12	2,86	- 6,17	- 0,94	6,83
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,02	2,22	11,75	- 5,34	- 6,36	5,09	- 1,14	3,22	- 2,25
Staat	- 0,88	0,03	0,11	0,01	0,02	0,01	0,03	0,03	0,02
Private Haushalte	- 8,21	2,80	3,55	0,61	4,95	3,43	4,61	0,98	- 0,26
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,80	9,09	- 1,34	5,36	1,97	- 10,04	2,72	- 2,87	- 4,11
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	8,70	19,13	9,02	3,70	3,20	2,34	3,21	1,71	2,19
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,34	6,41	5,06	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	3,72	1,93	- 12,97	- 16,16	- 3,46	- 4,25	5,65	- 5,74	1,48
Sonstige Verbindlichkeiten	19,83	- 10,06	58,33	18,93	0,49	10,01	8,40	1,27	- 8,10
Insgesamt	81,54	13,98	115,75	31,05	3,26	8,29	63,85	8,91	22,05

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015			2016		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	411,3	405,8	462,6	396,3	431,0	462,6	454,1	464,8	500,9
Schuldverschreibungen insgesamt	45,0	49,6	47,8	48,4	48,4	47,8	48,8	45,7	46,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	5,1	6,8	6,0	6,7	5,2	6,0	7,0	6,3	6,3
langfristige Schuldverschreibungen	39,9	42,9	41,7	41,7	43,2	41,7	41,7	39,3	39,6
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	24,6	22,9	23,3	23,0	23,8	23,3	23,8	21,4	21,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,5	4,2	3,6	4,3	4,2	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	12,7	14,5	13,2	14,0	14,5	14,8	13,0	12,5
Staat	6,1	5,7	5,2	5,3	5,6	5,2	4,8	4,2	4,6
Schuldverschreibungen des Auslands	20,5	26,7	24,4	25,4	24,7	24,4	24,9	24,3	24,5
Kredite insgesamt	446,5	465,6	496,0	498,0	497,3	496,0	500,1	495,1	497,3
kurzfristige Kredite	340,0	375,8	399,8	399,5	399,7	399,8	401,8	401,6	396,8
langfristige Kredite	106,5	89,8	96,2	98,4	97,7	96,2	98,4	93,5	100,5
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	304,7	315,1	327,2	331,9	332,4	327,2	328,0	323,6	325,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,7	214,9	219,2	218,7	221,9	213,6	216,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	82,1	92,8	102,4	110,9	107,1	102,4	100,0	104,0	102,4
Staat	6,0	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1
Kredite an das Ausland	141,8	150,5	168,8	166,1	165,0	168,8	172,1	171,5	172,0
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 658,3	1 726,5	1 905,6	1 888,8	1 781,0	1 905,6	1 839,6	1 808,3	1 853,7
Anteilsrechte insgesamt	1 520,2	1 591,0	1 753,6	1 738,8	1 631,2	1 753,6	1 688,5	1 656,6	1 695,5
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	275,4	262,2	273,0	274,6	239,0	273,0	248,1	239,4	265,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	267,4	233,2	266,6	242,0	233,7	259,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	5,7	10,0	6,3	7,2	5,9	6,3	6,1	5,7	5,8
Börsennotierte Aktien des Auslands	54,2	50,0	62,5	63,5	58,7	62,5	62,8	62,1	64,5
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 190,6	1 278,8	1 418,2	1 400,7	1 333,5	1 418,2	1 377,6	1 355,1	1 365,9
Anteile an Investmentfonds	138,1	135,5	151,9	150,0	149,8	151,9	151,1	151,7	158,2
Geldmarktfonds	1,1	1,2	1,4	1,1	1,0	1,4	1,0	1,1	1,0
Sonstige Investmentfonds	137,0	134,4	150,6	149,0	148,8	150,6	150,1	150,6	157,2
Versicherungstechnische Rückstellungen	46,1	47,3	50,0	48,6	49,3	50,0	52,6	55,2	57,8
Finanzderivate	16,8	22,7	24,0	23,0	24,6	24,0	23,3	25,5	22,3
Sonstige Forderungen	891,1	857,8	927,7	926,7	921,7	927,7	921,3	921,5	914,0
Insgesamt	3 515,1	3 575,4	3 913,6	3 829,8	3 753,4	3 913,6	3 839,8	3 816,0	3 891,9
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	138,9	150,9	156,8	157,2	158,1	156,8	173,1	179,0	183,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	13,4	1,8	3,0	2,3	3,3	3,0	5,1	5,3	4,7
langfristige Schuldverschreibungen	125,4	149,1	153,7	154,9	154,8	153,7	168,0	173,7	178,3
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	51,1	60,2	58,7	62,7	60,7	58,7	65,9	68,2	71,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,5	4,2	3,6	4,3	4,2	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,8	39,8	40,0	42,8	41,3	40,0	46,0	49,1	50,9
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,6	15,8	15,0	15,3	15,2	15,0	15,6	14,9	15,9
Schuldverschreibungen des Auslands	87,8	90,7	98,1	94,5	97,4	98,1	107,2	110,8	111,8
Kredite insgesamt	1 411,2	1 383,6	1 427,3	1 433,1	1 431,3	1 427,3	1 459,4	1 462,6	1 480,8
kurzfristige Kredite	494,2	496,0	521,0	522,3	518,2	521,0	537,7	534,0	539,0
langfristige Kredite	917,0	887,6	906,3	910,8	913,1	906,3	921,7	928,5	941,9
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 091,5	1 078,1	1 092,6	1 106,2	1 107,0	1 092,6	1 116,1	1 101,9	1 116,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,7	214,9	219,2	218,7	221,9	213,6	216,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	809,3	805,6	825,4	829,5	828,1	825,4	836,0	829,3	842,3
Staat	65,6	56,3	48,6	61,8	59,8	48,6	58,2	59,1	57,8
Kredite aus dem Ausland	319,8	305,5	334,6	326,9	324,3	334,6	343,3	360,7	363,9
Anteilsrechte insgesamt	2 436,6	2 542,2	2 670,9	2 715,7	2 484,8	2 670,9	2 567,4	2 487,3	2 662,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	571,9	570,8	626,4	625,1	551,6	626,4	585,2	569,6	616,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	267,4	233,2	266,6	242,0	233,7	259,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	120,3	134,7	150,1	159,4	130,8	150,1	140,3	139,2	147,8
Staat	35,2	35,2	43,4	39,5	41,1	43,4	41,5	40,4	40,8
Private Haushalte	146,6	148,7	166,2	158,8	146,5	166,2	161,5	156,3	168,9
Börsennotierte Aktien des Auslands	670,8	719,1	756,3	789,6	693,2	756,3	724,7	684,7	782,2
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 194,0	1 252,3	1 288,3	1 301,0	1 240,0	1 288,3	1 257,5	1 233,0	1 263,4
Versicherungstechnische Rückstellungen	243,9	250,3	255,4	252,8	254,1	255,4	256,6	257,9	259,2
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	37,3	54,0	42,0	46,6	44,7	42,0	49,8	46,7	50,7
Sonstige Verbindlichkeiten	962,4	988,9	1 057,3	1 024,0	1 026,3	1 057,3	1 042,2	1 046,1	1 044,5
Insgesamt	5 230,3	5 369,9	5 609,6	5 629,4	5 399,3	5 609,6	5 548,5	5 479,6	5 680,6

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015			2016		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	63,87	85,82	96,61	30,79	11,86	38,99	8,69	25,30	19,88
Bargeld	8,08	15,64	25,45	6,84	6,39	7,75	2,99	1,04	2,25
Einlagen insgesamt	55,79	70,18	71,16	23,96	5,48	31,24	5,70	24,26	17,63
Sichteinlagen	89,41	73,84	100,96	34,43	15,01	32,22	7,24	28,09	23,41
Termineinlagen	- 9,78	8,74	- 9,22	- 3,12	- 4,21	0,44	0,83	2,16	- 1,73
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 23,85	- 12,41	- 20,58	- 7,35	- 5,32	- 1,43	- 2,37	- 5,99	- 4,05
Schuldverschreibungen insgesamt	- 17,81	- 18,00	- 17,40	- 5,09	- 1,87	- 3,07	- 1,76	- 4,10	- 3,16
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,36	- 0,67	0,75	0,31	0,28	- 0,13	0,10	- 0,62	0,10
langfristige Schuldverschreibungen	- 17,45	- 17,33	- 18,16	- 5,40	- 2,14	- 2,95	- 1,86	- 3,48	- 3,26
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 14,86	- 15,08	- 9,34	- 2,98	- 0,16	- 1,45	1,08	- 1,57	- 1,74
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,24	0,02	0,39	0,23	0,02	- 0,07	0,67	- 0,59	0,03
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 12,46	- 12,52	- 6,80	- 2,40	0,44	- 0,78	0,74	- 0,36	- 1,29
Staat	- 3,64	- 2,58	- 2,93	- 0,81	- 0,61	- 0,60	- 0,33	- 0,63	- 0,48
Schuldverschreibungen des Auslands	- 2,94	- 2,93	- 8,06	- 2,11	- 1,71	- 1,62	- 2,84	- 2,53	- 1,42
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	9,63	36,87	46,39	10,53	16,85	14,48	15,67	11,57	10,20
Anteilsrechte insgesamt	- 0,41	12,17	15,03	2,87	11,73	6,69	10,26	5,22	3,35
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 5,63	4,61	4,06	1,13	6,67	2,79	6,59	2,69	0,25
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,29	2,69	3,77	0,49	6,03	2,76	4,52	0,69	- 0,30
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,35	1,93	0,28	- 2,98	- 0,16	- 1,45	2,07	2,00	0,55
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,99	3,70	6,75	0,80	3,00	2,30	1,65	1,21	2,08
Übrige Anteilsrechte 1)	2,24	3,86	4,22	0,95	2,07	1,60	2,02	1,32	1,02
Anteile an Investmentfonds	10,04	24,70	31,36	7,66	5,12	7,79	5,41	6,35	6,86
Geldmarktfonds	- 0,30	- 0,34	- 0,57	- 0,02	- 0,10	- 0,30	- 0,30	- 0,15	0,10
Sonstige Investmentfonds	10,34	25,04	31,93	7,68	5,22	8,09	5,71	6,50	6,76
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	26,02	24,47	20,08	4,89	4,78	5,12	5,83	5,86	5,88
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	30,40	31,36	6,89	6,19	7,14	17,63	6,35	7,70
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	19,39	35,34	31,30	6,71	5,81	6,96	5,28	6,58	5,71
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	14,16	- 33,07	- 24,36	- 9,93	- 1,80	- 25,38	9,40	- 4,06	- 3,86
Insgesamt	146,96	161,82	183,97	44,79	41,83	44,23	60,74	47,51	42,36
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	11,96	20,59	39,12	11,39	14,88	9,40	6,01	15,84	16,00
kurzfristige Kredite	- 3,31	- 1,98	- 3,17	- 1,26	- 1,51	- 1,40	- 0,42	- 0,91	- 0,93
langfristige Kredite	15,27	22,57	42,29	12,64	16,39	10,80	6,43	16,76	16,94
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	18,89	24,87	36,56	9,85	14,08	10,46	4,29	12,16	14,32
Konsumentenkredite	- 0,30	1,21	5,44	2,15	1,40	0,32	2,11	3,93	2,86
Gewerbliche Kredite	- 6,64	- 5,49	- 2,88	- 0,61	- 0,60	- 1,38	- 0,38	- 0,24	- 1,17
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,60	18,87	39,35	11,60	15,09	9,38	5,24	13,81	15,74
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	- 0,60	1,72	- 0,23	- 0,22	- 0,22	0,02	0,77	2,04	0,27
Kredite vom Staat und Ausland	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,01	0,78	- 1,26	- 0,30	- 0,37	- 0,37	0,15	0,03	0,10
Insgesamt	11,94	21,37	37,87	11,09	14,51	9,04	6,15	15,88	16,11

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2015			2016		
				2.Vj.	3 Vj.	4 Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 910,8	1 998,1	2 094,8	2 043,8	2 055,7	2 094,8	2 103,5	2 128,8	2 148,9
Bargeld	112,0	127,7	153,1	139,0	145,4	153,1	156,1	157,2	159,4
Einlagen insgesamt	1 798,8	1 870,4	1 941,6	1 904,8	1 910,3	1 941,6	1 947,4	1 971,6	1 989,5
Sichteinlagen	907,8	981,4	1 082,4	1 035,1	1 050,1	1 082,4	1 089,8	1 117,9	1 141,5
Termineinlagen	245,9	256,4	246,8	250,9	246,4	246,8	248,3	250,4	248,7
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	645,1	632,7	612,4	618,9	613,8	612,4	609,3	603,4	599,3
Schuldverschreibungen insgesamt	179,0	162,2	139,8	149,2	144,0	139,8	137,1	133,5	130,6
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,7	2,1	2,9	2,7	3,0	2,9	2,9	2,3	2,4
langfristige Schuldverschreibungen	176,3	160,1	136,9	146,5	141,0	136,9	134,2	131,2	128,3
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	116,9	102,4	89,4	94,3	92,2	89,4	89,6	87,8	87,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	14,2	14,1	13,4	13,7	13,5	13,4	13,9	13,1	14,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	90,7	78,7	69,5	72,9	71,5	69,5	69,4	69,0	67,8
Staat	12,0	9,6	6,5	7,8	7,1	6,5	6,3	5,7	5,2
Schuldverschreibungen des Auslands	62,0	59,8	50,3	54,9	51,8	50,3	47,6	45,7	43,5
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	885,9	951,4	1 040,7	1 018,4	982,1	1 040,7	1 024,3	1 028,5	1 068,1
Anteilsrechte insgesamt	487,6	508,9	555,9	537,0	518,3	555,9	544,9	540,7	562,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	167,4	169,7	188,9	179,6	168,4	188,9	181,8	174,6	187,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	140,4	142,1	158,7	151,1	140,2	158,7	154,1	148,6	160,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	26,9	27,6	30,3	28,5	28,2	30,3	27,6	26,0	27,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	55,8	64,0	74,8	71,7	67,9	74,8	73,1	76,8	80,7
Übrige Anteilsrechte 1)	264,4	275,3	292,2	285,7	282,0	292,2	290,1	289,2	294,3
Anteile an Investmentfonds	398,3	442,5	484,8	481,3	463,8	484,8	479,3	487,8	505,1
Geldmarktfonds	4,4	4,0	3,4	3,8	3,7	3,4	3,1	3,0	3,0
Sonstige Investmentfonds	393,8	438,5	481,4	477,5	460,1	481,4	476,3	484,7	502,1
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	291,3	307,3	324,4	315,8	320,0	324,4	330,2	336,1	342,0
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	847,3	885,6	919,5	905,1	911,8	919,5	937,1	943,3	951,0
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	708,3	752,1	786,4	764,0	770,6	786,4	791,7	798,3	804,0
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	36,7	35,8	34,1	35,2	34,8	34,1	33,8	33,5	33,0
Insgesamt	4 859,4	5 092,6	5 339,7	5 231,6	5 219,0	5 339,7	5 357,7	5 402,0	5 477,5
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 549,6	1 570,5	1 607,6	1 583,9	1 598,4	1 607,6	1 614,0	1 629,8	1 646,0
kurzfristige Kredite	66,4	64,6	60,9	64,1	62,6	60,9	60,5	59,6	58,6
langfristige Kredite	1 483,2	1 505,9	1 546,7	1 519,8	1 535,8	1 546,7	1 553,5	1 570,2	1 587,3
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 092,9	1 118,0	1 154,7	1 130,2	1 144,0	1 154,7	1 159,1	1 171,3	1 185,6
Konsumentenkredite	188,7	188,9	191,9	191,2	192,2	191,9	194,0	197,8	200,9
Gewerbliche Kredite	268,0	263,6	260,9	262,5	262,1	260,9	260,9	260,7	259,5
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 458,4	1 477,6	1 514,9	1 491,0	1 505,7	1 514,9	1 520,5	1 534,3	1 550,2
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,2	92,9	92,7	92,9	92,7	92,7	93,5	95,5	95,8
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,6	16,4	14,8	16,4	16,3	14,8	15,6	15,6	15,9
Insgesamt	1 565,2	1 586,9	1 622,4	1 600,3	1 614,7	1 622,4	1 629,6	1 645,4	1 661,9

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
	Mrd €					in % des BIP				
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2010	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 1,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,6
2012	- 0,9	- 16,1	- 5,5	+ 2,2	+ 18,4	- 0,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7
2013 p)	- 5,4	- 8,1	- 2,7	+ 0,2	+ 5,3	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2
2014 p)	+ 8,6	+ 8,6	- 0,5	- 2,5	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
2015 p)	+ 20,9	+ 10,0	+ 4,6	+ 4,2	+ 2,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
2016 ts)	+ 23,7	+ 7,7	+ 4,7	+ 3,1	+ 8,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3
2015 1.Hj. p)	+ 14,4	+ 2,4	+ 3,7	+ 5,6	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2
2.Hj. p)	+ 6,6	+ 7,7	+ 0,9	- 1,4	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,0
2016 1.Hj. ts)	+ 18,2	+ 5,2	+ 3,6	+ 3,1	+ 6,3	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
2.Hj. ts)	+ 5,5	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2010	2 088,7	1 334,0	629,7	143,0	1,3	81,0	51,7	24,4	5,5	0,1
2011	2 128,1	1 344,0	657,0	143,4	1,3	78,7	49,7	24,3	5,3	0,0
2012	2 204,5	1 387,7	685,4	148,0	1,2	79,9	50,3	24,8	5,4	0,0
2013 p)	2 189,2	1 390,3	663,9	151,1	1,3	77,5	49,2	23,5	5,3	0,0
2014 p)	2 188,7	1 396,3	656,7	152,2	1,4	74,9	47,8	22,5	5,2	0,0
2015 p)	2 157,9	1 372,5	652,6	152,3	1,4	71,2	45,3	21,5	5,0	0,0
2015 1.Vj. p)	2 194,6	1 397,6	665,2	152,6	1,4	74,5	47,4	22,6	5,2	0,0
2.Vj. p)	2 160,6	1 380,4	644,8	152,4	1,4	72,6	46,4	21,7	5,1	0,0
3.Vj. p)	2 162,3	1 374,6	652,3	153,2	1,5	72,0	45,8	21,7	5,1	0,0
4.Vj. p)	2 157,9	1 372,5	652,6	152,3	1,4	71,2	45,3	21,5	5,0	0,0
2016 1.Vj. p)	2 165,7	1 382,3	645,5	154,7	1,2	70,9	45,2	21,1	5,1	0,0
2.Vj. p)	2 168,5	1 390,8	641,9	154,2	1,1	70,1	45,0	20,8	5,0	0,0
3.Vj. p)	2 161,3	1 380,7	642,1	154,9	1,0	69,4	44,3	20,6	5,0	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 1 Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:							
		Steuern	Sozial- beiträge	sonstige		Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Vor- leistungen	Brutto- investi- tionen	Zinsen			sonstige
Mrd €													
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	1 219,2	634,5	203,5	118,0	59,4	63,9	139,9	- 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	124,1	61,4	67,5	113,1	- 25,9	1 045,6
2012	1 220,9	624,9	454,3	141,7	1 221,8	645,5	212,3	126,5	61,5	63,1	112,8	- 0,9	1 083,7
2013 p)	1 258,4	650,6	465,0	142,8	1 263,7	666,5	217,9	133,1	60,7	56,0	129,4	- 5,4	1 119,9
2014 p)	1 306,8	674,0	482,0	150,7	1 298,2	692,5	224,1	134,3	60,9	52,0	134,3	+ 8,6	1 160,7
2015 p)	1 354,8	706,3	500,8	147,8	1 333,9	723,4	228,6	139,5	64,3	47,3	130,8	+ 20,9	1 212,5
2016 ts)	1 411,4	738,2	523,1	150,1	1 387,7	755,8	235,8	151,7	66,5	43,4	134,6	+ 23,7	1 266,5
in % des BIP													
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	47,3	24,6	7,9	4,6	2,3	2,5	5,4	- 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	4,6	2,3	2,5	4,2	- 1,0	38,7
2012	44,3	22,7	16,5	5,1	44,3	23,4	7,7	4,6	2,2	2,3	4,1	- 0,0	39,3
2013 p)	44,5	23,0	16,5	5,1	44,7	23,6	7,7	4,7	2,1	2,0	4,6	- 0,2	39,6
2014 p)	44,7	23,1	16,5	5,2	44,4	23,7	7,7	4,6	2,1	1,8	4,6	+ 0,3	39,7
2015 p)	44,7	23,3	16,5	4,9	44,0	23,9	7,5	4,6	2,1	1,6	4,3	+ 0,7	40,0
2016 ts)	45,1	23,6	16,7	4,8	44,3	24,1	7,5	4,8	2,1	1,4	4,3	+ 0,8	40,4
Zuwachsraten in %													
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	+ 5,7	+ 1,9	- 1,7	+ 23,9	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,1	+ 3,3	+ 5,7	- 19,2	.	+ 6,0
2012	+ 3,2	+ 4,4	+ 2,7	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 0,2	- 6,5	- 0,3	.	+ 3,6
2013 p)	+ 3,1	+ 4,1	+ 2,4	+ 0,8	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,6	+ 5,2	- 1,3	- 11,2	+ 14,8	.	+ 3,3
2014 p)	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4	- 7,2	+ 3,8	.	+ 3,6
2015 p)	+ 3,7	+ 4,8	+ 3,9	- 1,9	+ 2,7	+ 4,5	+ 2,0	+ 3,9	+ 5,4	- 9,1	- 2,6	.	+ 4,5
2016 ts)	+ 4,2	+ 4,5	+ 4,5	+ 1,6	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,1	+ 8,7	+ 3,5	- 8,3	+ 2,9	.	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)							Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt					
	Einnahmen			Ausgaben				Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo		
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)										Finanzielle Transaktionen 5)	
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal- aus- gaben	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- aus- gaben									Sach- investitionen
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,4	551,1	+ 3,2	1 245,1	1 236,8	+ 8,4
2015 p)	832,4	673,3	10,4	802,8	243,6	302,2	49,7	46,4	12,5	+ 29,7	574,2	572,5	+ 1,7	1 303,2	1 271,9	+ 31,3
2014 1.Vj. p)	188,2	153,6	2,0	193,9	56,7	77,9	20,0	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	296,0	305,0	- 9,0
2.Vj. p)	193,1	157,4	2,2	188,1	56,9	71,8	9,8	9,8	8,2	+ 5,0	136,4	135,8	+ 0,6	304,5	299,0	+ 5,6
3.Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,5	57,1	71,2	17,7	11,3	4,0	- 1,4	136,3	137,4	- 1,1	303,1	305,5	- 2,4
4.Vj. p)	219,0	174,9	3,5	211,8	65,4	73,5	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,6	327,6	+ 14,0
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	208,4	167,7	1,5	185,2	59,5	72,8	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,0	301,8	+ 23,2
3.Vj. p)	202,8	166,5	3,8	198,0	62,3	71,3	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	- 2,1	318,1	315,5	+ 2,6
4.Vj. p)	221,5	178,1	2,6	219,3	63,4	77,4	7,3	17,3	3,5	+ 2,2	152,7	145,3	+ 7,4	348,4	338,8	+ 9,6
2016 1.Vj. p)	204,8	169,9	1,4	205,7	60,2	81,5	17,7	8,4	2,2	- 0,8	143,0	146,6	- 3,6	320,9	325,4	- 4,5
2.Vj. p)	217,5	176,6	2,4	194,8	60,7	77,7	5,4	10,4	2,4	+ 22,7	148,7	147,0	+ 1,7	339,2	314,9	+ 24,3
3.Vj. p)	204,1	169,3	2,9	207,9	62,0	79,3	14,5	12,3	2,4	- 3,8	148,3	149,7	- 1,4	325,3	330,4	- 5,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,2	326,4	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	50,0	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,8	52,0	+ 2,8
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,4	- 0,5
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,0	61,0	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4.Vj. p)	91,5	83,4	+ 8,1	94,1	96,8	- 2,8	69,0	65,9	+ 3,0
2016 1.Vj. p)	81,1	83,6	- 2,5	90,5	88,2	+ 2,4	49,0	55,1	- 6,1
2.Vj. p)	87,5	73,6	+ 13,8	92,7	88,2	+ 4,4	61,1	57,9	+ 3,2
3.Vj. p)	85,2	88,6	- 3,5	91,5	90,0	+ 1,5	60,7	60,7	+ 0,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaat-

ten. 3 Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772	
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241	
2016	...	606 965	316 854	260 837	29 273	27 836	
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433	
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633	
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	- 392	7 558	
4.Vj.	177 978	156 200	84 089	64 613	7 499	29 461	- 7 684	6 618	
2016 1.Vj.	170 358	144 841	74 113	61 972	8 755	17 121	+ 8 396	6 488	
2.Vj.	176 879	152 042	82 184	64 684	5 175	25 205	- 368	6 512	
3.Vj.	169 374	145 700	76 638	61 573	7 489	23 839	- 165	7 584	
4.Vj.	...	164 382	83 920	72 608	7 855	7 253	
2016 Jan.	.	41 830	22 631	18 626	573	.	.	2 163	
2017 Jan.	.	43 321	26 142	19 611	-2 431	.	.	2 202	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zu-sammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zu-sammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlagen 6)				
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802
2016	648 310	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265	1 339	10 701
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673	1 294	10 051
2.Vj.	162 096	74 489	45 311	12 943	7 329	8 905	52 705	40 195	12 510	1 957	25 783	5 952	1 210	10 054
3.Vj.	155 524	68 137	44 656	11 898	5 546	6 037	53 906	40 877	13 029	2 046	24 857	5 263	1 316	9 824
4.Vj.	175 797	78 076	52 275	14 422	6 134	5 245	56 071	42 593	13 478	3 656	31 247	5 454	1 293	11 415
2016 Jan.	44 801	19 887	15 117	1 029	1 336	2 406	17 796	13 992	3 804	- 10	4 989	1 753	386	2 972
2017 Jan.	46 576	20 360	16 435	977	318	2 629	18 771	14 599	4 172	207	4 984	1 892	362	3 255

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2016: 49,4/48,3/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2016: 22,4/77,6. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Tabak- steuer	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	Rennwett- und Lotterie- steuer	sonstige	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 2)	Grund- steuern
2010	39 838	11 713	13 492	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	5 290	4 404	1 412	1 039	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	12 781	14 414	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	6 366	4 246	1 420	1 064	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	13 624	14 143	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	7 389	4 305	1 432	1 076	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	14 378	13 820	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	8 394	4 633	1 635	1 060	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	15 047	14 612	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	9 339	5 452	1 673	1 091	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119
2015 1.Vj.	4 704	3 783	2 223	5 825	2 454	1 806	570	904	2 760	1 668	426	353	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	4 278	3 683	2 187	2 361	1 465	470	937	2 561	1 617	433	227	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 714	3 981	2 436	2 108	1 643	496	1 102	3 021	1 335	401	272	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	4 155	5 034	1 972	1 883	1 678	534	930	2 906	1 670	452	236	14 561	11 339	2 899
2016 1.Vj.	4 620	3 979	2 722	5 946	2 489	1 685	565	547	3 217	1 668	451	336	15 639	12 090	3 121
2.Vj.	9 860	4 470	4 139	2 269	2 366	1 515	473	691	2 952	2 283	451	267	16 740	12 635	3 715
3.Vj.	10 149	3 938	3 010	2 510	2 198	1 641	499	911	3 050	1 501	446	266	15 896	11 699	3 794
4.Vj.	15 461	4 468	4 315	2 038	1 899	1 728	532	806	3 189	1 554	460	251
2016 Jan.	241	1 105	556	1 213	921	588	195	171	1 062	463	151	79	.	.	.
2017 Jan.	277	1 129	432	1 361	883	526	214	163	1 106	521	192	75	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2016 p)	285 827	202 274	82 616	288 291	246 438	17 381	- 2 464	34 088	31 529	2 315	192	53	4 161
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223
2.Vj.	71 291	50 372	20 548	70 418	60 097	4 238	+ 873	34 427	31 892	2 265	183	87	4 220
3.Vj.	70 218	49 333	20 670	73 782	63 081	4 453	- 3 564	31 412	28 776	2 365	187	84	4 213
4.Vj.	76 136	55 171	20 733	74 016	63 117	4 450	+ 2 120	34 088	31 529	2 315	192	53	4 161

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2016	36 352	31 186	1 114	-	30 889	14 435	749	7 035	.	595	5 314	+ 5 463	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-
2.Vj.	8 991	7 737	278	-	7 807	3 648	203	1 847	.	147	1 288	+ 1 184	-
3.Vj.	8 877	7 609	276	-	7 349	3 428	74	1 608	.	165	1 399	+ 1 529	-
4.Vj.	10 108	8 569	299	-	7 750	3 276	77	1 841	.	134	1 642	+ 2 358	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behandlung	Zahn-ärztliche Behandlung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2010	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2016 p)	223 492	206 823	14 000	222 973	70 492	36 008	37 252	13 873	14 230	11 672	10 977	+ 519
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104
2.Vj.	54 988	51 009	3 500	55 603	17 686	9 005	9 362	3 478	3 528	2 963	2 599	- 615
3.Vj.	55 632	51 377	3 500	55 114	17 421	8 929	9 166	3 399	3 585	2 842	2 628	+ 517
4.Vj.	59 552	55 146	3 500	56 832	17 342	9 194	9 351	3 526	3 698	2 912	3 291	+ 2 720

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-

ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2016 p)	32 025	31 956	30 997	3 825	10 914	6 837	979	1 415	+	1 028
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13
2.Vj.	7 918	7 901	7 659	949	2 724	1 665	244	331	+	259
3.Vj.	7 958	7 942	7 810	961	2 746	1 682	247	373	+	147
4.Vj.	8 550	8 535	7 941	975	2 741	1 877	250	322	+	608

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen 3)
	brutto 2)	netto		
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142
2016 1.Vj.	+ 61 598	+ 10 650	+ 8 501	- 19 345
2.Vj.	+ 60 691	+ 4 204	+ 3 694	+ 4 084
3.Vj.	+ 33 307	- 13 887	- 18 398	- 4 864
4.Vj.	+ 26 890	- 12 297	+ 3 872	+ 3 333

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2010	2 088 726	4 440	691 572	208 244	131 939	1 052 532
2011	2 128 123	4 440	642 358	208 075	120 745	1 152 505
2012	2 204 507	4 440	646 022	200 458	139 984	1 213 603
2013	2 189 153	4 440	636 617	190 956	144 524	1 212 616
2014 p)	2 188 671	4 440	623 661	190 364	130 527	1 239 679
2015 p)	2 157 880	77 220	610 429	186 682	146 173	1 137 375
2014 1.Vj. p)	2 178 434	4 440	633 639	190 651	129 784	1 219 920
2.Vj. p)	2 184 835	4 440	631 114	189 890	129 978	1 229 413
3.Vj. p)	2 185 986	4 440	632 943	189 142	126 665	1 232 797
4.Vj. p)	2 188 671	4 440	623 661	190 364	130 527	1 239 679
2015 1.Vj. p)	2 194 643	12 335	630 965	189 258	135 350	1 226 734
2.Vj. p)	2 160 596	34 310	617 084	187 360	137 228	1 184 615
3.Vj. p)	2 162 331	54 990	620 916	188 234	138 627	1 159 565
4.Vj. p)	2 157 880	77 220	610 429	186 682	146 173	1 137 375
2016 1.Vj. p)	2 165 669	100 051	611 809	183 192	143 490	1 127 127
2.Vj. p)	2 168 530	133 297	598 394	181 394	159 274	1 096 171
3.Vj. p)	2 161 260	163 636	593 919	179 376	156 735	1 067 594

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position							2015			2016			
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	110,0	111,8	113,5	5,0	1,6	1,6	1,9	1,7	1,9	0,9	4,0	1,0	0,5
Baugewerbe	101,6	101,4	104,2	1,4	- 0,2	2,8	- 0,8	- 0,8	2,4	1,7	5,6	2,0	1,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	106,6	108,6	111,1	0,4	1,9	2,4	1,8	1,6	1,9	1,3	4,3	1,7	2,1
Information und Kommunikation	125,9	129,1	133,1	4,8	2,5	3,1	2,8	2,5	3,0	2,5	4,1	3,1	2,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	105,8	106,5	109,2	- 4,8	0,7	2,5	2,2	1,6	- 0,4	2,2	1,4	2,4	3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,8	102,6	103,4	- 1,5	0,9	0,8	0,8	0,9	1,2	0,7	1,0	0,6	0,8
Unternehmensdienstleister ¹⁾	106,6	109,0	111,3	2,4	2,3	2,1	2,6	2,1	3,0	1,6	3,7	1,8	1,3
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	103,1	105,2	107,0	0,7	2,0	1,7	2,3	2,1	1,6	1,4	2,2	1,8	1,4
Sonstige Dienstleister	97,3	97,6	98,7	- 0,5	0,3	1,1	0,3	0,2	0,9	0,1	2,0	1,2	1,1
Bruttowertschöpfung	106,3	107,9	109,9	1,5	1,6	1,8	1,7	1,6	1,8	1,2	3,2	1,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,4	108,2	110,2	1,6	1,7	1,9	1,8	1,8	2,1	1,5	3,2	1,5	1,2
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	104,4	106,5	108,6	0,9	2,0	2,0	1,7	2,2	2,1	2,1	2,8	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	104,5	107,4	111,7	1,2	2,7	4,0	2,8	2,6	3,4	4,6	4,8	3,7	3,2
Ausrüstungen	106,8	110,7	111,9	5,5	3,7	1,1	1,8	4,4	6,4	3,9	4,4	- 0,5	- 2,6
Bauten	109,5	109,8	113,1	1,9	0,3	3,0	- 0,0	0,1	3,1	3,0	5,4	2,1	1,3
Sonstige Anlagen ⁴⁾	111,4	113,5	116,5	4,0	1,9	2,6	1,6	1,8	2,1	2,4	2,7	2,7	2,5
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 1,0	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,5	0,1	0,0
Inländische Verwendung	104,5	106,2	108,6	1,4	1,6	2,3	0,7	2,0	2,5	2,3	3,1	2,0	1,6
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	0,3	0,2	- 0,2	1,2	- 0,1	- 0,3	- 0,6	0,3	- 0,4	- 0,2
Exporte	118,0	124,1	127,4	4,1	5,2	2,6	6,7	4,9	3,6	1,3	4,6	1,3	3,3
Importe	114,8	121,0	125,5	4,0	5,5	3,7	4,9	6,0	5,0	3,2	4,8	2,4	4,5
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,4	108,2	110,2	1,6	1,7	1,9	1,8	1,8	2,1	1,5	3,2	1,5	1,2
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 594,4	1 636,0	1 679,2	1,8	2,6	2,6	2,5	2,7	2,8	2,7	3,2	2,1	2,6
Konsumausgaben des Staates	561,1	583,7	616,1	3,5	4,0	5,6	4,1	3,8	4,9	6,3	6,2	5,1	4,7
Ausrüstungen	191,5	200,2	204,4	6,1	4,6	2,1	2,6	5,3	7,4	5,1	5,4	0,5	- 1,6
Bauten	288,7	295,0	309,4	4,2	2,2	4,9	1,9	1,9	4,9	4,6	7,3	4,1	3,5
Sonstige Anlagen ⁴⁾	105,0	108,6	112,9	5,5	3,5	3,9	3,2	3,3	3,7	3,8	4,0	4,0	3,9
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 7,4	- 20,2	- 28,1
Inländische Verwendung	2 733,2	2 803,3	2 893,9	2,8	2,6	3,2	1,8	2,9	3,6	3,2	3,9	2,9	2,9
Außenbeitrag	190,7	229,5	238,8
Exporte	1 334,8	1 418,8	1 441,4	3,9	6,3	1,6	8,6	6,2	4,2	0,7	2,7	- 0,0	3,0
Importe	1 144,1	1 189,3	1 202,6	2,5	3,9	1,1	4,5	4,7	2,8	0,1	0,6	- 0,2	4,0
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 923,9	3 032,8	3 132,7	3,5	3,7	3,3	3,8	3,7	4,2	3,2	4,7	2,8	2,5
IV. Preise (2010 = 100)													
Privater Konsum	105,6	106,2	106,9	1,0	0,6	0,6	0,8	0,5	0,6	0,5	0,4	0,6	1,1
Bruttoinlandsprodukt	106,6	108,7	110,2	1,8	2,0	1,4	2,0	1,9	2,1	1,7	1,5	1,3	1,2
Terms of Trade	99,5	102,0	103,6	1,3	2,6	1,5	2,1	2,5	2,6	2,4	2,3	1,4	0,2
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 485,5	1 539,9	1 593,2	3,9	3,7	3,5	3,8	3,8	3,9	4,2	3,4	3,3	3,1
Unternehmens- und Vermögens-einkommen	694,1	723,4	745,2	2,4	4,2	3,0	3,6	4,1	5,3	1,7	9,9	1,0	0,2
Volkseinkommen	2 179,5	2 263,2	2 338,4	3,4	3,8	3,3	3,8	3,9	4,3	3,3	5,4	2,5	2,3
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 988,9	3 098,8	3 197,3	3,3	3,7	3,2	3,4	3,7	4,2	3,4	4,8	2,6	2,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2017. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozu-gang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitsstächlich bereinigt ◦)

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Baugewerbe	Energie	Industrie						darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen			Herstellung von Datenverarbeitungsg... Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen					
			Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsg... Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Maschinenbau			
2010=100												
Gewicht in % 1)	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2013	106,4	105,5	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,8	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015	108,5	106,0	97,5	110,3	106,2	117,6	102,8	101,9	111,4	109,5	114,8	119,3
2016 x)	109,6	106,9	96,0	111,7	107,3	119,4	105,8	102,9	112,9	111,6	115,3	121,6
2015 4.Vj.	111,3	117,9	100,7	111,7	103,3	122,6	105,4	104,4	109,7	111,3	122,5	116,5
2016 1.Vj.	106,8	86,5	101,9	110,3	107,6	116,6	106,7	100,7	112,9	108,9	109,1	124,9
2.Vj.	108,9	108,0	89,1	111,6	108,3	119,0	104,4	101,1	114,4	109,3	113,0	124,2
3.Vj.	109,9	114,7	91,8	111,5	108,2	117,9	103,2	103,8	112,6	113,8	114,1	119,5
4.Vj. x)	112,7	118,6	101,3	113,4	104,9	124,2	108,8	106,0	111,4	114,2	124,9	117,8
2016 Jan.	100,3	71,6	106,5	103,6	103,2	105,7	100,1	99,6	107,6	102,2	96,1	114,8
Febr.	104,1	84,7	96,9	107,9	105,1	114,9	105,4	96,1	110,0	106,6	106,3	125,4
März	115,9	103,1	102,4	119,5	114,6	129,1	114,5	106,4	121,2	117,9	125,0	134,5
April	108,3	104,7	91,3	110,9	108,0	118,0	105,1	99,8	114,1	107,4	110,1	127,9
Mai	106,4	106,7	89,8	108,5	107,2	113,1	97,9	101,0	112,2	105,6	107,8	116,0
Juni	112,1	112,5	86,1	115,4	109,6	125,8	110,1	102,4	116,9	114,9	121,0	128,6
Juli 2)	110,3	117,6	91,7	111,7	109,4	118,0	100,0	102,5	113,9	112,5	112,2	122,0
Aug. 2)	104,4	110,5	90,6	105,3	104,1	108,2	94,6	102,3	107,1	108,4	107,0	104,7
Sept.	114,9	116,1	93,1	117,6	111,2	127,6	115,0	106,7	116,9	120,5	123,0	131,9
Okt. x)	115,7	119,9	99,5	117,2	112,3	124,6	114,2	109,9	118,4	117,3	115,6	132,7
Nov. x)	118,4	122,6	100,9	120,1	111,9	131,4	114,2	111,2	121,6	120,4	127,4	131,4
Dez. x)	104,1	113,3	103,4	102,8	90,5	116,6	98,0	96,9	94,3	105,0	131,7	89,4
2017 Jan. x)p)	100,3	67,5	106,6	104,2	104,5	105,9	105,8	98,0	109,1	109,6	97,0	111,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2013	+ 0,2	- 0,3	- 1,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,2	+ 1,9
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,1	+ 4,1
2015	+ 0,6	- 2,2	+ 5,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
2016 x)	+ 1,0	+ 0,8	- 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,9
2015 4.Vj.	- 0,3	- 0,7	+ 1,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,6	- 1,0	+ 0,1	- 2,2	- 2,0
2016 1.Vj.	+ 1,5	+ 2,8	- 2,6	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,8
2.Vj.	+ 0,5	- 0,3	- 2,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,2	- 2,5	+ 3,2
3.Vj.	+ 0,8	+ 0,8	- 1,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,1	+ 3,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 1,7
4.Vj. x)	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,1
2016 Jan.	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,1	+ 3,1	+ 1,4	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 6,3
Febr.	+ 1,8	+ 7,9	- 4,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,1
März	+ 0,3	+ 0,2	- 3,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,5	- 0,2
April	+ 0,8	- 0,9	- 4,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,9	- 1,9	+ 5,9
Mai	- 0,3	- 0,9	+ 0,4	- 0,3	+ 0,8	- 1,7	- 1,8	+ 1,2	+ 0,3	- 0,5	- 3,8	- 3,3
Juni	+ 1,0	+ 1,0	- 3,6	+ 1,5	- 0,2	+ 3,2	+ 7,3	- 1,1	+ 1,5	+ 1,2	- 1,9	+ 7,0
Juli 2)	- 1,3	+ 1,4	- 2,7	- 1,5	- 0,5	- 2,5	+ 2,9	- 2,2	- 0,8	+ 0,7	- 3,4	- 3,7
Aug. 2)	+ 2,3	+ 0,3	- 0,1	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 3,2	+ 1,3	+ 8,0
Sept.	+ 1,4	+ 0,9	- 1,5	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,3
Okt. x)	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,1	+ 4,3	+ 3,0	+ 0,7	+ 4,2	- 0,4	+ 1,8
Nov. x)	+ 2,3	+ 1,7	- 0,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 0,7	+ 2,3	+ 3,8	+ 4,0	+ 5,0	+ 1,5
Dez. x)	- 0,1	- 0,9	+ 1,7	- 0,3	+ 0,3	- 0,9	+ 4,9	- 0,8	± 0,0	- 0,5	+ 1,2	- 0,3
2017 Jan. x)p)	± 0,0	- 5,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,2	+ 5,7	- 1,6	+ 1,4	+ 7,2	+ 0,9	- 2,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ◦ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. 2 Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	380,7	6,9	1 053,3	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	385,3	1,2	1 087,5	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	380,4	- 1,3	1 109,8	2,0	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,0	4,1	756,8	3,8	387,6	1,9	1 144,5	3,1	1 695,6	2,5	157,6	- 0,4	9,3
2013	1 167,5	3,0	778,4	2,9	389,1	0,4	1 167,5	2,0	1 719,8	1,4	154,1	- 2,2	9,0
2014	1 213,0	3,9	807,1	3,7	400,2	2,8	1 207,3	3,4	1 759,5	2,3	165,1	7,1	9,4
2015	1 260,6	3,9	836,6	3,6	415,5	3,8	1 252,0	3,7	1 811,2	2,9	175,2	6,1	9,7
2016	1 305,9	3,6	863,1	3,2	428,2	3,1	1 291,3	3,1	1 860,3	2,7	181,1	3,4	9,7
2015 3.Vj.	311,3	4,0	211,1	3,8	103,9	3,6	315,0	3,7	454,8	3,0	37,1	6,0	8,2
4.Vj.	348,7	4,2	231,6	4,5	103,5	3,1	335,1	4,0	459,3	3,0	38,4	5,7	8,4
2016 1.Vj.	305,3	4,5	202,2	4,4	107,6	1,8	309,8	3,5	459,7	2,7	59,6	3,1	13,0
2.Vj.	319,3	3,5	207,4	3,6	105,2	2,8	312,6	3,3	464,4	3,3	43,7	4,3	9,4
3.Vj.	321,9	3,4	217,1	2,9	108,3	4,2	325,4	3,3	464,5	2,1	37,9	2,2	8,2
4.Vj.	359,5	3,1	236,4	2,0	107,1	3,5	343,5	2,5	471,7	2,7	39,9	4,0	8,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2017. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbändigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis				auf Monatsbasis					
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,2	2,5	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,7	1,7	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,4	2,7	104,4	2,6	104,7	2,9	104,7	2,9	106,2	2,7
2013	107,0	2,5	107,0	2,5	107,3	2,5	107,3	2,5	108,4	2,0
2014	110,1	2,9	110,0	2,8	110,1	2,7	110,1	2,7	111,4	2,8
2015	112,7	2,3	112,4	2,2	112,7	2,3	112,7	2,4	114,4	2,7
2016	115,1	2,1	114,8	2,1	115,1	2,2	115,3	2,2	117,2	2,4
2015 3.Vj.	115,0	2,3	114,7	2,3	115,1	2,2	113,4	2,4	112,6	2,7
4.Vj.	125,7	2,4	125,4	2,3	125,7	2,3	113,6	2,4	125,1	2,7
2016 1.Vj.	106,4	2,0	106,2	2,0	106,5	2,3	114,0	2,3	110,5	2,9
2.Vj.	108,0	2,2	107,7	2,2	107,8	1,9	115,0	2,1	114,6	2,1
3.Vj.	117,5	2,2	117,2	2,2	117,6	2,2	115,9	2,2	115,3	2,4
4.Vj.	128,4	2,2	128,1	2,2	128,5	2,2	116,2	2,3	128,1	2,4
2016 Juli	136,0	2,1	135,7	2,2	136,2	2,2	115,7	2,2	.	.
Aug.	108,2	2,2	108,0	2,2	108,3	2,2	115,9	2,2	.	.
Sept.	108,3	2,2	108,0	2,2	108,4	2,2	116,0	2,2	.	.
Okt.	108,8	2,1	108,6	2,2	108,9	2,3	116,2	2,3	.	.
Nov.	165,9	2,1	165,5	2,1	166,1	2,1	116,2	2,3	.	.
Dez.	110,5	2,3	110,3	2,3	110,5	2,2	116,2	2,3	.	.
2017 Jan.	108,9	2,4	108,6	2,4	108,8	2,2	116,4	2,3	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2017.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2014	2015	2016 [Ⓟ]	2016					
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj. [Ⓟ]	Okt.	Nov.	Dez. [Ⓟ]
A. Leistungsbilanz	+ 241 245	+ 316 648	+ 361 779	+ 88 074	+ 93 722	+ 120 467	+ 32 691	+ 40 808	+ 46 968
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 963 183	2 109 809	2 105 039	535 549	519 824	547 930	177 342	189 276	181 312
Einfuhr	1 721 836	1 759 171	1 731 013	428 493	426 700	454 513	150 286	155 742	148 485
Saldo	+ 241 345	+ 350 640	+ 374 030	+ 107 057	+ 93 124	+ 93 419	+ 27 056	+ 33 535	+ 32 828
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	710 777	768 725	779 358	193 502	206 083	201 532	65 573	63 695	72 264
Ausgaben	633 319	710 057	710 439	177 908	180 796	183 112	57 715	59 543	65 854
Saldo	+ 77 458	+ 58 669	+ 68 921	+ 15 594	+ 25 287	+ 18 422	+ 7 858	+ 4 153	+ 6 411
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	626 709	631 890	597 227	154 203	142 799	162 257	46 053	52 895	63 309
Ausgaben	562 506	590 743	547 067	167 043	135 334	120 636	37 083	38 441	45 112
Saldo	+ 64 203	+ 41 148	+ 50 157	- 12 840	+ 7 463	+ 41 620	+ 8 970	+ 14 454	+ 18 196
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	91 481	103 531	97 606	27 601	23 314	24 193	7 195	7 103	9 895
Ausgaben	233 243	237 338	228 934	49 337	55 467	57 187	18 388	18 437	20 362
Saldo	- 141 764	- 133 807	- 131 329	- 21 737	- 32 152	- 32 995	- 11 194	- 11 334	- 10 467
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 13 053	- 12 404	+ 5 922	+ 453	+ 768	+ 6 020	+ 1 122	+ 1 417	+ 3 481
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 329 295	+ 296 925	+ 387 775	+ 62 255	+ 165 721	+ 155 196	- 9 147	+ 20 282	+ 144 061
1. Direktinvestitionen	+ 62 686	+ 243 367	+ 278 862	- 38 105	+ 125 234	+ 152 737	+ 71 028	+ 29 317	+ 52 392
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 161 435	+ 820 319	+ 292 395	- 13 498	+ 37 470	+ 154 640	+ 95 698	+ 51 630	+ 7 312
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 98 749	+ 576 950	+ 13 533	+ 24 606	- 87 765	+ 1 905	+ 24 670	+ 22 314	- 45 079
2. Wertpapieranlagen	+ 68 959	+ 106 359	+ 441 436	+ 156 551	+ 167 820	+ 23 519	- 2 953	- 43 080	+ 69 552
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 460 696	+ 404 150	+ 376 206	+ 122 317	+ 138 249	- 18 498	- 12 000	- 20 648	+ 14 150
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 141 720	+ 22 028	+ 12 140	+ 2 588	+ 19 978	+ 7 868	+ 13 129	- 7 258	+ 1 997
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 226 560	+ 369 804	+ 356 774	+ 112 057	+ 108 804	- 4 567	+ 8 687	- 5 591	- 7 663
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 92 414	+ 12 318	+ 7 291	+ 7 672	+ 9 467	- 21 799	- 33 816	- 7 799	+ 19 816
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 391 735	+ 297 791	- 65 230	- 34 234	- 29 570	- 42 017	- 9 047	+ 22 432	- 55 402
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 282 558	+ 267 544	+ 126 328	+ 75 526	+ 34 824	+ 30 281	+ 445	+ 19 187	+ 10 649
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 127 161	+ 78 800	- 215 102	- 159 926	- 65 044	- 20 464	+ 9 659	+ 9 419	- 39 542
Kurzfristige Schuldverschreibungen	- 17 984	- 48 554	+ 23 546	+ 50 166	+ 651	- 51 834	- 19 151	- 6 174	- 26 509
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 45 483	+ 85 833	+ 25 854	- 44 606	+ 26 023	+ 17 106	+ 8 735	+ 2 253	+ 6 118
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 147 803	- 149 207	- 373 552	- 13 773	- 161 093	- 42 445	- 81 882	+ 29 553	+ 9 884
Eurosysteem	+ 55 898	- 13 611	- 151 009	- 19 284	- 35 356	- 89 091	- 5 985	- 11 333	- 71 773
Staat	+ 11 850	+ 19 114	+ 5 739	+ 1 205	- 13	- 2 779	- 8 801	+ 146	+ 5 876
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 98 549	- 123 572	- 152 549	- 22 737	- 89 686	+ 49 357	- 58 616	+ 19 993	+ 87 980
Unternehmen und Privatpersonen	- 18 491	- 31 132	- 75 733	+ 27 042	- 36 037	+ 69	- 8 480	+ 20 748	- 12 199
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 361	+ 10 569	+ 15 172	+ 2 186	+ 7 737	+ 4 279	- 4 076	+ 2 239	+ 6 116
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 74 997	- 7 321	+ 20 074	- 26 274	+ 71 231	+ 28 710	- 42 959	- 21 943	+ 93 612

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienstleistungen (fob/fob) 3)	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen	Vermögensänderungsbilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungsreserven	
		Insgesamt								
2002	+ 41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606
2003	+ 31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292
2004	+ 101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748
2005	+ 105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960
2006	+ 135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511
2007	+ 169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130
2008	+ 143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088
2009	+ 141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683
2010	+ 144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351
2011 r)	+ 165 078	+ 163 426	- 8 900	- 31 574	+ 68 235	- 35 010	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 44 639
2012 r)	+ 193 590	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 64 858	- 38 894	- 413	+ 151 417	+ 1 297	- 41 759
2013 r)	+ 189 616	+ 212 662	- 3 663	- 41 376	+ 61 969	- 43 639	- 563	+ 225 360	+ 838	+ 36 307
2014 r)	+ 218 026	+ 228 361	- 5 873	- 25 323	+ 56 177	- 41 188	+ 2 355	+ 238 630	- 2 564	+ 18 248
2015 r)	+ 259 963	+ 261 182	- 2 668	- 18 602	+ 57 370	- 39 987	- 635	+ 234 603	- 2 213	- 24 725
2016 r)	+ 261 361	+ 271 668	- 1 434	- 22 419	+ 52 136	- 40 023	+ 1 112	+ 231 252	+ 1 686	- 31 221
2014 1.Vj. r)	+ 50 197	+ 52 796	+ 659	- 3 982	+ 16 324	- 14 941	+ 2 180	+ 59 364	- 565	+ 6 987
2.Vj. r)	+ 45 959	+ 54 885	- 1 426	- 4 811	+ 3 046	- 7 160	- 28	+ 57 793	- 610	+ 11 861
3.Vj. r)	+ 55 457	+ 60 537	- 2 570	- 12 921	+ 15 683	- 7 843	+ 420	+ 52 796	+ 332	+ 3 081
4.Vj. r)	+ 66 413	+ 60 143	- 2 536	- 3 609	+ 21 123	- 11 244	- 216	+ 68 678	- 1 722	+ 2 481
2015 1.Vj. r)	+ 59 401	+ 60 330	- 1 426	- 2 104	+ 17 030	- 15 855	+ 298	+ 29 421	- 21	- 30 277
2.Vj. r)	+ 59 356	+ 68 659	- 1 737	- 2 871	+ 611	- 7 043	+ 505	+ 72 121	- 465	+ 12 260
3.Vj. r)	+ 67 057	+ 67 516	+ 978	- 10 628	+ 16 866	- 6 697	+ 701	+ 67 337	- 1 455	- 421
4.Vj. r)	+ 74 149	+ 64 676	- 483	- 2 999	+ 22 864	- 10 391	- 2 138	+ 65 723	- 272	- 6 287
2016 1.Vj. r)	+ 64 277	+ 64 120	+ 621	- 3 383	+ 16 933	- 13 394	- 269	+ 36 928	+ 1 228	- 27 080
2.Vj. r)	+ 70 007	+ 77 865	+ 242	- 4 075	+ 584	+ 4 367	+ 1 092	+ 58 769	+ 761	- 12 330
3.Vj. r)	+ 58 924	+ 67 877	- 126	- 11 841	+ 13 516	- 10 628	+ 228	+ 56 677	- 261	- 2 476
4.Vj. r)	+ 68 153	+ 61 806	- 2 171	- 3 121	+ 21 103	- 11 634	+ 61	+ 78 878	- 43	+ 10 664
2014 Aug. r)	+ 10 890	+ 14 330	- 666	- 5 988	+ 4 950	- 2 402	+ 415	+ 12 424	+ 166	+ 1 119
Sept. r)	+ 23 853	+ 23 492	- 206	- 2 913	+ 5 667	- 2 394	+ 395	+ 29 822	- 265	+ 5 575
Okt. r)	+ 21 848	+ 23 022	- 1 230	- 4 061	+ 5 489	- 2 602	- 151	+ 16 777	+ 203	- 4 920
Nov. r)	+ 19 065	+ 18 269	- 216	- 1 207	+ 5 543	- 3 541	+ 158	+ 20 848	+ 30	+ 1 625
Dez. r)	+ 25 500	+ 18 852	- 1 090	+ 1 659	+ 10 091	- 5 101	- 222	+ 31 053	- 1 955	+ 5 775
2015 Jan. r)	+ 14 983	+ 15 511	- 1 117	- 873	+ 4 580	- 4 236	+ 28	- 2 145	+ 372	- 17 156
Febr. r)	+ 16 422	+ 19 540	- 767	- 993	+ 5 410	- 7 535	+ 65	+ 10 355	+ 266	- 6 132
März r)	+ 27 996	+ 25 280	+ 458	- 238	+ 7 039	- 4 084	+ 204	+ 21 211	- 660	- 6 989
April r)	+ 21 755	+ 22 266	- 1 084	- 514	+ 2 898	- 2 895	+ 377	+ 30 681	- 69	+ 8 549
Mai r)	+ 11 465	+ 20 915	- 690	- 1 177	- 6 268	- 2 005	+ 483	+ 16 041	- 78	+ 4 093
Juni r)	+ 26 136	+ 25 478	+ 38	- 1 180	+ 3 980	- 2 143	- 355	+ 25 400	- 318	- 382
Juli r)	+ 25 776	+ 25 151	- 896	- 3 062	+ 6 027	- 2 339	+ 448	+ 20 865	- 1 170	- 5 359
Aug. r)	+ 14 760	+ 16 897	+ 661	- 4 616	+ 5 265	- 2 785	+ 44	+ 21 976	- 180	+ 7 171
Sept. r)	+ 26 521	+ 25 469	+ 1 213	- 2 950	+ 5 575	- 1 573	+ 209	+ 24 497	- 105	- 2 233
Okt. r)	+ 22 205	+ 23 927	+ 147	- 4 630	+ 6 013	- 3 105	- 85	+ 20 171	+ 154	- 1 949
Nov. r)	+ 25 362	+ 22 542	+ 4	- 685	+ 6 368	- 2 863	+ 183	+ 24 896	- 548	- 649
Dez. r)	+ 26 582	+ 18 207	- 634	+ 2 315	+ 10 483	- 4 423	- 2 236	+ 20 656	+ 123	- 3 689
2016 Jan. r)	+ 14 597	+ 13 864	- 3	- 1 534	+ 4 518	- 2 251	- 37	- 2 010	- 186	- 16 569
Febr. r)	+ 20 582	+ 22 729	+ 724	- 230	+ 5 600	- 7 517	+ 520	+ 18 703	+ 1 478	- 2 399
März r)	+ 29 099	+ 27 528	- 99	- 1 619	+ 6 815	- 3 626	- 752	+ 20 235	- 64	- 8 111
April r)	+ 28 103	+ 27 954	- 116	- 876	+ 2 727	- 1 702	+ 1 287	+ 24 454	+ 696	- 4 936
Mai r)	+ 17 885	+ 23 371	+ 511	- 906	- 4 001	- 579	+ 268	+ 13 095	+ 776	- 5 058
Juni r)	+ 24 019	+ 26 539	- 153	- 2 293	+ 1 858	- 2 086	- 463	+ 21 221	- 711	- 2 335
Juli r)	+ 18 196	+ 20 754	+ 520	- 3 615	+ 4 493	- 3 436	- 139	+ 16 497	+ 342	- 1 560
Aug. r)	+ 16 989	+ 21 393	+ 367	- 5 003	+ 5 091	- 4 492	- 126	+ 16 562	+ 93	- 301
Sept. r)	+ 23 739	+ 25 729	- 279	- 3 222	+ 3 932	- 2 700	+ 493	+ 23 618	- 695	- 614
Okt. r)	+ 18 796	+ 20 877	+ 163	- 3 579	+ 5 082	- 3 584	- 182	+ 29 216	- 145	+ 10 602
Nov. r)	+ 24 598	+ 23 734	- 385	- 787	+ 5 680	- 4 029	- 90	+ 24 588	+ 140	+ 79
Dez. r)	+ 24 759	+ 17 195	- 1 949	+ 1 244	+ 10 340	- 4 021	+ 332	+ 25 074	- 38	- 17
2017 Jan. p)	+ 12 828	+ 15 170	- 913	- 1 286	+ 5 781	- 6 837	- 137	+ 19 074	- 124	+ 6 383

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2012	- 32 775	- 10 189	- 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	- 9 459	+ 3 103	+ 2 187	+ 61 666	+ 1 005
2013	- 41 376	- 9 881	- 37 713	+ 8 056	+ 3 656	- 870	- 5 518	+ 3 073	+ 541	+ 60 205	+ 1 223
2014	- 25 323	- 7 301	- 37 653	+ 7 008	+ 3 639	+ 2 785	- 1 418	+ 3 024	+ 451	+ 54 849	+ 877
2015	- 18 602	- 5 476	- 36 595	+ 9 331	+ 4 942	+ 4 037	- 3 116	+ 3 106	+ 783	+ 56 948	+ 361
2016	- 22 419	- 5 962	- 39 467	+ 9 189	+ 6 450	+ 3 312	- 3 276	+ 3 119	+ 652	+ 53 196	- 1 712
2015 2.Vj.	- 2 871	- 518	- 7 786	+ 2 135	+ 1 136	+ 1 375	- 1 181	+ 838	- 23	+ 1 751	- 1 118
3.Vj.	- 10 628	- 1 653	- 14 475	+ 2 501	+ 926	+ 321	- 364	+ 779	- 488	+ 18 557	+ 1 203
4.Vj.	- 2 999	- 1 865	- 8 595	+ 2 526	+ 1 662	+ 1 985	- 1 239	+ 585	+ 372	+ 19 476	+ 3 016
2016 1.Vj.	- 3 383	- 1 660	- 6 305	+ 2 095	+ 1 215	+ 219	- 819	+ 852	+ 756	+ 16 817	- 640
2.Vj.	- 4 075	- 1 080	- 8 720	+ 2 174	+ 1 190	+ 1 238	- 687	+ 831	- 107	+ 3 501	- 2 810
3.Vj.	- 11 841	- 1 414	- 16 101	+ 1 892	+ 1 629	+ 483	- 173	+ 833	- 384	+ 15 089	- 1 190
4.Vj.	- 3 121	- 1 808	- 8 341	+ 3 029	+ 2 416	+ 1 372	- 1 597	+ 604	+ 386	+ 17 788	+ 2 928
2016 März	- 1 619	- 433	- 3 344	+ 592	+ 345	+ 531	- 50	+ 261	+ 229	+ 6 955	- 368
April	- 876	- 392	- 1 501	+ 688	+ 427	+ 67	- 637	+ 292	- 20	+ 3 202	- 455
Mai	- 906	- 223	- 3 208	+ 817	+ 775	+ 242	- 86	+ 243	- 81	- 3 562	- 358
Juni	- 2 293	- 465	- 4 011	+ 668	- 12	+ 930	+ 35	+ 296	- 6	+ 3 862	- 1 997
Juli	- 3 615	- 366	- 4 510	+ 706	+ 538	- 239	- 324	+ 288	- 158	+ 5 025	- 374
Aug.	- 5 003	- 623	- 6 400	+ 621	+ 827	+ 51	- 207	+ 257	- 117	+ 5 611	- 404
Sept.	- 3 222	- 424	- 5 190	+ 565	+ 264	+ 672	+ 357	+ 288	- 109	+ 4 453	- 413
Okt.	- 3 579	- 480	- 5 329	+ 640	+ 1 081	- 14	- 166	+ 198	+ 175	+ 5 491	- 583
Nov.	- 787	- 773	- 1 988	+ 1 321	+ 727	+ 29	- 728	+ 209	+ 151	+ 5 940	- 412
Dez.	+ 1 244	- 555	- 1 025	+ 1 068	+ 609	+ 1 357	- 702	+ 197	+ 60	+ 6 357	+ 3 923
2017 Jan. p)	- 1 286	- 495	- 1 575	+ 822	+ 202	- 309	- 603	+ 203	+ 269	+ 5 921	- 409

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Persönliche Über-tragungen 3)	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Heimat-überweisungen			
2012	- 38 894	- 25 446	- 5 167	+ 5 206	- 13 448	- 2 952	- 2 952	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 43 639	- 28 923	- 4 733	+ 6 174	- 14 715	- 3 250	- 3 229	- 563	+ 1 105	- 1 668
2014	- 41 188	- 28 106	- 5 972	+ 8 101	- 13 082	- 3 476	- 3 451	+ 2 355	+ 2 898	- 542
2015	- 39 987	- 24 925	- 6 648	+ 9 830	- 15 062	- 3 540	- 3 523	- 635	+ 2 377	- 3 012
2016	- 40 023	- 26 238	- 8 376	+ 9 934	- 13 785	- 4 250	- 4 233	+ 1 112	+ 3 324	- 2 212
2015 2.Vj.	- 7 043	- 1 767	- 1 161	+ 6 289	- 5 276	- 885	- 881	+ 505	+ 1 156	- 651
3.Vj.	- 6 697	- 3 781	- 1 197	+ 1 211	- 2 916	- 885	- 881	+ 701	+ 877	- 176
4.Vj.	- 10 391	- 6 832	- 2 111	+ 1 002	- 3 560	- 885	- 881	- 2 138	+ 279	- 2 418
2016 1.Vj.	- 13 394	- 10 097	- 2 840	+ 1 307	- 3 297	- 1 089	- 1 086	- 269	- 521	+ 253
2.Vj.	- 4 367	- 844	- 1 567	+ 5 561	- 3 523	- 1 053	- 1 049	+ 1 092	+ 2 219	- 1 127
3.Vj.	- 10 628	- 6 860	- 1 702	+ 1 772	- 3 768	- 1 053	- 1 049	+ 228	+ 887	- 659
4.Vj.	- 11 634	- 8 437	- 2 267	+ 1 294	- 3 197	- 1 055	- 1 049	+ 61	+ 739	- 679
2016 März	- 3 626	- 2 600	- 446	+ 424	- 1 026	- 387	- 387	- 752	- 864	+ 112
April	- 1 702	- 675	- 510	+ 1 223	- 1 027	- 351	- 350	+ 1 287	+ 1 435	- 148
Mai	- 579	+ 584	- 409	+ 3 027	- 1 163	- 351	- 350	+ 268	+ 358	- 90
Juni	- 2 086	- 753	- 649	+ 1 312	- 1 333	- 351	- 350	- 463	+ 426	- 889
Juli	- 3 436	- 2 304	- 451	+ 384	- 1 132	- 352	- 350	- 139	+ 88	- 227
Aug.	- 4 492	- 2 983	- 983	+ 264	- 1 510	- 350	- 350	- 126	+ 145	- 271
Sept.	- 2 700	- 1 573	- 268	+ 1 124	- 1 127	- 351	- 350	+ 493	+ 653	- 160
Okt.	- 3 584	- 2 831	- 659	+ 329	- 754	- 352	- 350	- 182	- 11	- 170
Nov.	- 4 029	- 2 910	- 451	+ 27	- 1 119	- 353	- 350	- 90	+ 244	- 334
Dez.	- 4 021	- 2 696	- 1 157	+ 937	- 1 325	- 351	- 350	+ 332	+ 507	- 175
2017 Jan. p)	- 6 837	- 3 731	- 1 621	+ 189	- 3 106	- 386	- 384	- 137	+ 24	- 161

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögens-übertragungen
2012	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 563	+ 1 105	- 1 668
2014	+ 2 355	+ 2 898	- 542
2015	- 635	+ 2 377	- 3 012
2016	+ 1 112	+ 3 324	- 2 212
2015 2.Vj.	+ 505	+ 1 156	- 651
3.Vj.	+ 701	+ 877	- 176
4.Vj.	- 2 138	+ 279	- 2 418
2016 1.Vj.	- 269	- 521	+ 253
2.Vj.	+ 1 092	+ 2 219	- 1 127
3.Vj.	+ 228	+ 887	- 659
4.Vj.	+ 61	+ 739	- 679
2016 März	- 752	- 864	+ 112
April	+ 1 287	+ 1 435	- 148
Mai	+ 268	+ 358	- 90
Juni	- 463	+ 426	- 889
Juli	- 139	+ 88	- 227
Aug.	- 126	+ 145	- 271
Sept.	+ 493	+ 653	- 160
Okt.	- 182	- 11	- 170
Nov.	- 90	+ 244	- 334
Dez.	+ 332	+ 507	- 175
2017 Jan. p)	- 137	+ 24	- 161

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2014	2015	2016	2016					2017
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan. p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 301 030	+ 249 102	+ 382 910	+ 156 061	+ 43 925	+ 33 053	+ 33 780	- 48 014	+ 108 563
1. Direktinvestitionen	+ 83 960	+ 101 357	+ 69 323	+ 6 056	+ 14 710	+ 21 373	+ 9 927	+ 2 624	+ 15 688
Beteiligungskapital	+ 56 733	+ 67 801	+ 61 655	+ 11 018	+ 13 456	+ 15 717	+ 5 687	+ 3 512	+ 6 406
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 18 535	+ 9 711	+ 13 224	+ 2 715	+ 5 960	- 79	+ 728	- 3 746	+ 3 113
Direktinvestitionskredite	+ 27 227	+ 33 556	+ 7 668	- 4 962	+ 1 254	+ 5 655	+ 4 240	- 888	+ 9 282
2. Wertpapieranlagen	+ 146 979	+ 122 005	+ 96 602	+ 33 596	+ 19 344	- 573	- 868	- 5 270	+ 11 353
Aktien 2)	+ 8 935	+ 19 561	+ 17 288	+ 4 758	+ 8 014	+ 3 383	+ 2 456	- 702	+ 1 158
Investmentsfondanteile 3)	+ 42 057	+ 34 626	+ 36 586	+ 7 972	+ 8 902	+ 9 923	- 714	+ 4 081	+ 8 518
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 95 025	+ 73 519	+ 48 826	+ 25 561	+ 5 249	- 9 718	- 2 217	- 5 994	+ 1 350
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 963	- 5 700	- 6 098	- 4 694	- 2 821	- 4 161	- 393	- 2 655	+ 327
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 31 896	+ 26 202	+ 32 792	+ 4 154	+ 10 523	+ 13 473	+ 5 682	+ 3 339	- 420
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 40 759	+ 1 750	+ 182 507	+ 111 494	- 392	- 1 177	+ 18 899	- 48 669	+ 82 066
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	+ 76 296	- 90 287	+ 18 747	+ 38 283	- 29 468	- 1 411	- 22 426	- 26 727	+ 40 996
kurzfristig	+ 21 139	- 2 803	+ 45 099	+ 8 194	+ 7 704	+ 27 253	+ 12 739	+ 8 096	+ 1 889
Unternehmen und Privatpersonen 9)									
langfristig	- 2 952	- 19 122	- 7 932	- 991	- 10 673	- 28 623	- 1 954	- 20 777	+ 1 176
kurzfristig	+ 6 364	+ 12 513	+ 1 254	+ 37	+ 979	+ 886	+ 1 144	- 18	- 112
Staat									
langfristig	+ 17 295	- 12 205	+ 1 202	+ 2 320	+ 4 693	- 9 717	- 2 831	- 1 388	- 2 839
kurzfristig	- 405	- 7 557	- 5 331	- 870	- 1 157	- 447	+ 244	- 196	- 1 515
Bundesbank	+ 17 700	- 4 648	+ 6 533	+ 3 190	+ 5 850	- 9 270	- 3 075	- 1 192	- 1 324
5. Währungsreserven	- 49 880	+ 123 364	+ 170 491	+ 71 881	+ 35 056	+ 38 574	+ 46 110	+ 223	+ 42 733
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	- 2 564	- 2 213	+ 1 686	+ 761	- 261	- 43	+ 140	- 38	- 124
1. Direktinvestitionen	+ 62 400	+ 14 499	+ 151 658	+ 97 292	- 12 751	- 45 825	+ 9 192	- 73 087	+ 89 489
Beteiligungskapital	+ 11 930	+ 47 284	+ 46 695	+ 27 301	+ 7 072	- 7 520	+ 4 668	- 7 676	+ 2 370
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 23 558	+ 20 935	+ 12 126	+ 4 180	+ 2 279	- 886	+ 122	- 2 098	+ 1 274
Direktinvestitionskredite	+ 3 325	+ 4 375	+ 5 905	- 705	+ 3 017	+ 378	+ 1 094	- 2 011	+ 1 116
2. Wertpapieranlagen	- 11 628	+ 26 349	+ 34 569	+ 23 121	+ 4 793	- 6 634	+ 4 545	- 5 578	+ 1 097
Aktien 2)	+ 13 483	- 74 941	- 111 309	- 33 883	- 29 084	- 51 609	- 7 547	- 27 687	+ 3 749
Investmentsfondanteile 3)	+ 6 314	+ 9 725	- 985	- 5 599	+ 1 198	+ 6 402	- 28	+ 2 982	+ 749
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	- 3 790	+ 7 345	- 6 928	- 1 663	- 2 175	- 449	- 994	+ 429	- 519
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 14 131	- 101 208	- 95 730	- 34 184	- 24 063	- 29 253	+ 7 769	- 23 910	+ 8 964
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 3 171	+ 9 197	- 7 666	+ 7 563	- 4 044	- 28 308	- 14 294	- 7 188	- 5 445
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 36 987	+ 42 156	+ 216 272	+ 103 874	+ 9 261	+ 13 304	+ 12 071	- 37 724	+ 83 370
langfristig	+ 32 480	- 41 166	+ 86 802	+ 68 410	+ 884	- 23 705	+ 2 455	- 69 531	+ 94 503
kurzfristig	- 14 558	- 19 536	+ 5 834	- 3 177	+ 5 499	+ 7 425	+ 1 635	+ 5 009	- 474
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 47 039	- 21 630	+ 80 968	+ 71 587	- 4 615	- 31 130	+ 820	- 74 540	+ 94 977
langfristig	+ 16 355	+ 10 459	+ 1 988	- 3 590	- 24 742	- 3 712	- 2 540	- 1 314	+ 88
kurzfristig	+ 2 960	+ 15 960	+ 6 716	- 349	+ 4 260	+ 1 142	+ 1 811	- 2 114	+ 1 491
Staat	+ 13 395	- 5 501	- 4 728	- 3 241	- 29 001	- 4 854	- 4 351	+ 800	- 1 403
langfristig	- 5 575	- 11 521	+ 1 796	+ 9 172	- 3 257	- 7 892	+ 809	- 9 078	+ 2 261
kurzfristig	- 931	- 3 942	- 2 847	+ 2 889	- 242	- 1 041	- 781	- 320	- 2 435
Bundesbank	- 4 645	- 7 579	+ 4 642	+ 6 283	- 3 015	- 6 850	+ 1 590	- 8 759	+ 4 695
Bundesbank	- 6 273	+ 84 383	+ 125 686	+ 29 883	+ 36 375	+ 48 613	+ 11 347	+ 42 199	- 13 482
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 238 630	+ 234 603	+ 231 252	+ 58 769	+ 56 677	+ 78 878	+ 24 588	+ 25 074	+ 19 074

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **5** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Ende des Berichts- zeitraums	Auslandsaktiva									Auslands- passiva ^{3) 4)}	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)	
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen					Wertpapier- anlagen ²⁾
		insgesamt	Gold und Goldforde- rungen	Sonder- ziehungs- rechte	Reserve- position im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapier- anlagen	insgesamt	darunter: Verrech- nungs- konten innerhalb des ESZB ¹⁾	Wertpapier- anlagen ²⁾			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688	
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128	
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475	
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670	
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 278	37 670	
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 329	12 065	
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904	
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891	
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308	
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923	
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118	
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641	
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454	
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932	
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003	
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217	
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 990	
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 801	318 907	
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	607 574	382 876	
2014 Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	399 778	278 358	
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	378 111	282 410	
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	379 994	301 330	
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 210	310 592	
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 338	285 452	
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 642	282 327	
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490	
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	451 800	299 262	
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	443 519	301 033	
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	434 696	333 160	
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 061	326 376	
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	436 637	321 863	
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	439 905	316 357	
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	444 709	318 537	
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	440 954	340 331	
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	462 529	311 899	
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	468 522	318 172	
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	482 779	330 541	
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 801	318 907	
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	473 130	334 841	
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	489 503	349 833	
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 730	31 962	621 617	609 190	44 491	492 170	345 205	
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	496 892	359 375	
Mai	884 887	173 927	118 133	14 970	6 839	33 984	667 972	655 544	42 988	504 193	380 694	
Juni	922 232	184 628	128 963	14 746	6 780	34 139	693 498	681 070	44 106	522 326	399 906	
Juli	904 044	186 300	130 417	14 698	6 736	34 449	672 748	660 320	44 996	524 399	379 646	
Aug.	918 692	183 951	128 171	14 685	6 642	34 452	689 906	677 479	44 834	532 418	386 274	
Sept.	957 860	183 796	128 795	14 657	6 605	33 738	728 554	715 738	45 510	558 598	399 262	
Okt.	947 718	181 623	126 245	14 708	6 631	34 039	720 795	708 029	45 300	553 741	393 977	
Nov.	991 108	177 348	121 032	14 917	6 572	34 826	766 905	754 057	46 855	565 357	425 752	
Dez.	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	607 574	382 876	
2016 Jan.	1 034 804	177 256	121 656	14 806	6 523	34 270	809 862	795 621	47 687	593 933	440 870	
Febr.	1 060 894	184 666	128 507	14 976	6 248	34 935	828 264	814 375	47 964	626 341	434 553	

o) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EVU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland ^{*)}

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2013	787 308	282 026	505 282	325 614	179 668	164 454	15 214	939 252	144 884	794 368	632 110	162 258	95 302	66 957
2014	833 644	279 559	554 085	365 230	188 856	174 058	14 798	959 833	154 566	805 267	636 328	168 939	102 126	66 813
2015	866 912	265 170	601 743	409 858	191 885	177 397	14 488	1 003 050	150 054	852 996	672 312	180 684	109 062	71 622
2016	855 814	241 683	614 131	412 871	201 260	187 086	14 174	1 025 815	128 831	896 984	708 734	188 250	115 808	72 443
2016 Aug.	864 912	271 588	593 323	406 531	186 793	171 804	14 989	1 023 396	136 846	886 550	711 798	174 752	99 825	74 926
Sept.	871 734	265 862	605 871	407 842	198 029	182 906	15 123	1 034 380	134 461	899 919	717 570	182 349	107 933	74 416
Okt.	868 860	258 827	610 033	411 397	198 636	183 656	14 980	1 025 421	131 137	894 285	710 440	183 844	108 693	75 151
Nov.	875 646	253 380	622 266	420 289	201 977	187 115	14 862	1 030 121	128 304	901 817	716 558	185 259	110 605	74 655
Dez.	855 814	241 683	614 131	412 871	201 260	187 086	14 174	1 025 815	128 831	896 984	708 734	188 250	115 808	72 443
2017 Jan.	860 143	239 157	620 986	421 379	199 607	185 385	14 222	1 026 939	124 021	902 917	722 160	180 757	107 842	72 916
Industrieländer ¹⁾														
2013	697 475	278 723	418 753	296 675	122 077	108 620	13 458	852 420	143 577	708 843	594 623	114 220	79 543	34 676
2014	733 191	274 660	458 531	330 034	128 497	115 398	13 099	869 392	153 412	715 980	595 396	120 583	85 122	35 461
2015	761 648	261 267	500 381	368 033	132 348	119 309	13 038	906 968	145 136	761 832	635 205	126 627	90 716	35 911
2016	748 340	237 789	510 551	371 663	138 888	126 211	12 677	931 963	124 504	807 460	674 402	133 058	95 933	37 125
2016 Aug.	760 244	267 979	492 265	366 170	126 095	112 704	13 391	925 297	130 927	794 370	674 805	119 565	82 290	37 274
Sept.	766 199	262 092	504 106	367 701	136 405	122 935	13 471	937 452	128 433	809 019	681 699	127 320	90 192	37 128
Okt.	761 862	255 051	506 811	370 609	136 201	122 792	13 410	930 970	126 278	804 692	675 842	128 850	91 292	37 558
Nov.	768 273	249 439	518 834	379 053	139 781	126 442	13 338	936 319	123 939	812 380	682 507	129 873	92 688	37 185
Dez.	748 340	237 789	510 551	371 663	138 888	126 211	12 677	931 963	124 504	807 460	674 402	133 058	95 933	37 125
2017 Jan.	751 564	235 292	516 272	378 863	137 409	124 805	12 604	935 187	120 441	814 746	688 088	126 659	89 129	37 530
EU-Länder ¹⁾														
2013	589 286	264 271	325 014	237 949	87 066	76 539	10 527	713 044	129 044	583 999	504 337	79 663	53 340	26 323
2014	617 489	259 516	357 973	266 777	91 196	80 585	10 611	724 674	138 894	585 780	502 054	83 726	56 580	27 147
2015	626 482	243 139	383 344	289 190	94 153	83 665	10 488	743 011	134 564	608 448	524 316	84 132	58 384	25 748
2016	605 613	219 938	385 675	288 730	96 945	86 930	10 016	757 649	114 258	643 390	555 414	87 976	61 160	26 817
2016 Aug.	628 361	251 221	377 140	288 579	88 560	77 749	10 811	756 504	121 456	635 048	555 031	80 017	53 048	26 969
Sept.	630 481	244 736	385 746	290 053	95 692	84 853	10 840	762 873	117 747	645 126	559 516	85 611	58 860	26 751
Okt.	622 564	236 208	386 356	289 219	97 137	86 411	10 725	758 208	114 615	643 593	556 450	87 143	60 271	26 872
Nov.	625 614	230 963	394 651	295 122	99 529	88 970	10 559	761 902	113 900	648 002	560 271	87 731	61 015	26 716
Dez.	605 613	219 938	385 675	288 730	96 945	86 930	10 016	757 649	114 258	643 390	555 414	87 976	61 160	26 817
2017 Jan.	608 057	217 280	390 777	293 278	97 500	87 636	9 863	760 628	107 994	652 634	566 535	86 100	58 805	27 295
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2013	428 179	197 430	230 749	174 605	56 143	49 968	6 175	603 366	101 722	501 645	448 142	53 502	36 671	16 832
2014	456 469	204 043	252 426	194 207	58 219	51 999	6 220	606 525	107 694	498 831	444 401	54 430	37 498	16 932
2015	465 919	195 751	270 168	208 862	61 305	54 730	6 575	598 884	93 947	504 937	452 298	52 639	37 994	14 644
2016	445 368	167 575	277 794	213 498	64 295	57 575	6 721	609 399	75 639	533 760	477 891	55 869	41 068	14 801
2016 Aug.	461 933	196 584	265 350	207 034	58 315	51 561	6 755	620 031	91 823	528 208	477 358	50 850	35 511	15 338
Sept.	463 548	189 607	273 941	211 588	62 353	55 569	6 784	625 026	88 863	536 164	482 123	54 040	39 157	14 883
Okt.	455 918	181 124	274 794	211 046	63 748	57 061	6 687	617 492	85 178	532 315	477 303	55 012	40 074	14 938
Nov.	455 203	177 147	278 057	213 176	64 880	58 238	6 642	615 201	80 742	534 459	479 132	55 327	40 611	14 716
Dez.	445 368	167 575	277 794	213 498	64 295	57 575	6 721	609 399	75 639	533 760	477 891	55 869	41 068	14 801
2017 Jan.	444 320	165 667	278 653	213 995	64 658	57 958	6 700	612 601	73 768	538 833	484 802	54 031	39 036	14 995
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2013	89 826	3 303	86 523	28 937	57 586	55 829	1 757	86 829	1 307	85 522	37 487	48 035	15 755	32 280
2014	100 400	4 849	95 551	35 193	60 358	58 659	1 699	90 439	1 153	89 285	40 931	48 354	17 003	31 352
2015	104 276	3 094	101 182	41 825	59 358	57 908	1 450	91 912	947	90 964	36 908	54 057	18 346	35 711
2016	106 063	2 647	103 416	41 192	62 224	60 727	1 497	90 708	1 401	89 307	34 132	55 175	19 875	35 300
2016 Aug.	103 390	2 558	100 832	40 326	60 506	58 909	1 597	93 212	1 272	91 939	36 793	55 146	17 494	37 652
Sept.	104 225	2 676	101 549	40 107	61 443	59 790	1 653	91 799	1 156	90 643	35 671	54 972	17 701	37 272
Okt.	105 660	2 646	103 014	40 753	62 261	60 691	1 570	90 518	1 208	89 310	34 373	54 938	17 362	37 576
Nov.	105 996	2 791	103 205	41 200	62 005	60 481	1 524	90 431	1 252	89 178	33 850	55 328	17 875	37 453
Dez.	106 063	2 647	103 416	41 192	62 224	60 727	1 497	90 708	1 401	89 307	34 132	55 175	19 875	35 300
2017 Jan.	107 186	2 623	104 563	42 504	62 059	60 441	1 618	89 384	1 462	87 922	33 872	54 050	18 681	35 369

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmonat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien. r Richtig.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,2556	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2016 März	1,4823	7,2220	7,4569	125,39	1,4697	9,4300	9,2848	1,0920	1,1100	0,78020
April	1,4802	7,3461	7,4427	124,29	1,4559	9,3224	9,2027	1,0930	1,1339	0,79230
Mai	1,5461	7,3864	7,4386	123,21	1,4626	9,3036	9,2948	1,1059	1,1311	0,77779
Juni	1,5173	7,4023	7,4371	118,45	1,4477	9,3278	9,3338	1,0894	1,1229	0,79049
Juli	1,4694	7,3910	7,4390	115,25	1,4428	9,3690	9,4742	1,0867	1,1069	0,84106
Aug.	1,4690	7,4537	7,4408	113,49	1,4557	9,3030	9,4913	1,0881	1,1212	0,85521
Sept.	1,4768	7,4819	7,4475	114,22	1,4677	9,1971	9,5655	1,0919	1,1212	0,85228
Okt.	1,4470	7,4198	7,4402	114,47	1,4594	9,0009	9,7073	1,0887	1,1026	0,89390
Nov.	1,4331	7,3883	7,4406	116,93	1,4519	9,0807	9,8508	1,0758	1,0799	0,86894
Dez.	1,4356	7,2983	7,4362	122,39	1,4070	9,0252	9,7095	1,0750	1,0543	0,84441
2017 Jan.	1,4252	7,3189	7,4355	122,14	1,4032	8,9990	9,5110	1,0714	1,0614	0,86100
Febr.	1,3886	7,3143	7,4348	120,17	1,3942	8,8603	9,4762	1,0660	1,0643	0,85273

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beihft 5 Devisenkursstatistik.

1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				EWK-38 2)				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft				
	EWK-19 1)			real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	auf Basis der Deflatoren des Gesamtumsatzes 3)			auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)				insgesamt	Länder des Euroraums	Länder außerhalb des Euroraums	37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)
1999	96,3	96,0	96,1	96,0	96,5	95,8							
2000	87,1	86,5	85,9	85,2	87,9	85,8	91,7	97,3	85,1	90,7	92,9	91,9	90,8
2001	87,8	87,1	86,5	86,1	90,5	86,9	91,5	96,4	85,9	90,1	92,9	91,4	90,8
2002	90,1	90,2	89,5	89,5	95,0	90,5	92,2	95,4	88,5	90,6	93,5	91,9	91,7
2003	100,7	101,3	100,4	100,8	106,9	101,4	95,6	94,5	97,6	94,8	97,1	96,5	96,7
2004	104,5	105,0	103,3	104,3	111,5	105,1	95,9	93,3	100,0	95,1	98,5	98,0	98,3
2005	102,9	103,5	101,1	102,3	109,5	102,5	94,7	91,9	99,0	92,9	98,5	96,9	96,6
2006	102,8	103,5	100,4	101,2	109,4	101,8	93,5	90,3	98,4	91,2	98,6	96,5	95,8
2007	106,3	106,2	102,3	103,5	112,9	103,8	94,4	89,4	102,4	91,4	100,9	97,9	97,0
2008	109,4	108,3	103,7	106,8	117,1	105,8	94,5	88,0	105,4	90,5	102,2	97,8	97,1
2009	110,8	109,0	104,5	111,5	120,0	106,8	94,7	88,8	104,6	91,0	101,8	98,0	97,5
2010	103,6	101,3	96,2	103,5	111,5	97,8	92,2	88,5	98,2	87,2	98,8	93,6	92,0
2011	103,3	100,2	94,1	102,1	112,2	97,2	91,8	88,2	97,6	86,3	98,2	92,8	91,3
2012	97,6	95,0	88,6	95,9	107,0	92,4	90,0	88,2	92,6	83,7	95,9	89,8	88,2
2013	101,2	98,2	91,7	99,0	111,9	95,5	92,4	88,7	98,4	85,7	98,3	91,6	90,3
2014	101,8	97,8	91,9	100,0	114,7	96,1	93,2	89,6	98,9	86,5	98,5	91,8	91,0
2015	92,4	88,4	83,7	p)	106,5	p)	87,8	90,8	90,7	90,6	83,0	94,7	86,9
2016	94,8	90,1	110,4	p)	90,0	p)	91,5	p)	91,2	p)	87,8
2014 März	104,3	100,6			117,5	99,0					99,3	93,1	92,4
April	104,2	100,4			117,0	98,4					99,2	93,1	92,2
Mai	103,6	99,5	93,3	101,4	116,1	97,3	93,5	89,5	99,9	87,2	98,8	92,6	91,5
Juni	102,7	98,7			115,1	96,5					98,7	92,3	91,2
Juli	102,3	98,2			114,7	95,9					98,6	92,2	91,0
Aug.	101,5	97,5	91,2	99,5	114,0	95,3	92,9	89,6	98,1	86,2	98,4	91,8	90,7
Sept.	99,9	95,9			112,3	93,9					98,0	91,0	89,9
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,2					97,6	90,4	89,4
Nov.	99,0	94,9	89,5	97,4	111,9	93,2	92,8	90,0	97,1	85,5	97,7	90,4	89,5
Dez.	99,0	94,8			113,1	93,9					97,6	90,2	89,8
2015 Jan.	95,2	91,1			108,9	90,1					95,7	88,2	87,5
Febr.	93,3	89,5	84,2	p)	107,0	88,7	90,7	90,4	91,0	83,0	95,2	87,5	86,8
März	90,6	86,9			103,8	85,9					94,2	86,1	85,2
April	89,7	86,1			102,4	84,7					94,0	85,7	84,5
Mai	91,6	87,8	82,4	p)	104,7	86,5	90,3	90,6	89,8	82,4	94,6	86,6	85,6
Juni	92,3	88,5			106,0	87,5					94,7	86,9	86,1
Juli	91,3	87,5			105,1	86,6					94,3	86,3	85,6
Aug.	93,0	88,9	84,1	p)	108,1	88,9	90,9	90,8	90,9	83,3	94,9	87,2	87,0
Sept.	93,8	89,6			109,6	90,1					95,1	87,6	87,7
Okt.	93,6	89,6			109,0	89,6					95,1	87,6	87,4
Nov.	91,1	87,1	84,1	p)	106,0	p)	91,1	91,0	90,8	83,5	94,1	86,3	85,9
Dez.	92,5	88,3			108,0	p)	88,4				94,3	86,7	86,5
2016 Jan.	93,6	89,1			109,9	p)	89,6				94,5	87,2	87,3
Febr.	94,7	90,0	p)	85,6	p)	91,9				84,2	94,9	87,5	87,7
März	94,1	89,5			110,0	p)	89,9	91,4	91,2	91,6	95,0	87,4	87,3
April	94,8	90,1			110,6	p)	90,2				95,4	87,9	87,6
Mai	95,1	90,5	p)	86,1	p)	92,2					95,2	88,1	87,9
Juni	94,7	90,2			110,5	p)	90,3	91,5	91,2	91,7	95,0	87,9	87,6
Juli	94,9	90,4			110,2	p)	89,9				95,2	87,9	87,3
Aug.	95,2	90,6	p)	86,2	p)	92,2					95,3	87,9	87,4
Sept.	95,4	90,6			110,9	p)	90,3	91,6	91,2	92,0	95,5	88,0	87,6
Okt.	95,5	90,8			110,6	p)	90,1				95,8	88,2	87,5
Nov.	95,0	90,2			110,3	p)	89,7	p)			95,2	87,7	87,1
Dez.	94,2	89,6			109,2	p)	88,9	91,5	91,1	91,9	p)	87,8	87,1
2017 Jan.	94,4	p)	89,7	...	109,7	p)	89,1	p)	95,1	p)
Febr.	93,9	p)	89,2	...	108,8	p)	88,3	p)	94,8	p)

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. **1** Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Bra-

silien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. **3** Jahres- bzw. Vierteljahredurchschnitte. **4** Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentiniens wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. **5** Länder des Euroraums (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. **6** Länder des Euroraums (siehe Fußnote 5) sowie Länder der EWK-19-Gruppe. **7** Länder des Euroraums sowie Länder der EWK-38-Gruppe (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

■ Geschäftsbericht

für die Jahre 2016 und 2017 mit einem Ausblick auf das Jahr 2018

■ Finanzstabilitätsbericht

- Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euro-Raum
- Struktur und Dynamik der industriellen Fertigungstiefe im Spiegel der Jahresabschlüsse deutscher Unternehmen

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2016 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2017 beigefügte Verzeichnis.

Juli 2016

- Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise
- Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum
- Abwicklung und Restrukturierung von Banken – Die neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL

Aufsätze im Monatsbericht

April 2016

- Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen
- Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland

August 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2016

Mai 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016

September 2016

- Verteilungseffekte der Geldpolitik
- Globalisierung und die Transmission globaler finanzieller Schocks in die EWU-Mitgliedstaaten – Folgen für die (nationale) Wirtschaftspolitik
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2015

Juni 2016

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen

Oktober 2016

- Gemeindefinanzen: Entwicklung und ausgewählte Aspekte
- Bedeutung und Wirkung des Hochfrequenzhandels am deutschen Kapitalmarkt

November 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2016

Dezember 2016

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019
- Lohndynamik bei hoher Arbeitslosigkeit im Euro-Raum
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2015

Januar 2017

- Anleihekäufe des Eurosystems und der Wechselkurs des Euro
- Zur jüngeren Entwicklung der Verschuldung des nichtfinanziellen Privatsektors in ausgewählten Ländern des Euro-Raums.

Februar 2017

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2016/2017

März 2017

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2016
- Zur Konjunkturbereinigung der Länder im Rahmen der Schuldenbremse

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2017³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2017²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2010 bis 2015, Mai 2016³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2012 bis 2013, Mai 2016²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2016¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 47/2016
 Macroeconomic now- and forecasting based on the factor error correction model using targeted mixed frequency indicators
- 48/2016
 On measuring uncertainty and its impact on investment: cross-country evidence from the euro area
- 49/2016
 The effect of conventional and unconventional euro area monetary policy on macroeconomic variables
- 50/2016
 The imperfect-common-knowledge Phillips curve: Calvo versus Rotemberg
- 51/2016
 Fire buys of central bank collateral assets
- 52/2016
 Trade in value added: Do we need new measures of competitiveness?
- 01/2017
 Will German banks earn their cost of capital?
- 02/2017
 Cross-border prudential policy spillovers: How much? How important? Evidence from the international banking research network
- 03/2017
 The role of structural funding for stability in the German banking sector

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86^{*}.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.